

Einblicke IV

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke IV**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© August 2012, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-038753-1

Inhalt

Vorwort	7
<i>Dirk Wilking</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg	9
<i>Daniel Krüger</i>	
Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info	51
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	81
<i>Michael Kohlstruck</i>	
Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten?	101
<i>David Driese, Andreas Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung	111
<i>Karin Lorenz, Jürgen Lorenz</i>	
Ein Osterspaziergang im August Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten	133
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie	157
<i>Robin Kendon, Ray Kokoschko</i>	
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit	175

<i>Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich</i>	
„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure	197
 <i>Frederik Ahlmann-Eltze, Frauke Postel</i>	
„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung	205
 Bildnachweis und Bildrechtsinhaber	213
 Adressen des MBT	215

Vorwort

Der vierte Band aus der Reihe „Einblicke“ erscheint 20 Jahre nachdem im Land Brandenburg das erste Team seine Arbeit einer aufsuchenden Beratung in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus aufgenommen hat.

Die Beiträge des Bandes geben Aufschluss über die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die staatlichen Rahmenbedingungen, die Ziele, die Inhalte und die Folgen der heutigen Beratung des MBT. Die kritische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus ist heute nicht weniger geboten als zu Zeiten der Anfänge des Teams 1991/ 1992. Es wäre jedoch eine unzulässige Dramatisierung der heutigen Situation, nicht auch den Fortschritt ausdrücklich hervorzuheben, der seit den frühen 1990er Jahren zu verzeichnen ist: Es haben sich die Mentalitäten in der Bevölkerung und bei den Entscheidungsträgern in Richtung einer Zivilisierung und Demokratisierung verändert und anders als damals besteht seit langem eine Einsicht der Landespolitiker in die längerfristige, wenn nicht gar dauerhafte Existenz des Problemkomplexes Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus. Das Land Brandenburg hat seinen roten Adler wirklich hoch fliegen lassen und eine stabile Infrastruktur zur Bearbeitung dieser Herausforderung geschaffen, die inhaltlich weiterentwickelt und kontinuierlich gepflegt wird und um die das Land mancherorts beneidet wird.

Als Ausdruck einer Lage, die sich gegenüber den 1990ern wohltuend verändert hat, können auch die Beiträge dieses Bandes verstanden werden. Neben dem Fokusthema Rechtsextremismus gehen sie in weiten Teilen auch auf die Frage nach der Situation der Demokratie und den Möglichkeiten einer weiteren Demokratisierung ein. „Hat das Team den eigentlichen Beratungsauftrag in die zweite Reihe geschoben?“ Wer so fragt, übersieht das eigenartige Gegensatzverhältnis zwischen „Rechtsextremismus“ und „Demokratie“, innerhalb dessen sich die Arbeit des MBT von Anfang an bewegte: Die Abwehr des Rechtsextremismus verweist zwingend auf das Konzept der Demokratie, in deren Namen, für deren Prinzipien und nach deren Regeln diese Auseinandersetzung geführt wird. Die Abwehr, die Schwächung oder die Kritik des Rechtsextremismus rufen in der Praxis der Beratungsarbeit Fragen nach der Verfasstheit und der Qualität der praktizierten Demokratie hervor. Dabei gilt die Vermutung: Je stärker das Versprechen der Demokratie eingelöst ist, die öffentlichen Angelegenheiten selbst zu kontrollieren und zu entscheiden, umso geringer ist die Politik- und Politikerverdrossenheit und umso schwächer wird

im Durchschnitt auch die Attraktivität rechtsextremer Ordnungsvorstellungen sein. Wer von einer Verbesserung der Demokratie nichts hören möchte, kann deshalb auch zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht viel sagen.

Ebenso wie die früheren Ausgaben von „Einblicke“ wird auch die vorliegende Broschüre im Internet verfügbar sein und kann über unsere Homepage abgerufen werden.

Für Unterstützung bei Transkriptions-, Redaktions- und Korrekturarbeiten danken wir Marianne Henry, Daniel Krüger, Carl-Eric Linsler und Jakob Quentin, für die Erstellung des Layouts Ralph Gabriel.

*Dirk Wilking,
Geschäftsführer von „Demos – Brandenburgisches Institut
für Gemeinwesenberatung“*

Dirk Wilking

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg

Das Mobile Beratungsteam (MBT) unterstützt im Auftrag der brandenburgischen Landesregierung die Landes- und Kommunalpolitik, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbündnisse und engagierte Einzelne in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Heute ist es unumstritten, dass wir damit im weiteren Sinne in die politische Willensbildung der Bürger eingreifen. Eine solche Intervention im staatlichen Auftrag darf nicht ohne legitimierende Grundlagen erfolgen. Maßgeblich ist für uns das Verständnis der Demokratie in der Bundesrepublik als einer „streitbaren Demokratie“, die die Auseinandersetzung mit Bestrebungen zu Beeinträchtigung des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten aktiv aufnimmt. Solche Herausforderungen werden unter dem Begriff „politischer Extremismus“ subsumiert.

Seine praktische Bedeutung lässt es für uns unerheblich werden, ob dieser Arbeitsbegriff „Extremismus“ in den Sozial- und Geisteswissenschaften als plausibel gilt.¹ Wenn wir in die politische Willensbildung der Bürger intervenieren, um unerwünschte Einstellungsmuster zu verhindern oder erwünschte, demokratische Verhaltensmuster zu stimulieren, so muss das überparteilich geschehen. So beraten wir durchaus politische Parteien in deren Sinne, aber wir beraten alle demokratischen Parteien. Ziel darf es dabei nicht sein, den politischen Proporz zwischen den politischen Parteien zu manipulieren. Nach meiner Erfahrung ist das auch noch nie geschehen. Im Team sind MitarbeiterInnen als Mitglieder und Sympathisanten aller demokratischen Parteien vertreten. In Anerkennung unserer Auftragslage ist es für das Team völlig unproblematisch, jede Partei entsprechend ihrer Bedürfnisse zu beraten.

Im Wissen um die Verantwortung, die uns übertragen wurde, bemühen wir uns, mit den Landtagsabgeordneten in regem Kontakt zu bleiben. Sie sind zumindest mittelbar unsere Auftraggeber. Bis auf vereinzelte Ausnahmen, die auf Fehler auf der einen oder anderen Seite zurückzuführen sind, hat es im

¹ Wir haben uns in diesem Zusammenhang in der sogenannten „Extremismusdebatte“ nicht geäußert, weil der Extremismusbegriff die Basis zur Legitimation unserer Interventionen darstellt.

Laufe der letzten 20 Jahre kaum Probleme gegeben. Einige Abgeordnete der CDU hielten das MBT anfangs für eine Ideologie-Einheit der SPD. Im Laufe der Jahre wurde das MBT jedoch auch hier akzeptiert, weil der Beratungsansatz als sinnvoller Bestandteil eines präventiven Konzeptes verstanden wurde. Heute kann man das Verhältnis als gut beschreiben. Der Kontakt zu den Landtagsabgeordneten umfasst auch einen anregenden Austausch von Perspektiven und Einsichten, die sich manchmal auch in den Diskussionen der Parteien selbst niederschlagen. Die Situation der politischen Kultur im ländlichen Raum Brandenburgs als eine Voraussetzung rechtsextremer Aktivitäten ist vom MBT etwa seit 2000 thematisiert worden.² Zunächst ablehnend, dann zögerlich steht das Thema heute auf der Agenda der Landespolitik. Dazu haben die Gespräche mit den Abgeordneten einen wichtigen Beitrag geleistet.

Anfänge 1991

Der Weg von einem kleinen, für nur wenige Wochen konzipierten Projekt über einen Modellversuch des Landes hin zu einer anerkannten Institution, die das MBT heute ist, war oft nicht einfach. Aufgrund eines Brandes in der RAA-Geschäftsstelle 1995 existieren nahezu keine Akten und Aufzeichnungen über die Anfangszeit des MBT. So soll denn hier die Galerie der Menschen vorgestellt werden, die das MBT gedacht und gemacht haben.

Auslöser für die Gründung war ein Gespräch zwischen Almuth Berger, damals Ausländerbeauftragte, und Marianne Birthler, der damaligen Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, zu den Pogromen in Brandenburg. Birthler hatte den Gedanken, sich mit Ralf-Erik Posselt, damals Amt für Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Haus Villigst, Initiative SOS-Rassismus in Nordrhein-Westfalen, zusammzusetzen. Das Treffen von Posselt, Birthler, Berger und Ines Sprenger am Wannsee im Sommer 1991 mündete in die Idee eines flexiblen Teams, das die Orte fremdenfeindlicher Ereignisse aufsucht. Der Begriff „Mobiles Beratungsteam“ fiel bereits bei diesem Treffen, ohne dass damit auch schon eine Programmatik verbunden gewesen wäre. Das Team sollte nicht als „Besserwisser“ auftreten und zunächst die jeweiligen lokalen Gegebenheiten studieren. Erst danach sollten Handlungskonzepte formuliert werden.³

² Mobiles Beratungsteam Brandenburg (Hg.): Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer? Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Dokumentation der Fachtagung 16./17. März 2005 in Potsdam-Michendorf. Potsdam 2005; vorausgegangen waren seit 2001 recht kontroverse Diskussionen mit der Verwaltung des Ministeriums.

³ Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

Die damalige Sozialministerin Regine Hildebrandt und Ute Tenkhoff, damals Referentin von Hildebrandt, wurden anschließend in die Diskussion einbezogen und unterstützten den Ansatz. Da die finanziellen Ressourcen noch nicht geklärt waren, gab der Ausspruch von Ute Tenkhoff: „Ich hab da einen Bruder, der Sozialpädagoge ist und zu dem Konzept passen könnte“, den Ausschlag.⁴ Axel Zimmermann wurde eingeladen. Im November 1991 begann Zimmermann seine Arbeit; geplant war ursprünglich ein Viererteam mit zwei methodensicheren Sozialpädagogen aus dem Westen und zwei Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern. Bis zur Klärung der Finanzierung eines solchen Teams arbeitete Zimmermann allein. Zunächst kam Mathias Rochel aus Gelsenkirchen dazu, dann Bettina Berger und Frauke Postel. Am 1. September 1992 war das Viererteam schließlich komplett. Der entscheidende Gründungschub ging vom sogenannten Scharmützelsee-Fall in Beeskow aus, als Regine Hildebrandt ungehalten fragte, wo denn das diskutierte MBT bliebe. Darauf wurde das MBT auf die vier Mitarbeiter aufgestockt.⁵ Als Träger wurde die RAA gewählt, auch wenn die MitarbeiterInnen im Büro der Ausländerbeauftragten ansässig waren.⁶ Die Residenzpflicht des MBT am Einsatzort war in den ersten Jahren obligatorisch. Zimmermann etwa lebte fünf Monate in Wittenberge und zog dann weiter nach Lübbenau, wo er im Asylbewerberheim lebte.⁷

Die ersten Ideen für eine aufsuchende Beratungsarbeit erarbeitete Almuth Bergers Büro der Ausländerbeauftragten. Das Konzept nahm schon bald die konkrete Gestalt eines mobilen Beratungsteams an. Der Beginn der MBT-Arbeit fiel in eine Zeit, da die Gewalt gegen Ausländer in Deutschland ein Ausmaß erreichte, das zu sofortigem Handeln zwang.⁸ Das MBT entsprach zunächst dem akuten Bedarf der Politik, ein Instrument an die Hand zu bekommen, mit dem schnell auf rechtsextrem motivierte Angriffe reagiert werden konnte. Die Initiatoren des MBT stellten sich Soforteinsätze spezieller Sozialarbeiter vor Ort vor, die präsent und handlungsfähig sein sollten. Das Bild von der „Feuerwehr, die auf einen Notruf hin zur Brandbekämpfung aus-

⁴ Ebd.

⁵ Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012. Damals wurde der nigerianische Flüchtling S.E. aus dem Wohnheim in Wendisch Rietz in einer Disco von jungen Männern und Frauen zusammengeschlagen und sollte ohnmächtig im Glubigsee versenkt werden (nicht im Scharmützelsee, wie es dann allgemein verbreitet wurde). Nur zufällig überlebte er den Mordanschlag knapp und schwer verletzt.

⁶ Die Abkürzung RAA stand anfangs für „Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen“, später für „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“.

⁷ Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann am 21.5.2012.

⁸ Hans-Jürgen Lehnert, Bernd Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam – ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. Interkulturelle Beiträge 27. Potsdam 1997, S. 12.



Das handliche C-Netz erforderte vom MBTler auch Akrobatik in der Sendebereitschaft. Zimmermann im Asylbewerberheim Lübbenau 1992.

rückt“, war eine geläufige Metapher in der Anfangsphase der MBT-Arbeit.⁹ Diese Feuerwehr-Funktion war aber zwischen 1992 und 1999 nicht die einzige, nicht einmal die dominante, wie das gelegentlich behauptet wird;¹⁰ sie entsprach dem Bedarf nach rascher Reaktion, ohne dass nach der schnellen Präsenz die schnelle Absenz folgen sollte. Im Gegenteil: Eine intensive Arbeit vor Ort wurde erprobt, um die dabei gemachten Erfahrungen konzeptionell aufzubereiten.

Die Arbeitsbedingungen waren noch stark an der Projektebene orientiert:

„Das Mobile Beratungsteam ist der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen e.V. (RAA) in Potsdam angegliedert. Als Modellprojekt werden wir seit Juni 1992 über verschiedene Fördertöpfe des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport finanziert. Wir genießen alle Vorteile, aber auch Nachteile einer unabhängigen Projektarbeit.“¹¹

⁹ Ebd., S. 12.

¹⁰ Lorenz Korgel: Qualitätsstandards für die Mobile Beratung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Gemeinwesen. In: unsere jugend 2011 H. 4, S. 154.

¹¹ Fritz Dreke: MBT Mobiles Beratungsteam. Interkulturelle Blätter 4. Potsdam 1994.

Das bedeutete viel Arbeit, wenig Gehalt und Arbeitsverträge mit der maximalen Laufzeit von einem Jahr. Die Sichtweise auf das Ausgangsproblem war von zwei Annahmen geprägt: Ein Jugendphänomen Rechtsextremismus müsse mit sozialpädagogischen Mittel angegangen werden und gegen die Ausländerfeindlichkeit helfe vor allem Aufklärungsarbeit. Zu Zeiten des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt (AgAG) war dies eine weitverbreitete Perspektive. Das schlug sich auch in der Arbeit des MBT nieder:

„Je nach Lage und Bedarf pendelte das MBT in den Jahren 1992 und 1993 zwischen Reagieren und Prävention, zwischen Ausländer- und Gemeinwesenarbeit (mit starker Dominanz des Jugendsektors), zwischen Opferschutz und Straftatverhütung. In den meisten Fällen wurde das Team zunächst von außen gerufen, setzte dann aber recht schnell eigene Akzente, die eher in die präventive Richtung gingen.“¹²

Die Erwartung der Auftraggeber, in kritischen Situationen sofort zu handeln, und die Einsicht, dass die Übergriffe auch Folgen einer breiten Fremdenfeindlichkeit sind, führten zu dem genannten zweigleisigen Vorgehen. Im Jahr 1992 etwa hielten sich MBT-Mitarbeiter nach kritischen Entwicklungen in Beeskow und Eberswalde auf. Beide Städte waren durch besonders grausame Überfälle auf Migranten in die Schlagzeilen geraten.¹³ Im selben Jahr nahmen Frauke Postel und Axel Zimmermann aber auch ihre Arbeit in Storkow auf. Hier wurde zwischen 1992 und 1998 der Aufbau des „Friedensdorfs Storkow“ begleitet.¹⁴ Das Friedensdorf war ein städtebauliches Konzept, bei dem eine Siedlung von ihren späteren Bewohnern selbst gebaut wurde, die sowohl Flüchtlinge, ausstiegswillige rechtsextreme Jugendliche als auch marginalisierte Storkower waren. Für 5 Millionen DM wurden 10 Häuser mit 21 Wohnungen für 75 Bewohner in Eigenregie gebaut.¹⁵ Ziel war es, die kommunale Kultur der Gemeinde Storkow durch den gemeinsamen Schaffensprozess nachhaltig zu prägen.¹⁶

¹² Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 17.

¹³ Ebd., S. 13.

¹⁴ Frauke Postel: Mobiles Beratungsteam – das andere Storkow. In: RAA (Hg.): Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen im Land Brandenburg. Potsdam 1994, S. 51.

¹⁵ Fatima Karabegovic: Erfahrungsbericht einer Friedensdorf-Bewohnerin. In: Manfred Scholle (Hg.): Integration fördern – Ausgrenzung verhindern! Dokumentation des 74. Deutschen Fürsorgetages 1997 in Leipzig. Berlin, Köln 1997, S. 354-358.

¹⁶ Zu den Aufbaubedingungen: Frauke Postel: Das Friedensdorf Storkow, Brandenburg. In: Stiftung Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin (Hg.): Jugend übernimmt Verantwortung. Lernziel Verantwortung. Berlin 2001, S. 56-65.

Ein solch politischer Ansatz der MBT-Arbeit wurde im Prinzip bereits von Axel Zimmermann in Wittenberge praktiziert. Neu war allerdings das Verbindlich- und Bewusstmachen dieses Prinzips.¹⁷ Je intensiver der politische Aspekt der Gemeinwesenarbeit zur Geltung gebracht wurde, desto besser wurden die Prozesse in der Gemeinde als selbst gesteuert betrachtet und nicht als staatlich gewollt.

Das Vorhaben Friedensdorf zeigte aber auch, wie stark die MBT-Arbeit in die persönliche Sphäre der MitarbeiterInnen eingreift, die in der Regel demokratieengagierte „Gesinnungstäter“ mit einer hohen intrinsischen Motivation sind. Geregelter Arbeitszeiten spielen kaum eine Rolle, die Trennung von Privatem und Beruflichem ist z.T. nur schwer erkennbar und jede positive wie negative Veränderung des Arbeitsumfeldes beeinflusst nahezu ungefiltert das persönliche Gefühlsleben. Vor allem die zu Anfang übliche Residenz am Einsatzort kann rückblickend nicht unbedingt als familien- und beziehungsstauglich betrachtet werden. Bis heute weist das MBT zwar – abgesehen von der kurzen Phase der personellen Aufstockung von 1999-2000 – eine erstaunlich hohe personelle Kontinuität auf, aber es kam auch zu Überlastsituationen, die für die Betroffenen nicht einfach zu verarbeiten waren. Deshalb spielte von Beginn an die Auswahl des Personals eine eminent wichtige Rolle:

„Die anspruchsvollen Aufgaben des Mobilen Beratungsteams machten die Suche nach geeigneten Personen zu einer nicht immer leichten Angelegenheit. Zum einen war Kompetenz gefragt, zum anderen wurden dem oder der MitarbeiterIn hohe Disponibilität, Eigenständigkeit und Flexibilität abverlangt. Immerhin müssen diese MitarbeiterInnen die Bereitschaft mitbringen, längere Zeit vor Ort zu leben, um sich mit den Menschen der jeweiligen Kommune und ihren Problemen vertraut machen zu können.“¹⁸

In den Anfangsjahren hatte die Zusammensetzung des Teams nach ost- und westdeutscher Sozialisation eine durchaus hohe Bedeutung. Das Team war paritätisch besetzt und dies wurde auch gerne betont.¹⁹

Ein wesentliches Verdienst des MBT und seiner MitarbeiterInnen zwischen 1992 und 1999 besteht rückblickend darin, dem Berliner Hegemonialanspruch und einem Methodenfetischismus widerstanden zu haben. Die klare Regionalisierung und Anpassung an lokale Situationen ist recht arbeitsaufwändig; nur so aber hat das Team bis heute die Möglichkeit, Haute Cou-

¹⁷ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 15.

¹⁸ Ebd., S. 17.

¹⁹ Postel: Mobiles Beratungsteam – das andere Storkow, S. 51.

ture zu produzieren und keine Konfektion. Noch so wohlgemeinte Aktionen gegen Rechtsextremismus verfehlen ihr Ziel, wenn sie die mentalen und historischen Besonderheiten in der Region vernachlässigen.

„Geradezu verheerend endete eine [...] Aktion in Schwedt. Auch hier glaubten die Westberliner Initiatoren so sehr an die universelle Praktikabilität ihrer Methoden und die Kraft ihrer Präsenz, daß sie Teile der Schwedter Bevölkerung regelrecht in die Arme rechtsextremistischer Jugendlicher trieb.“²⁰

Durch Bernd Wagner und Ray Kokoschko veränderte sich der Ansatz der MBT-Arbeit 1996 maßgeblich in Richtung einer Orientierung an lokalen brandenburgischen Gegebenheiten. Sie modifizierten die öffentliche Diskussion in zwei entscheidenden Punkten:

Erstens hatte bereits die DDR ein Rechtsextremismus-Problem, das nicht lediglich auf „Westimporte“ zurückzuführen war:

„Bereits in der DDR waren folglich Voraussetzungen für rechtsextrem orientiertes Handeln geschaffen worden. Ostdeutschland verfügte längst über die entsprechenden Verhaltens- und Organisationsformen, als die Mauer fiel und sich die Angriffe auf Andersaussehende und weitere Opfergruppen noch ungenierter entfalten konnten.“²¹

Zweitens empfanden sich die agierenden jungen Leute „im Zentrum der ‚offiziellen‘ Kultur“.²² Das vermeintliche Jugendproblem begann also schon im Alltagsgespräch mit dem erwachsenen Nahfeld. Bedingt durch die Auftragslage und die damit verbundene Auswahl des MBT-Personals war die Erweiterung der Intervention in die Kommunikation zwischen Jugendkultur und Erwachsenenmilieus noch nicht Thema.

In den Jahren zwischen 1992 und 1998 hat das MBT eine erstaunliche Vielfalt an Interventionsmöglichkeiten ausprobiert. Von der komplexen Gemeinwesenarbeit mit Eingriff in die Stadtplanung (Storkow) über unmittelbare Aktion in die rechtsextreme Szene (Königs Wusterhausen) bis hin zu kombinierten Ansätzen von Beratung und direkter Intervention (Gründung von RAAs in den Regionen mit Projektetats). Das alles geschah unter sehr schwierigen personellen Bedingungen. Die vier MBT-MitarbeiterInnen wurden periodisch durch KollegInnen unterstützt, die im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

²⁰ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

²¹ Ebd., S. 6.

²² Ebd., S. 7.

(ABM, SAM) beschäftigt wurden. Verschiedentlich wurde versucht, die Arbeit zu fokussieren und regionale oder thematische Schwerpunkte zu entwickeln, methodische Stränge (Prävention) auszubauen oder bewusst nur reaktiv tätig zu bleiben. Angesichts der brandenburgischen Realitäten und des geringen Personalbestandes ließen sich diese Ansätze letztlich nicht durchführen.

Wittenberge

Die Stadt Wittenberge war gewissermaßen der „Geburtsort“ des MBT. Wittenberge hatte als „Stadt der Nähmaschinen“ (dort wurde 1904 ein Zweigwerk der amerikanischen Singer-Nähmaschinen gegründet) besonders hart mit den Konsequenzen der Transformation nach der Wende zu schaffen. Zur Wende arbeiteten in der strukturschwachen Region 3.200 Menschen in dem Werk. Es war eigentlich klar, dass ein Nähmaschinenwerk kaum Überlebenschancen haben kann, und doch begannen die Arbeiter am 4. Juli 1990 einen Streik. Ein Jahr später verkaufte die Treuhand das Werk an die indonesische Firma „Sayta Negara Utama“, die es betrügerisch ausplünderte. Am 31. Januar 1992 wurde die Firma liquidiert. Auch wurden das Zellstoffwerk (VEB Zellwolle, 1990) und die Ölmühle (1991) geschlossen. In Wittenberge existierte in dieser Zeit ein militantes rechtsextremistisches Milieu. Bereits im Frühjahr 1991 entstand in der Stadt eine Bewegung gegen diese Strömungen. Pfarrer Reinhold Worch spielte in dieser Zeit eine sehr wichtige Rolle. Genau in die Phase des indonesischen Abenteuers der Nähmaschinenfabrik fiel ein bundesweit diskutierter, rassistischer Überfall. Am 3. Mai 1991 wurde nach einer nächtlichen Streitigkeit zwischen Afrikanern und Wittenberger Jugendlichen, bei der es unter Letzteren Verletzte gab, ein Rachefeldzug mit pogromartiger Stürmung des Wohnhauses der Namibier gestartet. Etwa vierzig Wittenberger stürmten das Haus. Zwei Afrikaner wurden über die Balkonbrüstung aus dem 4. Stock gedrückt und erlitten schwere Verletzungen.²³ Die Polizei ermittelte sehr nachlässig und so wurden nur neun Tatbeteiligte festgestellt; der Hauptbeschuldigte wurde zu sechseinhalb Jahren Haft wegen versuchten Totschlags verurteilt.²⁴

²³ Merkwürdigerweise wird das Pogrom in einer sonst sehr lesenswerten Studie über Wittenberge mit keinem Wort erwähnt. Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in einer schrumpfenden Region. Berlin 2012.

²⁴ Michael Schmidt: Heute gehört uns die Straße... Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Düsseldorf u.a. 1993, S. 236.

Es war die Zeit des „wilden Ostens“: „die Lage der Polizei war desolat. Keine Uniformen, keine Waffen, keine Anweisungen. Die war praktisch handlungsunfähig.“²⁵ Ein Landesamt für Verfassungsschutz gab es damals nicht.²⁶ Wesentliche Teile der Beobachtungsarbeit wurden 1991 durch die „Abteilung Staatsschutz im Gemeinsamen Landeskriminalamt (GLKA)“ der fünf neuen Länder durchgeführt. Das „Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei“ vom September 1990 sah vor, dass das GLKA der fünf neuen Bundesländer weitergeführt wird, „solange und soweit diese keine Länderkriminalämter errichtet haben“. Erst mit der Auflösung des GLKA im Herbst 1991 übernahmen brandenburgische Stellen die Bearbeitung rechtsextremer Vorfälle.²⁷ Lokal stand die Polizei den Gewaltexzessen oft hilflos gegenüber.

Über die fremdenfeindlichen Attacken in Wittenberge wurde bundesweit berichtet, so dass die Stadt in einem Zuge mit Dresden, Schwerin, Frankfurt (Oder) und Schwedt als Ziel rechtsextremer Organisationen aus dem Umfeld Michael Kühnens bekannt wurde.²⁸ Der Fall am äußersten Rand Brandenburgs machte Schlagzeilen und setzte die Behörden unter Druck.

Im Mai 1991 fand wegen des rassistischen Übergriffs eine Veranstaltung in der Kirche von Wittenberge statt. Man wollte die Strukturen des lokalen Rechtsextremismus „unter die Lupe nehmen“, hatte aber zunächst keine Idee, wie das umzusetzen wäre. Es bildeten sich verschiedene Zirkel von engagierten Bürgern, die zumeist aus dem kirchlichen Spektrum und den Kreisen der DDR-Opposition kamen.²⁹

In diesem Klima konnte die Kommune in Gesprächen mit dem Land den Bedarf nach Unterstützung äußern. Die rassistischen Ausbrüche wirkten lähmend in der Kommune. Es gab keine etablierten Verhaltensmuster gegen diese Attacken – weder auf Seiten der Verwaltung noch auf Seiten der Politik.³⁰ Vor dem Einsatz in Wittenberge war Axel Zimmermann einmal im Ort, um sich

²⁵ Gespräch mit Frauke Postel am 27.7.2011.

²⁶ Alwin Ziel: Vorwort. In: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 1993. Potsdam 1993, S. 3. Das Gesetz zur Gründung eines Landesverfassungsschutzes trat erst im April 1993 in Kraft.

²⁷ Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg: 2. Tätigkeitsbericht 1993/1994. Potsdam 1994. Online verfügbar unter: http://www.lda.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5l1bm1.c.83599.de&template=allgemeintb02_lda, zuletzt eingesehen am 2.8.2011.

²⁸ „Die schlagen schneller zu“. In den neuen Bundesländern haben gewalttätig Neonazi-Gruppen massenhaft Zulauf. In: Der Spiegel, Nr. 22/1991, S. 78-85.

²⁹ Arbeitskreis Namibia Wittenberge: Wieso fliegt man fünf Wochen nach Namibia? In: Gisela Führung (Hg.): Lernen in weltweitem Horizont. Münster, New York, München, Berlin 1998, S. 179-185.

³⁰ Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011.



Pfarrer Worch, namibische Lehrlinge und Axel Zimmermann 1992 in der Kirche

zu entscheiden, ob er den Job annimmt. Mit Rainer Worch, Marina Hebes (seit 1. April 1991 Jugendpflegerin), Ines Sprenger und Almuth Berger sah er sich um und wurde auf ein Problem der Stadt aufmerksam: Viele inspizierten den Ort polit-touristisch und gingen dann wieder.³¹ Die damals dominierende Frage war: „Wie kann eine Klimaveränderung herbeigeführt werden?“³² Praktisch war die Jugendarbeit zum Erliegen gekommen. Nur der Jugendclub „Der Würfel“ bestand noch. Sehr schnell und improvisiert wurde beschlossen, dass Zimmermann im „Haus der Techniker und Naturfreunde“ wohnen könne. Kooperationspartner war neben dem Bündnis das sehr aktive Neue Forum.³³ So wurde im November 1991 der erste Mitarbeiter vom Büro der Ausländerbeauftragten nach Wittenberge in Marsch gesetzt. Noch heute erinnert man sich an den „Mann mit dem Beutel“ und ohne Gepäck, der eher wie ein zufälliger Passant auftauchte. Der Bürgermeister war dankbar für die Unterstützung. Der Sozialarbeiter aus Gelsenkirchen gestand sich aber rasch ein, dass seine Erfahrungen kaum auf den Osten übertragbar waren.³⁴ Es bestand eine strukturelle Divergenz der Auftragslage: Das Land ging noch vom „Jugendproblem“ aus, in der Stadt selbst wollte man aber vorwiegend auf die Erwachsenenwelt wirken,

³¹ Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012.

³² Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

³³ Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012.

³⁴ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 9.

ohne die Jugendarbeit zu vernachlässigen.³⁵ Der Titel des Projekts, für das man eine Laufzeit von lediglich einigen Monaten angesetzt hatte, lautete „Integratives Miteinander von Kindern und Jugendlichen“.³⁶ Axel Zimmermann galt in Wittenberge zunächst als „Besserwessi“ im Jugendhaus. Sein Auftrag bezog sich in der Konkretisierung auf den Bereich Jugendarbeit, da die gefassten Täter männlich und weitestgehend jung waren. Erst aus den praktischen Gegebenheiten entwickelte sich später ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in der Erwachsenenarbeit. So war etwa die Gründung des Vereins „Miteinander Leben e.V.“ zunächst ein Schritt, der eher fördertechnische Gründe hatte, sich aber durch die Beteiligung der ehemaligen Oppositionsgruppe aus der DDR eigenständig entwickelt hat, und der überwiegend mit Erwachsenen arbeitet.

Neben der Jugendarbeit, die bis heute noch positiv bewertet wird, stand auch bereits der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im Fokus der Arbeit. Das gelang auch erfolgreich: Bei einem Angriff auf das Flüchtlingsheim kamen viele zu Hilfe, d.h. es hatte sich eine couragierte Szene entwickelt.³⁷ Die in dieser kurzen Zeit entwickelten Strukturen existieren nach Aussage der Stadtjugendpflegerin Marina Hebes weitgehend bis heute. Axel Zimmermanns Arbeit charakterisiert sie im Rückblick folgendermaßen:

- die Geschwindigkeit der Prozesse war nur auf ihn zurückzuführen,
- er hat die Verbindung von Jugendarbeit, Stadtverwaltung und Kirche hergestellt,
- das Verhältnis zwischen Jugendarbeit und Polizei ist seit dieser Zeit recht gut.³⁸

Bemerkenswert sind neben dieser Nachhaltigkeitsbilanz auch die emotional gefärbten Erinnerungen: Eine von Axel Zimmermann und Matthias Rochel angeregte London-Fahrt hat einen prägenden Eindruck hinterlassen. Die damaligen Teilnehmer erzählen noch heute davon. „Die Fahrt fand 1992/ 93 statt, als die beiden MBTler schon nicht mehr in der Stadt arbeiteten, aber sie haben trotzdem mitgemacht.“³⁹ Die positive emotionale Verbundenheit der MBTler zu den Menschen im Ort hat offenbar eine erhebliche Bedeutung für den Verlauf des Beratungsprozesses. Ähnlich verhielt es sich mit einer Fahrt von Jugendlichen der Jungen Gemeinde mit Pfarrer Worch und den namibischen

³⁵ Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011

³⁶ Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen: Brief an den Bürgermeister von Wittenberge Herrn Luft vom 7.11.1991.

³⁷ Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.



Abfahrt der namibischen Jugendlichen und der Jungen Gemeinde in den Harz 1992

Lehrlingen in den Harz. Die Tatsache, dass die Jugendlichen mit Afrikanern gemeinsam unterwegs waren, führte zu heiklen Situationen. Plötzlich waren die Wittenberger Jugendlichen selbst Adressaten von Diskriminierung. Zudem hatten sich auch Mädchen aus der Gruppe in Namibier verliebt. Bei der Rückkehr gab es dann erhebliche Probleme mit den durchaus liberalen Elternhäusern, denen es lieber gewesen, ihre Töchter hätten Interkulturalität lediglich akademisch bearbeitet.

Frau Hebes ist überzeugt, dass die Tätigkeit von Axel Zimmermann zur Gründung der RAA Wittenberge geführt habe, die über viele Jahre das Thema in der Stadt weiter bearbeitete; der Arbeitskreis „Integration“ sei zwar mittlerweile in Arbeitskreis „Familie“ umbenannt worden, infolge der personellen Kontinuität aber stehe das Thema Rechtsextremismus immer noch sehr weit oben auf der Agenda (z.B. die Aktionen 2009 gegen die DVU sowie die Beantragung eines Lokalen Aktionsplans).⁴⁰

Die Wittenberge-Erfahrung führte zu ersten konzeptionellen Essentials für die zukünftige MBT-Arbeit:

- aufsuchende Arbeit vor Ort,
- rasche Unterstützung,
- mittelfristige Begleitung,
- Orientierung der Beratung an lokalen Gegebenheiten bei konzeptioneller Offenheit,
- der Bedarf nach Opferberatung.

⁴⁰ Ebd.



26. Oktober 1993 Veranstaltung der Kirche in Wittenberge mit Pfarrer Worch und Axel Zimmermann

In Wittenberge wurde auf eine Skandalisierung der Vorfälle verzichtet. Was damals eher intuitiv praktiziert wurde, ist seitdem zu einem ausdrücklichen Prinzip der MBT-Arbeit geworden: Skandalisierungen verhindern nahezu immer eine positive lokale Wirkung der Beratungsarbeit. Auch ein weiterer Aspekt der MBT-Arbeit war ebenfalls schon im Wittenberge-Projekt angelegt: „Bereits in dieser noch unreflektierten Situation kristallisierten sich die Konturen einer Herangehensweise heraus, die das MBT später als ‚Gemeinwesen bezogene politische Sozialarbeit‘ bezeichnen wird.“⁴¹ Ein weiteres Charakteristikum war die Entwicklung des individuellen Beratungskonzeptes im Verlauf der Beratung. Zimmermann sieht heute den eigentlichen Erfolg darin, dass „die Pappnasen im Ministerium“ verstanden haben, wie wenig ein ausgefeiltes Konzept erforderlich ist, wie es zuvor gefordert worden war, „egal wie lange es dauert“; erforderlich ist eine solide Verständigung über die Richtung der Beratung, um dann per Versuch und Irrtum ein maßgeschneidertes Konzept in der Arbeit selbst zu entwickeln.⁴² Im Wesentlichen ist dieses Verfahren bis heute beim MBT üblich: hingehen, hinschauen, nachfragen und erst dann: Vorschläge machen.

⁴¹ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 9.

⁴² Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012. Die Formulierung ist zwar drastisch, aber sie entspricht durchaus der damaligen Wahrnehmung der aus dem Partnerbundesland Nordrhein-Westfalen entsandten Verwaltungsfachleute in den Ministerien.

Schwedt

Nach dem durchaus gelungenen Experiment in Wittenberge kam es zu dem naheliegenden Versuch, das MBT als eine Art „Feuerwehr“ auch in anderen Kommunen des Landes einzusetzen. Im Fall Schwedt sollte sich zeigen, dass ein Beratungsprozess, der von außen verordnet wurde, nicht gelingen kann, auch wenn der Problemdruck erheblich ist.

„Als sich zwei Mitarbeiter des MBT im August 1993 auf Bitten der Ausländerbeauftragten für mehrere Monate nach Schwedt begaben, fanden sie dort eine Situation vor, die durch organisierte Gewalt auf der einen und Angst, Ohnmacht, Resignation auf der anderen Seite gekennzeichnet war.“⁴³



Almuth Berger 1992 mit Anweisungen zur richtigen Haltung

Rückblickend räumt Almuth Berger ein, dass die Stadt die Beratung „hat wollen sollen“.⁴⁴ Die Situation war schon in den Jahren zuvor sehr schwierig gewesen. Sowohl für die Rechtsextremisten mit dem 1990 von Michael Kühnen verfassten „Arbeitsplan Ost“ wie auch für die Presse („Die Zeit“ und „Der Spiegel“) stand Schwedt im Fokus. 1991 wurde ein Obdachloser von Skinheads zu Tode geprügelt und 1992 wurde eine 13-jährige von Jugendlichen aus dem

⁴³ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

⁴⁴ Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

rechtsextremen Milieu gefangen, geprügelt, gefoltert und sexuell missbraucht. Sie starb an den Folgen.⁴⁵ Die Stadt hatte seit der Wende zunehmend Probleme mit rechtsextremen Gruppen, die systematisch versuchten, die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen.

Auslöser für die Intervention des MBT wurde 1993 der Vorfall, dass im Februar Neonazis eine Gruppe von vermeintlich „Linken“ angriffen und auf ein bereits bewusstloses Opfer weiter einprügelten. Der junge Mann lag zwei Wochen im Koma und musste 14 Wochen im Krankenhaus verbringen, um seine Verletzungen auszukurieren. Es blieben ihm irreparable Schäden. Im selben Jahr wurde der Klubraum des Stadtjugendrings niedergebrannt und Demonstranten gegen Rechtsextremismus wurden in Schwarzen Listen vermerkt und in den folgenden Tagen systematisch von Neonazis verprügelt. Zumindest im Bereich der Jugendkultur ging die Taktik der Rechtsextremen auf:

„Überfälle und massive Drohungen haben dazu geführt, daß es 1993 keine Jugendfreizeiteinrichtung mehr gab, die nicht von rechtsextremistischen Organisationen beherrscht wurde.“⁴⁶

Im Verlaufe des Jahres 1993 zählte der Verfassungsschutz allein in Schwedt zwölf Angriffe auf vermeintlich linke Jugendliche.⁴⁷ Trotz der Eskalation der Gewalt wurde die „Nationalistische Jugend“ im März 1993 von der Verwaltung als Gesprächspartner anerkannt und konnte sich damit im öffentlichen Raum als politisch akzeptierte Kraft präsentieren. Die Szene in Schwedt – das zeigte sich schon nach kurzer Zeit – setzte weniger auf die Provokation rassistischer Auseinandersetzungen – viele Schwedter standen seit Jahren in dauerhaftem Kontakt mit ausländischen KollegInnen; Ziel war vielmehr eine strategische Übernahme der Macht in der Stadt aus dem Jugendbereich heraus. Das klingt heute zwar größenwahnsinnig, war damals aber durchaus im denkbaren Bereich. Die „Nationalistische Front“ (NF) und nach deren Verbot die „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront“ (SrA) hatten stärker als andere rechtsextreme Organisationen gezeigt, dass sie die Macht mit allen Mitteln anstrebten. Vor allem Andreas „Oswald“ Pohl war mitverantwortlich für eine Reihe von Attentaten (Solingen, Dallgow). Die lokalen Aktivisten Wünsch

⁴⁵ Der Spiegel, Nr. 9/1993, 1.3.1993 und Antifaschistisches Info Blatt (AIB), Nr.60, Herbst 2003.

⁴⁶ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

⁴⁷ Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 1993. Potsdam 1993, S. 30.

und Hansen⁴⁸ planten eine lokale Zellenstruktur, die für die Behörden nur schwer greifbar sein sollte. Die Täter von 1993 wurden nur sehr zögerlich verfolgt und das plötzliche Verschwinden von Beweismitteln legt nahe, dass die rechtsextreme Szene sehr gut mit der etablierten Gesellschaft der Stadt vernetzt war. Die „Autonome Antifa Schwedt“ (AAS) veröffentlichte zwar die „Geier-Wally“, eine Antifa-Zeitschrift, die aber nur wenig Wirkung in der Stadt entfalten konnte. Charakterisiert war die Situation durch die Tatsache, dass innerhalb der Kommune keine effektiven Gegenkräfte gegen die expansiven Rechtsextremisten vorhanden waren. Externe Interventionen blieben aber ebenfalls erfolglos. Im Juni 1993 kam es zu einer aus Berlin gesteuerten Gegendemonstration. Antirassistische Vereine und Gruppen aus dem Westteil Berlins wurden von der Bevölkerung nicht angenommen. Im Gegenteil: Die als Attacke auf die Stadt empfundene Veranstaltung führte eher zu einer Solidarisierung der lokalen Bevölkerung mit den rechtsextremen Tätern, während die externen Demonstranten sich befriedigt als „auf der richtigen Seite“ stehend stilisieren konnten.⁴⁹ Die Situation stellte sich also als verfahren dar. In dieser Stimmung wurde das MBT „eingesetzt“:

„Seit Mitte August 1993 sind zwei Mitarbeiter des ‚Mobilen Beratungsteams‘ (MBT) der Ausländerbeauftragten bei der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen Brandenburg in Schwedt tätig. Schwerpunkte der Tätigkeit des MBT sind u.a.

- Unterstützung der Ausländerbeauftragten der Stadt Schwedt mit dem Ziel, Begegnungen zwischen ausländischen Mitbürgern und Einheimischen zu organisieren,
- allgemein und in Einzelgesprächen Rassismus und Gewaltaktivitäten gegen sogenannte Linke und Ausländer zu thematisieren und damit eine öffentliche Auseinandersetzung zu fördern.“⁵⁰

In dieser Situation war sehr unklar, wer der Auftraggeber des MBT war. Die Stadt hatte sich eher widerwillig bereit erklärt, das MBT zu tolerieren, die Landesministerien versprachen sich vor allem Entlastung und lokal fanden sich kaum Anknüpfungspunkte. Die Mitarbeiter des MBT in Schwedt (Fritz Dreke und Matthias Rochel) hatten einen schweren Stand, weil schon die Situationseinschätzung umstritten war:

⁴⁸ Inge Günther: „Die erste nationalsozialistische Stadt“. Ein Ort in Brandenburg kämpft gegen sein braunes Image. In: Die Zeit, Nr. 5/1994, 28.1.1994.

⁴⁹ Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 28.

⁵⁰ Landtag Brandenburg Drucksache 1/2449; 1. Wahlperiode: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 547 des Abgeordneten Harald Petzold Fraktion der PDS-LL, Drucksache 1/2335. Wortlaut der Kleinen Anfrage 547 vom 22.09.93: Rechtsradikale Gewalt in Schwedt. Antwort des Innenministeriums.

„Die allzulange und noch nicht völlig überwundene Tendenz in der Stadtverwaltung und Polizei, die Ursachen für die Gewaltausübung und permanente Gewaltandrohung zu verharmlosen, verstärkte die Handlungsunfähigkeit der demokratisch gesinnten, aktiven SchwedterInnen. Die unterschiedlichen Sichtweisen in der Beurteilung der Situation in Schwedt führten zu stark divergierenden politischen Ansätzen bei der Bewältigung der entstandenen Lage. Zahlreiche Gespräche wurden mit dem Ziel geführt, beim Abbau von gegenseitigem Mißtrauen und Vorurteilen zu helfen, um gemeinsame Klärungsprozesse bei der Herausarbeitung der Ursachen von Gewalt und Rassismus in Gang zu setzen und die Erarbeitung von Konzeptionen zu deren Bekämpfung zu ermöglichen.“⁵¹

Die bisher erprobten Methoden des MBT versagten in der Stadt:

„Die wichtigste Ursache für diese bedauerliche Tatsache ist darin zu sehen, daß die verantwortlichen Kommunalpolitiker, Verwaltungsbeamten und JugendsozialarbeiterInnen Schwedts die Situation in ihrer Stadt grundsätzlich anders einschätzten als die beiden Mitarbeiter des MBT.“⁵²

Der Einsatz des MBT endete gefährlich. Bei einer städtischen Veranstaltung gegen rechtsextremistische Jugendkultur wurde von der Stadt eine Gruppe Rechtsextremer als „Sicherheitsdienst“ eingesetzt. Die Veranstaltung eskalierte und ein Veranstalter, der Lehrer Peter Fuchs, wurde von Rechtsextremen aus dem Saal gejagt. Es gelang ihm zunächst zu fliehen, doch die Schläger holten ihn ein. Sie traten ihn zusammen und er blieb mit Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung liegen. Der MBT-Mitarbeiter Matthias Rochel wollte ihm zu Hilfe kommen, wurde aber sofort ebenfalls zum Angriffsziel der Rechtsextremen. Ihm gelang knapp die Flucht. Die Polizei nahm seine Anzeige nur widerwillig auf und das Verfahren wurde nach einigen Monaten eingestellt.⁵³

Die Situation in Schwedt hatte zu einer konzeptionellen Veränderung der MBT-Arbeit geführt: Grundsätzlich versteht sich das Team nicht als exekutives Organ, das sich von staatlichen Stellen einsetzen lässt.⁵⁴

Die damals auftretenden Probleme bestanden noch etliche Jahre weiter:

- Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wurden als vorübergehende Jugendprobleme betrachtet,

⁵¹ Fritz Dreke: MBT Mobiles Beratungsteam. Interkulturelle Blätter 4. Potsdam 1994.

⁵² Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 28.

⁵³ Gesprächsprotokoll Matthias Rochel 25.6.2012.

⁵⁴ Tatsächlich wurde und wird gelegentlich staatlicherseits Druck ausgeübt, um akute Problemlagen schnell zu „bereinigen“. Wo das nicht dem unmittelbaren Willen der Betroffenen entsprach, ist die Intervention des MBT in der Regel aber gescheitert.

- „linke“ Gruppen, die das Thema lokal thematisierten, wurden als Verursacher des Problems bezeichnet,
- der Presse wurde vorgeworfen, sie habe durch die Berichterstattung das Thema erst attraktiv gemacht und sei deshalb verantwortlich für die Radikalisierung im Ort,
- alle Gruppen (auch die Polizei und der Verfassungsschutz), die mit einer kommunal nicht-konformen Situationsbeschreibung agierten, wurden als „linksextrem“ bezeichnet.⁵⁵



Axel Zimmermann, Frauke Postel, Fritz Dreke 1995

Der Fall Schwedt zeigte die Grenzen der mobilen Beratung auf: Eine Beratung funktioniert nur auf freiwilliger Basis und setzt willige Akteure voraus. Das war in der Stadt nicht gegeben. Es fehlte an einem funktionierenden Netzwerk, das sich als Akteursnukleus weiterentwickeln konnte. Vereinzelte Bürger, die sich engagierten, oder der Runde Tisch „Für den Frieden in unserer Stadt“ konnten kaum Wirkung erzeugen, da sie nicht in der Lage waren, eine eigene Situationsbeschreibung des Rechtsextremismus zu formulieren. Damit fehlte die Grundlage für angemessene und an die kommunalen Verhältnisse angepasste Maßnahmen.

⁵⁵ Fritz Dreke, Matthias Rochel: Offener Brief an unsere Schwedter Gesprächspartner – Eine Gesprächsgrundlage. Schwedt 10.11.1993. Das Papier ist ein sehr höflicher Abgang auf das Konzept des MBT in Schwedt. Punktuell blieb das Team mit Frauke Postel noch im Ort, aber einen „Ruck“ hat es in der Stadt nicht gegeben.

Storkow

Das MBT hatte bei zunehmender Professionalisierung und hoher Nachfrage seit 1994 erhebliche Schwierigkeiten, arbeitsfähig zu bleiben. Die Korrekturen und Reaktionen auf neue Konstellationen und Rahmenbedingungen führten zu erheblichen Überlastsyndromen. Ein Versuch, das Thema Rechtsextremismus komplex und systemisch anzugehen, wurde mit dem Friedensdorf Storkow bereits seit 1992 unternommen. Der Aufbau des Friedensdorfes bis 1998 erforderte allerdings enorme personelle Anstrengungen. Frauke Postel war weitestgehend damit ausgelastet und auch Axel Zimmermann arbeitete dort. Dieser Versuch fand zwar eine sehr hohe Anerkennung auch über das Land Brandenburg hinaus, das Vorhaben war aber so aufwändig, dass es kaum wiederholbar schien.



Verleihung der Verdienstmedaille an Frauke Postel durch Bundespräsident Herzog am 5.12.1996

Mit diesem Projekt war eine wesentliche Modifikation der Arbeit verbunden. Ausgelöst wurde die Initiative für das Projekt durch fremdenfeindliche Vorfälle um das Asylbewerberheim. Das MBT unterstützte hier die Bildung einer Bürgerinitiative in der Stadt, die eine Idee des Komitees Cap Anamur aufgriff und umsetzte: Der erschreckenden Zunahme rechtsextremer Aktivitäten sollte ein anspruchsvolles Bauprojekt entgegengesetzt werden, das aussteigebereiten Jugendlichen, aber auch zugewanderten Flüchtlingen eine berufliche und soziale Perspektive bieten sollte.



RAA Treffen Friedensdorf: Die RAA-Kollegen und Kolleginnen im April 1996 zu Besuch im Friedensdorf, rechts Hilde Schramm

Im Zentrum stand das Gemeinwesen als Ganzes. Leitbild war der systemische Ansatz: Die damalige Ausländerbeauftragte von Beeskow, Angela Fleischer-Wetzel, stand als Verwaltung hinter dem Projekt, der Standortkommandeur des Pionierbataillons unterstützte das Projekt durch aktive Mitarbeit und die Zivilgesellschaft engagierte sich für das Friedensdorf. Der tradierten Annahme, Rechtsextremismus sei ein Jugendproblem, wurde hier die These entgegengesetzt, dass die Ursachen in der Mitte der Gesellschaft liegen. Die Beratungsarbeit, die in diesem Fall auch die Übernahme der Projektleitung bedeutete, wurde von 1992 bis 1998 geleistet. Der Ansatz der Beratung bezog mit der Errichtung des Friedensdorfes praktisch auch die Stadtplanung mit ein. Das Übermaß an Aufgaben überforderte die Mitarbeiter jedoch. Von der Opferberatung, der Flüchtlingsbetreuung bis zur Kooperation mit der Bundeswehr und dem Einwerben der benötigten Geldmittel reichte das Spektrum.

Um der Selbstüberforderung zu entgehen, konzentrierte sich das MBT 1997 auf den Bereich Ostbrandenburg, d.h. das Dreieck zwischen Berlin, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Nach dem Weggang von Axel Zimmermann und Matthias Rochel kamen zwei neue Mitarbeiter hinzu: der Soziologe Ray Kokoschko und der Kriminalist Bernd Wagner. Ray Kokoschko führte die wissenschaftlich haltbare Situationsbeschreibung für Kommunen 1996 ein. In



*Besuch im Friedensdorf. Vordere Reihe, v.l.n.r.:
Axel Zimmermann, Frauke Postel, Regine Hildebrandt, Almuth Berger (verdeckt)*

Fürstenwalde beschrieb er erstmals systematisch die lokale Jugendkultur und gab der Kommune damit Material an die Hand, auf dessen Grundlage politisch entschieden werden konnte. Diese Beschreibungen gehören bis heute zum Kanon der Arbeitstechnik des MBT. Mit Bernd Wagner kam ein professionierter Rechtsextremismusexperte ins Team. Als Kriminaloberrat war er zuvor Leiter des „Staatschutzes im Gemeinsamen Landeskriminalamt der Neuen Bundesländer“; vor 1989 hatte er sich mit rechtsextremen Strukturen in der DDR beschäftigt. Seine präzise Kenntnis der rechtsextremen Szenen in Brandenburg machte das MBT zu einer gefragten Größe für die Presse, was bis 1997 nicht immer für Begeisterung bei den brandenburgischen Ministerien sorgte. Heute zeigen seine zahlreichen Interviews und Veröffentlichungen, dass nicht er in der Beurteilung der Lage falsch lag.

Die Jahre von 1993 bis 1998 waren für das MBT bestimmt von der Methodenerweiterung, der Veränderung der Blickwinkel (weg vom Jugendproblem, auch wenn der sozialpädagogische Zweig noch einige Jahre stark ausgeprägt blieb) und einer deutlichen Professionalisierung.

Die Wende in Brandenburg

Es kommt nicht häufig vor, dass ein amtierender Politiker öffentlich eine Fehleinschätzung zugibt und aus seiner Einsicht eine Veränderung der politischen Konzeption entwickelt. Manfred Stolpe hat das 1997 getan. Ab dem Frühjahr des Jahres ging es zunächst darum, die vorhandenen staatlichen Ansätze stärker mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Verbindung zu setzen. Auslöser waren nicht etwa neue statistische Daten, sondern eine Diskussion mit jungen Rechtsextremisten in einer Cottbuser Schule gewesen.⁵⁶ Der unmittelbare Kontakt mit jungen Nazis überzeugte den Ministerpräsidenten davon, dass es sich nicht um ein pädagogisches, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelte, das dauerhaft existieren würde. „Wir konnten die nicht überzeugen“, so Stolpe. Ihm sei dann klar geworden, wie groß das Problem ist, und er habe erkannt, „dass wir eine Bewegung der ganzen Gesellschaft brauchen.“⁵⁷ Ein „Aktionsbündnis“ sollte sich formieren, das engagierte Akteure jenseits staatlicher Einrichtungen miteinander in Verbindung bringen sollte, um sie zu stabilisieren und in Stand zu setzen, sich lokal auf mehr Menschen zu stützen. Am 25. September 1997 kam es auf Beschluss der Landesregierung zur Gründung eines „Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Nach anfänglichen konzeptionellen Problemen, die sich aus der Teilnahme staatlicher Institutionen an dem zivilgesellschaftlichen Bündnis ergaben, etablierte sich das Aktionsbündnis als Unterstützungsagentur für Bürgerinitiativen.⁵⁸

Das Aktionsbündnis wurde nach einigen Kontroversen konzeptionell erweitert dem Bildungsministerium zugeordnet und professionalisiert. Dort trafen sich landesweite Organisationen, lokale Bündnisse und Einzelpersonen, um sich zum Thema Rechtsextremismus überregional auszutauschen. Fast alle der lokalen Bündnisse wurden und werden auch durch das MBT beraten. Die damaligen Befürchtungen, dass es mit einer Anbindung an ein Ministerium zu einer „verstaatlichten Zivilgesellschaft“ kommen könne, waren nicht gering. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Es gelang dem Aktionsbündnis mit seinen Vorsitzenden – Geistliche der Evangelischen Kirche – Wischnath, Lohmann und Asmus in den letzten 15 Jahren immer sehr gut, das System zwischen Staat und Gesellschaft auszubalancieren.

⁵⁶ Online verfügbar unter: <http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktuelles/aktionsbuendnis-feierte-jubilaeum>, zuletzt eingesehen am 16.5.2012.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Wolfram Hülsemann: Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen. In: Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam 2004, S. 9.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Brandenburg wurde im Jahre 1998 beschlossen und ist Leitbild für die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Man mag es mit guten Gründen bedauern, dass es erst 1998 zu diesem Beschluss gekommen ist.⁵⁹ Dennoch war Brandenburg das erste Bundesland, das offen und öffentlich zugab, mit einem massiven Problem Rechtsextremismus konfrontiert zu sein, das mittels Repression allein nicht zu lösen sei. Alle anderen, damals noch „Neue Länder“ genannten Bundesländer haben das erst später (Sachsen-Anhalt 1999) oder haben es nie getan.⁶⁰ Die Einführung eines Bundesprogramms, das mobile Beratungsteams in den östlichen Ländern förderte, war auch gegen die Bundesländer gerichtet, die den zivilgesellschaftlichen Lösungsweg ablehnten.

Ursprünglich war geplant, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ von allen Ministerien tragen zu lassen: „Alle Ministerien wussten sich aufgerufen, den eingeleiteten Prozess im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu befördern und in den eigenen Fachbereich mit einfließen zu lassen.“⁶¹ Doch schon kurz darauf lag die „Federführung“ beim MBS und sukzessive entfernten sich die anderen Ministerien aus der täglichen Arbeit. Das war nicht nur von Nachteil, denn es gab einige Ministerien die unmittelbar wenig mit dem Thema zu tun hatten, und wo eine ständige, ritualisierte Teilnahme am Handlungskonzept eher zu Abwehrreaktionen geführt hätte. Der Aspekt der Querschnittsaufgabe wurde trotzdem inhaltlich nie verlassen. Bis heute ist es für das MBT unproblematisch, mit jedem Ministerium, jeder Ministerin oder jedem Minister Kontakt aufzunehmen, wenn dazu ein Anlass besteht. Analog zum „Aktionsbündnis“ wurde das MBT, das ja gewollt im politischen Raum agieren soll, in der freien Trägerschaft der RAA belassen:

„Für die Entwicklung der Beratungsstruktur und des Beratungskonzeptes des Mobilien Beratungsteams waren diese Klärungen von Bedeutung: die Landesregierung beauftragte einen erfahrenen freien Träger (hier die RAA Brandenburg e.V.)

⁵⁹ Heinz Kleger: „Tolerantes Brandenburg“ – staatliche und nicht-staatliche Handlungschancen. In: Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse und Intervention. Berlin 2007, S. 165.

⁶⁰ Friedemann Bringt, Lorenz Korgel: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur. In: RAA Berlin (Hg.): Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Zur Arbeit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Bulletin 6/2004. Leipzig 2004, S. 6.

⁶¹ Hülsemann: Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund, S. 9.

für das Organisieren politischer Beratungsarbeit im Lande, beschrieb die Optionen und legte den finanziellen Rahmen fest. Der Arbeitsverlauf sollte, nicht nur wegen der Mittelverwendung, kritisch beobachtet werden. Aber Anweisungen seitens der Landesregierung, gar solche mit parteipolitischer Präferenz (die es auch nie gab), waren von vornherein ausgeschlossen.“⁶²

Im Träger führte die Erweiterung des MBT auf zunächst zehn MitarbeiterInnen zu Turbulenzen. Mit Wolfram Hülsemann gab es erstmals einen Vorgesetzten im Team. Das vorher in der RAA unter Hilde Schramm eher als „Projekt“ laufende MBT hatte große Freiheiten gehabt und agierte weitgehend selbstbestimmt. Durch das Handlungskonzept änderte sich maßgeblich auch der Aufgabenbereich des MBT. An der Formulierung dieser Veränderung des Aufgabenbereichs waren die MBTler Frauke Postel, Ray Kokoschko und Bernd Wagner sowie die Leiterin der RAA Hilde Schramm beteiligt.⁶³ Das führte im Nachgang zu erheblichen Spannungen im Team, als der „fachfremde“ Wolfram Hülsemann begann, die neue Linie inhaltlich und personell durchzusetzen. Die etablierten MBTler empfanden sich als Wahrer der MBT-Idee und -Methode, während Wolfram Hülsemann versuchte, die neuen Anforderungen der Landesregierung zu erfüllen. Beide Positionen hatten ihre Berechtigung, aber die Konflikte waren bei den Neuen deutlich spürbar.

Auch bei den RAA-KollegInnen blieb die Erweiterung nicht folgenlos: Das MBT galt als elitär und arrogant, weil es – sehr gut ausgestattet und mit einer hohen Wertschätzung versehen – in der öffentlichen Wahrnehmung schnell eine hohe Präsenz erlangte. Bei gleichzeitig sinkendem Etat der RAA-Projekte kam das einer gefühlten Entwertung der Arbeitsleistung und des Engagements der KollegInnen gleich. Diese Konflikte begleiteten die Arbeit die ersten Jahre nach dem Neuanfang.

Manfred Stolpe

„Als Anfang der 90er Jahre in Brandenburg Hetze gegen Ausländer vorkam und auch brutale Angriffe gegen sie stattfanden, vermutete ich verwirrte Einzeltäter. Ich war dagegen, diese Fälle durch Dramatisierung aufzuwerten, und fürchtete um das Ansehen Brandenburgs. Doch diese widerlichen Vorkommnisse rissen nicht ab. Das ging die ganze Zivilgesellschaft an. Ich wollte, dass die schweigende Mehrheit der Gutwilligen zu einer handelnden Mehrheit wird.“⁶⁴

⁶² Ebd., S. 10.

⁶³ Hilde Schramm: Schreiben an Staatssekretär Gerd Harms vom 7.8.1998 „Kommunale Beratung. Grundsätze der Arbeit“, Projektbewerbung, 5 S.

⁶⁴ RAA Brandenburg (Hg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam 2008, S. 18.

Nach dem Neuanfang

1998 kam es mit dem Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ zu einer deutlich veränderten Auftragslage für das MBT.⁶⁵ Gerd Harms, damals Staatssekretär im MBS und seit Frühjahr 1998 maßgeblich an der Entwicklung des „Toleranten Brandenburg“ beteiligt, sieht drei große Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Bemühungen:

- nunmehr waren alle Ressorts der Landesregierung mit dem Problem beschäftigt,
- einer damals verbreiteten Haltung (vor allem der Kommunen) zur Verleugnung oder Verniedlichung des Problems wurde ein Riegel vorgeschoben,
- die Bevölkerung wurde über die Mobilisierung in die Problemlösung mit einbezogen.⁶⁶

Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg e. V. (RAA)

sucht ab sofort, zunächst für 3 Jahre, zur Umsetzung eines Elements des „Handlungskonzepts der Landesregierung Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit • Tolerantes Brandenburg“

- acht Beraterinnen und Berater für Kommunen, Einrichtungen und Bürgergruppen;
- eine(n) Sachbearbeiter(in) zur Unterstützung des Leiters für Koordinierung und Finanzverwaltung (mit Sitz in Potsdam).

Die Mitarbeiter/innen des aufzubauenden Teams sollen Bürger und Verantwortungsträger vor Ort zur Stärkung der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Kultur unterstützen und zusammen mit ihnen Handlungsstrategien zur Prävention und zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus entwickeln.

Die Mitglieder des Teams werden jeweils zu zweit regional tätig sein und zugleich entsprechend ihrer Spezialkompetenzen im Gesamtbereich Aufgaben übernehmen.

Erforderlich ist professionelle Beratungskompetenz. Erwünscht sind Erfahrungen in Krisenintervention, Projektentwicklung und Fortbildung.

Die Eingruppierung für die Berater/innen erfolgt in der Regel nach BAT-Ost IVa für den/die Sachbearbeiter/in BAT-Ost Vb.

**Bewerbungen bitten wir bis 12. Oktober 1998 zu richten an:
RAA Brandenburg e. V., August-Bebel-Str. 88, 14482 Potsdam.**

GESD 1 - 23.09.1998

Stellenanzeige der Ausschreibung 23.9.1998

⁶⁵ „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Potsdam 1998.

⁶⁶ So in: Alfred Roos: Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: RAA Brandenburg (Hg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam 2008, S. 28f.

Vor allem die Erwartungen zur Mobilisierung „der Zivilgesellschaft“ und die Arbeit mit den Kommunen wurden an das MBT herangetragen. Der Begriff der Zivilgesellschaft verfolgte die Arbeit des MBT eine ganze Weile als Lösungswort einer unausgesprochenen Heilserwartung seitens der Landespolitik. Manfred Stolpe meinte relativ pragmatisch, dass „die schweigende Mehrheit der Gutwilligen zu einer handelnden Mehrheit“ werden sollte.⁶⁷ Das dahinterstehende Denkmuster ließe sich als Vision eines „tugendhaften Bürgers“ interpretieren,⁶⁸ doch auf der Handlungsebene in den Regionen war der Ansatz schwer nachvollziehbar. Demokratische Grundwerte und die bundesdeutsche Verfassung waren dort kaum bekannt, es gab bis auf die Schulen niemanden, der diese Werte mit der Bevölkerung diskutierte und sie zur Teilnahme am öffentlichen Diskurs ermunterte: die Demokratie hatte ihre maßgebliche Erscheinungsform noch in der D-Mark.

Einige Absichten im Handlungskonzept sind nur zu Beginn – d.h. solange sich die betroffenen Akteure an das Konzept erinnern konnten – verfolgt worden. So etwa: „Wenn schwere Gewalttaten geschehen sind, zeigen Mitglieder der Landesregierung Präsenz. Sie werden demonstrativ die Opfer besuchen und so Solidarität beweisen.“⁶⁹ Das geschah beispielsweise beim ersten tödlichen Überfall nach dem Beschluss des Handlungskonzeptes 1999 in Guben, wo der damalige Ministerpräsident Stolpe und Innenminister Alwin Ziel über einen längeren Zeitraum den lokalen Prozess aktiv begleiteten. In der Folgezeit ist diese Selbstverpflichtung dann auf die Staatssekretärebene delegiert worden und später an lokale politische Repräsentanten. Das war auch durchaus sinnvoll, denn die PR-trächtigen Auftritte von MinisterInnen in zumeist ländlichen Regionen führten zu erheblichen Verwerfungen und viel Stress in den betroffenen Gemeinwesen.

Eine noch wesentlichere Veränderung der MBT-Arbeit ergab sich aber aus den organisatorischen Neuerungen. Für die Opfer rechtsextremer Gewalt (damals überwiegend tatsächliche oder vermeintliche MigrantInnen) sollte eine spezielle Betreuung geschaffen werden:

„Es werden Projekte freier Träger gefördert, die den Opfern rechter und fremdenfeindlicher Straftaten schnellstmöglich beratend helfen, die Unterstützung der Opfer durch das soziale und politische Umfeld vor Ort organisieren und die Taten und ihre Folgen dokumentieren und öffentlich bekannt machen.“⁷⁰

⁶⁷ Ebd. S. 18

⁶⁸ Lorenz Korgel: Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Unveröff. Diplomarbeit der FU Berlin, Otto-Suhr-Institut. Berlin 1999, S.40ff.

⁶⁹ „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung, S.4.

⁷⁰ Ebd. S.4

Mit der Betreuung der Opfer kamen nun Akteure neu hinzu, die Teile der ehemaligen MBT-Arbeit übernahmen und gleichzeitig im selben Gemeinwesen agierten. Zudem wirkte sich die explizite Aufforderung nach Öffentlichkeit sehr auf die MBT-Arbeit aus: Hatte die Opferberatung einen durchaus skandalisierenden Auftrag, war das MBT auf Menschen angewiesen, denen nicht unbedingt an überregionaler Öffentlichkeit gelegen war. Das Verhältnis zwischen „Opferperspektive“ und MBT hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr gut austariert. Ähnlich, wenn auch nicht konfliktgeladen gestaltete sich das Verhältnis zum bereits erwähnten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, das sich speziell als Serviceagentur für die regionalen Bündnisse etabliert hat.

Dass das MBT aus dem Verantwortungsbereich der Ausländerbeauftragten Almuth Berger herausgelöst und dem Bildungsministerium zugeordnet wurde, sorgte für weiteren Missmut in Teilen der Landesverwaltungen. Für das MBT war es insofern schwierig, weil über die Jahre mit den MitarbeiterInnen der Ausländerbeauftragten ein sehr intensives und freundschaftliches Verhältnis bestand, das durch die personelle Aufstockung des MBT geschwächt wurde, weil der Alltagskontakt entfiel und die neuen MitarbeiterInnen die gewachsene Verbindung nicht hatten.⁷¹

Damit änderte sich der Arbeitsauftrag insofern, als der Bereich der MigrantenInnen nicht mehr ein primäres Aufgabenfeld für das MBT war. Der Wechsel vom Sozialministerium zum Bildungsministerium lief nicht problemlos ab. Zunächst wurde vermieden, überhaupt noch von einem MBT zu sprechen. Im „Handlungskonzept“ wird unter der Überschrift „Kommunales Beratungsangebot“ recht ungefähr formuliert:

„Zur Unterstützung der kommunalen Öffentlichkeit – der Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und insbesondere der Menschen, die gegen Gewalt und Rechtsextremismus agieren wollen, und der Verantwortungsträger in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Parteien, Vereine) – wird vom Land Brandenburg ein von der örtlichen Ebene abrufbares Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Angebots soll die Moderation von Prozessen im Gemeinwesen erfolgen, aber auch praktische Hilfe bei der Realisierung von Diskussionsprozessen, Projekten und Initiativen geleistet werden. Daneben wird für die aktiven Menschen vor Ort ein Fortbildungsangebot organisiert. Das Abrufangebot richtet sich an das gesamte Gemeinwesen, nicht nur an Schule und Jugendarbeit. Es steht nicht nur den aktuell betroffenen Gemeinden zur Verfügung, sondern in einem präventiven Ansatz allen Gemeinden. Mit dem Aufbau des Projekts soll im

⁷¹ Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.



Wolfram Hülsemann (im Hintergrund v.l.n.r.: Angela Kühne, Ray Kokoschko, Robin Kendon, Gerd Wermerskirch)

Herbst des Jahres 1998 begonnen werden. Für diesen Zweck sind im laufenden Haushaltsjahr 250.000 DM reserviert. Die Summe wird im kommenden Jahr auf 1,3 Millionen DM aufgestockt.“

Seitens der Geldgeber wollte man vermeiden, dass die Skandalisierungen der Existenz von rechtsextremen Szenen in den Regionen, die das MBT öffentlich betrieben hatte, die Beratungsarbeit behinderten. Die Befürchtung, dass das Label „MBT“ Kommunen aus Angst vor Anprangerung abhalten könnte, die Beratungsleistung in Anspruch zu nehmen, hat sich als nicht gerechtfertigt erwiesen. De facto hat das MBT genau diese Strategie seit der Aufnahme der Arbeit der „Opferperspektive“ vermieden.

Über Almuth Berger wurde recht früh der ehemalige Superintendent von Königs Wusterhausen, Wolfram Hülsemann, als Leiter des erweiterten und regionalisierten MBT ins Spiel gebracht. Er leitete das Team als Geschäftsführer von 1999 bis 2008.

Zum 1.1.1999 wurde das MBT auf zehn MitarbeiterInnen aufgestockt und mit Büros in fünf Orten ausgestattet. Die früheren MitarbeiterInnen wurden übernommen; in den Bewerbungsgesprächen mit den Bewerbern wurde neben der fachlichen Qualifikation auch ein Umzug in die jeweilige Region erwartet. Diese Residenzpflicht modifizierte den Ansatz der ersten Anfänge: Es war praktisch nicht möglich, MitarbeiterInnen zu finden, die für längere Zeit am Ort ihres Einsatzes eine Wohnung beziehen. Der Kompromiss be-



Das MBT 2002 (v.l.n.r.): Karin Dörre, Sascha Quäck, Uta Pehl, Birgit Wiese, Katharina Doyé, Frauke Postel, Dirk Wilking, Ray Kokoschko, Angela Kühne, Gerd Wermerskirch, Robin Kendon, Wolfram Hülsemann

stand nun darin, dauerhafte Ortsansässigkeit zu einer Einstellungsvoraussetzung zu machen. Diese Regel ist mit Abstrichen insofern bis heute gültig, als in der Regel wenigstens ein Teammitglied in einem Landkreis lokal verankert ist und über Regionalkompetenz verfügt.

Die personelle Erweiterung verlief phasenweise recht konfliktreich. Die Auseinandersetzungen um die personelle Zusammensetzung der Zweiergespanne in den Regionalbüros (das waren zuerst Forst, Fürstenwalde, Belitz, Neuruppin und Schwedt) führten zu einer personellen Fluktuation. Zeittypisch war ferner eine Ost-West-Spannung und schließlich gab es eine Spannung zwischen dem „alten“ Team und den neuen Strukturen. Damit wird nicht die generell positive Zusammenarbeit zwischen den KollegInnen abgewertet. Das Team begegnete sich fast immer freundschaftlich und oft liebevoll – auch wenn nicht alle neuen Vorschläge als gute Vorschläge gelten konnten. Wolfram Hülsemann hatte so manche kleine Niederlage einzustecken, so etwa als sich der neue Name des Teams „Bürgerverantwortung für Weltoffenheit. Mobiles Beratungsteam“ nicht durchsetzen konnte. Innerhalb weniger Wochen rutschte der klangvolle Slogan in unseren damals noch selbst gemachten Flyern immer weiter nach unten. Als dann ein Landrat anlässlich einer Terminvereinbarung durch sein Büro beim Sektenbeauftragten nachfragen ließ, ob es sich bei dieser Weltoffenheitstruppe um eine gefährliche Gruppierung handele, verschwand der neue Titel endgültig. Auch die Gründung eines Betriebsrates stieß nicht sofort auf Begeisterung.



Suspekte Titel ...



... gehören weg.

In den ersten Jahren des vergrößerten Teams kam es durch die interdisziplinäre Zusammensetzung im Team zu einer kleinen Methodenexplosion. Ohne dass dies von den einzelnen deutlich bemerkt wurde, übernahmen die KollegInnen voneinander Elemente der Arbeit oder modifizierten ihre eigenen durch Diskussionen in der kollegialen Beratung.

Nachdem Wolfram Hülsemann 2008 in den Ruhestand verabschiedet wurde, übernahm der Verfasser die Geschäftsführung des MBT. Neu war, dass die Stelle öffentlich ausgeschrieben wurde. Das Team hatte sich auf Anregung von Wolfram Hülsemann auf einen eigenen Bewerber geeinigt. Das transparente Verfahren dauerte lange und war für alle Beteiligten sehr anstrengend. Schließlich fiel die Entscheidung nach zwei Monaten. Der personelle Wechsel stellte sich nicht als Paradigmenwechsel dar, aber es änderte sich die Arbeitsatmosphäre infolge des Umstands, dass der neue Geschäftsführer fast zehn Jahre lang die gleiche Arbeit wie die KollegInnen gemacht hatte.

Zwei neue Tätigkeitsfelder

In der ersten Hälfte der 2000er Jahre entstand beim MBT ein Projekt, das sich mit der deutsch-polnischen Nachbarschaft beschäftigte. „MBT-Eurokomm“ bestand aus zwei Projektphasen: Anlässlich des EU-Beitritts Polens (Mai 2004) befasste man sich in der ersten Projektphase seit November 2003 hauptsächlich mit dem verbreiteten antipolnischen Ressentiment. Das Team in Fürstenwalde bestand aus Katja Hoffmann, Gudrun Kirchhoff, Ryszard Cenker, Witold Kaminski und Jan Kasiske.



Das MBT 2005 v.l.n.r.: Karin Lorenz, Robin Kendon, Angela Kühne, Jürgen Lorenz, Gabriele Schlamann, Witold Kaminski, Thomas Weidlich, Gudrun Kirchhoff, Wolfram Hülsemann, Ryszard Cenker, Theo Fontana, Miriam Schilling

Das Projekt sollte Diskussionen in den Grenzregionen anregen, die den Beitritt Polens zur EU als Chance für Brandenburg darstellen. Es sollte keine „verordnete Völkerfreundschaft“ proklamiert werden, sondern die Chance eines gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Raumes kommuniziert werden.⁷² Die KollegInnen arbeiteten auf beiden Seiten der Grenze und konnten durchaus ihren Beitrag zu einer Entspannung leisten. „Bürgerwehren“ gegen Polen und rechtsextreme Wellen in den Grenzstädten blieben aus. Allerdings ist das Thema des gemeinsamen Wirtschaftsraumes nicht durchgedrungen. Aus diesem Grund wurde „Eurokomm II“ in Forst gestartet. Von 2006 bis 2008 arbeiteten Ryszard Cenker und Witold Kaminski in der Stadt Forst zu mikro-ökonomischen Aspekten. Das Thema einer kleinwirtschaftlichen Zuwanderung nach Forst stand im Zentrum der Bemühungen. Obwohl sich die Erfolge des Projektes sehen lassen konnten, musste es wegen mangelnder Fi-

⁷² MBT-Eurokomm (Hg.): Grenzmotive. Nachdenken über die Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen. Potsdam 2004.

nanzierung fallen gelassen werden. Eine Einsicht der beiden Projektphasen ist das erstaunliche Ausblenden ökonomischer Wirklichkeiten in den brandenburgischen Kommunen. Weder nimmt man in den Kommunen im nördlichen Brandenburg wahr, dass Stettin eine Boomtown Europas ist, von der man partizipieren kann, noch greifen Argumente im Süden, etwa wenn Ministerpräsident Platzeck wie am 26. Februar 2008 in Forst über die Überlebenschancen der Stadt spricht.⁷³ Spannend an diesem regionalen Versuch war allerdings, dass in der mikro-ökonomischen Situation die Prozesse der Annäherung sehr deutlich und plastisch zu Tage traten und damit wichtige Erkenntnisse für die kommunale Entwicklung brachten.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem MBT-Eurokomm hatte das MBT-Projekt „Elternwege“. Ebenfalls aus der MBT-Arbeit generiert, wurde die Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher über das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ finanziert. Die Idee, eine aufsuchende Elternberatung mit lokal angepassten Lösungsideen anzubieten, fand allgemein eine positive Resonanz. Katharina Reichmann und Mario Feist arbeiteten in dem Projekt von 2007 bis 2008. Beendet wurde es – wie „Eurokomm“ – aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten. Das Konzept und die Ergebnisse sind gut dokumentiert.⁷⁴ Bedauerlich ist die Lücke, weil die bestehenden Systeme (Erziehungsberatung, Bewährungshelfer, Schulpsychologen u.a.) nach unserer Erfahrung mit einem „ideologischen“ devianten Verhalten meist überfordert sind. Das liegt häufig daran, dass sie in ihrer Ausbildung das Individuum in den Mittelpunkt stellen und dann das familiäre Umfeld betrachten. Gruppenbildung in den Lebensmilieus (sowohl der Jugendlichen als auch der Eltern) gehören nicht unbedingt zu den von ihnen bevorzugt betrachteten Faktoren.

⁷³ Aus den Gesprächen im Hotel Wiwo in Forst, wo Platzeck länger auf die Bedeutung der polnischen Region für Forst hinwies, wurde nur der Aspekt des Verkehrs, der von Polen durch Forst hindurch geleitet wird, öffentlich diskutiert. Jan Selmons: Westumfahrung Forst wird wieder Thema. In: Lausitzer Rundschau, 27.2.2008.

⁷⁴ Katharina Reichmann: Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt Elternwege – Beratungswege. In: Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III. Potsdam 2010, S.189-203.

Verwaltung und Zuständigkeit

Die Entwicklung des MBT war immer auch abhängig von der Zuordnung zu den Verwaltungen in den Ministerien. Aufschlussreich ist deshalb ein kurzer Abriss der wechselnden Zuständigkeiten.

In seiner Anfangszeit war das MBT unmittelbar im Büro der Ausländerbeauftragten im damaligen Arbeitsministerium angesiedelt, d.h. die KollegInnen hatten unmittelbaren Kontakt zu den MitarbeiterInnen des Büros und bei den damals häufig auftretenden Ausschreitungen lief der Kontakt in die Regionen über die Ausländerbeauftragten der Kreise und Städte. Diese faktische Angliederung an eine ministerielle Behörde war nicht zulässig und so kam es zur Angliederung an die gleichzeitig entstandene RAA unter der Leitung von Hilde Schramm. Das MBT nannte sich dann vorübergehend „MBT der Ausländerbeauftragten bei der RAA“. Praktisch standen wir bis 1999 in sehr engem Kontakt zu Almuth Berger und erst die Umstrukturierung führte zu einer Veränderung.

Auch wenn das MBT bei einem freien Träger angesiedelt ist, arbeitet es mit einem Auftraggeber, der das Geld gibt, aber auch inhaltlich Einfluss ausübt. Das geschieht in der Praxis durch Diskussionsprozesse mit dem Team oder der Geschäftsleitung.

Ministerpräsident Stolpe, unter dessen Federführung das „Tolerante Brandenburg“ (TBB) gestaltet wurde, war bis 2002 im Amt und begleitete die Entwicklung immer wohlwollend. Bei seinem Nachfolger Platzeck hat sich das nicht geändert. Beide Ministerpräsidenten hatten nur bei wenigen Anlässen direkten Kontakt zum MBT, doch wurde das Team in verschiedenen Reden und Landtagsdebatten positiv erwähnt. Bemerkenswert ist allerdings, dass das MBT nach den Landtagswahlen 2004 und 2009 Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen wurde, ohne dass wir uns darum bemüht hätten.

Steffen Reiche war der erste Minister, in dessen Verantwortungsbereich das TBB fiel. Das MBT war damit zwar nicht grundsätzlich „Chefsache“, doch Minister Reiche war in der Regel gut informiert. Strukturell griff er in das MBT ein, indem er das Team von fünf auf sechs Regionalbüros aufstockte, um die MBT-Regionen mit den Schulamtsbezirken in Deckung zu bringen und um die Beratungsangebote der RAA zu konzentrieren: Die „Büros für Integration und Toleranz“ (BIT) sollten die regional vorgehaltenen Angebote des Landes unter einem Dach vereinigen. Mit der Aufstockung des Teams stieg auch der Etat, zusätzliche Sachkosten wurden allerdings nicht genehmigt. So entstand strukturell eine Schieflage, da der Etat des MBT innerhalb des TBB gedeckelt war und ist. In den ersten Jahren wurde unser Etat aus Lottomitteln bestritten, was regelmäßig zu großen Unsicherheiten führte und zum Jahresende dann

die finanzielle Existenzfrage aufwarf.⁷⁵ Erst durch kräftige Intervention des damaligen Staatssekretärs Frank Szymanski im Haushaltsausschuss konnte das MBT in die Regelfinanzierung überführt werden.⁷⁶ Damit einher ging dann auch eine Aufstockung der Sachmittel, so dass dem Team Dienstwagen zur Verfügung standen.⁷⁷

Auf Reiche folgte im Amt Holger Rupprecht, der von 2004 bis 2011 Minister war. In dessen Amtszeit konsolidierte und etablierte sich das MBT als Bestandteil des Handlungskonzeptes.

Holger Rupprecht wurde durch Martina Münch abgelöst, die bereits über einige Jahre Erfahrungen mit dem MBT und dessen Arbeit in Cottbus verfügte. Sie war dadurch bereits mit unserer Beratungsarbeit vertraut, so dass die Kommunikation nicht mit dem Austarieren unterschiedlicher Vorstellungen belastet ist. Durch ihren Einsatz ist es nun endlich auch möglich geworden, das leidige Thema der Lohnkosten zufriedenstellend zu lösen.

Die ministerielle Ebene des Landes ist zwar im Allgemeinen für das MBT zuständig, beschäftigt sich aber nur punktuell mit den konkreten Gegebenheiten des Alltagsgeschäfts. Das wurde und wird auf der Arbeitsebene der Ministerien getan. Almuth Berger wurde im Jahr 1991 zur Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg berufen. Dieses Amt übte sie bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Oktober 2006 aus. Wie schon erwähnt, hat sie das MBT aus der Taufe gehoben und es bis heute begleitet. Obligatorisch waren die Staatssekretäre des Bildungsministeriums die Koordinatoren des TBB. Damit waren sie ab 1999 auch für das MBT zuständig. Auf operativer Ebene gab es keine ständigen direkten Kontakte, außer bei aufsehenerregenden Vorfällen, etwa der Hetzjagd von Cübeln. Aber sie kamen in unregelmäßigen Abständen ins Team und diskutierten die aktuelle Lage.

Frank Szymanski begann seine Arbeit als Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (unter Minister Steffen Reiche) fast gleichzeitig mit dem erweiterten MBT am 10. Dezember 1998. Fünf Jahre lang war er für uns zuständig bis er im September 2003 zum Minister für Infrastruktur und Raumordnung im Land Brandenburg ernannt wurde. Ihm folgte Martin Gorcholt bis Herbst 2005. Er war vorher Büroleiter von Steffen Reiche und dadurch mit dem TBB und dem MBT vertraut. Diese Vorerfahrung machte sich in der praktischen Zusammenarbeit sehr positiv bemerkbar. Ihm folgte Burkhard

⁷⁵ Wolfram Hülsemann: Mail vom 24.5.2012.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Bis dahin sind die MBTler mit ihren privaten Autos gefahren, was angesichts der Divergenz zwischen Spritkosten und Bundesreisekostengesetz zu einer faktischen Lohnkürzung geführt hat.

Jungkamp noch unter Holger Rupprecht; nach dem Wechsel der Ministeriumsspitze an Martina Münch führte er seine Arbeit bis heute fort.

Die Koordinierungsstelle des TBB war ab 1998 dem Staatssekretär zugeordnet und war der unmittelbare Ansprechpartner des MBT auf operativer Ebene. Dr. Friderun Schreiber (MBS) und Dr. Gisela Rüb (Leiterin der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses) waren in den ersten Jahren des TBB unsere unmittelbaren Ansprechpartnerinnen für die alltägliche Arbeit in den Ministerien. Die Zusammenarbeit war sehr fruchtbar und nach der Eingewöhnungszeit durchaus humorvoll. Stets hat Frau Dr. Schreiber die Interessen des MBT im Ministerium vertreten und uns Kürzungen des Etats vom Leib gehalten. Es folgte Angelika Thiel-Vigh (MBS 2004), zu der sich im Laufe der Jahre ein sehr freundschaftliches Verhältnis entwickelt hat. Bis heute begleitet sie unsere Arbeit engagiert und temperamentvoll. Durch ihre Tätigkeit ist das Beratungsnetzwerk Brandenburg zu einer schnellen, schlagkräftigen Gruppe ausgebaut worden. Mit der Etablierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus 2000 wurde entschieden, das Landesprogramm nicht zu verändern. Durch die erweiterten Mittel war es in Brandenburg aber möglich, ein gut funktionierendes Netzwerk aufzubauen. Die Partner des Netzwerkes (RAA, Opferperspektive, MBT, Aktionsbündnis, Sportjugend und Jugendbeteiligung Brandenburg) und die Ministerien (Bildung und Inneres/Verfassungsschutz) kooperieren sehr pragmatisch und effizient entlang der Ereignislagen. Dadurch werden die Spielräume der Beteiligten erhöht und die Kommunikation erleichtert.

Mobile Beratung und Wissenschaft

Die wissenschaftliche Beratung des MBT spielte eine bedeutende, für die MitarbeiterInnen aber oft wenig spürbare Rolle, da sie integraler Bestandteil des Teams war und ist. Bernd Wagner hatte diese Rolle bis zum Jahr 2001 inne. Ihm folgte Dr. Michael Kohlstruck, der diese Funktion bis heute wahrnimmt. Die wissenschaftliche Begleitung erhält alle (auch die trivialen) Informationen des Teams über den E-Mail-Verteiler und bei den monatlich stattfindenden Praxisberatungen bzw. Klausuren des Teams.

In den ersten Jahren hatte Bernd Wagner die Aufgabe, das MBT in Sachen rechtsextremistische Strukturen auf dem Laufenden zu halten. Da er vorher als MBTler in Brandenburg gearbeitet hatte und in der Zeit der Erweiterung des Teams mit dem Aufbau anderer Strukturen (Amadeu Antonio Stiftung; Zentrum Demokratische Kultur und Exit) befasst war, übernahm er die wissenschaftliche Begleitung. Das hat er sehr gründlich getan und damit die Grund-

lagen für die Beratungssituationen gelegt, die die Kompetenz des Teams in der Einschätzung lokaler Situationen erheblich steigerten. Rückblickend kann als vielleicht noch stärkerer Effekt für die KollegInnen gewertet werden, dass uns der Umgang mit der anfänglich durchaus präsenten Angst soweit genommen wurde, dass wir recht bald keine grundlegenden Einwände hatten, uns mit Namen und Gesicht öffentlich zu präsentieren.

Margitta-Sybille Fahr folgte ihm in Bezug auf die Fachkompetenz im Arbeitsfeld Rechtsextremismus. Der von ihr produzierte Band über rechtsextreme Ikonografie zählte zum Besten, was zu dem Thema in den Jahren erschienen ist.⁷⁸ Der Band wurde in drei Auflagen produziert und vor allem an Multiplikatoren in Brandenburg verteilt.

Mit Michael Kohlstruck gab es eine Veränderung in der wissenschaftlichen Begleitung. Das Rechercheverfahren des MBT hatte sich gut etabliert, so dass die MitarbeiterInnen selbst zu ExpertInnen im Bereich rechtsextremer Erscheinungsformen geworden sind. Nun rückten die wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen stärker in den Vordergrund. Dabei verläuft der Wissenstransfer mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin reziprok in beide Richtungen, so dass man von einem Theorie-Praxis-Verhältnis auf gleicher Augenhöhe sprechen kann. Punktuell wurde als weiterer Mitarbeiter Dr. Rainer Erb in die Arbeit mit einbezogen.⁷⁹ Kohlstruck organisierte das Vorhaben, die Erfahrungen aus der laufenden Beratungspraxis für ein interessiertes Publikum zu formulieren und zu publizieren; damit wird das reichlich vorhandene Praxiswissen einer eher sprechenden als schreibenden Berufskultur gesichert und nicht zuletzt interessierten Wissenschaftlern Einblick in das Kontinuum einer basisnahen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gegeben. Das 2004 zunächst einmalig angedachte Publikationsprojekt „Einblicke“ entwickelte durch ihn eine starke Eigendynamik. Die reflektierten Berichte über praktische Aspekte unserer Arbeit führen fast unmerklich zu einer Veränderung in der Arbeitshaltung: Die MitarbeiterInnen entwickeln nicht nur Schwerpunkte, sondern gestalten Entwicklungslinien, die zu einer deutlichen Profilierung des Einzelnen führen.

Zurückgreifen kann das MBT auch auf die Forschungen, die an den brandenburgischen Hochschulen zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt werden. Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam hat früh begonnen, das Problem aus pädagogischer Sicht zu bearbeiten und nicht nur

⁷⁸ Fahr, Margitta-Sybille: „Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt (3. Aufl.). Potsdam 2005.

⁷⁹ Rainer Erb, Jan Kasiske: Jugendfeuerwehr ist mehr als Technik und Wettkampf... Eine Werkmappe für den Jugendfeuerwehralltag. Potsdam 2010.

den ErziehungswissenschaftlerInnen Interpretationsmuster an die Hand zu geben. Auch Prof. Dr. Heinz Kleger (Politologe an der Universität Potsdam) hat sich sowohl wissenschaftlich, als auch über sein „Toleranzedikt als Stadtgespräch“ nachhaltig mit dem Rechtsextremismus im Land auseinandergesetzt. Am intensivsten befassten sich im vergangenen Jahrzehnt die Mitarbeiter des Moses-Mendelssohn-Instituts an der Universität Potsdam mit dem Thema. Vor allem Dr. Gideon Botsch und Dr. Christoph Kopke veröffentlichten zahlreiches neues Material, das sich speziell auf Brandenburg bezieht. Seit Jahren begleiten Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher, der Direktor des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung, gleichfalls ein An-Institut der Universität Potsdam, und sein Team mit empirischen Forschungen die Diskussionen zum Thema Rechtsextremismus. Prof. Dr. Michael Minkenberg von der Viadrina in Frankfurt (Oder) arbeitet seit Jahren international vergleichend zu rechtsextremen Phänomenen.

MBT-Teammitglieder („in order of appearance“):

Axel Zimmermann (1991-1996)	Michael Kohlstruck (2001-2012ff.)
Matthias Rochel (1992-1993)	Theo Fontana (2001-2005)
Frauke Postel (1992-2012ff.)	Miriam Schilling (2001-2007)
Bettina Berger (1992-1993)	Margitta-Sybille Fahr (2001-2005)
Fritz Dreke † (1993-1997)	Nico Scuteri (2002-2012ff.)
Bernd Wagner (1994-2001)	Thomas Weidlich (2003-2011)
Ray Kokoschko (1996-2012ff.)	Gabriele Schlamann (2003-2012ff.)
Wolfram Hülsemann (1998-2008)	Ryszard Cenker (2003-2008)
Birgit Wiese (1998-1999)	Witold Kaminski (2003-2008)
Uta Pehl (1998-2001)	Katja Hoffmann (2003-2004)
Cornelia Baßler (1998-1999)	Gudrun Kirchhoff (2003-2005)
Angela Kühne (1998-2012ff.)	Jan Kasiske (2004–2012)
Karin Dörre/ Lorenz (1999-2012ff.)	Andrea Nienhuisen (2004-2012ff.)
Jürgen Lorenz (1999-2012ff.)	Mario Feist (2007-2010)
Katharina Doyé (1999-2001)	Katharina Reichmann (2007-2008)
Marcus Kemper (1999-2001)	Anett Müller (2008-2012ff.)
Sascha Quäck (1999-2001)	Susanne Kschenka (2008-2012ff.)
Gerd Wermerskirch (1999-2002)	Frederik Ahlmann-Eltze (2011-2012ff.)
Dirk Wilking (1999-2012ff.)	Daniel Krüger (2011-2012)
Robin Kendon (1999-2012ff.)	David Driese (2012ff.)

Im Dauerkontakt mit der sozialen Wirklichkeit

Die inhaltliche Weiterentwicklung der MBT-Arbeit in den 20 Jahren seines Bestehens wurde fast immer durch die Veränderungen in den praktischen Herausforderungen angestoßen: Die rechtsextreme Szene entwickelte sich, so dass sich das MBT bewegen musste, um der veränderten Situation gerecht zu werden. Die Veränderungen von den ewig volltrunkenen Skinheads der 1990er Jahre, die gewalttätig die Jugendkultur dominierten, zu den smarten Pop-Nazis der „Spreelichter“, die sich nahezu pazifistisch geben und deren Wirkungsweise fast ausschließlich webbasiert ist, bedeuten auch für die Aufklärung und Beratungen des MBT gewaltige Veränderungen. Vorhersehbar waren die zurückliegenden Veränderungen so wenig, wie die kommenden prognostizierbar sind. Gewappnet mit einer erfahrungserprobten Flexibilität werden wir aber auch künftige Entwicklungen zu bewältigen wissen.

Die brandenburgischen Verwaltungen haben sich ebenfalls grundlegend verändert. Vor einem Dutzend Jahren war der „bocksbeinige Bürgermeister“, der vor jedem Problem die Augen fest verschloss, das er nicht selbst lösen konnte, der Running Gag der Teamberatungen. Heute hat eine Generation in den Verwaltungen Platz genommen, die mit den rechtsextremen Erscheinungen groß geworden ist und für die die Bundesrepublik ihre Heimat ist; für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, Probleme zu kommunizieren und sich Unterstützung einzuholen. Analog lässt sich das für die Polizei beschreiben: In den 1990er Jahren waren wir uns nie sicher, ob die lokale Polizei Bestandteil des Problems Rechtsextremismus ist oder Bestandteil seiner Lösung. Solche Zweifel sind heute, vor allem auch seit der Amtsperiode des Innenministers Schönbohm, ausgeräumt. Der Wandel hat sich auch in der Arbeit des MBT niedergeschlagen. So finden seit einigen Jahren gemeinsame Veranstaltungen des Städte- und Gemeindebundes, des Landkreistages, des Verfassungsschutzes und des MBT für Verwaltung und Polizei statt, bei denen regionale Probleme des Rechtsextremismus diskutiert werden.

Das politische Klima in den Parteien hat sich ebenfalls nachhaltig verändert. Auf Landesebene galt das MBT zunächst – zu Unrecht – als eher „linkes“ Projekt. Während der SPD-CDU-Koalition hatte sich das Verhältnis zur CDU dann aber sehr nachhaltig gebessert. Vor allem den MinisterInnen wurde bald deutlich, dass die demokratische Gesellschaft mit ihren elementaren Werten unser Schwerpunkt in der Arbeit ist; in der Folge kam es dann zu sehr freundlichen und fruchtbaren Gesprächen mit den CDU-Ministern und -Ministerinnen. Das Verhältnis zu den anderen Regierungsparteien war immer sehr gut. Sowohl SPD wie Die Linke waren uns gegenüber immer aufgeschlossen, so dass ein Kontakt zu einem Minister oder einer Ministerin leicht möglich war.

Dasselbe galt und gilt für die Fraktionen und Ausschüsse des Landtags. Grüne und FDP sind ebenfalls sehr offen für unsere Anliegen und auch die Kommunikation mit ihnen ist jederzeit unproblematisch. Problematisch aber ist und bleibt weiterhin das in der politischen Kultur über Jahrzehnte kultivierte Stereotyp der „ideologischen Verantwortung“, das reflexhaft immer wieder auftaucht: Die linken Parteien seien für die Arbeit gegen Rechtsextremismus zuständig, die konservativen für die Arbeit gegen Linksextremismus. Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass die brandenburgische Demokratie auf keinem Auge blind sein darf und es auch heute nicht ist. Dass das MBT einen Arbeitsauftrag gegen Rechtsextremismus hat, hat nichts mit einer Vernachlässigung des Linksextremismus zu tun. Zwei Sachverhalte sind dafür ausschlaggebend: Einmal geht eine hohe Zahl von Tötungsdelikten auf das Konto von Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus und zum anderen sind rechtsextreme Ideologieelemente deutlich weiter verbreitet als linksextreme. Zugespielt gesagt: Der rechtsextreme Slogan „Todesstrafe für Kinderschänder“ findet in Teilen der Gesellschaft Zustimmung, während das linksextreme Ziel einer Weltrevolution kaum auf Resonanz stößt.⁸⁰ Dieser gravierende Unterschied geht in den Auftrag des MBT ein. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese wechselweise Verantwortungszuweisung für den je anderen Extremismus aus der politischen Diskussion verschwindet. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die konservativen Parteien ihr eigenes Profil gegen Rechtsextremismus weiter schärfen, auch wenn sie sich vernünftigerweise von „Volksfront“-Konzepten fernhalten. Es gibt kein Monopol in der Arbeit gegen (Rechts-)Extremismus, wohl aber den Leitgedanken der gemeinsamen Demokratie.

So einfach unsere Arbeit auf Landesebene ist, so sehr knirscht es auf den unteren Parteiebenen. Gerade hier, wo man mit dem Rechtsextremismus konkret konfrontiert ist, befinden sich die demokratischen Parteien in einem Dilemma. Rechtsextremismus überzeugt bekanntlich nicht mit rationalen Argumenten, sondern über den Affekt, der gerade dort dominiert, wo rationale politische Debatten fehlen.

Ein politisches Vakuum entsteht dort, wo die Parteien personell schwach oder gar nicht vertreten sind. Hier kann sich der Rechtsextremismus als Katalysator anbieten und – falls keine Reaktion der Demokraten erfolgt – sehr fest etablieren. Ein Verbot der NPD würde das Problem nicht lösen, sondern das

⁸⁰ Um Missverständnissen vorzubeugen: Nicht die Debatte über den Umgang mit Sexualstraftätern ist rechtsextrem, sondern die Rechtsextremen nutzen jedes emotional aufgeladene Thema, um am Ende zum immer gleichen Ergebnis „Weg mit der Demokratie“ zu kommen. In diesem Sinne gibt es keine originäre Sachpolitik der Rechtsextremen, sondern nur viele Themen, die sie instrumentalisieren.



Verleihung des „Stuttgarter Friedenspreises“ am 17. November 2006. Vordere Reihe, v.l.n.r. Andrea Nienhuisen, Thomas Weidlich, Jan Kasiske, Frauke Postel

besagte politische Vakuum weiter bestehen lassen. Dieses Problem war vom MBT recht früh registriert worden. Rasch war deutlich geworden, dass die Beratung der Zivilgesellschaft nur in Städten und Kleinstädten funktionierte, nicht aber in den Dörfern. Seit 2001 diskutieren wir, wie mit diesem Befund umgegangen werden kann. Ein Ergebnis war 2005 die Tagung mit dem Titel „Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer? – Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands“.

Damit brachten wir das Thema ländlicher Raum und Demokratieentwicklung in die politische Debatte ein.⁸¹ Der damalige Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke nahm engagiert an den Diskussionen teil. Was sich damals abzeichnete, ist heute deutlicher geworden: Wirtschaftliche Entwicklung ist abhängig von demokratischer Entwicklung und von einer offenen Kommunikationskultur in den ländlichen Regionen. Und hier bleibt die große Baustelle: die betroffenen Menschen dabei zu unterstützen, den Status von Objekten zu verlassen und zu politischen Subjekten zu werden, die ihre Zukunft selbst mitgestalten wollen. Dazu sind u.a. auch die politischen Parteien erforderlich: über sie können die Menschen ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren und gegebenenfalls auch durchsetzen. Dasselbe gilt für die Städte und Stadt-

⁸¹ Mobiles Beratungsteam (Hg.): Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer?

teile mit einem Übergewicht an prekären Lebenslagen. Dort ist die NPD stark. Das MBT versucht, in den Regionen die lokalen Parteiorganisationen zu stimulieren, sich stärker als bisher auf diese Milieus zu konzentrieren. Das wird auch in Zukunft eine wesentliche Aufgabe bleiben, die Mitgliederdecken der Parteien in Brandenburg sind bekanntlich kurz und dünn.

Mit dem immer besser werdenden Netzwerk in Brandenburg, aufgrund der Pragmatik und der Flexibilität der kooperierenden Mitarbeiter der Institutionen haben sich für das MBT neue Tätigkeitsfelder ergeben. Nun können wir auch dort kooperieren, wo zuvor nur punktuell und mit gewissen Schwierigkeiten Zugänge bestanden. Zum Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren hatte schon Wolfram Hülsemann einen Weg gebahnt. Nachdem das MBT zu den Projekten der Jugendfeuerwehr gute Verbindungen hatte, entstand durch Jan Kasiske und Rainer Erb ein Ordner für Jugendfeuerwehrwarte, der diesen Engagierten pädagogisch aufbereitete Elemente nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern auch für demokratische Orientierung in spielerischer Form zur Verfügung stellte.⁸² Der Ordner wurde speziell für die praktische Handhabung aus Kunststoff produziert und mit laminierten Seiten ausgestattet. Da das Verfahren sehr teuer war, wurden nur wenige Exemplare ausgeliefert. Die Resonanz war verblüffend gut, so dass mit Unterstützung der Feuerwehr neue Finanzierungsmittel zur Produktion weiterer Exemplare beschafft werden konnten. Inzwischen sind über 500 Stück im Umlauf. Zunächst begleitete das MBT die Anwendung der Mappe in der Praxis, aber sehr schnell übernahm die Jugendfeuerwehr die Eigenregie. Daraus entwickelte sich 2011 über das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ das Projekt „Ohne Blaulicht – Feuerwehr ist mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ des Landesfeuerwehrverbandes. Über das Angebot, in Konfliktfällen aufsuchend zu vermitteln und Klärungsprozesse zu begleiten, kommt auch das Thema Rechtsextremismus meist schnell zur Sprache. Der MBT-Mitarbeiter (und Mitglied der Feuerwehr) Thomas Weidlich ist deshalb in den Landesfeuerwehrverband gewechselt, um dieses Projekt mit durchzuführen.

Ein weiteres neues Arbeitsfeld ist der Sport. Über die Brandenburgische Sportjugend hat das MBT im Projekt „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ die Ausbildung der ehrenamtlichen Berater übernommen und die ersten Fälle auch praktisch begleitet.

Die Zukunft des MBT und des TBB ist politisch derzeit gesichert. Die Paradoxie unserer Arbeit – wir arbeiten daran, überflüssig zu werden – ist keine Besonderheit des MBT. Ärzte, Psychologen und viele sozialwissenschaftliche

⁸² Erb, Kasiske: Jugendfeuerwehr ist mehr als Technik und Wettkampf.



Frauke Postel und Dirk Wilking

Berufe stehen vor demselben Phänomen. Das MBT muss nicht befürchten, dass ihm die Arbeit ausgeht. Sein Tempo, die inhaltliche und organisatorische Flexibilität sowie das Prinzip der Akzeptanz der Beratungsnehmer führen zu vielen Anfragen und Aufträgen.

Wenig beachtet wird, dass die MitarbeiterInnen des MBT ausgesprochene brandenburgische Patrioten sind und nicht zum Zynismus neigen. In 20 Jahren – das kann ich mit Überzeugung und aus Erfahrung sagen – spielte Hass in der Teamkultur keine Rolle. Nun ist die Abwesenheit von Hass noch keine Liebe, aber wir arbeiten in jeder Teamsitzung daran, das eigensinnige Land zu lieben.

Daniel Krüger

Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald Das Internet-Projekt spreelichter.info

Der folgende Text entstand im März 2012 und wurde bereits vor der Drucklegung von „Einblicke IV“ online veröffentlicht. Am 19. Juni 2012 verbot der brandenburgische Innenminister Dietmar Woidke die Widerstandsbewegung in Südbrandenburg und ihre Website spreelichter.info. 27 Personen, die als Mitglieder gelten, erhielten die Verbotsverfügung. Gleichzeitig durchsuchte die Polizei deren Wohnräume in Lübbenau, Lübben, Vetschau, Cottbus, Forst sowie Spremberg und beschlagnahmte hauptsächlich Computertechnik und Propagandamaterial. Das Innenministerium begründete das Verbot gemäß § 3, Abs. 1 des Vereinsgesetzes damit, dass die Vereinigung sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richte und ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufe.

Innerhalb der einmonatigen Frist wurde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Klage gegen das Verbot eingereicht; es ist zum jetzigen Zeitpunkt also noch nicht unanfechtbar. Die Seiten spreelichter.info und werde-unsterblich.info sind weiterhin online. Die Inhalte der Spreelichter-Seite wurden allerdings von den Machern selbst entfernt und durch ein Zitat des DDR-Bürgerrechtlers Jürgen Fuchs ersetzt. Die ebenfalls verbotenen Seiten demo-lausitz.info und jugend-offensive.net waren seit 2010 inaktiv bzw. nicht mehr existent.

Die Umstände und Wirkungen des Verbots sind im vorliegenden Aufsatz – bis auf ein Postskriptum – nicht berücksichtigt. Gleichwohl verändern sie den Blick auf den Text: Das analysierte Internet-Projekt existiert nicht mehr in der dargestellten Form. Der Aufsatz bietet nunmehr aber auch Hintergrundinformationen zur Frage: Wer und was ist mit der Widerstandsbewegung in Südbrandenburg verboten worden?

Warum noch ein Aufsatz über „die Spreelichter“?

Ohne Publikum gibt es keine öffentliche politische Kampagne.* Daran gemessen muss man den Machern der Website spreelichter.info und der von ihnen initiierten Kampagne *Werde unsterblich* Erfolg bescheinigen: in den Massen-

medien werden sie wahrgenommen. *Spiegel-TV*,¹ das MDR-Magazin *Exakt*,² die Sender *Deutschlandradio Kultur*³ und *DRadio Wissen*⁴ sowie etliche Print-Medien berichteten zum einen über unangemeldete, meist nächtliche Demonstrationen Rechtsextremer, die mit weißen Masken vor den Gesichtern und brennenden Fackeln gegen einen vermeintlichen „Volkstod“ und für einen „nationalen Sozialismus“ auf die Straße gehen. Zum anderen widmeten sich die Beiträge in TV, Radio und Zeitungen sowie eine kleinere wissenschaftliche Studie⁵ dem Internetphänomen *Spreelichter*: der Nutzung von Weblogs, Youtube-Videos und Twitter-Nachrichten für rechtsextreme Werbung und Vernetzung. Daneben ist die Gruppierung selbstverständlich im Blickfeld von Behörden der Inneren Sicherheit und wurde beispielsweise in den brandenburgischen Verfassungsschutzberichten der vergangenen Jahre behandelt.

Diese Medienresonanz hat auch eine Rückwirkung. So meldeten die Spreelichter-Macher etwa nach dem Spiegel-TV-Beitrag vom 26. Februar 2012 hohe Besucherzahlen ihrer Website.⁶ Zwar muss man solche nicht überprüf- baren Zahlenangaben als Behauptung werten – sie sagen zudem nichts darüber, wer aus welchen Gründen die Website angesehen hat und welche Wirkung sie hatte –, ein gewisser Aufmerksamkeitseffekt durch einen Auftritt im Sonntagabendprogramm von RTL ist jedoch recht wahrscheinlich.

Der Effekt soll hier nicht kritisiert werden; die Notwendigkeit von Information und kritischer Auseinandersetzung steht keineswegs in Frage. Zu beden-

* Für Diskussionen und Anregungen zum folgenden Text danke ich Susanne Kschenka und Michael Kohlstruck.

¹ Spiegel TV Magazin: Rechtsextremismus: Hinter den Masken der braunen Propagandisten. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/video/video-1181642.html>, aktualisiert am 26.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

² MDR/Exakt: Spreelichter – Spontane Fackelzüge der Neonazis. Online verfügbar unter: <http://www.mdr.de/exakt/spreelichter106.html>, aktualisiert am 7.12.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

³ Deutschlandradio Kultur: Rechtsextreme nutzen neue Kanäle. Online verfügbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1657180/>, aktualisiert am 20.1.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁴ DRadio Wissen: Die Unsterblichen – Nazi-Propaganda im Internet. Online verfügbar unter: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2012/01/30/drw_201201300802_die_unsterblichen_-_nazi-propagan_cc6e09b5.mp3, aktualisiert am 30.1.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁵ ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur (Hg.): Volkstod und Unsterblichkeit. Moderner Rechtsextremismus in Südbrandenburg – Agitation, Erscheinungsbild und Kontinuität. Berlin 2011.

⁶ Genannt wurden für den 26.2.2012: 12.573, für den 27.2.2012: 19.145, für den 28.2.2012: 15.166 Seitenaufrufe. @spreelichter: Weil's derzeit immer wieder gefragt wird. Online verfügbar unter: <http://twitter.com/#!/spreelichter/statuses/174817903785422848>, aktualisiert am 29.2.2012, zuletzt aufgerufen am 2.3.2012.

ken sind allerdings die kommunikativen Wechselspiele. Man kann sich die Spreelichter-Aktivist:innen als rechtsextreme PR-Agentur vorstellen. Sie verfügen über eigene öffentliche Kommunikationskanäle, sie sind – für die Generation der unter 30-Jährigen naheliegend – versiert im Umgang mit digitalen Medien und Medientechniken, sie setzen diese Mittel selbstbewusst ein, um ihre Ideen zu propagieren. Sie arbeiten zweckorientiert mit selektiver Information, mit Inszenierungen und Mythisierung, sie hantieren relativ frei mit Symbolen und Bedeutungen, sodass sie im Ergebnis gleichermaßen eindeutige wie interpretationsoffene Aussagen treffen. Kritisch zu hinterfragen sind in diesem Zusammenhang die Übernahme von Inszenierungen, etwa die Nutzung von Spreelichter-Video-Material als Mittel der Dramatisierung wie im MDR-Magazin *Exakt*,⁷ aber auch die Überinterpretation des Phänomens, zum Beispiel mit Vergleichen zum Ku-Klux-Klan oder zu esoterischen Licht-Metaphern.⁸

Zu beobachten ist daneben, dass Medienberichte und Analysen über die Website spreelichter.info auf der Seite selbst aufgegriffen und konterkariert werden. So wurde der erwähnte Spiegel-TV-Beitrag um einen umfangreichen programmatischen Spreelichter-Text ergänzt,⁹ der nicht nur der Argumentationsschulung dienen, sondern auch den Aufmerksamkeitseffekt nutzen und den Vorwurf einseitiger Mediendarstellungen bestätigen soll. In einem anderen Fall indirekter Kommunikation wurde der Text der ZDK-Studie auf der Spreelichter-Seite wiedergegeben,¹⁰ mit polemischen und ironisierenden Kommentaren versehen und damit seine Aussage in Frage gestellt.

In dieser Gemengelage von Aufmerksamkeit für ein neu wahrgenommenes Phänomen im deutschen Rechtsextremismus, von politischem Aktivismus auf der Straße und im Internet, von vielfältigen Mediennutzungen und -rezeptionen versucht der vorliegende Beitrag, den Spreelichter-Komplex zu entmythisieren: Was hat es mit der Website spreelichter.info und den „Unsterblichen“-Aktionen auf sich? Wer sind die Akteure? Welche Ideen verbreiten sie? Welche Mittel nutzen sie dafür? Wie arbeiten sie? Auf Grundlage von frei zugänglichen Informationen und anhand der Analyse von Medienbeispielen soll ein Überblick als Grundlage für weitere Diskussionen gegeben werden. Weil wir

⁷ Vgl. Fußnote 2.

⁸ Vgl. ZDK (Hg.): *Volkstod und Unsterblichkeit*, S. 10 u. 15f.

⁹ Spreelichter: SPIEGEL-TV-Interview: „Neonazi-Spuk – Wer sind die Unsterblichen?“. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/meldungen/SPIEGELTVInterview_NeonaziSpuk_Wer_sind_die_Unsterblichen-1088.html, aktualisiert am 26.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

¹⁰ Spreelichter: *Demokratische Verschwörungstheoretiker – Teil I*. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Demokratische_Verschwoerungstheoretiker_Teil_I-958.html, aktualisiert am 12.9.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

es mit einem politischen Aktivismus zu tun haben, der nicht nur auf den realen öffentlichen Raum zielt, sondern auch das Internet als wesentliches Betätigungsfeld erschlossen hat, liegt ein Schwerpunkt des Textes auf ebenjenen Netzaktivitäten.

Eine Beteiligung an der öffentlichen Kommunikation im Internet ist heute für fast jeden möglich. Insofern ist auch die durch politisch randständige Kleingruppen an sich keine Besonderheit. Eine – berechtigte – besondere, kritische Aufmerksamkeit erhält der Spreelichter-Komplex aufgrund seiner Bewertung als politischer Extremismus. Diese Aufmerksamkeit für die Akteure darf aber nicht verwechselt werden mit deren reeller Bedeutung. Aufgrund des geringen Wissens über die Rezeption „der Spreelichter“ sind Aussagen über ihre Effekte nur eingeschränkt möglich: Dass etwas im Netz steht und weltweit gelesen werden kann, heißt deshalb noch nicht, dass es weltweit tatsächlich gelesen wird,¹¹ und auch nicht, dass es seine beabsichtigte Wirkung erzielt.

Wer sind „die Spreelichter“, wo sind sie aktiv?

Es ist üblich geworden, von „den Spreelichtern“ zu sprechen, wenn im Süden Brandenburgs weißmaskierte oder -geschminkte Rechtsextreme mit „Volkstod“-Transparenten in der Öffentlichkeit auftauchen. Zunächst handelt es sich beim Spreelichter-Projekt um eine Website, die von den Machern als „Infosystem der Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ bezeichnet wird. Sie selbst treten beispielsweise als „Nationale Sozialisten in Südbrandenburg“ auf.

Der brandenburgische Verfassungsschutz rechnet die „Nationalen Sozialisten in Südbrandenburg“ den neonationalsozialistischen *Freien Kräften* zu und meint damit „sehr lose strukturierte, informelle Personenzusammenschlüsse, in denen typische Organisationsmerkmale wie Vereinskassen, Mitgliederlisten und Organisationsnamen ohne Bedeutung sind“ und die „zusammengehalten werden [...] durch eine gemeinsame neonationalsozialistische und nationalrevolutionäre Weltanschauung, öffentliche Propagandaaktivitäten, selbstinszenierende Internetauftritte, ‚Helden‘-Gedenken und ideologische Schulungen in Lesezirkeln“.¹² Das Personenpotenzial der Freien Kräfte im

¹¹ Zum Vergleich: Letzten Schätzungen nach sind im Netz 555 Millionen Websites zu finden. Die bei Youtube in jeder Minute hochgeladenen Videos ergeben zusammen eine Abspieldauer von 48 Stunden. Pingdom: Internet 2011 in numbers. Online verfügbar unter: <http://royal.pingdom.com/2012/01/17/internet-2011-in-numbers/>, aktualisiert am 17.1.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

¹² Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.): Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2010. Potsdam 2011, S. 57.

Land Brandenburg insgesamt schätzt der Verfassungsschutz für das Jahr 2010 auf 380.¹³

Der Verweis auf Südbrandenburg im Namen führt insofern etwas in die Irre, als es sich nicht um eine flächendeckende Erscheinung, sondern um lokale Kleingruppen handelt. Schwerpunkte sind Lübbenau (Landkreis Oberspreewald-Lausitz/ OSL), Lübben (Landkreis Dahme-Spreewald/ LDS), Senftenberg/ Lauchhammer (OSL) und Cottbus.¹⁴ Informelle Zusammenschlüsse von Personen bringen es mit sich, dass sie von Außen schwer einsehbar sind. Insofern liegen nur wenige belastbare Informationen über das Netzwerk dieser Gruppen vor. Es handelt sich dabei um einen Zusammenhang, der nicht nur über gemeinsame politische Ideen, sondern auch über soziale Beziehungen und gemeinsame Aktionen, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen und ähnliches hergestellt wird. Persönliche Autorität ist hier durch Reputation, Erfahrungen, Handeln, Kontakte begründet. Ein solches Netzwerk ist nicht unbedingt homogen; Fluktuationen, Verwerfungen und Konkurrenzen spielen durchaus eine Rolle. Daneben ist aber festzustellen, dass sich Kerne von Aktivisten herausgebildet haben.

Einzelne Gruppen in dem südbrandenburgischen Netzwerk entfalten eigene Aktivitäten, so präsentieren sich zum Beispiel mit eigenen Websites Aktivisten aus Senftenberg (senftenberger.blogspot.com), Cottbus (cb-infos.net) und Vetschau (vetschaufenster.info). Die Senftenberger Gruppe fällt dabei mit einem regelmäßig aktualisierten Weblog, eigenen Aktionen und dem Versuch einer eigenen Kampagne (habdenmut.blogspot.com) besonders auf.

Man kann – auch wenn sie sich selbst nicht so bezeichnet – von einer Sprechlichter-Gruppe innerhalb des Netzwerkes sprechen. Die Macher der Website spreelichter.info produzieren nicht nur das „Leitmedium“, sie organisieren auch die maßgeblichen Kampagnen und Aktionen. Lokaler Schwerpunkt der Gruppe ist Lübbenau. Dem unmittelbaren Umfeld sind Beobachtungen zufolge Personen aus dem nördlichen OSL-Landkreis und angrenzenden Gebieten (Süden des LDS, östlicher Landkreis Teltow-Fläming, Nordwesten des Landkreises Spree-Neiße) zuzurechnen. Darüber hinaus agiert die Sprechlichter-Gruppe zentral in einem gewachsenen überregionalen Netzwerk, das neonationalsozialistische „Zellen“ aus Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt umfasst.¹⁵ Diese Sprechlichter-Aktivitäten finden nicht nur in Südbrandenburg statt. 2009 und 2010 organisierte die Gruppe nächtliche Kundgebungen zum „Heldengedenken“ auf Soldatenfriedhöfen in zwei Orten des

¹³ Ebd., S. 56.

¹⁴ Vgl. ebd. S. 61.

¹⁵ Vgl. ebd.



*Die öffentliche Präsenz der „Volkstod“-Thematik wird von den Gegnern des Rechts-
extremismus zur Kritik genutzt: das Plakat verkehrt die Bewertung der vermeintlich
drohenden Deutschenapokalypse in ihr Gegenteil (Dresden, Februar 2012)*

Landkreises Teltow-Fläming. 2011 verschob sich der Aktionsraum nach Ost-sachsen. Fackelaufmärsche in Bautzen am 30. April und in Stolpen am 30. September sowie ein „Heldengedenken“ in Nardt bei Hoyerswerda im November wurden wesentlich von der Spreelichter-Gruppe vorbereitet.

Die personelle Stärke lässt sich nicht mit Sicherheit beziffern, aber durchaus abschätzen. Kleinere Aktionen werden von Einzelpersonen oder Gruppen von durchschnittlich zehn Personen durchgeführt. Das Video einer Saalveranstaltung im Januar 2012, zu der intern und kurzfristig mobilisiert wurde, zeigt etwa 30 Leute.¹⁶ Es dürfte sich dabei um das unmittelbare Spreelichter-Umfeld

¹⁶ Video: Hausdurchsuchungen nach Stolpen: Zwei Wochen später. Online verfügbar unter: <http://rutube.ru/tracks/5278646.html>, aktualisiert am 4.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

handeln. Die Personenzahlen bei Veranstaltungen zum „Heldengedenken“ mit teils überregionalem Teilnehmerkreis bewegen sich zwischen 50 und 100. Zu den klandestin organisierten größeren Demonstrationen finden sich 200-300 Teilnehmer zusammen, die aus mehreren Bundesländern anreisen. Es ist davon auszugehen, dass es sich lokal um relativ wenige Personen handelt; ein überregional größeres Mobilisierungspotenzial ergibt sich aus ihrem Selbstbild als Politaktivisten. Nach Beobachtungen und Dokumentationen zu urteilen, ist der Großteil von ihnen zwischen 20 und 30 Jahren alt, einige jünger.

Für die Website spreelichter.info wird der 30-jährige Lübbenauer Marcel F. verantwortlich gemacht.¹⁷ Seit Beginn seiner „Karriere“ in der rechtsextremen Szene vor mehr als zehn Jahren gestaltet und betreut er entsprechende Websites. Zwischenzeitlich machte F. eine Ausbildung zum Web-Designer. Er tat sich daneben als Organisator von Demonstrationen und durch öffentliche Auftritte hervor.¹⁸ Mit diesem Hintergrund ist F. eine Schlüsselfigur des Spreelichter-Projekts. Die Frage nach der Urheberschaft von spreelichter.info sollte sich aber nicht allein auf ihn konzentrieren. Augenscheinlich ist an der Produktion der Text-, Audio- und Videobeiträge der Seite eine kleine Zahl verschiedener Personen beteiligt. Auffällig ist beispielsweise Maik B., der Sänger des Musikprojekts *Hassgesang*, von dem unter anderem ein Konzertmitschnitt auf der Website veröffentlicht wurde. Die Spreelichter-Macher sind allerdings auf größtmögliche Anonymität bedacht; nicht nur dass keine personellen Verantwortlichkeiten für die Website genannt werden bzw. diese verschleiert werden, die Autorenschaft der Beiträge ist auch nicht individuell gekennzeichnet. Zuweilen, etwa in den Kommentaren zu Texten auf der Spreelichter-Seite, treten die Macher unter Pseudonymen auf, Marcel F. zum Beispiel als „Martin“.

Welche politische Idee wird auf der Spreelichter-Website vertreten?

Die grundlegende inhaltliche Struktur der Beiträge auf spreelichter.info entspricht dem Dualismus einer völkischen und antidemokratischen Weltanschauung. Diese Sichtweise ist sehr simpel und unterscheidet strikt nach Gut und Schlecht. Gut ist alles, was der Seite „Volk“, „völkische Idee“ und „völki-

¹⁷ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.): Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2009. Potsdam 2010, S. 206.

¹⁸ Über Marcel F. als Person und als „Bewegungsunternehmer“ wurde bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet: Dirk Wilking: Professionalisierung im brandenburgischen Rechtsextremismus. In: Michael Kohlstruck, Andreas Klärner (Hg.): Ausschluss und Feindschaft. Studien zu Antisemitismus und Rechtsextremismus. Rainer Erb zum 65. Geburtstag. Berlin: Metropol 2011, S. 225-238.

sche Ordnung“ zugerechnet wird – dies zum einen in der Vergangenheitsdimension, zum anderen selbstverständlich bezogen auf die heutigen Akteure. Alles Schlechte gehört hingegen zum „System“ und zur Demokratie als Ganzem – im Detail kann das letztlich alles sein, was in dieser Denkstruktur nicht auf die Seite des Guten gehört. Demokratie, Liberalität, Gleichheitsvorstellungen, die Rechte des Individuums werden nicht einfach nur kritisiert; es wird ein fundamentaler Gegenentwurf, eine eigene Lebens- und Erfahrungswelt geschaffen. Volk ist darin die oberste Instanz, quasi als Organismus – biologisch, aber mehr noch kulturell und historisch begründet –, dem ein spezifischer Charakter zugeschrieben wird. Kern dieses Denkens ist nicht Gesellschaft, sondern Gemeinschaft als Volks- oder Schicksalsgemeinschaft, in der der Einzelne einen festen Platz und eine Aufgabe zu erfüllen hat. Ihren Ursprung hat diese Idee in der völkischen Bewegung seit dem späten 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere im historischen Nationalsozialismus.¹⁹

Die Selbststilisierung als Widerstandskämpfer entspricht diesem Weltbild. Nicht Vermittlung, Kommunikation, Ausgleich, sondern Kampf ist die grundlegende Form der Auseinandersetzung mit der Umwelt. Kampf ist dabei aber nicht zwangsläufig als reeller Kampf gegen das politische System zu verstehen – in der völkischen Wahrnehmung ist es zum Untergang verurteilt –, sondern vielmehr als Auftrag, sich für eine völkische Weltanschauung einzusetzen. Anhänger dieses Denkens sehen sich heute in der Endzeit der Demokratie und als Vorreiter einer neuen Welt. Wenn in den Spreelichter-Texten soziale Entwicklungen und Problemlagen, politische Konflikte und Fehler thematisiert werden, steht nicht die Kritik und Diskussion von kritikwürdigen konkreten Ereignissen im Vordergrund. Sie werden in spezifischer Weise als bloße Symptome interpretiert. Als grundlegendes Motiv werden damit die längerfristige Etablierung einer völkischen Erfahrung und Deutung der Welt und das Negieren demokratischer Prinzipien erkennbar.

Man kann die völkische Weltanschauung als Reaktion auf die Komplexität der modernen Welt verstehen. Sie verspricht die Teilhabe an einer über dem Individuum stehenden Idee und sozialen Zusammenhalt. Volksgemeinschaft als Fiktion eines homogenen Kollektivs und einer festgefügtten Ordnung steht allerdings der faktischen Vielfalt und Dynamik von Gesellschaft diametral ge-

¹⁹ Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus ist aktuell ein Thema geschichtswissenschaftlicher Forschung, vgl. etwa Frank Bajohr, Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Fischer 2009. Die historischen Analysen können dabei unterstützen, dem Denken heutiger Akteure auf den Grund zu gehen.

genüber. Sie ist deshalb nicht nur mit der Ablehnung individueller Freiheitsrechte verbunden. Die Idee einer Homogenisierung beinhaltet zwangsläufig auch immer den Ausschluss Anderer – sei es aufgrund deren Herkunft, politischer Überzeugung oder sozialer Stellung. Entsprechend finden sich in den Texten auf spreelichter.info nicht nur die Überhöhung spezifisch „deutscher“ Charakterzüge, sondern auch ausländerfeindliche oder antisemitische Konnotationen.

Welche technische Infrastruktur nutzen die Website-Betreiber?

Im März 2009 ging die Website spreelichter.info online. Hauptbestandteil der Seite ist ein Weblog, in dem chronologisch sortiert Text-, Audio- und Videobeiträge veröffentlicht werden. Fast jeder hat heute die Möglichkeit, nach kurzer Einarbeitung eine Website ins Netz zu stellen. Für Weblogs gibt es Anbieter, die einem Nutzer nur ein paar Klicks abverlangen, um seine Seite zu erstellen und sich mitzuteilen. Die Betreiber von spreelichter.info haben sich für eine eigenständigere und technisch anspruchsvollere Lösung entschieden. Sie betreiben ihren eigenen Server – das heißt einen Rechner mit fester Adresse im Netz, auf dessen Speicherplatz sie vollen Zugriff haben und auf dem die Website-Skripte, Datenbank und Programme gespeichert sind, die notwendig sind, damit die Seite aufgerufen werden kann. Der Vorteil ist ein höheres Maß an Kontrolle und Flexibilität.

Seit Juni 2010 nutzen die Spreelichter-Macher einen Server im Rechenzentrum eines kommerziellen Anbieters in der Schweiz.²⁰ Spreelichter.info meldete damals, dass der zuvor genutzte Server aufgrund von „Interventionen“ zwangsweise abgeschaltet wurde, die Seite aber bereits nach vier Stunden auf einem neuen Server wieder online war.²¹ Der alte Server befand sich bei einer deutschen Firma. Auf ihm waren seit Herbst 2006 die wesentlichen Websites des rechtsextremen Netzwerks in Südbrandenburg und Ostsachsen gespeichert, seit 2009 auch spreelichter.info. Faktisch hat der Serverumzug in die Schweiz einen Zugriff deutscher Behörden und eventuelle Ermittlungsverfahren deutlich erschwert.

²⁰ Der Server hat die IP-Adresse 91.214.168.99 und den Host-Namen hrene.vserver.softronics.ch.

²¹ Spreelichter: Vier Stunden später... Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Vier_Stunden_spaeter...-535.html, aktualisiert am 2.6.2010, zuletzt eingesehen am 2.3.2012. Ob die Nachricht der Realität entsprach oder der Legendenbildung diente, kann hier nicht beurteilt werden. Der Umzug des Servers hat jedenfalls stattgefunden.

Die sichere Zuordnung konkreter Personen zur Spreelichter-Seite wird durch eine zweite Maßnahme eingeschränkt. An sich sind für alle Domainnamen im Netz, wie etwa die Domain „spreelichter.info“, die Verantwortlichen über öffentliche Datenbanken einzusehen. Allerdings bieten Firmen auch die Anonymisierung von derartigen Einträgen an. Im Fall Spreelichter wird ein solches kommerzielles Angebot genutzt, sodass öffentlich als Inhaber der Domain die kalifornische Firma eNom/ WhoisGuard erscheint, die den Namen aber nur verwaltet und keinen Bezug zu den Inhalten der Seite hat.

Kurz gefasst: Die Website aus dem Spreewald ist auf einem Server in der Schweiz gespeichert. Da die Seite kein Impressum aufweist, ist der rechtliche Ansprechpartner ein US-amerikanisches Unternehmen. Auch für völkische Aktivisten, die möglichst anonym bleiben wollen, gilt: Die Internet-Welt ist ein Dorf.

Wofür wird diese Infrastruktur genutzt?

Der Betrieb eines eigenen Servers macht es trotz der Verschleierungsbemühungen möglich, den Verantwortlichen weitere Projekte eindeutig zuzuordnen. Derzeit wird der Server für die Domains spreelichter.info, werde-unsterblich.info, demo-lausitz.info, volkstod.info, wirwollenleben.info sowie vetschaufenster.info genutzt.

Werde-unsterblich.info ist die Website einer gleichnamigen Kampagne seit Mai 2011. Nicht nur in Aktionen und Präsentationen, auch auf der technischen Ebene ist damit der Zusammenhang zwischen Spreelichter-Seite und Unsterblichen-Kampagne ersichtlich. Die Seiten volkstod.info und wirwollenleben.info haben aktuell keine Inhalte, die Domainnamen sind bereits seit 2008 registriert. Offensichtlich stehen sie in Zusammenhang mit der Volkstod-Kampagne. Sie sind vorerst reserviert und können bei Bedarf genutzt werden, müssen es aber auch nicht. Solches Domaingrabbing ist nicht ungewöhnlich. Man registriert „interessante“ Namen, bevor es jemand anderes tut, und hält somit einen gewissen Vorrat.²²

Unter vetschaufenster.info findet sich ein sporadisch aktualisiertes Weblog mit lokalem Bezug zur Kleinstadt Vetschau (OSL). Es ist dem regionalen rechtsextremen Netzwerk zuzurechnen, unterscheidet sich aber in der Themensetzung, zum Beispiel mit einem lokalgeschichtlichen Schwerpunkt, von

²² Aufgrund von Bewegungen auf dem Server kann man vermuten, dass für die Unsterblichen-Kampagne zuerst der Name wirwollenleben.info angedacht war, bevor kurzfristig die Domain werde-unsterblich.info angemeldet wurde.

der Spreelichter-Seite. Hier liegt nahe, dass der Autor eine Art „Aufbauhilfe“ durch die Server-Betreiber erhalten hat (Domainanmeldung, Speicherplatz, Softwareinstallation).

Die Seite demo-lausitz.info hat zur Zeit ebenfalls keinen Inhalt, ist aber das älteste der genannten Projekte. Sie wurde seit 2005/2006 (anfangs unter dem Namen demo-lausitz.tk)²³ von südbrandenburgischen und ostsächsischen Gruppen anlassbezogen für die Mobilisierung zu angemeldeten Demonstrationen genutzt. Sie besteht weiterhin; der bekannte Name könnte – wenn gleich sich die Aktionsformen geändert haben – gegebenenfalls in Anspruch genommen werden.

Zuletzt bringt ein Blick in die „Geschichte“ des Schweizer Spreelichter-Servers ein weiteres älteres Projekt der Betreiber zutage. Auf ihm war bis November 2010 auch die Website jugend-offensive.net zu finden. Die Seite für die aktionistische Vernetzungskampagne wurde im September 2010 eingestellt.

Wie entstand die Website spreelichter.info?

Es klang bereits an, dass es im Zusammenhang mit der Spreelichter-Seite nicht nur personelle Kontinuitäten im regionalen rechtsextremen Spektrum gibt, sondern zuvor auch schon andere, zum Teil ähnliche Internetprojekte existierten. Die Entwicklung kann hier nicht en détail wiedergegeben werden, soll aber kurz zusammengefasst werden.

Der schon oben genannte Marcel F. war verantwortlich für die Website des NPD-Kreisverbands Spreewald npd-kv-spreewald.net (2001-2003) und nach dessen Abspaltung von der NPD für die Website der *Bewegung Neue Ordnung* (BNO) neue-ordnung.de (2003/2004). Nachdem sich von letzterer wiederum die südbrandenburgische Gruppierung getrennt hatte, betrieb F. ab Ende 2004 auf der Seite ngno.de die Webpräsenz ebenjener *Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg* (GGSOBB). Auf ngno.de entstand 2005/2006 zudem die Mobilisierungsseite *Demo-Lausitz*. Während auf den NPD- und BNO-Seiten in Schrift und Bild zuweilen noch ästhetische Anlehnungen an die 1930er und 1940er Jahre anzutreffen waren, kamen die neuen Websites funktional und in zeitgemäßem Design daher. Inhaltlich haben sich alle diese Seiten in hohem Maße völkischer Ideologie verschrieben. Die GGSOBB-Seite unternahm dazu den Versuch, Internet- und Straßen-Aktivismus zu

²³ Der erste vorhandene Nachweis bei web.archive.org bezieht sich auf eine Demonstration am 8. April 2006 in Bautzen. Online verfügbar unter: <http://web.archive.org/web/20060409085404/http://www.ngno.de/~demo/>, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

verbinden. So wurden zum Beispiel Vorlagen für Sprühschablonen, etwa mit einem Motiv zu Ehren von Rudolf Hess, online verbreitet; zugleich war die Seite Plattform zur Dokumentation von Aktionen. Damit verbunden war eine Veränderung der Aktionsformen hin zu mehr propagandistischen Auftritten von Kleinstgruppen in der Öffentlichkeit: Im Sommer 2006 beispielsweise tauchten zum ersten Mal die verkleideten Sensenmänner mit ihrem Transparent „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ bei einem Kahnkorso in Lübbenau auf.

Parallel zu F.s Websites ging 2005 die Informationsseite *Lausitz-Infos* online, die dem damals in Hoyerswerda lebenden Sebastian Richter (Pseudonym: Sepp Hagen), heute stellvertretender Bundesvorsitzender der *Jungen Nationaldemokraten*, zugerechnet wurde. Auf der Seite wurden im Weblog-Stil regelmäßig „Nachrichten“ und ideologisch geprägte Texte publiziert; sie verstand sich als Forum eines rechtsextremen Netzwerkes in der Lausitz.

Nach dem Verbot des nordbrandenburgischen BNO-Ablegers *Schutzbund Deutschland* im Juli 2006 erklärte die GGSOBB im folgenden September ihre Auflösung und die Einstellung ihrer Website. Faktisch handelte es sich um eine Umstrukturierung. Für die übrig gebliebenen Websites wurde ein eigener Server bei einem deutschen Internet-Unternehmen eingerichtet, auf dem die Seiten *lausitz-infos.net* und *demo-lausitz.info* ab September/ Oktober 2006 veröffentlicht wurden. Im November des Jahres wurde die Domain der Jugend-Offensive angemeldet, im Frühjahr 2007 ging auch diese Seite auf dem Server online.

Die Jugend-Offensive-Seite diente einer Kampagne zur Förderung des Aktionismus und der Vernetzung. Lokale Gruppen, hauptsächlich aus Brandenburg und Sachsen, aber auch darüber hinaus, konnten auf der Website ihre Aktionen dokumentieren und zur Nachnutzung empfehlen sowie untereinander Kontakte festigen. Man kann davon ausgehen, dass Teile dieses Netzwerkes sich heute in der Kampagne *Werde unsterblich* wiederfinden. Zur Website gehörte auch ein Videoclip mit dem Titel *Werde aktiv*. Unterlegt mit dem Song *Wehr dich* der Band *Hassgesang* wurden Bilder von Demonstrationen, Sprüh- und Flugblatt-Aktionen zusammengeschnitten. Dokumentiert wurden darin auch ein Rudolf-Hess-Graffito, das vertikal auf ein Cottbuser Hochhaus geschrieben war, und der erwähnte erste „Volkstod“-Auftritt der Sensenmänner beim Lübbenauer Kahnkorso. Gerade die spektakuläreren Aktionen dürften einiges zur Reputation der Macher in der Szene beigetragen haben. Zugleich hatten sie Vorbildcharakter für die Fokussierung der Aktionen auf das „Volkstod“-Szenario. Mit ihrer Verbreitung über die Internet-Vernetzung entwickelten sie sich zu einer eigenständigen Kampagne. Vermehrt versuchten sich weiß geschminkte oder maskierte Aktivisten mit „Volkstod“-Bannern

in öffentliche Veranstaltungen „einzubringen“. Im Frühjahr 2008 fanden in diesem Kontext auch die ersten unangemeldeten nächtlichen Demonstrationen statt. Nach einem Versuch in Burg (Spreewald) zogen in der Nacht zum 1. Mai etwa 200 Rechtsextreme mit Fackeln durch den Cottbuser Stadtteil Sachsendorf.

Anfang 2009 wurde die Seite lausitz-infos.net nicht mehr weitergeführt und kurz danach im März 2009 die Spreelichter-Seite ins Netz gestellt. Der Domainname war bereits im September 2007 registriert worden. Unter dem Namen Spreelichter wurden zudem schon vor Veröffentlichung der Website Flugblatt-Aktionen durchgeführt.²⁴ Im Juni 2010 folgte der bereits genannte Umzug vom deutschen auf den Schweizer Server.

Im Rückblick betrachtet reicht das Phänomen der „Unsterblichen“, die Fackelmärsche der Weißmaskierten und ihre Präsentation im Internet weit zurück. Die technische Infrastruktur des heutigen Spreelichter-Projekts lässt sich direkt bis ins Jahr 2006 verfolgen. Unmittelbare Vorgängerprojekte gehen bis auf das Jahr 2004 zurück. Bezieht man die Aktivitäten des dauerhaft beteiligten Marcel F. ein, kann man eine Kontinuität von strukturell ähnlichen Websites der regionalen rechtsextremen Szene seit 2001 feststellen.

Seit 2006/2007 ist eine konzeptionelle Dreiteilung der Web-Projekte zu erkennen. Mittelpunkt ist eine Informationsseite (lausitz-infos.net, spreelichter.info), die aus völkischer Perspektive aktuelle Meldungen, weltanschauliche Beiträge, Aktionsberichte etc. anbietet und Themen, wie etwa den „Volks-tod“, setzt. Daneben existieren eine Mobilisierungsseite (demo-lausitz.info), die anlassbezogen für angemeldete Versammlungen aktiviert wird, sowie eine Kampagnenseite (jugend-offensive.info/net, werde-unsterblich.info), die Aktionsthemen und -formen publiziert und forciert; sie richtet sich an ein regionales und überregionales Publikum und bietet Möglichkeiten einer Vernetzung. Parallel dazu haben die Macher Aktionsformen entwickelt, die auf öffentliche Aufmerksamkeit zielen und mit den Web-Angeboten korrespondieren. Einerseits werben die Aktionen für die Websites, andererseits potenzieren Videoclips von Aktionen deren mediale Wahrnehmung.

Mithin erscheint die Einheit von Website spreelichter.info, anderen Internet-Angeboten und öffentlichen Aktionen als Instrument einer Gruppe von Aktivisten, die zum Teil seit mehr als zehn Jahren Erfahrungen mit Internet-Publikationen, seit gut fünf Jahren mit Videoproduktionen sammeln; ihr be-

²⁴ Vgl. die Kommentare im Thiazi-Forum zur Ankündigung der Website. Online verfügbar unter: <http://174.122.234.116/showthread.php?t=149642>, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

vorzugtes politisches Werkzeug sind öffentliche Kampagnen und ihr Ziel ist die Werbung für eine völkische Weltanschauung.

Was hat es mit dem „Volkstod“ und den „Unsterblichen“ auf sich?

Vermutlich im Juni 2006 ist die Lübbenauer Gruppe das erste Mal mit dem Transparent „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ bei einem Kahnkorso in der Stadt aufgetreten. Auf einem Spreewaldkahn hielten zwei, mit Kutten als Sensenmänner verkleidete Aktivisten dem Publikum der Veranstaltung die Parole entgegen, ein dritter stakte. In den folgenden Jahren, verstärkt ab 2009 wurden die Auftritte der weißgeschminkten Sensenmänner häufiger. Sie mischten sich überraschend unter Volksfeste, meist Aufzüge, wie beim Karneval in Schlepzig (Dahme-Spreewald) im Februar 2009. Zudem wurden die Aktionen im Internet dokumentiert und fanden Nachahmer anderenorts in Brandenburg und Sachsen – die Parole ist simpel und polarisiert, die Auftritte sind markant und provozierend, die Aktionen können von Kleingruppen mit relativ wenig Aufwand durchgeführt werden. Durch die Übernahme der Aktionsform und die parallele mediale Verstärkung durch Internet-Angebote bildete sich der Kern einer spezifischen Kampagnenform. Sie verknüpfte das völkische Horrorszenario eines sterbenden Volkes mit der fundamentalen Ablehnung der Demokratie und versuchte damit eine Grundidee völkischen Denkens in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.

Das politische Schlagwort „Volkstod“ mutet heute nicht nur wegen seiner archaischen Dramatisierung fremd an. Seinen Ursprung hat es in bevölkerungspolitischen Diskursen vom Anfang des 20. Jahrhunderts. In Debatten um den deutlichen Geburtenrückgang nach der Jahrhundertwende nutzten konservative Autoren den Begriff in Polemiken gegen Ideen zur Geburtenkontrolle wie auch gegen Erscheinungen eines kulturellen und sozialen Wandels, etwa die Erwerbstätigkeit von Frauen.²⁵ Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, in Folge dessen die Geburtenzahlen wiederum zurückgegangen waren, wurde der Diskurs um den „Volkstod“ wieder aufgenommen. Neben dem konservativ-religiösen Lager fand der Begriff – mit teils anderer Akzentuierung zum Beispiel zur Rolle der Familie – Eingang ins Repertoire der völkischen Bewegung. Im Nationalsozialismus wurde der „Volkstod“ zur stehenden sprachlichen Wendung. Als Negativ-Szenario diente er der völkischen Begründung

²⁵ Vgl. dazu und zum Folgenden: Klaus-Jörg Ruhl: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945-1963). München: Oldenbourg 1994, S. 157ff.

für Ziele der Bevölkerungs-, Familien- und Kulturpolitik wie auch der Eugenik und Euthanasie. Es hieß: „Geburtenrückgang ist Volkstod“,²⁶ „Landflucht ist Volkstod“,²⁷ „Erbkranker Nachwuchs ist Volkstod“.²⁸ Der Begriff wurde zu einer wesentlichen Begründung des völkischen Weltbildes insgesamt. Nach 1945 blieb er im Sprachgebrauch rechtsextremer Gruppierungen erhalten.²⁹

Seine heutige Verwendung in Slogans wie „Demokratie ist Volkstod“ ähnelt nicht nur äußerlich dem nationalsozialistischen Vorbild. Hergeleitet aus völkischem Denken, repräsentiert „Volkstod“ eben diese Weltanschauung; zugleich soll sie mit dem Schlagwort moralisch legitimiert werden und ein entsprechendes politisches Handeln herbeiführen. Dass sie in der demokratischen Gesellschaft – auch vor dem Hintergrund des historischen Nationalsozialismus – auf Ablehnung stößt, ist der zweite thematische Aspekt der „Volkstod“-Kampagne. Gegen die als Tabuisierung verstandene Ablehnung wird ein Begriff (re-)aktiviert, der ein Zentralmotiv völkischen Denkens pointiert.

Die einfachen Aktionsformen haben sicher zur Verbreitung und zum Wachsen der „Volkstod“-Kampagne beigetragen. Man kann davon ausgehen, dass die Wiederholungen gleicher Parolen und Symbole Wirkung auf den Zusammenhalt der Kampagnenträger haben; zugleich aber ist damit das Problem der Abnutzung von Mobilisierungspotenzial verbunden – das kann frustrieren: trotz Aktion und Spektakel geht die Demokratie nicht unter. Insofern ist der Auftritt der „Unsterblichen“ im Frühjahr 2011 als Aktualisierung der „Volkstod“-Kampagne zu verstehen. Die unangemeldete Demonstration von etwa 200 Rechtsextremen, die in der Nacht des 30. April mit Fackeln und weißen Masken durch Bautzen zogen, nahm Elemente auf, die zuvor schon genutzt wurden. „Volkstod“-Aktivisten hatten die Theatermasken als praktische Alternative zu weißer Schminke entdeckt. Fackelmärsche wurden von der Spreelichter-Gruppe bereits drei Jahre zuvor versucht bzw. durchgeführt wie am 30. April 2008 in Cottbus. Der Neustart der Kampagne wurde unterstützt durch eine eigene Website (werde-unsterblich.info) und einen Video-Clip der Aktion. Inhaltlich entsprechen auch diese den bereits bekannten Medien-Auftritten. Neu ist der Slogan *Werde unsterblich*, mit dem zu einem

²⁶ Erwin Liek: *Geburtenrückgang ist Volkstod?* München: Lehmann 1933. Es handelte sich um eine Flugschrift „für den Aufklärungsfeldzug“ des Reichspropagandaministeriums „über Rassenfragen“.

²⁷ Heinrich Sohnrey: *Landflucht ist Volkstod. Ein Wort an die Lehrer zur Schulentlassung der Landjugend.* Berlin: Deutsche Landwerbung 1940.

²⁸ *Erbkranker Nachwuchs ist Volkstod.* Berlin: Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst 1937. Es handelte sich um ein Merkblatt, das Betroffenen von „freiwilligen“ und Zwangssterilisierungen ausgehändigt wurde.

²⁹ Vgl. Bernhard Pörksen: *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien.* 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaft 2005, S. 162.

Handeln aufgefordert wird, das ewigen Ruhm verspricht. Damit wird der Wunsch der Aktivisten nach Bedeutsamkeit angesprochen und direkter als zuvor die Teilnahme und Nachahmung der Aktionen angeregt. In der Folge sind bundesweit ähnliche Auftritte von Weißmaskierten bekannt geworden, wobei die Aktionen mit Beteiligung der Spreelichter-Macher in Bautzen sowie in Stolpen am 30. September 2011 die mit Abstand größten waren.

Welche Nachrichten werden auf der Seite spreelichter.info veröffentlicht?

Ein Großteil der Beiträge auf spreelichter.info widmet sich dem aktuellen politischen Geschehen. Die Informationen werden in der Regel mit einem wertenden Kommentar versehen. Die Spannbreite der Themen ist groß. Regionales, Nationales und Internationales wird behandelt. Konfliktreiche Themen wie Ökonomie, Arbeitslosigkeit, demografische Entwicklung, regionale Abwanderung, Zuwanderung von Ausländern, Kriminalität, internationale Kriegseinsätze etc. werden aufgegriffen. Personalisierte Themen nehmen öffentliche Skandale um Fehlverhalten von Politikern demokratischer Parteien auf oder versuchen selbst zu skandalisieren. Neben politischen Akteuren wird auch über Institutionen wie Polizei und Verfassungsschutz berichtet. Letzteres und ebenso das Aufgreifen von Anti-Zensur-Debatten thematisieren – durchaus unter Berufung auf grundgesetzlich garantierte Rechte – die staatliche Repression gegen die rechtsextreme Szene.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich diese Veröffentlichungen nicht an journalistischen Maßstäben, an Objektivität und ausgewogener Darstellung orientieren. Vielmehr liegt ihnen eine spezifische Auswahl zu Grunde. Das wiederkehrende Motiv ist die negative Darstellung des demokratischen Systems und seines Personals. Immer wieder findet sich darin ein argumentativer Zirkelschluss. Weil die heutige Gesellschaft demokratisch verfasst ist und damit eine falsche, volksfeindliche Ordnung vorherrsche, beständen wirtschaftliche, soziale, politische Problemlagen, verhielten sich Politiker falsch, wären unfähig, schädigten etc. Gleichzeitig werden die konkreten Beispiele als Beweis herangezogen, dass das demokratische System der Fehler sei. An zwei Texten soll hier das Vorgehen der Autoren veranschaulicht werden.

Unter dem Titel „Heimat ist, wie ein bisschen sterben“³⁰ [sic!] veröffentlichte spreelichter.info am 21. Juli 2011 Statements von vier ehemaligen Ein-

³⁰ Spreelichter: Heimat ist, wie ein bisschen sterben. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Heimat_ist_wie_ein_bisschen_sterben-911.html, aktualisiert am 21.7.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

wohnern der Stadt Hoyerswerda, die über ihren Weggang berichten. Eingeleitet wird der Text von einem Kommentar, in dem es unter anderem heißt: „Städte wie Hoyerswerda stehen sinnbildhaft für das Versagen der Demokraten.“ Die demokratische Gesellschaft wird nicht nur für die Abwanderung aus den ländlichen Regionen verantwortlich gemacht, am Beispiel soll auch ihre Unfähigkeit aufgezeigt werden. Die persönlichen Auswirkungen sollen mit den Aussagen der Ex-Hoyerswerdaer verdeutlicht werden. So kommen die Interviewten mit positiven Erinnerungen an ihre Heimatstadt und mit Sorgen über deren wirtschaftliche und soziale Probleme zu Wort. In den Kommentaren zum Beitrag heißt es im Anschluss: „Wehmut und Sehnsucht beim Gedanken an die Heimat! Die Demokraten haben versagt!“

Die Suche nach der Quelle des Textes – der Spreelichter-Autor hat nicht selbständig Interviews durchgeführt – führt schnell zu einem etwas älteren Artikel aus der Redaktion des *Hoyerswerdaer Wochenblatts*, der auch in der *Lausitzer Rundschau* vom 5. Juni 2011 erschien.³¹ Unter ähnlicher Überschrift hatten die Zeitungen die Umfrage veröffentlicht. Ein Vergleich macht in zweierlei Hinsicht den manipulativen Umgang mit der Quelle klar. Zum einen fehlt der Hinweis auf sie, also darauf, dass sich die Lokalpresse bereits früher des Themas angenommen hat und nicht etwa der Spreelichter-Autor ein Tabuthema entdeckt hat. Zum anderen wurden original weitere Einwohner interviewt und zum Teil andere Aussagen veröffentlicht. So fehlt im Spreelichter-Text die Aussage einer Interviewten, dass sie aus persönlichen Gründen zu ihrem neuen Lebenspartner nach Bayern gezogen war. Ein weiterer Interviewter, mit dem Statement: „Der Grund meines Weggangs nach Heidelberg? Die Liebe! Keine wirtschaftliche Not wegen Arbeitslosigkeit (...)“, taucht im Spreelichter-Beitrag gar nicht auf. Ebenso fehlt ein anderer, der als Grund seines Umzugs nannte: „Wir sind nach der Wende sofort weg, weil meine Eltern schon immer, auch zu Ost-Zeiten, die Bestrebung hatten, in den Westen zu gehen.“ Die Liebe und der Wunsch, in einem demokratischen Staat zu leben, sind dem Spreelichter-Autor offenbar suspekt und seiner Argumentation nicht dienlich: Die Demokratie wird verantwortlich für die Situation gemacht, die Beispiele wiederum sollen belegen, dass das System schlecht ist. Was dabei an Information stört, weil es nicht ins Weltbild passt und die Situation komplexer darstellen würde, fällt weg.

³¹ Heimat ist ein bisschen wie sterben. Online verfügbar unter: <http://www.hoyerswerdsche.de/index.php/nachrichten-lesen/items/102.html>, aktualisiert am 5.6.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012; außerdem: Heimat ist ein bisschen wie Sterben. Umfrage: Wann sind Sie aus Hoyerswerda weggegangen? In: *Lausitzer Rundschau*, Ausgabe Hoyerswerda vom 5.6.2011.

Der Spreelichter-Text „Flexibel musst du sein...“³² vom 26. Juli 2011, der sich mit aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen und dem Boom der Zeitarbeitsbranche befasst, bestätigt den unseriösen Umgang mit Quellen und zeigt noch einen weiteren Aspekt auf. Der Beitrag stellt zahlenmäßig detailliert die Zunahme von Leiharbeit und die gleichzeitige Minderung der Einkommen von Geringverdienern dar. Dies wird mit einem Kommentar verknüpft: „Das von Rößler [sic!] angesprochene ‚Wachstum‘ ist kein Wachstum, von dem das Volk profitiert. Der ‚Aufschwung‘, von dem er redet, ist kein Aufschwung, an dem die, die ihn erarbeitet haben, auch teilhaben.“ Die Kritik am wirtschaftlichen Problem wird dabei verbunden mit der Dimension Volksfeindlichkeit. Wiederrum diente die Tagespresse als hauptsächliche Quelle des Beitrags, vermutlich wurden Informationen aus mehreren Artikeln zusammengestellt.³³ Wiederrum werden die Quellen und damit der Hinweis auf eine öffentliche Debatte verschwiegen. Und wiederum fehlen Informationen, die in der Presse zu lesen waren, so etwa Verweise auf kritische Kommentare von Wirtschaftsexperten oder gewerkschaftliche Politik gegen diese Entwicklungen, das heißt auf kritische Positionen in Wissenschaft und Politik – innerhalb der demokratischen Gesellschaft. Hinzu kommt der Effekt, dass der Spreelichter-Autor als besonders informiert erscheint, wenn er Zahlenbelege anführt oder eine wissenschaftliche Studie zitiert. Auch wenn er alles nur abgeschrieben hat, erweckt er den Eindruck von Kompetenz. Diese Arbeitsweise hat einen praktischen Nutzen. Die Auswahl geeigneter Quellen als Vorlage, die „interpretierende“, selektive Übernahme von Informationen und die anschließende Bewertung im Sinne der eigenen Zielrichtung sind nicht sonderlich arbeitsintensiv und erfordern kaum organisatorische und technische Voraussetzungen – ein Internetzugang und mäßige Schreibfertigkeiten genügen. Damit kann ein relativ hohes Publikationsaufkommen realisiert werden und eine Grundlage für ein funktionierendes Weblog geschaffen werden: Regelmäßig und in kurzen Abständen veröffentlichte Beiträge wecken größeres Interesse, binden Leser und schaffen einen kontinuierlich erweiterten Gesamttext.

³² Spreelichter: Flexibel musst du sein... Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Flexibel_musst_du_sein-913.html, aktualisiert am 26.7.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

³³ In Frage kommen zum Beispiel: Löhne der Geringverdiener brechen dramatisch ein. In: Die Welt vom 19.7.2011; Die meisten neuen Jobs gehen an Leiharbeiter. In: Die Welt vom 19.7.2011.

Was will spreelichter.info mit Beiträgen über Kopernikus und die DDR-Opposition?

Historische Themen auf der Spreelichter-Seite können nicht überraschen, ist doch die Vergangenheit eine zentrale Dimension des völkischen Weltbildes. Die behauptete Kontinuität und Wesensidentität des Volkes vollzieht sich in der vergangenene Geschichte. Sie verbürgt die „alten Werte“ und das positive Bild des eigenen Volkes. Andererseits mögen auf einer rechtsextremen Website Beiträge zu historischen Persönlichkeiten aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit ebenso irritieren wie die positive Bezugnahme auf die demokratische Opposition in der DDR. Diese beiden Aspekte sollen hier näher betrachtet werden.

Auf spreelichter.info werden kontinuierlich zwei historische Personenkreise in Einzelbeiträgen behandelt: zum einen deutsche bzw. „früh-deutsche“ Herrscher, zum anderen eine Gruppe von Männern, die – auch unabhängig vom belegbaren historischen Wirken – als Kirchenkritiker verstanden werden.

Offenkundig dominiert hier das Bild der „großen Männer“, die Geschichte machen. Sie werden als Helden – auch tragische – geschildert, sie repräsentieren Werte, mit denen in der Vergangenheitsdimension ein tradierter „Volkscharakter“ belegt werden soll. Nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist allerdings, dass die Auswahl der beiden Personengruppen eine Geschichtspolitik des historischen Nationalsozialismus fortsetzt: Die Zusammensetzung und Rollenzuschreibung des Kreises Luther, Kopernikus, von Hutten, Meister Eckehart etc., wie er auf der Spreelichter-Seite zu finden ist, wurde maßgeblich durch die Schriften Alfred Rosenbergs, besonders durch den *Mythus des 20. Jahrhunderts* (1930) geprägt. Rosenberg hat diese Figuren, nicht unbedingt dem historischen Wissen entsprechend, als deutsche Widerstandskämpfer gegen die katholische Kirche interpretiert und in seinen Arbeiten entsprechend gewürdigt: Meister Eckehart als frühen deutschen Mystiker, Luther als Begründer eines wahren deutschen Glaubens, von Hutten als militanten Kirchenbekämpfer, Kopernikus als Zerstörer des alten Weltbildes. An ihnen entwickelte Rosenberg seine Vorstellung von deutschen Werten und deutschem Denken. Ihre Präsentation als Widerstand gegen eine überkommene Ordnung kann als Analogie zum Selbstbild der Nationalsozialisten in der „Kampfzeit“ verstanden werden. Die historischen Figuren dienten Rosenberg zudem in seiner völkischen Argumentation gegen die katholische Kirche, die er – durchaus antisemitisch konnotiert – hauptsächlich wegen ihres Universalismus bekämpfte.

Die entsprechenden Beiträge auf der Spreelichter-Seite haben im Wesentlichen *eine* ungenannte, aber verifizierbare Quelle: nicht Rosenberg selbst,

sondern Sekundärliteratur zum „Mythus“, nämlich Harry Griessdorf: *Unsere Weltanschauung*.³⁴ Der Buchautor präsentiert darin eine affirmative Kurzfassung von Rosenbergs Werk und stellt Grundlagen einer völkischen, nationalsozialistischen Weltanschauung dar. Das Buch hat heute in der rechtsextremen Szene eine gewisse Verbreitung. Neben der Verfügbarkeit im Internet dürfte ein weiterer Grund darin liegen, dass hier das Bedürfnis nach weltanschaulichen Vorgaben mit einer Lektüre bedient wird, die weniger Mühe und Leidensfähigkeit verlangt als die von Rosenbergs „Mythus“ selbst.

Am Beispiel des Spreelichter-Textes zu Nikolaus Kopernikus³⁵ kann mit einem kleinen Exkurs in die Wissenschaftsgeschichte gezeigt werden, wie die Quelle genutzt wird. Auf der Spreelichter-Seite heißt es:

„Bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts galt das alte Wissen um Weltall, Sonne und Erde. Dieses Weltbild beruhte auf der Forschung griechischer Gelehrter und auf der Lehre von Kirchenheiligen, die sich auf Bibelstellen beriefen und ihre ‚Weisheit‘ daraus ableiteten.

Palästina, das Land der Juden, sei die Mitte der Erde, die eine ruhende Scheibe ist, an deren Rand die Meerufer der Ewigkeit beginnen. Oben der Himmel, darunter die Hölle, die Sterne bezeugen der Erde die Ehrfurcht und die Sonne dreht sich um die Erde.

Auf diesem ptolemäischen Weltbild waren die damaligen Anschauungen, Gesellschafts- und Lebensordnungen aufgebaut. So meuterten die Matrosen des Kolumbus, weil sie befürchteten, bei Weiterfahrt an den Rand der Erdscheibe zu gelangen und in die Hölle hinunterzufallen.

Aber dieser alte Glaube wurde aus den Angeln gehoben – Nikolaus Kopernikus zerschlug das alttestamentarische und ptolemäische Weltbild, wozu ein ungeheurer Mut gehörte, da mit dem neu gefundenen Weltbild die Autorität der Kirche untergraben wurde, die sich fest auf das bisherige Weltbild gegründet hatte. [...]“

³⁴ Harry Griessdorf: *Unsere Weltanschauung. Gedanken über Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts*. Berlin: Nordland Verl. 1941. Bei Griessdorf handelte es sich um einen Konsistorialrat und Vertreter der Deutschen Christen, das heißt der bekennenden Nationalsozialisten im deutschen Protestantismus. Der Nordland-Verlag war ein Unternehmen des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes. Das Buch ist heute nicht nur antiquarisch, sondern auch digitalisiert online verfügbar z.B. unter: <http://www.archive.org/details/UnsereWeltanschauung>, aktualisiert am 20.8.2009, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

³⁵ Spreelichter: *Kopernikus*. Online verfügbar unter: <http://spreelichter.info/blog/Kopernikus-490.html>, aktualisiert am 19.4.2010, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

Etwa ein Drittel des Beitrags ist – nur minimal bearbeitet – dem Buch von Griessdorf entnommen (S. 84). Da sich der Erstautor in dem Abschnitt auf Alfred Rosenberg bezieht,³⁶ sind auch im Spreelichter-Text Passagen enthalten, die ursprünglich von Rosenberg stammen.

Der Text behauptet – analog zu Rosenberg/ Griessdorf –, bis zu Kopernikus hätte ein Glaube an eine Scheibenwelt, inklusive Himmel und Hölle, geherrscht. Diesen Glauben setzt der Text mit dem ptolemäischen Weltbild gleich, das Kopernikus mutig zerschlagen habe, wofür seine Arbeiten von den Kirchen zensiert wurden. Einer Überprüfung halten die Aussagen nicht Stand: Die Kugelform der Erde war seit der Antike bekannt. Auch in der mittelalterlichen Kirche war die Rede von einer Scheibenwelt eine Minderheitenposition – entgegen dem späteren kirchenfeindlichen Vorurteil. Differenzen bestanden in der Frage des Mittelpunkts des Alls: Erde oder Sonne. Die Theorie des Ptolemäus – über eine Erdkugel – war eine Weiterentwicklung des aristotelischen geozentrischen Weltbildes. Kopernikus stellte Überlegungen zu einem heliozentrischen Weltbild an, um Bewegungen im All besser berechnen zu können. Er griff dafür auch auf Ideen der Antike zurück. Im Zuge von Reformation und Gegenreformation kontrollierte die Zensur der katholischen Kirche Anfang des 17. Jahrhunderts auch diesen Wissenschaftsdiskurs.

Die Wissenschaftsgeschichte stellt sich deutlich komplexer und deutlich anders dar als in dem Text auf der Website. Dessen Argumentation hat allerdings ein Ziel: Es wird eine alte Ordnung der Welt vorgestellt. Sie wird als abergläubisch, dumm und überholt präsentiert. In ihrem Zentrum hätten die Juden gestanden. Die christlichen Kirchen hätten jede Neuerung bekämpft. Kopernikus war dem Text zufolge Deutscher (!), kein richtiger Kirchenmann („ohne Priesterweihe“), ernsthaft, mutig und ein Pionier. Er hätte kraft seines Geistes ein neues Weltbild erschaffen und sich trotz Ungewissheit gegen die herrschende Ordnung gestellt. Zu finden sind hier zum einen Motive der Tradierung positiver „deutscher“ Charaktereigenschaften und negativer antisemitischer und antikirchlicher Zuschreibungen, zum anderen ein Gleichnis zum Selbstbild der heutigen Akteure als weitsichtige „Widerstandskämpfer“, die aus dem Text drittens ein Gleichnis zu Eigenschaften heutiger gesellschaftlicher Ordnung und das Versprechen ihrer Überwindung lesen können. Auf der Folie historischer NS-Literatur verbindet das Plagiat ein mögliches Geschichtsinteresse mit politischer Propaganda und Momenten völkischer Erbauungslektüre.

³⁶ Alfred Rosenberg: Gestaltung der Idee. Blut und Ehre. II. Band. Reden und Aufsätze von 1933-1935. München: Eher 1936, S. 397.

Die Spreelichter-Veröffentlichungen über die zweite Gruppe historischer Persönlichkeiten, die Stammesführer, Könige und Kaiser, gehen ebenfalls auf NS-Geschichtspolitik zurück, die in diesem Fall nicht unmittelbar auf die weltanschauliche Auseinandersetzung, sondern die Legitimation des NS-Staates zielte. Ab 1933 ist eine Fülle an wissenschaftlicher, Schul- und Gebrauchsliteratur nachweisbar, die sich der Personengruppe widmete. Auch dabei spielten die Aspekte „große Männer, große Geschichte“, spezifische personale Zuschreibungen – Rebellen und Staatsmänner, Sieg und Scheitern –, retrospektive Konstruktion eines deutschen Volkes und eines Volkscharakters eine Rolle. Wichtiger war aber, dass aus der Geschichte des Alten Reichs bzw. des dann so genannten „Ersten Reichs“ Kontinuität, Tradition und Legitimität des „Dritten Reichs“ abgeleitet wurden.³⁷

Dass für die Spreelichter-Autoren die spezifischen geschichtspolitischen Kontexte aus der NS-Zeit aktuell relevant sind bzw. dass sie ihnen in Gänze bewusst sind, ist unwahrscheinlich. Vielmehr erscheinen die Beiträge in ihrer Machart als Ausdruck eines Interesses an Geschichte, das heißt einer Geschichte der Deutschen im Sinne nationaler und völkischer Tradierung. Dafür bilden wiederum Quellen aus der NS-Zeit die augenscheinliche Grundlage.³⁸

Neben der „Zeitreise“ aus dem Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte sind auf spreelichter.info einzelne historische Beiträge zur jüngeren Vergangenheit erschienen – die Texte zur demokratischen Opposition in der DDR erzeugen dabei vermutlich einige kognitive Dissonanzen. Das Thema DDR-Diktatur spielt daneben auch in anderen Textkategorien der Seite eine Rolle, etwa wenn in Nachrichten, Kommentaren und ähnlichem Polizei und Verfassungsschutz, aber auch die Linkspartei und andere politische Gegner als Stasi diffamiert werden oder das politische System der Bundesrepublik (das auf die Repression gegen die rechtsextreme Szene reduziert wird) mit dem der DDR gleichgesetzt wird.

³⁷ Damit einher geht zum Beispiel das Gerücht, Heinrich Himmler hätte sich für eine Reinkarnation Heinrich I. gehalten.

³⁸ In einem Kommentar zum Spreelichter-Beitrag über Barbarossa (Spreelichter: Barbarossa. Online verfügbar unter: <http://spreelichter.info/blog/Barbarossa-840.html>, aktualisiert am 26.4.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012) wurde die Quellennutzung des „Nachwuchsautoren“ von einem weiteren Spreelichter-Mitarbeiter kritisiert. Letzterer mutmaßte ein „Kinderbuch“ als Vorlage – Fritz Mettenleiter: Die Weltanschauung großer Deutscher. Aufriß unsterblicher Namen großer Deutscher als weltanschaulicher Leitfaden für Deutschlands Jugend. Horb am Neckar: P. Christian Verl. 1940, S. 53ff. Ein NS-Geschichtsbuch für Jugendliche als eine Quelle dieses und weiterer Spreelichter-Texte zu historischen Persönlichkeiten ist durchaus plausibel.

Um die Texte, die sich positiv auf die DDR-Opposition beziehen, in den anti-demokratischen Kontext der Spreelichter-Seite einbinden zu können, werden sie in einem wesentlichen Punkt zensiert. Sie behandeln nicht die politischen Utopien der damaligen Akteure, das demokratische Moment bleibt außen vor. Sie beschränken sich auf die Gegnerschaft zum DDR-Staat, die Opposition gegen eine Diktatur und die damit verbundene Repression. Diese Beiträge fungieren aus Perspektive der Spreelichter-Macher als doppeltes Gleichnis, zum einen zwischen der heutigen Bundesrepublik und der DDR, zum anderen zwischen den heutigen „Widerstandskämpfern“ und der damaligen Oppositionsbewegung.

So werden in einem biografischen Text über Jürgen Fuchs³⁹ – der im Übrigen auf die erste veröffentlichte Fuchs-Biografie zurückgeht⁴⁰ – nicht dessen politische Ideen, sondern hauptsächlich die Geschichte der Repressionen, die Fuchs erlebte, und ein widerständiger Geist, der auch im wiedervereinigten Deutschland fortwirkte, dargestellt.

Vom gescheiterten Fluchtversuch einer Familie aus der DDR im Jahr 1977 berichten die Spreelichter-Texte „Republikflucht“⁴¹ und „Nun doch unter Tränen“⁴² – fast selbstverständlich Plagiate.⁴³ Sie sind in Ich-Perspektive verfasst und schildern emotional dicht die Situation des Fluchtversuchs im Kofferraum eines Autos, die Entdeckung durch Grenzsoldaten, die Verhaftung, die Trennung vom Kind. Die originale Autorin lässt den Leser in der szenischen, dialoghaltigen Darstellung an ihren Gedanken und Gefühlen teilhaben.

Die Beiträge „Erinnerung ans Anderssein – Republikgeburtstag“⁴⁴ und „Erinnerung ans Anderssein – Westbesuch“⁴⁵ sind ebenfalls autobiografische Er-

³⁹ Spreelichter: „Wir dürfen das Jahr 1989 nicht verspielen“. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Wir_duerfen_das_Jahr_1989_nicht_verspielen-745.html, aktualisiert am 19.12.2010, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁴⁰ Udo Scheer: Jürgen Fuchs. Ein literarischer Weg in die Opposition. Berlin: Jaron Verlag 2007.

⁴¹ Spreelichter: „Republikflucht“. Online verfügbar unter: <http://spreelichter.info/blog/Republikflucht-826.html>, aktualisiert am 8.4.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁴² Spreelichter: Nun doch unter Tränen. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Nun_doch_unter_Traenen-827.html, aktualisiert am 11.4.2011, zuletzt eingesehen am 31.7.2011.

⁴³ Original: Eva-Maria Neumann: Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit. München: Pendo 2007.

⁴⁴ Spreelichter: Erinnerung ans Anderssein – Republikgeburtstag. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Erinnerung_ans_Andersein_Republikgeburtstag-888.html, aktualisiert am 24.6.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁴⁵ Spreelichter: Erinnerung ans Anderssein – Westbesuch. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Erinnerung_ans_Andersein_Westbesuch-895.html, aktualisiert am 1.7.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

innerungstexte in Ich-Perspektive.⁴⁶ Im ersten berichtet die originale Autorin von ihrer Distanz als Oppositionelle gegenüber dem Opportunismus ihrer Nachbarn, die im Oktober 1989 Republikgeburtstag feiern und im November ihr Begrüßungsgeld abholen. Im zweiten erfährt der Leser von Erlebnissen der Autorin als Kind und Jugendliche mit einer Brieffreundin aus Westdeutschland. Beide Beiträge vermitteln mit der Erzählung von Alltagsgeschehnissen die Distanz zum politischen System, zu Funktionären und zu Angepassten.

Die Übernahme der Ich-Perspektive ist das wesentliche Motiv der autobiografischen Beiträge: als Angebot an rechtsextreme Aktivisten, die Erfahrung von Repression und politischer Distanz in der DDR als eine Parallele zu ihrem eigenen Erleben zu deuten. Daneben folgt die Bezugnahme auf die DDR-Geschichte einer propagandistischen Idee, die der Sänger H.G./ *Hassgesang* während seines von spreelichter.info veröffentlichten Konzerts durch folgende Ansage deutlich machte:

„[E]s gibt so viele Leute, die heute noch leben, die die Zeit 89 miterlebt haben, die selbst vielleicht auf der Straße gestanden haben [...]. Und die Gleichsetzung von unserem Kampf und deren Kampf kann vielleicht doch dazu führen, dass einige sich darauf besinnen, dass nicht alles erreicht wurde, was vielleicht hätte erreicht werden können, wenn die Volksmassen in Bewegung geblieben wären und nicht für Westgeld und Bananen den Platz vor'm Fernseher wieder eingenommen hätten.“⁴⁷

Dass dies im angedachten Sinn gelingt, darf bezweifelt werden – zumal das „89“ des Sängers ob dessen relativ jungen Alters eher als Fiktion erscheint.

Wie gestalten die Spreelichter-Macher ihre Medienproduktionen?

Technisch und gestalterisch ist spreelichter.info nach zeitgemäßen Standards solide realisiert – was angesichts der oben dargestellten Kontinuität und Erfahrung im Betrieb solcher Angebote nicht verwundern kann. Auch die Einbindung von *Youtube* oder *Twitter* entspricht heutigen Mediennutzungen. Ihr Gebrauch zur Verbreitung einer politischen Botschaft lässt sich mit Konzepten

⁴⁶ Original: Ulrike Lieberknecht: Aber das machen doch alle! Erinnerung ans Anderssein. In: Roman Grafe (Hg.): *Anpassen oder Widerstehen in der DDR*. München: Pantheon 2009, S. 152-163.

⁴⁷ Augenblicke – H.G. Acoustic: Wer kann es sehen. Online verfügbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=GuVTfx0-3L8>, aktualisiert am 30.3.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

vergleichen, die unter anderem aus Public Relations und Werbung bekannt sind, etwa Cross-Media-Publizieren, also das Kommunizieren über verschiedene verknüpfte Kanäle, oder virales Marketing, das heißt die Bereitstellung von Angeboten, zum Beispiel Videos, die vom Publikum weiterverbreitet werden. Die Videos haben für das Spreelichter-Projekt eine spezifische Funktion. Bilder von Aktionen vervielfachen deren Sichtbarkeit. Sie werden aus ihrer örtlichen und zeitlichen Begrenztheit gelöst. In der Folge ersetzt das Bild einer Aktion die Aktion selbst. Zugleich fungieren die Videos als Werbung für umfangreichere Informationen. Wie sie gestaltet sind, soll hier an zwei Beispielen dargestellt werden.

Zwei Tage nach der Demonstration in Bautzen am 30. April 2011 ging die Website [werde-unsterblich.info](http://www.werde-unsterblich.info) online. Dazu gehört ein Video, das die Veranstaltung dokumentiert und für die Website wirbt.⁴⁸ Zu einer dramatischen Musik sind Bilder der Demonstrationsteilnehmer mit ihren Masken und brennenden Fackeln zu sehen. Ihre mystische Wirkung erhalten sie wesentlich durch die Musik: einen Zusammenschnitt aus zwei Stücken des Soundtracks zum Film *Matrix Revolutions*. Ohne die Hollywood-Filmmusik wäre der Videoclip weitaus unspektakulärer. Zudem fällt der Blick auf Schwächen der Produktion: verwackelte Bilder und unbeabsichtigte leichte Unschärfen, weil der Kamerafokus nicht nachjustiert wurde. Interessant ist, dass exakt dieselbe Tonspur bereits drei Jahre zuvor für ein Mobilisierungsvideo zu einer rechtsextremen Demonstration in Lübben verwendet wurde,⁴⁹ das Bautzen-Video also auf die zweitverwertete Musik geschnitten wurde. Insofern lässt sich sagen, dass das Video recht schnell und unaufwendig produziert wurde. Zur vorhandenen Zeitvorgabe wurden mehr oder weniger zufällige Aufnahmen⁵⁰ des Aufmarsches zu einer Mini-Dramaturgie montiert – Demonstranten tauchen aus dem Dunkel auf, laufen durch die Stadt und rufen Parolen, Feuerwerkskörper werden gezündet –, als Bildtext sind die Slogans der neuen Kampagne eingebaut. Das ist funktional und effektiv, aber keine Kunst. Und für die emotionale Wirkung braucht man die Hilfe von Hollywood.

Der zweckmäßige Einsatz fremder Werke wird auch im zweiten Fall deutlich. Nachdem im Januar 2012 das sächsische Landeskriminalamt mit umfangreichen Hausdurchsuchungen in Sachsen und Brandenburg auf die

⁴⁸ Video: Die Unsterblichen Bautzen. Online verfügbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=sTTro1Rvpu0>, aktualisiert am 21.5.2011, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

⁴⁹ Video: Recht auf Selbstbestimmung, Online verfügbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=Js1a3mYfXSY>, aktualisiert am 25.3.2008, eingesehen am 2.3.2012.

⁵⁰ Manche der Aufnahmen wollen nicht so recht zur Inszenierung passen. Manche der Teilnehmer haben ihre Masken abgenommen, weil es ihnen darunter zu warm geworden war. Andere latschen mehr, als dass sie marschieren.

unangemeldeten Demonstrationen reagiert hatte, organisierte die Spreelichter-Gruppe eine Saalveranstaltung – einen „Maskenball“ – und produzierte dabei wiederum einen Videoclip. Die Umstände legen nahe, dass die Veranstaltung nur als Vorlage für das Video stattfand. Es richtet sich – quasi als Antwort – an die Szene selbst und nach Außen und behauptet: Wir sind da, wir sind nicht zu fassen und wir feiern.⁵¹

Im Video hält eine junge Frau, das Gesicht mit einer weißen Maske verdeckt, dem Zuschauer *cue cards* entgegen, wie sie an Film- und Fernseh-Sets üblich sind, um vergessliche Darsteller an ihr Skript zu erinnern. Die Karten der Frau geben fortlaufend Schlagwörter und Phrasen eines Liedes wieder, das gleichzeitig zu hören ist. Die Szene wird ergänzt durch zwei *sidekicks*, die mit der Frau interagieren: einen jungen Mann, ebenfalls mit weißer Maske, und eine Frau mit Angela-Merkel-Maske, die ein im Liedtext erwähntes „Monster“ verkörpert. Im Hintergrund sind weitere Männer und Frauen zu sehen, die weiße Masken tragen. Als Musik zu dem in einem Split-Screen-Verfahren geschnittenen Videoclip wird der Song *Du schreibst Geschichte* der Indie-Rock-Band *Madsen* verwendet. Im Liedtext geht es, kurz gesagt, um die Selbstbehauptung in einer komplexen Welt und das Über-sich-hinaus-wachsen in einer Zweierbeziehung. Mit dem Video wird der an sich persönliche Text in einen neuen Kontext gestellt und im Sinne einer Motivation für die Unsterblichen-Kampagne uminterpretiert.

Die Idee des Cue-Card-Clips stammt aus einem der ersten modernen Musikvideos, dem Video zu Bob Dylans *Subterranean Homesick Blues*. Das Konzept wurde von etlichen Künstlern in eigenen Clips zitiert, in Deutschland zum Beispiel von der Band *Wir sind Helden*. Die Split-Screen-Technik, mit der das Bild in mehrere parallel laufende Handlungen geteilt wird, ist im Film seit den 1920er Jahren bekannt. Ein aktuelles, populäres Beispiel für ihre Verwendung ist die US-amerikanische Fernsehserie *24*. Die für das Spreelichter-Video verwendete Musik wiederum wurde von einer Band produziert, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert und beispielsweise an der DVD *Kein Bock auf Nazis* (2006) beteiligt war.⁵²

⁵¹ Spreelichter: Hausdurchsuchungen nach Stolpen: Zwei Wochen später. Online verfügbar unter: http://spreelichter.info/blog/Hausdurchsuchungen_nach_Stolpen_Zwei_Wochen_spaeter-1072.html, aktualisiert am 1.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012. Vgl. auch Video: Hausdurchsuchungen nach Stolpen: Zwei Wochen später. Online verfügbar unter: <http://rutube.ru/tracks/5278646.html>, aktualisiert am 4.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012. Aufgrund einer Urheberrechtsverletzung wurde das Video bzw. dessen Audiospur von Plattformen wie *youtube.com* und *vimeo.com* entfernt und ist aktuell nur auf der russischen Videowebsite *rutube.ru* verfügbar.

⁵² Band und Plattenfirma sind nicht nur rechtlich gegen die Verwendung des Songs im Spreelichter-Video vorgegangen; die Band hat auch ein Statement dazu abgegeben: „Wir

Es ist nicht wichtig, ob den Video-Produzenten diese Bezüge im Detail bewusst sind; Konzept, Technik und Musik sind Elemente, die man „irgendwo“ gesehen oder gehört haben kann, sie entstammen dem Zeichenvorrat moderner Kultur. Und sie werden funktional eingesetzt: der Song als Bedeutungsträger, der Cue-Card-Clip als einfach gemachte Storyline und Redundanz der Song-Aussage, der Split-Screen um die recht eintönige Handlung und Kameraeinstellung dynamischer zu gestalten. Das ergibt keine eigenständige Bildsprache. Vielmehr wird das aufgegriffen und imitiert, was Film, Fernsehen und Werbung zu bieten haben, um es mit eigenen Botschaften zu versehen.

Festzuhalten bleibt, dass die Spreelichter-Videos mit Bildqualität und zumindest einfachen Dramaturgien im Kontext der rechtsextremen Szene herausragen und einen Teil ihrer Wirkung daher beziehen. Darüber hinaus betrachtet, bewegen sie sich technisch auf einem Niveau, das heute im ambitionierten, privaten Bereich Standard ist. Eine HD-Video-fähige Kamera und ein Rechner mit Schnittprogramm sind mittlerweile auch für Heimanwender finanzierbar. Dass die zur Verfügung stehende Technik genutzt wird, erscheint nicht ungewöhnlich. Dass die Spreelichter-Macher mit mindestens fünf Jahren Erfahrung in Video-Produktionen – das erste Video erschien 2007 – im Umgang mit der Technik versiert sind und sich dramaturgische Grundkenntnisse angeeignet haben, kann auch nicht überraschen.

Die Qualität der Videos wird wesentlich bestimmt durch die Verwendung und Umdeutung von Material anderer Urheber sowie den Rückgriff auf gängige visuelle Formen und Techniken – genommen wird, was nützlich ist. In der Verknüpfung mit einfachen Botschaften entstehen Werbevideos, die einerseits an gängige Rezeptionsmuster anschließen, andererseits Aufmerksamkeit durch die Kontextverschiebung von Bekanntem erreichen.

Wie ist die Spreelichter-Gruppe einzuschätzen?

Die Spreelichter-Macher sind eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Aktivisten, die in ihrem lokalen Umfeld, in einem regionalen Netzwerk und überregional mit ähnlich ausgerichteten Kleingruppen agieren. Ihre Ideen entstammen der völkischen Bewegung, insbesondere dem historischen Nationalsozialis-

möchten uns von jeder rechtsextremen Gruppierung oder ähnlichem aufs Schärfste distanzieren und haben dazu eigentlich nur noch zu sagen: Nazis raus!“. Madsen: Aus aktuellem Anlass. Online verfügbar unter: <http://www.madsenmusik.de/news-details/article/205222/aus-aktuellem-anlass>, aktualisiert am 3.2.2012, zuletzt eingesehen am 2.3.2012.

mus. Sie sehen sich im fundamentalen Gegensatz zur demokratischen Gesellschaft.

Sie orientieren sich nicht an formalen Organisationsmodellen rechtsextremer Parteien und dementsprechenden politischen Strategien. Ihr Aktionismus zielt auf längerfristige Werbung für eine völkische Ordnung. Wesentliches Mittel zum Zweck sind die Produktion und Verbreitung von Medien im Internet, in denen weltanschauliche Fragen erörtert werden und das demokratische System als Ganzes aufgrund reeller oder vermeintlicher Problemlagen in Abrede gestellt wird. Mit diesem Internetaktivismus verknüpft sind propagandistische Aktionen im öffentlichen Raum, die mittels kultureller Inszenierungen – Fackeln, Masken, Sensenmänner – und Grenzüberschreitungen – Störung von Veranstaltungen, unangemeldete Demonstrationen – auf Aufmerksamkeit zielen.

Die Spreelichter-Macher haben für Teile der rechtsextremen Szene – ideologisch und organisatorisch ähnliche Gruppen – Vorbildwirkung. Ihre Medienangebote und Aktionen geben Themen, Slogans und Inszenierungen vor, werden aufgegriffen und weiterverbreitet. Es entstehen damit längerfristige Kampagnen, in denen sich die Aktivisten schulen, die auch Bedürfnisse nach Erlebnis und Spektakel bedienen und die für einen ideellen Zusammenhang der Szene sorgen.

Ob damit eine ideologisch abgeschottete Parallelwelt völkischer Aktivisten entsteht oder ob ihre Ideen über rechtsextreme Kreise hinaus affirmativ rezipiert werden, muss hier offenbleiben. Als Wirkung auf die allgemeine Öffentlichkeit ist die eingangs beschriebene Wahrnehmung durch Massenmedien zu sehen. Auch wenn diese kritisch ist, bedeutet sie doch Aufmerksamkeit – das Kapital jedes Werbetreibenden. Was auf dieser Grundlage Verbreitung findet, sind nicht umfangreiche weltanschauliche Ideen, sondern Setzungen von Begriffen wie dem des „Volkstods“, der für die Frontstellungen völkischen Denkens steht.

Postskriptum

Einen Tag nach der eingangs erwähnten Verbotsverfügung haben die Macher der Spreelichter-Seite die Texte, Video- und Audiodateien, die auf ihrem Server gespeichert waren, vom Netz genommen. Das umfangreiche Medienangebot ist verschwunden, geblieben ist einzig die Startseite von spreelichter.info. Unter dem Titel „Wir sind verboten. Na und?“ erscheint nun ein Zitat des DDR-Bürgerrechtlers Jürgen Fuchs, das hier wohl das Beharren auf dem eigenen Wort zum Ausdruck bringen soll. Außerdem führen Links von spreelichter.info zu thematisch

und politisch ähnlich ausgerichteten Websites anderer Gruppen, die das Verbot in ihren Texten aufgegriffen haben. Inzwischen wurde die Spreelichter-Seite noch um einen Internet-Scherz ergänzt: Die Seite zeigt einen Button an, mit dem sich Spreelichter „ausschalten“ ließe – wer darauf klickt, wird zu Youtube und dem Song Never gonna give you up des Sängers Rick Astley umgeleitet. Dieser als Rickrolling bezeichnete Witz besteht im Netz gemeinhin darin, Nutzer mit dem Versprechen eines interessanten Links zu foppen und zu eben jenem Video zu führen.

Die früheren Inhalte der Spreelichter-Seite kursieren inzwischen als Download-Paket im Netz. Die Seite werde-unsterblich.info dagegen blieb nach dem Verbot unverändert – Hinweise zum Umgang mit Hausdurchsuchungen waren bereits nach den Maßnahmen des sächsischen LKA im Januar 2012 veröffentlicht worden und erhielten neue Aktualität.

Wie oben dargestellt waren die Webseiten auf einem Server in der Schweiz gespeichert. Einige Tage nach dem Verbot sind die Seiten spreelichter.info und werde-unsterblich.info auf einen Server in Russland umgezogen. Wiederum ein paar Tage später wurden die Seiten bei dem US-amerikanischen Unternehmen Cloudflare angemeldet, das unter anderem einen Zwischenspeicher für Websites und ein Verteilsystem im Netz anbietet und so einen Ursprungsserver verschleiern kann. Wo die Originaldaten der beiden Websites nun gespeichert sind, wird damit unklar. Das Rechtshilfeersuchen des brandenburgischen Innenministeriums an die Schweizer Behörden um die Abschaltung der Seiten ging ins Leere.

Daneben gab und gibt es nach der Verbotsverfügung eine Reihe von Solidaritätserklärungen auf rechtsextremen Websites. Unter anderem wurde anderthalb Wochen nach dem Verbot das Weblog Akteneinsicht (akteneinsicht.tumblr.com) veröffentlicht, das der „Solidarität mit Spreelichter“ gewidmet ist und bei dem zumindest die Vermutung naheliegt, dass es sich um ein neues Blog aus dem Kreis der Spreelichter-Macher handelt.

Diese Reaktionen verweisen zum einen auf die Fragwürdigkeit von Versuchen, Aktivitäten im Internet zu verbieten. Zum anderen zeigen sie ein weiteres Mal, wie sich die Spreelichter-Macher in der indirekten Kommunikation mit ihren Gegnern inszenieren. Mit dem eigenständigen Abschalten der Inhalte – auf die von staatlicher Seite offensichtlich kein Zugriff zustande kam – betonen sie die erfahrene Repression und den Status als Verfolgte. Die technische Re-Organisierung, das öffentlich bekundete Beharren auf den politischen Ideen, der Spott über die behördlichen Maßnahmen vermitteln daneben – ungeachtet der realen Wirkungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen usw. – ein optimistisches Selbstbild als „Widerstandskämpfer“. Für die nähere Zukunft ist damit zu rechnen, dass die Spreelichter-Macher verstärkt Fragen staatlicher Repression in ihren Veröffentlichungen und Aktionen thematisieren. Sie können dabei an ihre Unterstützung

für den zu einer Haftstrafe verurteilten Altermedia-Verantwortlichen Axel Möller anknüpfen und angesichts einer Reihe aktueller Verbotsmaßnahmen mit einem allgemeinen Interesse in der rechtsextremen Szene rechnen.

Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“

Wie in vielen brandenburgischen Regionen und Kleinstädten war auch in Neuruppin die Nachwendezeit von einem Erstarren des Rechtsextremismus geprägt, so dass sich u.a. eine gewaltbereite rechtsextreme Jugendszene entwickelte. Zum Beispiel war damals der sogenannte „Opa Lange“ aktiv, der in seinem Privathaus in der Neuruppiner Altstadt über viele Jahre fast täglich Gruppen von Heranwachsenden empfing und ihnen durch das Erzählen „spannender Geschichten“ aus dem Zweiten Weltkrieg Nazi-Ideologie einimpfte. Trotz seines mittlerweile sehr fortgeschrittenen Alters wird er auch als Mitglied des am 28. August 2011 gegründeten Neuruppiner NPD-Stadtverbandes geführt. Des Weiteren existierte der berühmt-berüchtigte Jugendclub Bunker, der stark von rechtsextrem orientierten jungen Menschen frequentiert wurde. Er wurde nach vielen Diskussionen im Jahr 2001 geschlossen. Außerdem organisierte die NPD auch schon in den neunziger Jahren rechtsextreme Demonstrationen in der Stadt; damals existierte noch der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin unter der Führung von Mario Schulz aus Cumlosen bei Wittenberge. Gegen Mario Schulz wurde u.a. ein Strafverfahren durchgeführt, weil er bei einer Demonstration in Neuruppin eine US-Flagge verbrannt hatte. Die Demonstrationen des NPD-Kreisverbandes verlagerten sich um die Jahrtausendwende von Neuruppin nach Wittstock. Im Jahr 2003 löste sich der Kreisverband der NPD jedoch auf, gründete die „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) mit und trat nachfolgend in der Öffentlichkeit als „Schutzbund Deutschland“ auf. Der „Schutzbund Deutschland“ war insbesondere mit Propagandaaktionen und Flugblattverteilungen in der Region aktiv, bis er im Juli 2006 vom Innenministerium des Landes Brandenburg verboten wurde.¹

Ab September 2007 begannen dann die regelmäßigen Demonstrationen der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“, wobei die erste Demonstration noch nicht von einer ortsansässigen Gruppe organisiert wurde, sondern vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten“. Diese kleine Gruppierung hat aufgrund

¹ Hierzu siehe auch: Nicola Scuteri: Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“. In: Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke II. Potsdam: Demos 2007, S. 79-94.

ihrer sehr speziellen politischen Ausrichtung innerhalb der rechtsextremen Szene eine Außenseiterstellung und wurde von den sich im Aufbau befindenden „Freien Kräften Neuruppin/ Osthavelland“ nur als Testballon benutzt, um die Reaktion der Neuruppiner auszuloten. Bei den „Freien Kräften Neuruppin/ Osthavelland“ handelt es sich um eine relativ junge, aktionsbereite Szene mit enger Anbindung an die NPD, insbesondere den Kreisverband Havel-Nuthe. Mittlerweile hat sich jedoch auch in Neuruppin ein Stadtverband der NPD gegründet, so dass die Aktivitäten der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ auch als Aufbauarbeit für NPD-Strukturen in Neuruppin und der Region gewertet werden können. Seit der faktischen Auflösung des NPD-Kreisverbandes Prignitz-Ruppin im Jahr 2003 war die NPD nicht mehr in der Region präsent.²



Rechtsextreme Demonstration in Neuruppin am 5.9.2009

Heute ist die NPD die einzige rechtsextreme Partei, die in Brandenburg zu Wahlen antritt; die DVU, die über zwei Legislaturperioden im Brandenburger Landtag vertreten war, hat mit der NPD fusioniert. Wenn die NPD bei der nächsten Landtagswahl punkten will, muss sie lokale Strukturen schaffen, und das versucht sie gerade mit Hilfe der sogenannten Freien Kräfte in Neuruppin mit dem mittelfristigen Ziel, einen NPD-Kreisverband ins Leben zu rufen bzw. wiederzubeleben.

² Formell existierte der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin mit Sitz in Perleberg unter der Führung von Peter Börs weiter, bestand jedoch alleinig aus seinem Vorsitzenden und war nicht handlungsfähig.

Rückblick: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor 2007

Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ hat sich erst 2007 gegründet, viele der Akteure in diesem Bündnis setzen sich aber schon länger als engagierte Bürger/innen mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander. Für einige dieser Akteure ist dies eine Erfahrung, auf die immer wieder Bezug genommen wird.

Im Rückblick werden Veränderungen und Entwicklungen deutlich: Anfangs lag der Schwerpunkt der Bekämpfung des Rechtsextremismus auf der Jugendarbeit. Rechtsextremismus wurde vorrangig als Jugendproblem gesehen und die Gegenaktivitäten konzentrierten sich in erster Linie auf den Aufbau einer „alternativen/ demokratischen Jugendkultur“. In Neuruppin ist dieses Ziel durchaus konsequent verfolgt worden, das linksalternative Jugendwohnprojekt (JWP) „MittenDrin“ wurde z.B. schon 1994 gegründet und gehört zu den ältesten, bekanntesten und aktivsten Projekten dieser Art im Land Brandenburg. Aber auch im nahe gelegenen Rheinsberg wurde z.B. der „Lange Tag der Jugend“ von der damaligen Stadtjugendpflegerin ins Leben gerufen. Dieser „Lange Tag der Jugend“ war als ein Angebot für eine tolerante und demokratische Jugendkultur angelegt und hatte das klare inhaltliche Anliegen, eine Alternative zur rechtsextremen Jugendkultur aufzuzeigen. In jedem Fall waren die damaligen Bemühungen, eine bunte und vielfältige Jugendkultur als Alternative zum Rechtsextremismus aufzubauen, für die Namensgebung des Neuruppiner Bündnisses wichtig. Auf der Basis dieses Hintergrunds haben die Gründer/innen des Bündnisses darauf bestanden, dass das Aktionsbündnis sich den Namen „Neuruppin *bleibt* bunt“ gibt. Die Namensgebung soll darauf hindeuten, dass es bereits in der Vergangenheit gelungen ist, den Rechtsextremismus in Neuruppin zurückzudrängen. Die Gründung des Bündnisses hat die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allerdings deutlich verändert. Sie findet nun sichtbar im öffentlich-politischen Raum statt und nicht mehr in sozialen Nischen. Dieser Trend lässt sich auch für das gesamte Land Brandenburg beschreiben und stellt eine wesentliche Qualitätssteigerung dar; dieser Prozess kann als eine Emanzipation der Zivilgesellschaft gedeutet werden.

Wie erwähnt lag der Schwerpunkt in den 1990er Jahren beim Aufbau einer alternativen Jugendkultur, um der rechtsextremen Jugendszene das Wasser abzugraben. Das Betätigungsfeld der gegen Rechtsextremismus engagierten Bürger/innen war also vor allem die Jugendarbeit. In Neuruppin hat diese Strategie ja auch durchaus Früchte getragen, so dass um die Jahrtausendwende ein Trendwechsel sichtbar wurde und die rechtsextreme Jugendszene nicht mehr den öffentlichen Raum dominierte. In den Jahren

2001 bis 2007 gab es nur wenige rechtsextreme Auffälligkeiten in Neuruppin, der regionale Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten lag in dieser Zeit in Wittstock, aber auch Rheinsberg machte durch rechtsextreme Anschläge auf gewerbetreibende Migranten negative Schlagzeilen. Neuruppin hingegen hatte sich mittlerweile einen Ruf als linksalternative Hochburg in der Region erarbeitet. Das JWP „MittenDrin“ strahlte und strahlt weiterhin weit über die Grenzen von Neuruppin aus und war auch immer wieder „Zufluchtsort“ für linksalternative Jugendliche, die in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten der Region dem Verfolgungsdruck der rechtsextremen Szene ausgesetzt waren. Nicht außer Acht zu lassen ist, dass das „MittenDrin“ nicht nur ein Anlaufort für linksalternative Jugendliche ist, sondern dass das JWP durchaus als politischer Akteur in der Stadt agiert. Das „MittenDrin“ ist z.B. seit vielen Jahren im Jugendhilfeausschuss vertreten, Lokalpolitiker/innen waren immer mal wieder Vorstandsmitglieder des Vereins, das Gebäude des „MittenDrin“ wird von der Stadt gestellt und die Jugendsozialarbeit vom Landkreis finanziert. Es gab und gibt eine enge Verzahnung des „MittenDrin“ mit lokalen Institutionen, Initiativen sowie Gremien, und die Stadt Neuruppin hat das auch ganz bewusst gefördert.

Für die rechtsextreme Szene war und ist Neuruppin auch deshalb schon immer ein Dorn im Auge. Auch dies ist einer der Gründe, warum Neuruppin seit 2007 wieder Zielscheibe rechtsextremer Aktivisten geworden ist: Sie wollen die in ihrer Sicht linke Stadt „knacken“.

Die Gründung des Bündnisses im Jahr 2007

Die Ausgangssituation im Sommer 2007 war im Wesentlichen bestimmt von der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen. In dieser Zeit war noch keine Rede davon, dass sich ein Aktionsbündnis gründen würde; es war der jetzige Sprecher des Bündnisses, Martin Osinski, der nach der erfolgreichen Gegendemonstration im September 2007 den Anstoß dafür gegeben hat. In einer Rundmail hatte er darauf aufmerksam gemacht, dass diese erste rechtsextreme Demo möglicherweise nur den Anfang eines Prozesses darstellte und nicht eine einmalige Veranstaltung gewesen sei. Als die rechtsextremen Aktivitäten in Neuruppin mit der Anmeldung einer rechtsextremen Demonstration zum Weltfriedenstag am 1. September 2007 plötzlich wieder ansprangen, reagierte die Zivilgesellschaft jedoch prompt.

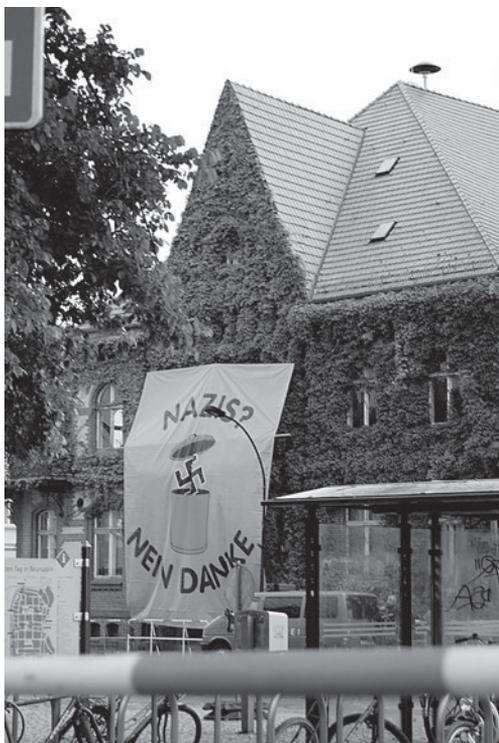
Die erste Demonstration im Jahr 2007 wurde sehr kurzfristig angemeldet, nur eine Woche vorher wurde bekannt, dass am 1. September eine rechtsextreme Demonstration stattfinden soll. Anfangs hieß es noch von Seiten der Stadt,

dass die NPD eine Demonstration angemeldet hätte. Anmelder war jedoch der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“. Innerhalb weniger Stunden wurde eine große Runde im Rathaus zusammengerufen, zu der auch wir als MBT eingeladen waren, um über die Situation zu beraten. Der damalige Pressesprecher der Stadt Neuruppin hatte die Leute zusammengetrommelt und rückblickend fällt auf, dass schon diese erste „einberufene“ Runde im Neuruppiner Rathaus sehr breit aufgestellt war, es sich also keineswegs um eine interne „Macher“-Runde von Amtsträgern handelte. Natürlich waren auch die Amtsträger sowie der Bürgermeister, das Ordnungsamt, die Polizei und einige Stadtverordnete da, aber auch die Leute von „MittenDrin“ waren an einem Runden Tisch dabei, genauso wie Kirchenvertreter, Freie Träger, Kreistagsabgeordnete und engagierte Bürger/innen. Es wurden auch keine Vorgaben gemacht, sondern lediglich über die Situation informiert bzw. versucht, Klarheit über die Situation zu schaffen, um dann das weitere gemeinsame Vorgehen zu diskutieren.

Ich denke, dass es für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum wichtig ist, diese Ausgangssituation zu reflektieren. Es gibt in manchen Kommunen die Tendenz, das Problem Rechtsextremismus ausschließlich als ein Ordnungsproblem zu behandeln und die Lösungen dafür hinter verschlossenen Türen unter Amtsträgern zu verhandeln, höchstens noch mit einer externen Beratung (wie dem MBT) an der Seite. Diese Strategie geht aber nur in den seltensten Fällen auf, weil es sich beim Rechtsextremismus um ein politisches Problem handelt, das wie alle politischen Themen nur in der Öffentlichkeit ausgetragen werden kann. Das Verhandeln der „Macher“ hinter verschlossenen Türen führt in der Regel zu zwei Szenarien. Entweder die Zivilgesellschaft klinkt sich aus und den rechts-extremen Szenen ist das Feld der politischen Willensbildung im Gemeinwesen freigeräumt oder die Zivilgesellschaft engagiert sich unabhängig von den kommunalen Amtsträgern. Dieses zweite Szenario führt in aller Regel zu einer Polarisierung bzw. Spaltung zwischen den amtlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften, was wiederum zu mehr besetzbaren Lücken und somit größeren Spielräumen für die rechtsextreme Szene führt.

Dieser Runde Tisch in Neuruppin war eine einmalige Geschichte, eine Art Notstandsmaßnahme. In anderen brandenburgischen Kommunen sind solche eher formalisierten Runden Tische gegen Rechtsextremismus Dauereinrichtungen, die von der Stadt einberufen und moderiert werden. Ein Problem bei solchen Gremien ist die Institutionalisierung und Formalisierung der Diskussion des politisch hoch emotionalen Themas Rechtsextremismus. Nicht selten wird der Auseinandersetzung damit viel kreative Energie genommen und eine Handlungsunfähigkeit vorprogrammiert. In Neuruppin ist das zum Glück anders gelaufen, hier wollte man nicht kommunalpolitisch formalisieren und hat

bewusst auf das kreative Potenzial der lokalen Zivilgesellschaft gesetzt. Am Ende dieses Treffens im Rathaus war allen klar: Wir machen eine Gegendemo und um diese vorzubereiten treffen wir uns außerhalb des Rathauses. Ein Termin wurde für den Folgetag in der Geschäftsstelle der Grünen vereinbart, das war sozusagen die Geburtsstunde des Aktionsbündnisses „Neuruppin bleibt bunt“, auch wenn es sich noch nicht so nannte. Dort haben sich dann alle getroffen und in wenigen Tagen eine Gegendemonstration auf die Beine gestellt. Das alles musste sehr schnell passieren und dennoch war diese erste Gegenveranstaltung zahlenmäßig die bisher größte.



Protest gegen die rechtsextreme Demonstration am 5.9.2009 in Neuruppin

Auf rechtsextremer Seite waren es nur ungefähr 60 bis 70 Personen, obwohl ursprünglich 200 angekündigt waren, während sich Zahl der Gegendemonstranten auf ca. 700 bis 800 Personen belief. Der damalige Pressesprecher der Stadt stand mit Mikroanlage auf dem Balkon der Musikschule, die sich genau gegenüber dem Bahnhof Rheinsberger Tor befindet, von wo aus die Rechtsextremen losmarschierten. Er zog die ganze Zeit über die Neonazis her nach dem Motto: „Ihr seid so ein jämmerlicher Haufen, warum haut ihr nicht

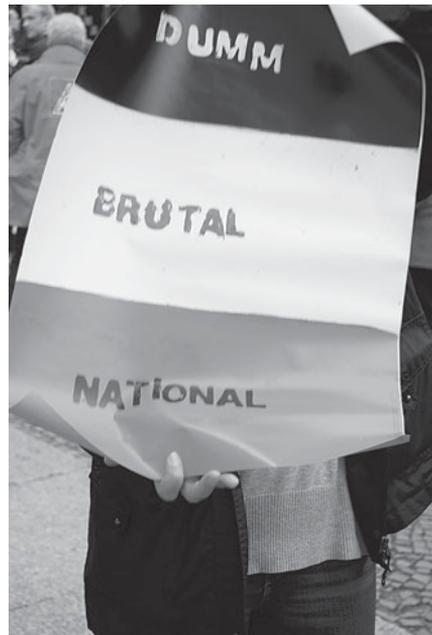
einfach wieder ab?“ Als die Rechtsextremen dann letztendlich losmarschierten, wurden sie von den Gegendemonstranten lautstark begleitet. Trotz einer versuchten Blockade, an der sich ca. 100 Personen beteiligten, konnten die Rechtsextremen ihre angemeldete Marschroute bis zum Ende laufen. Zwar war die große Beteiligung an der Gegendemonstration ein Erfolg, aber es gab einen Zwischenfall, der sich bis heute immer noch negativ auf das zivilgesellschaftliche Engagement gegen den Rechtsextremismus in Neuruppin auswirkt. Eine Sitzblockade stoppte gleich zu Beginn den rechtsextremen Aufmarsch, die nach dem dritten Aufruf konsequent von der Polizei geräumt wurde, so dass die Rechtsextremen ihrer Marschroute wieder folgen konnten. Ungefähr zwanzig Minuten später, als die Rechtsextremen eine Ecke am anderen Ende der Neuruppiner Innenstadt passierten, wurden sie wie an anderen Stellen auch von den Gegendemonstranten am Straßenrand mit „Nazis Raus“-Rufen konfrontiert. Die Gegendemonstranten befanden sich allesamt hinter dem sogenannten Hamburger Gitter, es bestand also absolut keine Gefahr. Ein Polizist hat dann mit Pfefferspray in die Menschenmenge gesprüht und dabei eine Bundestagsabgeordnete, etliche Kinder und einige andere Gegendemonstranten verletzt. Am Folgetag dominierte in der Presse dieser Pfeffersprayeinsatz und die geräumte Sitzblockade. Wer nicht persönlich anwesend war und seine Informationen nur aus der Presse bezog, konnte leicht den Eindruck einer Verbindung zwischen Sitzblockade und Pfeffersprayeinsatz gewinnen. In Wirklichkeit aber waren das zwei verschiedene, räumlich und zeitlich getrennte Ereignisse. Gleichwohl wird die Geschichte häufig anders erzählt: „In Neuruppin gab es eine rechtsextreme Demo, linke Chaoten haben eine Sitzblockade gemacht, die gewaltsam mit dem Einsatz von Pfefferspray geräumt werden musste.“

Gegen diesen Polizeieinsatz wurde geklagt; zu den Beweismitteln gehörten Fotos, die dokumentieren, wie ein Polizist Pfefferspray ungezielt in die Menge sprühte. Allerdings ist diese Klage dann nicht weiter verfolgt worden, weil sie als zu geringfügig eingeschätzt wurde; das Gericht hatte das Verhalten des Polizisten jedoch für unverhältnismäßig erklärt. Sein Verhalten wurde also gerügt, aber nicht strafrechtlich verfolgt.

Bündnisse

Generell ist es wichtig, dass sich Bündnisse darüber Gedanken machen, welches Bild sie nach außen transportieren wollen. Der Name „Bündnis“ sagt eigentlich aus, dass es sich um einen Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Personen und/ oder Organisationen handelt, die normalerweise nicht zusam-

menfinden würden, gäbe es da nicht eine ähnlich wahrgenommene Herausforderung, die gegenüber ihren Unterschieden überwiegt. Aufgrund seiner Geschichte erfolgt in Deutschland die Auseinandersetzung mit dem Rechts extremismus oft über „Bündnisse“. Sie sollen nach allgemeinen Vorstellungen ein möglichst breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte repräsentieren. Dieser doch sehr hohe und auf lokaler Ebene nicht immer umsetzbare Anspruch ist im Neuruppiner Aktionsbündnis zumindest ansatzweise verwirklicht. In der Anfangsphase war die Geschäftsstelle der Grünen der reguläre Treffpunkt; mittlerweile wechseln die Versammlungsorte und man trifft sich mal im „MittenDrin“, mal bei den Jusos, mal in der Diakonie, mal wieder bei den Grünen. Das Bündnis ist relativ breit aufgestellt, es besteht aus engagierten Bürger/innen, Vertretern der Kirche und der Stadt, dem „MittenDrin“ sowie der CDU, der SPD, den Grüne, den Linken und anderen.



*Protest auf einem schwarz-weiß-roten
Plakat gegen die rechtsextreme
Demonstration in Neuruppin
am 5.9.2009*

Wie bei vielen Bündnissen kommen unmittelbar vor den rechtsextremen Veranstaltungen mehr Personen zu den Treffen, während es in den Zeiten zwischen den rechtsextremen Aufmärschen dann etwas weniger sind. Zum aktiven Kern gehören ca. sechs bis acht Personen, die auch repräsentativ für die gesamte Breite des Bündnisses sind. Zu den Treffen kommen im Schnitt ungefähr 15 Leute, aber in Hochzeiten versammeln sich durchaus auch 30

und mehr Personen. Die meisten sind Multiplikator/innen der lokalen Zivilgesellschaft, die ein Netzwerk auf regionaler Ebene repräsentieren. Was die Zahl der Mitglieder angeht, entspricht die Größenordnung anderen, ebenfalls erfolgreich arbeitenden zivilgesellschaftlichen Bündnissen in Brandenburg. Wir reden hier also eher vom Brandenburger Durchschnitt in Kleinstädten mit 10.000 bis 50.000 Einwohner/innen. In kleineren Gemeinden besteht der aktive Kern oft nur aus zwei bis drei Personen und es kommen maximal zehn Menschen zu den regelmäßigen Treffen. Doch sind dies meistens Multiplikator/innen der regionalen Zivilgesellschaft, die nicht nur für sich selbst stehen, sondern ein eigenes Netzwerk repräsentieren. Der Vernetzungsgrad lokaler Bündnisse hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und eine beachtliche Qualität erreicht. Das Neuruppiner Aktionsbündnis ist z.B. eng mit den anderen beiden Bündnissen der Region in Wittstock und in Fehrbellin sowie mit landesweiten Akteuren und Organisationen vernetzt. Während die lokalen Bündnisse früher eher isoliert nebeneinander vor sich hin arbeiteten, sind sie nun auf der lokalen, der regionalen und der landesweiten Ebene vernetzt. Dieser Trend ist auch in anderen Landesteilen zu beobachten: Nachdem die lokalen Bündnisse sich in ihren eigenen Orten etabliert haben, was oft ein Prozess von Jahren ist, gehen sie in eine zweite Phase über und fangen an, sich mit anderen auszutauschen und regionale wie überregionale Netzwerke zu knüpfen.

Inhalt und Ziele

Das Aktionsbündnis in Neuruppin ist sich bewusst, dass eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus an der Tagesordnung ist. Da die Akteure aber mit dem Problem der regelmäßigen rechtsextremen Demonstrationen konfrontiert sind, bleibt ihnen erst einmal nichts anderes übrig als zu reagieren. Das kostet jedes Mal viel Kraft, die dann an anderer Stelle fehlt. Nichtsdestoweniger setzen sie auch unabhängig von den rechtsextremen Aufmärschen regelmäßig Zeichen in der Stadt und organisieren und/oder holen thematisch relevante Veranstaltungen nach Neuruppin. Zum Beispiel findet seit 2008 regelmäßig am 1. September zum Weltfriedenstag eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus im Stadtzentrum von Neuruppin statt, um den Rechtsextremen nicht die Deutungshoheit zu überlassen.

Ein anderes Beispiel ist eine Ausstellung über die Situation von Asylsuchenden im Landkreis. Die Situation von Asylbewerbern und insbesondere deren Unterbringung im Asylbewerberheim im Neuruppiner Vorort Treskow sind

immer wieder heiß diskutierte Themen in der Stadt. Zeitweise wurde überlegt, das Asylbewerberheim zu schließen und die Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, was sich aber letztendlich als nicht praktikabel erwiesen hat. Da sich das Aktionsbündnis auch diesem Thema verpflichtet fühlt, hat es in Kooperation mit dem Jugendmigrationsdienst eine öffentliche Ausstellung auf dem Schulplatz mitten im Stadtzentrum organisiert, um auf die prekären Lebensverhältnisse der Asylsuchenden aufmerksam zu machen. In einem acht Quadratmeter großen Zelt wurde möglichst realitätsnah ein Raum nachgestellt, wie ihn Asylsuchende im Asylbewerberheim bewohnen. Ergänzt wurde dies um Informationen zum Asylbewerberleistungsgesetz, zur Residenzpflicht und zu anderen diskriminierenden Praktiken, denen Asylsuchende täglich ausgesetzt sind. Diese Ausstellung wurde gemeinsam mit Asylsuchenden eröffnet, es wurde von Asylsuchenden zubereitetes Essen angeboten und man ist dann über die dargestellten Themen mit Neuruppiner Bürger/innen ins Gespräch gekommen. Eigentlich eine sehr gute Aktion, doch leider wurde die Ausstellung, die eine ganze Woche lang auf dem Schulplatz zu sehen sein sollte, schon am frühen Morgen des zweiten Tages von Unbekannten zerstört. Das war kurz vor der Demonstration der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ im Sommer 2011, die dann erfolgreich blockiert wurde. Die Ausstellung über Asylsuchende war jedoch schon vor Bekanntwerden des rechtsextremen Aufmarsches geplant; wäre das nicht der Fall gewesen, hätte man die Ausstellung möglicherweise verschoben. Wie gesagt, das Thema ist für das Neuruppiner Bündnis aber sowieso auf dem Plan, es hatte früher schon einmal den Truck „Labyrinth Fluchtweg“ für eine Woche auf den Schulplatz nach Neuruppin geholt. Dieser Truck enthält eine mobile Ausstellung, die mit einem 20-minütigen Hörspiel und einem Rundgang über den Fluchtweg von Asylsuchenden und deren Probleme bei ihrer Ankunft in Deutschland informiert.

Auch das Grips-Theater mit seinem Stück „SOS for Human Rights“ ist auf Initiative des Bündnisses nach Neuruppin geholt worden. Dieses auf ein junges Publikum zugeschnittene Stück thematisiert die fragwürdige Rolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und den Fluchtweg, den viele Flüchtlinge von Zentralafrika durch die Wüste übers Mittelmeer auf sich nehmen, um nach Europa zu gelangen.

Was das Thema Migration und Asyl angeht, gibt es auch andere Gremien in der Stadt, wie z.B. den Arbeitskreis Migration, die das Thema bearbeiten. Allerdings ist dieser Arbeitskreis ein Fachgremium und kein zivilgesellschaftliches Bündnis, der Schwerpunkt liegt somit bei der Integration einzelner Individuen oder Gruppen von Migranten in die Gesellschaft, während es nur am Rande darum geht, die Mehrheitsbevölkerung für Themen wie Rassismus und Diskriminierung, seien sie alltäglicher oder struktureller Natur, zu sensibilisie-



Protest gegen die rechtsextreme Demonstration in Neuruppin am 5.9.2009

ren. Kurzum, das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ übernimmt keine klassischen Integrationsaufgaben, sondern sieht sich als politischer Akteur, der neben dem Rechtsextremismus auch Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung ins öffentliche Bewusstsein der Stadt rücken will.

Viele Lesungen, Podiumsdiskussionen und Vortragsabende des Aktionsbündnisses stehen jedoch in einer direkteren Verbindung zum Thema Rechtsextremismus. Man will natürlich auch hier die inhaltliche Auseinandersetzung in der Stadt führen, zu diesem Zweck hat das Aktionsbündnis z.B. einmal in Kooperationen mit dem Quartiersmanagement, der Stadtverwaltung und dem MBT eine Veranstaltung in der Reihe „Stadtforum“ zum Thema „Rechtsextreme Aufmärsche – was tun?“ organisiert.

Finanzierung

Die Finanzierung seiner Arbeit bezieht das Bündnis aus verschiedenen Quellen, in den vergangenen Jahren wurde mehrfach ein Förderantrag beim Lokalen Aktionsplan des Landkreises Ostprignitz-Ruppin gestellt, aber auch beim Toleranten Brandenburg wurden in der Vergangenheit Gelder beantragt, z.B. für die Durchführung des Demokratiefestes im März 2010. Darüber hinaus

beteiligt sich oft auch die Stadt Neuruppin anteilig an Aktionen. Da das Neuruppiner Aktionsbündnis jedoch kein eingetragener Verein ist, wird immer ein Träger benötigt, der die Fördermittelanträge stellt. In Neuruppin ist man in der glücklichen Situation, dass Vertreter eines großen Trägers mit im Bündnis sitzen, die sich gut mit Antragsstellung auskennen und diese Aufgabe auch immer wieder übernehmen. Da der Großteil der zivilgesellschaftlichen Bündnisse keine eingetragenen Vereine sind, ist das bei vielen die übliche Verfahrensweise. Nicht alle Initiativen haben jedoch solche großen und erfahrenen Träger in ihren Reihen, so dass sie oft mit der Mittelbeschaffung überfordert sind. Manchen Initiativen war die ständige Suche nach wohlwollenden Trägern zu mühsam und sie haben sich dann doch zur Gründung eines eigenen Vereins oder eines externen Fördervereins entschlossen. Da dieser Prozess aber mit einer Formalisierung der eigenen Struktur einhergeht und man somit Gefahr läuft, die kreative Energie aus dem Bündnis zu nehmen, sehen viele zivilgesellschaftliche Initiativen von dieser Option ab. Diese Gefahr ist in der Tat sehr real, ich kenne nur wenige zivilgesellschaftliche Bündnisse, etwa das „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt“ in Oranienburg, das diesen Weg erfolgreich gegangen ist und zwar mit der Gründung eines Fördervereins. Dort hat man die Vereinstätigkeit mit einem Schwerpunkt auf politischer Bildung bewusst von der zivilgesellschaftlichen Bündnisarbeit abgekoppelt und hält an dieser strikten Trennung fest. Wo diese Trennung nicht vorgenommen wurde, wo also die Initiative zum Verein mutierte, ist nach meinem Wissensstand der Elan regelmäßig erloschen.

Bündnisse in Klein- und Großstädten

Bündnisse im städtischen Bereich sind m.E. weniger stark abhängig oder glauben wenigstens, weniger von der lokalen Verwaltung und auch den politischen Hauptakteuren abhängig zu sein. Ich denke einer der wesentlichen Unterschiede ist tatsächlich, dass in Metropolen eine zivilgesellschaftliche Initiative auch relativ unabhängig von den offiziellen Strukturen in einem bestimmten Rahmen handlungsfähig sein kann. Zwar ist es auch in einer Großstadt von Vorteil, zu Ämtern und politisch Verantwortlichen gute Beziehungen zu pflegen, aber es ist weniger notwendig. Wenn man gut organisiert ist, reicht es hier auch manchmal einfach, genügend Druck aufzubauen, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Wenn eine zivilgesellschaftliche Initiative mittels konfrontativer Methoden ihr erklärtes Ziel erreicht, kümmert es die Akteure in der Metropole wenig, wenn die Beziehungen zu Verantwortlichen in den Ämtern und der Politik dabei Schaden genommen haben,

schließlich kennt man die Verantwortlichen nicht persönlich und hat mit ihnen weiter nichts zu tun.

Genau das funktioniert im ländlichen Raum und auch in den Kleinstädten überhaupt nicht, weil sich die betroffenen Akteure an vielen anderen Stellen immer wieder treffen. Alle Personen, die sich im Neuruppiner Bündnis engagieren, tun dies nicht nur dort, sondern sind auch in jenem Verein, in diesem Ausschuss und einer anderen Runde dabei. Dort treffen sie auf den Bürgermeister oder andere politisch Verantwortliche sowie auf Mitarbeiter/innen der Verwaltung, mal in der einen und mal in der anderen Rolle. Sie sind also in vielen Bereichen ihres Lebens voneinander abhängig und darauf angewiesen, dass die Beziehungen einigermaßen laufen, damit man sich keine Feinde an den falschen Stellen schafft und handlungsunfähig wird bzw. bleibt. Selbst ein Verein wie das „MittenDrin“, der von seiner Natur her eher oppositionell ausgerichtet ist, legt großen Wert auf diese Kooperation und Beziehungspflege mit allen in der Stadt Aktiven und Verantwortlichen, weil er sich bewusst ist, dass davon die eigene Existenz abhängen kann.

Man arbeitet einfach viel stärker auf konsensueller Ebene, wobei es auch dabei verschiedene Modelle gibt. Das Neuruppiner Bündnis, denke ich, ist ein gutes Beispiel, wie es insbesondere in den Kleinstädten im ländlichen Raum funktionieren kann.

Zusammen mit den umliegenden Gemeinden hat die Kleinstadt Neuruppin ca. 30.000 Einwohner: Man ist nicht anonym, aber es gibt mehr Spielräume als in einem Dorf. Oft sind in kleineren Gemeinden diese Art von Bündnissen vom Bürgermeister oder von der Verwaltung dominiert. In stark ländlich geprägten, kleinen Gemeinden besteht schon aufgrund der demographischen Situation in der Regel keine klare Trennung zwischen einem an die Verwaltung angedockten Fachgremium und einem politischem Bündnis. Ich hatte ja zuvor das Beispiel des Themas Asyl und Migration genannt, das in Neuruppin auf der einen Ebene von einem Fachgremium (moderiert von der Integrationsbeauftragten des Kreises) und auf einer anderen, öffentlich-politischen Ebene auch vom Aktionsbündnis bearbeitet wird. Derartige Rollenunterscheidungen lassen sich in kleinen Gemeinden nicht realisieren, daher sind dort auch die Initiativen gegen Rechtsextremismus eher mit kommunalen Fachgremien vergleichbar. Bei derartigen Bündnissen handelt es sich nicht um rein zivilgesellschaftliche Initiativen, sondern um kommunale Bündnisse, in denen zusätzlich zu Polizei, Verwaltung und Trägern der Jugendarbeit auch einige (oft wenige) engagierte Bürger/innen sitzen. Zwar hat dieser Typ von Bündnis/Initiative oft auch einen politischen Anspruch, der aber in der Regel nicht den Kern des eigenen Selbstverständnisses ausmacht und zudem stark von der bereits existierenden politischen Kultur vor Ort abhängt.

Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ hingegen wird dem Begriff des zivilgesellschaftlichen Bündnisses tatsächlich gerecht, hier kommen mehrheitlich Vertreter/innen von Vereinen, Verbänden, Parteien und einzelne engagierte Bürger/innen auf der Grundlage eines politischen Selbstverständnisses gegen Rechtsextremismus zusammen. Auch ein Vertreter der Stadtverwaltung oder der Bürgermeister kommen gelegentlich zu den Treffen des Bündnisses und die Stadt steht natürlich auch ganz offiziell hinter „ihrem“ Bündnis, aber sie kommen als Kooperationspartner und nicht als diejenigen, die steuern. Der zivilgesellschaftliche Kern des Bündnisses gibt immer den Takt an, der Bürgermeister und die Verwaltung werden zwar regelmäßig informiert und man stimmt sich in wichtigen Fragen mit ihnen ab, die Entscheidungshoheit über das Vorgehen des Bündnisses aber liegt bei den zivilgesellschaftlichen Machern.

Blockade-Diskussionen

Das Neuruppiner Bündnis würde in bestimmten Grundsatzfragen wahrscheinlich nie gegen die Stadt agieren, aber letztlich ist es eine eigenständige Größe und bestimmt seine Handlungspräferenzen selbst. Für den ländlichen Raum Brandenburgs gilt in der Regel, dass man ohne die Zustimmung des Bürgermeisters in bestimmten Fragen nicht vordringt; das ist m.E. auch völlig unproblematisch, wichtig ist jedoch, in welcher Weise dies erfolgt. Ein sehr schwieriges Thema für das Verhältnis zwischen Aktionsbündnis und Stadt waren z.B. die Blockaden gegen die rechtsextremen Aufmärsche. Meiner Einschätzung nach hatten diese Schwierigkeiten durchaus auch etwas damit zu tun, dass ein eher auf Großstädte zugeschnittenes Konzept, welches u.a. auf Konfrontation ausgerichtet ist, auf Kleinstädte im ländlichen Raum übertragen wurde. Dabei wird oft übersehen, dass viele Menschen diese Art der Aktionsform mit Medienberichten über den 1. Mai in Berlin-Kreuzberg oder den Massenblockaden gegen die jährlichen Aufmärsche Rechtsextremer in Dresden in Verbindung bringen. Das ruft wiederum Assoziationen von fliegenden Steinen, brennenden Mülltonnen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht hervor. Die Aktionsform hat einfach ein bestimmtes Image, so dass die Ablehnung der Bürger/innen nicht fern liegt: „Diese Chaoten und solche Verhältnisse wie in Kreuzberg und Dresden wollen wir bei uns nicht haben.“

Das Thema Blockade war über die Jahre immer mal wieder auf den Sitzungen des Aktionsbündnisses eingebracht und kontrovers diskutiert worden. Der Bürgermeister hatte in dieser Frage immer einen klaren Standpunkt vertreten: Er ruft nicht zu Blockaden auf. Diese Position war auch lange mit der des Ak-



Protest gegen die Demonstration zum Antikriegs-/ Weltfriedenstag der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ am 5.9.2009 in Neuruppin

tionsbündnisses identisch. Es kam dann aber zu einer Veränderung, die von jungen Leuten aus dem linksalternativen Spektrum vorangetrieben wurde, die irgendwann ihre Präferenz für diese Form der Auseinandersetzung entwickelten. Dies führte zur Auslagerung der Blockadevorbereitungen aus dem Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“. Die linksalternativen jungen Leute vernetzten sich mit anderen, ihnen nahestehenden Akteuren außerhalb von Neuruppin und organisierten mit diesen Partnern eine Blockade parallel zur Gegendemo des Aktionsbündnisses. Mit der Blockade hat man also nicht das Aktionsbündnis „belastet“, sondern gewissermaßen auf eigenes Risiko eine zusätzliche Aktionsform eingeführt. Im Juli 2011 wurde dann die Demonstration der „Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland“ erfolgreich blockiert. Die Polizei sah von einer Räumung der Blockade ab und die Rechtsextremen konnten nur einen Teil ihrer Route laufen. Eines ihrer Ziele, das Neubaugebiet, in dem einige Mitglieder der lokalen rechtsextremen Szene selber wohnen, konnten sie nicht erreichen. Jedoch war dieser Erfolg nicht von Dauer, denn nur kurze Zeit danach war schon der nächste rechtsextreme Marsch angemeldet und zwar im September 2012 – gleiche Route, gleiches Motto. Auf ihrer Webseite verkündeten die Rechtsextremen, dass sie immer wieder eine Demo anmelden würden, bis sie die gesamte Strecke gelaufen sind. In der Tat konn-



Flyer des „Aktionsbündis Neuruppin bleibt bunt / Netzwerk Neuruppin

ten sie auf ihrer für September 2011 angemeldeten Demo die gesamte Route laufen, denn die Blockade wurde diesmal von der Polizei geräumt. Der Aufruf des Aktionsbündnisses zur Gegendemo im September 2011 rief zwar immer noch nicht direkt zur Blockade auf, aber indirekt spielten die Autoren auf die erfolgreiche Blockade vom Juli an, indem sie auf ihrem Flyer die Neuruppiner aufriefen, sich dem Naziaufmarsch zu „wider/setzen“. Diese indirekte Aufforderung sich an einer Blockade zu beteiligen und trotzdem jedem zu über-

Neuruppin bleibt bunt – Bring zwei!

Erst vor wenigen Wochen wollten aus dem ganzen Bundesgebiet angereiste Neonazis durch Neuruppin marschieren. Mehrere Hundert demokratisch gesinnte Menschen setzten sich ihnen in den Weg: Nationalistische Parolen finden in Neuruppin kein Gehör! Nach wenigen hundert Metern wurde einer der größten Aufmärsche von Neonazis in Brandenburg aufgehalten und musste umkehren.

Trotz der Schlappe wollen diese Neonazis am 24. September erneut versuchen, ihre menschenverachtende demokratiefeindliche Propaganda bei uns zu verbreiten. Auch so kann man Unbelehrbarkeit zeigen. Wieder soll das Demonstrationsrecht missbraucht werden, um die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verherrlichen. Die Erfahrung zeigt: Der gefährliche braune Spuk wird nicht von allein und schon gar nicht durch Wegschauen und Ignorieren verschwinden.

„Neuruppin bleibt bunt“ und das brandenburgweite „Netzwerk Neuruppin Gegen Nazis“ rufen gemeinsam dazu auf, diese und jede weitere neofaschistische Provokation zurückzuweisen – friedlich, vielfältig, unbeirrbar und entschlossen. Wir werden uns widersetzen.

Was heißt nun „Bring zwei!!“ ?

Ganz einfach: Sprechen Sie mit Ihrer Nachbarin, Ihren Kollegen, Ihren Sportfreundinnen. Informiere Deine Mitschülerinnen und Mitschüler, Deinen Freundeskreis und Deine Eltern. Kommt zu unserer bunten Demonstration gegen Rechts – und bringt diesmal noch zwei weitere Menschen mit!

Wir sind ein vielfältiges Bündnis aus lokalen Vereinen, landesweiten Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Kirchengemeinden und vielen weiteren engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten. Wenn Nazis ihr braunes Gift in unseren Städten versprühen wollen, dann stellen wir uns ihnen gemeinsam in den Weg.

::::: Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt / Netzwerk Neuruppin Gegen Nazis :::::

Treffpunkt: Samstag, 24. September, 10 Uhr

Kirchplatz hinter der Pfarrkirche, Artur-Becker-Str. Ecke Heinrich-Rau-Str.

www.neuruppin-bleibt-bunt.de/

www.netzwerk-neuruppin.de



GEGEN NAZIS

Gegen Nazis“ zur Demonstration am 24. 9.2011

lassen, wie er sich an der Gegendemonstration beteiligen möchte, war das Ergebnis eines langwierigen Diskussionsprozesses innerhalb des Bündnisses. Vor allem wollte man vermeiden, mit einem direkten Aufruf zur Blockade den Bürgermeister vor den Kopf zu stoßen. Das Ganze funktioniert jedoch nur, weil man im Bündnis zu wissen glaubt, dass der Bürgermeister grundsätzlich auf der eigenen Seite steht; man hat Verständnis für seine Rolle als Stadtoberhaupt und für die Grenzen, die ihm mit dieser Rolle gesetzt sind.

In Orten, in denen der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin den Rechtsextremismus klein redet und dem lokalen Bündnis skeptisch gegenüber steht, funktioniert auch der konsensuale Weg nicht – der muss von beiden Seiten gepflegt werden. Allerdings ist meinen Beobachtungen zufolge dieser konsensuale Weg derjenige, der im ländlichen Raum Brandenburgs am besten funktioniert. Ich habe große Zweifel daran, ob ein Bündnis wie „Neuruppin bleibt bunt“ so erfolgreich ohne den Segen des Bürgermeisters arbeiten könnte. Dies wird einem schnell klar, wenn man Neuruppin mit Gemeinden vergleicht, in denen es Bündnisse gegen Rechtsextremismus gibt, bei denen das Stadtoberhaupt nicht mit im Boot sitzt oder sogar das lokale Bündnis als „Nestbeschmutzer“ empfindet. Andererseits ist aber auch das andere Extrem, zumindest langfristig gesehen, gleichfalls kein Erfolgsmodell, wenn also der Bürgermeister und die Stadtverwaltung dominieren und das Bündnis im Prinzip nur ausführendes Organ ist. Alle mir bekannten Bündnisse in Brandenburg streben einen Konsens mit der Stadt und dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin an. Es liegt also in der Hand des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin dieses konsensuale Angebot anzunehmen; ob und wie es dann in der Folge funktioniert, wird von Ort zu Ort immer unterschiedlich sein. Es finden durchaus auch kontroverse Diskussionen statt, aber die führen in der Regel nicht zum Bruch, weil man sich ja möglicherweise schon am nächsten Tag wieder zu einem anderen Thema ins Benehmen setzen muss. Irgendwann ist dann oft der Punkt erreicht, wo gesagt wird: „Okay, du bleibst bei deiner Meinung, ich bei meiner“, ohne dass deshalb generell die Kommunikation abgebrochen wird. Bei der Frage der Blockade z.B. wurde immer und immer wieder kontrovers diskutiert und jeder ist bis heute mehr oder weniger bei seiner ursprünglichen Position geblieben, aber man redet trotzdem weiter miteinander und entscheidet letztendlich im Konsens. Schließlich handelt es sich bei den Akteuren um eine relativ überschaubare Gruppe; wenn einer abspringt, fehlt unmittelbar ein tragendes Element, so dass man in seiner Arbeitsfähigkeit spürbar eingeschränkt ist.

Eine andere Frage ist natürlich, was man als Erfolg von demokratischen Protesten gelten lassen möchte. Nach meinem Eindruck definierte man in Neuruppin den eigenen Erfolg spiegelbildlich zum Mißerfolg der Neonazis: Erfolgreich war man selbst also nur dann, wenn die Neonazis nicht marschieren konnten. Gegen diese Auffassung hatten wir als MBT versucht zu argumentieren und zu sagen, das kann nicht der Maßstab sein. Es ist zwar zu begrüßen, wenn die Rechtsextremen nicht marschieren, aber das kann nicht als der einzige Inhalt demokratischer Aktivitäten gelten – nach dem Motto: Wenn sie nicht mehr marschieren, sind wir das Problem los. Es ist nicht immer einfach gegen dieses mechanistische Denken anzugehen, letztendlich aber müs-

sen alle ihre eigenen Erfahrungen machen. Es ist generell ein Problem von Bündnissen, dass sie immer sehr hohe Ansprüche an sich selber stellen. Insbesondere nach der gescheiterten Blockade im September 2011 war die Enttäuschung groß, allerdings nicht in erster Linie weil die Rechtsextremen ihre Route wie geplant ablaufen konnten, sondern weil sich die Demokraten von der Polizei kriminalisiert und von der Landesregierung, insbesondere dem zuständigen Innenminister, im Stich gelassen gefühlt haben. Des Weiteren waren sie von den Neuruppinern selbst enttäuscht, da die drei- bis vierhundert Demonstrationsteilnehmer, die teilweise aus dem gesamten Land Brandenburg kamen, als zu wenig empfunden wurden. Es waren weniger als bei den vergangenen Protesten, was für die Leute schwer nachzuvollziehen war. Mittlerweile häufen sich allerdings wieder die Erfolge für das Neuruppiner Aktionsbündnis, ohne dass die Teilnehmerzahlen bei ihren Aktionen rasant gestiegen wären.

Die Zukunft des Bündnisses

In Neuruppin herrscht heute die Einsicht vor, dass Rechtsextremismus ein Problem darstellt, das uns über einen längeren Zeitraum begleiten wird, und dass es dabei nicht nur um rechtsextreme Aufmärsche geht. Neuruppin ist kein reiner Aufmarschort, kein Ersatz für Wunsiedel oder Halbe; die Aufmärsche dienen und dienen hauptsächlich dem Aufbau rechtsextremer Strukturen in der Region. Es ging aus meiner Sicht von Anfang an immer darum, Strukturen in Neuruppin und somit auch in der Region und in Brandenburg allgemein aufzubauen, um das große mittelfristige Ziel, den Einzug der NPD in den Brandenburger Landtag, zu erreichen. Neuruppin ist die bedeutendste Stadt im Nordwesten Brandenburgs und wird dies voraussichtlich auch weiterhin bleiben. Andere Städte in der Region verlieren stetig an Bevölkerung, Bedeutung und Einfluss, während die demographische und wirtschaftliche Entwicklung von Neuruppin relativ stabil erscheint. Das ist einer der Gründe, warum sich die NPD Neuruppin ausgesucht hat. Sie hätte es in einer Stadt mit mehr Problemen, in der die Entwicklungslinien eher nach unten weisen, möglicherweise leichter, Fuß zu fassen. Wenn sie es aber in Neuruppin schaffen sollte, sich durchzusetzen und in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen, dann würde sie damit eher punkten und viel stärker wahrgenommen werden.

Noch eine letzte Beobachtung zur Rolle des Aktionsbündnisses Neuruppin als Teil des ländlichen Raumes. Im Bündnis engagieren sich nicht nur Leute aus Neuruppin selbst, sondern auch aus den umliegenden Gemeinden, wie z.B. Rheinsberg oder Walsleben/ Temnitz, die wesentlich ländlicher geprägt

sind. Insofern werden einige der umliegenden Gemeinden mitgenommen, und obwohl sich das Bündnis den Namen der Stadt Neuruppin gegeben hat, geht sein Einzugsbereich darüber hinaus. Wie bereits erwähnt strahlt Neuruppin ohnehin weit in die Region und somit auch in den ländlichen Raum aus und das gilt gleichermaßen für das Aktionsbündnis unabhängig davon, ob sich Personen aus diesen Gemeinden direkt im Neuruppiner Bündnis engagieren. Da die gesamte Region auf Neuruppin und die dortige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus schaut, fühlen sich wiederum andere Kommunen oder Initiativen in der Region motiviert, dies auch zu tun. Das viel ältere Bündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock hat durch die Vernetzung mit den anderen Initiativen im Landkreis wieder neuen Elan entfalten können, das Bündnis „Fehrbellin bleibt bunt“ hat sich von den Neuruppinern inspirieren lassen, um sich in der eigenen Gemeinde für ein tolerantes Miteinander zu engagieren. Als das Neuruppiner Aktionsbündnis am 1. Mai 2012 einen Autokorso über Kyritz und Wusterhausen nach Wittstock durchführte, um dort gegen die Demonstration der Rechtsextremen Gesicht zu zeigen, wurden die Teilnehmer von den Stadtoberhäuptern in Kyritz und Wusterhausen mit offenen Armen empfangen. Der Wusterhausener Bürgermeister positionierte sich in seiner Rede engagiert gegen Rechtsextremismus und nahm anschließend am Autokorso nach Wittstock teil. In der Konsequenz bedeutet dies, dass der offensive Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus immer mehr, auch im ländlichen Raum Brandenburgs, zur Norm wird.

Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten?

Die kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Herausforderungen wird heute im Land Brandenburg auf einem hohen Niveau geführt.¹ Pointiert kann man diese These anhand eines Stufenmodells veranschaulichen: Die erste Stufe umfasst einzelne, lokale und anlassbezogene Aktivitäten gegen Rechtsextremismus; zur zweiten Stufe gehören koordinierte, langfristige angelegte und institutionalisierte Verbundtätigkeiten. Die dritte Stufe ist zusätzlich dadurch charakterisiert, dass man den Blick auf die Feinde der Demokratie verbindet mit einer selbstreflexiven Behandlung des „Kampfes“ und sich die Frage vorlegt, inwieweit bestimmte Mittel und Methoden in dieser Auseinandersetzung mit den essentiellen Bestimmungen von Rechtsstaat und Demokratie vereinbar sind. In Brandenburg werden heute die Kontroversen, die innerhalb der Zivilgesellschaft über eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus tatsächlich existieren, dargestellt und offen ausgetragen.² Dies betrifft etwa auch die Rolle des Verfassungsschutzes in der schulischen und außerschulischen Jugendbildungsarbeit.³ Die im Folgenden erörterte Frage, ob die Verhinderung von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam betrachtet werden kann, versteht

¹ Überarbeitete Fassung der Thesen, die bei der Veranstaltung „Verfassungsrechte für Verfassungsfeinde? Sitzblockaden – heiligt der Zweck die Mittel?“ am 19.4.2012 in Potsdam vorgetragen wurden. Veranstalter war der Landespräventionsrat Brandenburg „Sicherheitsoffensive Brandenburg“. Vgl. die Website <http://www.sicherheitsoffensive.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.288685.de>, zuletzt eingesehen am 20.6.2012.

² Vgl. dazu die Website demos-gegen-nazis.de, die Internetseite der Arbeitsgruppe „Umgang mit rechtsextremen Aufmärschen“ des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg. Dort finden sich Stellungnahmen für und wider Blockaden von Demonstrationen. Vgl. insbesondere die Kontra-Positionen von Alfred Roos, dem Geschäftsführer der RAA im Land Brandenburg, und dem brandenburgischen Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg, zuletzt eingesehen am 20.2.2012.

³ Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hatte zu dieser Frage im März 2012 eine Veranstaltung organisiert. Vgl. <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/veranstaltungen/verfassungsschutz-durch-aufkl%C3%A4rung>, zuletzt eingesehen am 20.6.2012.

sich als ein weiterer Beitrag zur Selbstthematization der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Drei Arten von Fragen

Im Hinblick auf die Blockaden, mit denen angemeldete rechtsextreme Demonstrationen nicht lediglich für eine kurze Zeit aufgehoben werden, sondern verhindert werden (sogenannte Verhinderungsblockaden), sind grundsätzlich mindestens drei Arten von Fragen sinnvoll:

- (1) **Praktische Fragen:** Wie kann man den Protest angesichts jeweils bestimmter lokaler Gegebenheiten und Kräfteverhältnisse aufseiten der Gegner von rechtsextremen Demonstrationen koordinieren? Müssen radikale und militante Gegner der Rechtsextremen in den lokalen Protest integriert werden? Inwieweit sind Verhinderungsblockaden ein Kompromiss zwischen zivilen und militanten Rechtsextremismus-Gegnern? Welche gruppeninternen Prozesse und welche Dynamiken zwischen verschiedenen Gruppierungen von Rechtsextremismusgegnern gehen in die Entscheidungen für bestimmte Protestformen ein? Wie kann man dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach Sichtbarkeit des Protests gerecht werden? Die Qualität des zivilgesellschaftlichen Einspruchs gegen rechtsextreme Versammlungen wird derzeit häufig noch in „gelaufenen Metern“ der Rechtsextremen gemessen. Demnach ist der Protest umso erfolgreicher, je kürzer die tatsächlich zurückgelegte Teilstrecke der genehmigten Demonstrationroute ist. Wie könnten Alternativen zu dieser „Kurzstreckenpolitik“ aussehen?
- (2) **Analytische Fragen:** Was sagt es über die Entwicklung der Bewegung gegen Rechts aus, dass es in den letzten Jahren in einzelnen Strömungen zu einer gewissen Fixierung auf das Mittel der Blockade gekommen ist? Durch welche Art der öffentlichen Themenbehandlung wurde die Konjunktur der Verhinderungsblockaden gefördert? Welche Akteure tragen zur Popularisierung dieser Methode und damit zu einer Radikalisierung des Protests bei? Welche Rolle spielt das widersprüchliche Verhalten von Landes- und Bundespolitikern? Welche Rolle spielt die Polizei, die mit offensichtlich unterschiedlichen Einsatzkonzepten einmal Verhinderungsblockaden zu begünstigen scheint, in anderen Fällen aber überaus rabiat unterbindet? Ist diese Inkonsistenz im Steuerungsverhalten Ausdruck einer Unentschiedenheit? Welche Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden durch die Fokussierung auf die Verhinderungsblockaden in den Hintergrund gerückt?

- (3) Normative Fragen: Verhinderungsblockaden verstoßen gegen geltendes Recht. Inwieweit können sie trotzdem als legitim gelten? Können sie etwa als „ziviler Ungehorsam“ gelten und an der weithin verbreiteten positiven Bewertung dieser politischen Aktionsform partizipieren?⁴

Legalitäts- und Legitimitätsfragen sind Fragen in einem Bezugsrahmen von Normen, in unserem Fall von rechtlichen Normen, seien sie nun gesetzlicher oder moralischer Art.

Im Folgenden konzentriere ich mich auf eine der normativen Fragen, nämlich die Frage, inwieweit Verhinderungsblockaden als ziviler Ungehorsam gelten können. Von der Beantwortung dieser Frage hängt die moralische Bewertung dieser politischen Aktionsform ab: Ziviler Ungehorsam wird in der Regel so definiert, dass der vergleichsweise harmlose Verstoß gegen gesetzliches Recht relativiert wird durch das Eintreten für ein höheres, moralisches Recht oder für grundlegende Prinzipien des gesetzlichen Rechts. Wenn gezeigt werden kann, dass Verhinderungsblockaden Akte von zivilem Ungehorsam sind, wäre der mit ihnen verbundene Gesetzesverstoß letztlich moralisch gerechtfertigt.

Verhinderungsblockaden sind keine Akte von zivilem Ungehorsam

Begründet werden soll, warum Verhinderungsblockaden nicht als ziviler Ungehorsam gelten können. Das zentrale Argument lautet: Akte des zivilen Ungehorsam begründen ihren Gesetzesverstoß damit, dass staatliche Organe oder gesetzliche Regelungen ihrerseits gegen moralische oder rechtliche Prinzipien verstoßen und damit elementare Ansprüche und Rechte von Staatsangehörigen oder Bevölkerungsmitgliedern beschneiden. Solche Prinzipienverstöße haben die Qualität von Menschenrechts- oder Grundrechtsverletzungen. Verhinderungsblockaden können nicht in dieser Weise begründet werden. Es handelt sich vielmehr um eine illegitime Beschneidung des grundgesetzlich verbrieften Rechtes auf Versammlungsfreiheit.

⁴ Die politisch-publizistischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Diskussionen um den zivilen Ungehorsam standen immer in engem Zusammenhang mit der zeitgenössischen Praxis von Protest und Widerstand. Vgl. u.a. Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel: Die demokratische Frage. Frankfurt a.M. 1989, S. 22-46; Heinz Klegger: Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie. Frankfurt a.M. 1993; Robin Celikates: Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. Konstituierende vs. konstituierte Macht? In: Thomas Bedorf, Kurt Röttgers (Hg.): Das Politische und die Politik. Frankfurt a.M. 2010, S. 274-300.



Die Polizei öffnet Absperrgitter, um Gegendemonstranten den Zugang zu Blockaden einer rechtsextremen Demonstration zu ermöglichen. Es bedarf keines besonderen Mutes, rechtsextreme Demonstrationen zu blockieren, wenn dies mit Unterstützung der Landesregierung oder – wie hier am 1. Mai 2012 in Wittstock – der Polizei erfolgt – und damit Adornos Wortspiel „Mit dem Stachel lücken“ eine neue Bedeutung erhält.⁵ Mutig wäre hingegen das Blockieren eines Flugplatzes, der es den Anwohnern unmöglich macht, acht Stunden in Ruhe zu schlafen.

Die folgende Argumentation geht von einem Kernbestand von Merkmalen aus, der üblicherweise genannt wird, wenn von „zivilem Ungehorsam“ die Rede ist. Daran anschließend wird gezeigt, dass bei den Verhinderungsblokkaden ein wesentliches Element fehlt. Dieses Prüfverfahren bewegt sich innerhalb moralischer Argumentationen; es geht dabei nicht um eine rechtliche Würdigung.

„Ziviler Ungehorsam“ ist nicht lediglich eine beschreibende Kategorie in dem Sinne, dass sich Bürger gesetzlichen Regelungen widersetzen und dazu öffentlich gewaltfreie Methoden praktizieren. „Ziviler Ungehorsam“ ist eine normative Kategorie, die sinnvollerweise nur dann verwendet wird,

⁵ Vgl. Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*. Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 124 (Nr. 72).

wenn bestimmte norm- und wertbezogene Voraussetzungen erfüllt sind. Nur als normative Kategorie fungiert „ziviler Ungehorsam“ auch als die Rangbezeichnung, mit der sich bestimmte Gesetzesverstöße von anderen positiv unterscheiden: Wer für sich in Anspruch nehmen kann, „zivilen Ungehorsam“ auszuüben, ist dem „Odium des gewöhnlich Kriminellen“ enthoben und kann eine andere Art der politischen und der strafrechtlichen Bewertung für sich in Anspruch nehmen.

Was macht zivilen Ungehorsam aus?

Ziviler Ungehorsam ist Protest gegen staatliches Handeln, der vier Kernbestandteile aufweist.⁶

- (1) Illegalität: Verletzung von Rechtsnormen, Erfüllung von Tatbeständen rechtlicher Verbotsnormen.
- (2) Öffentlichkeit: Ziviler Ungehorsam appelliert als eine im Wesentlichen symbolische Handlung an die Öffentlichkeit und an die Entscheidungsträger in der Politik, bestimmte Regelungen zurückzunehmen und im Sinne besserer Normen neu zu entscheiden.
- (3) Gewaltlosigkeit: Die Verhältnismäßigkeit ist ein für den zivilen Ungehorsam wichtiges Prinzip. Es handelt sich um die Verletzung kleiner Regeln, mit denen auf die Verletzung großer Regeln aufmerksam gemacht werden soll: Insofern gilt für den zivilen Ungehorsam das Prinzip der Gewaltlosigkeit.
- (4) Politisch-moralische Motivation: Die Verletzung rechtlicher Normen erfordert eine besondere Begründung. Dabei kann die individuelle Berufung auf Gewissensgründe keine gültige Begründung sein, da persönliche Überzeugtheiten oder die Stimme des einzelnen Gewissens nicht notwendigerweise transparent und generalisierbar sind.

Zu Beginn der Debatte Anfang der 1980er Jahre hat der Rechtswissenschaftler und Rechtsphilosoph Ralf Dreier eine bedenkenswerte Formel entwickelt:

„Wer allein oder gemeinsam mit anderen öffentlich, gewaltlos und aus politisch-moralischen Gründen den Tatbestand einer Verbotsnorm erfüllt, handelt grund-

⁶ Vgl. zu den folgenden Ausführungen Thomas Laker: Ziviler Ungehorsam. Geschichte, Begriff, Rechtfertigung. Baden-Baden 1986, S. 123ff.

rechtlich gerechtfertigt, wenn er dadurch gegen schwerwiegendes Unrecht protestiert und sein Protest verhältnismäßig ist.“⁷

Es geht nun um die Frage, welche Anforderungen an die „politisch-moralischen Gründe“ zu stellen sind bzw. was als „schwerwiegendes Unrecht“ zu gelten hat.

Dreier hat hierzu „Mindeststandards rationaler Rechtfertigungsfähigkeit“ gefordert.

In einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Gruppenwerten vorhanden ist, muss das Wertfundament, auf das sich der zivile Ungehorsam stützt, relativ abstrakt und allgemein sein. Die begrenzten Regelverletzungen müssen im Namen von ausweisbaren, allgemeinen Prinzipien erfolgen, die für alle Gesellschaftsmitglieder gelten, wenn sie denn den Ehrentitel „ziviler Ungehorsam“ in Anspruch nehmen wollen.

Von Autoren, die den zivilen Ungehorsam aufgeschlossen betrachten und teilweise mit dieser Aktionsform sympathisieren, wird deshalb an dieser Stelle auf Werte wie Freiheit und Gleichheit verwiesen oder auf die Geltung von Verfahrensregeln, die niemanden ausschließen. Dazu im Folgenden einige Beispiele:

Arnold Köpcke-Duttler, Pädagoge und Rechtsanwalt sieht diese Begründungsinstanz in den Menschenrechten.

„Deutlich wird im zivilen Ungehorsam, dass der Sinn für die Antastbarkeit der Menschenrechte stets wach zu halten ist angesichts der Gefahr, die Demokratie in Selbstgerechtigkeit zu einer Staatsform unter anderen erstarren zu lassen und den offenen Prozess der Demokratisierung zu verdinglichen.“⁸

Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie ergänzt dies um die Sorge der Bürger über den Verlust von elementaren Verfassungsprinzipien.⁹

⁷ Ralf Dreier: Widerstandsrecht und ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. In: Peter Glotz (Hg.): Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt a.M. 1983, S. 54-75, S. 60.

⁸ Arnold Köpcke-Duttler: Ziviler Ungehorsam. Menschenrechtliches Aufbegehren im Rechtsstaat. In: Wissenschaft und Frieden 2004, H. 3, S. 31-34, S. 34. Ähnlich bereits sein älterer Beitrag: Ziviler Ungehorsam. Einige verfassungsrechtliche Versuche seiner Behinderung und ihre Kritik. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Ziviler Ungehorsam. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sensbachtal 1992, S. 307-318.

⁹ Elke Steven: Ziviler Ungehorsam. In: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hg.): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“. Hamburg 2007, S. 262f.

Der Rechts- und Politikwissenschaftler U.K. Preuß führt aus:

„Akte des zivilen Ungehorsams sind normative Appelle im Namen des Gemeinwesens, die zwar vom individuellen Gewissen motiviert sein können, die aber den Zustand des Gemeinwesens in Übereinstimmung nicht vor allem mit den Forderungen des Gewissens, sondern mit den legitimierten Ordnungsgrundlagen dieses Gemeinwesens zu bringen trachten.“¹⁰

Günter Frankenberg schließlich, Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung fasst die legitimierenden Prinzipien des zivilen Ungehorsams folgendermaßen zusammen:

„Ziviler Ungehorsam ist normativ begründeter und gezügelter Protest, mit dem keine Ausnahmerechte oder Privilegien reklamiert werden, sondern der noch in der Regelverletzung das Prinzip demokratischer Gleichheit anerkennt. Solche Anerkennung impliziert vor allem Respekt vor der Integrität möglicher Protestgegner oder unbeteiligter Dritter; diese werden zu nichts gezwungen; ihr politischer Wille wird nicht dem der Ungehorsamen unterworfen, sondern sie werden auf einen (behaupteten) Mißstand oder nur eine abweichende Meinung aufmerksam gemacht. Ferner maßen sich die Ungehorsamen keine Sonderkompetenz zur Rechtssetzung an; sie schreiten nicht zum Selbstvollzug ihrer politischen Ziele. Solcher Protest wäre elitär und autoritär – eben nicht zivil und einsichtig. Daher kommen für zivilen Ungehorsam nur öffentliche und gewaltlose Protesthandlungen in Betracht.“¹¹

Die zitierten Stellungnahmen stimmen darin überein: Die Werte und Normen, denen mittels zivilen Ungehorsams Geltung verschafft werden soll, müssen Prinzipien sein, die das Maß an Inklusion und Anrechten von Bürgern und anderen Gesellschaftsmitgliedern erhöhen, und nicht solche, die Rechte reduzieren. Das Recht der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit im Namen bestimmter Meinungen einzuschränken, ist mit der Tradition des zivilen Ungehorsams nicht vereinbar.

¹⁰ Ulrich K. Preuß: Von den Grenzen des bürgerlichen Gehorsams: Ziviler Ungehorsam und Verfassung. In: ders.: Politische Verantwortung und Bürgerloyalität. Von den Grenzen der Verfassung und des Gehorsams in der Demokratie. Frankfurt a.M. 1984, S. 26-144, S. 35.

¹¹ Günter Frankenberg: Der zivile Ungehorsam auf dem Rechtsweg. In: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (2. Aufl.). Bonn 1991, S. 524-538, S. 530f.

Warum Verhinderungsblockaden nicht als ziviler Ungehorsam gelten können

Verhinderungsblockaden können allenfalls der äußeren Form nach als ziviler Ungehorsam gelten. Ihnen fehlt aber ein wesentliches Element, nämlich die Begründung ihrer Rechtsverletzung unter Berufung auf eine nachvollziehbare, geltungsfähige Rechtfertigung, also Prinzipien oder Normen, die Rechte nicht für diese oder jene gesellschaftliche Gruppe formulieren, sondern die für alle gelten.

Das Denken, das den Verhinderungsblockaden zugrunde liegt, läuft auf den Ausschluss bestimmter politisch-rechtlicher Auffassungen aus den öffentlichen Auseinandersetzungen hinaus. Teilweise scheint auch eine soziale Ausgrenzung von Personen beabsichtigt zu werden, die bestimmte Auffassungen äußern. Solche Positionen werden heute häufig in zwei bekannten Slogans formuliert: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ und in der Forderung „Brandenburg Nazifrei!“ Als radikale Schlachtrufe bei Gegendemonstrationen können sie einen politisch-moralischen Sinn haben – aber wörtlich verstanden und als Legitimation zur Verhinderung von angemeldeten Demonstrationen bestreiten sie anderen Grundrechtsträgern deren Rechte. Damit aber wird nicht in der Logik einer integrativ-inklusive Moral und einer Erweiterung von Rechten argumentiert, sondern eine Logik des Rechteabbaus und des Ausschlusses praktiziert. Die moralisch-politischen Prinzipien, auf die man sich bezieht, sind damit kein höheres moralisches Recht gegenüber dem geltenden Recht, sie sind ein Rückfall unter das erreichte Niveau von Grundrechtsgarantien.¹²

Auch in anderer Hinsicht bewegen sich derartige Slogans nicht auf der Höhe der Zeit: Genau besehen wird der Faschismus-Begriff überdehnt, wenn er für heutige Rechtsextreme verwendet wird; dass es sich bei den Bekämpften nicht um „Nazis“, sondern gegebenenfalls um „Neonazis“ handelt, liegt auf der Hand.¹³

¹² Vgl. dazu die vielen Beiträge des Rechtsanwaltes und Publizisten Horst Meier, insbesondere seinen Text „Protestfreie Zonen?“ (2002), der nun zusammen mit gleichgerichteten Beiträgen als ein mächtiges Votum für ein inhaltsneutrales Grundrechtsverständnis neu erschienen ist: Horst Meier: Protestfreie Zonen? Variationen über Bürgerrechte und Politik. Berlin 2012.

¹³ „Faschismus“ wird als geschichtswissenschaftlicher Terminus verwendet zur Bezeichnung solcher politischen Bewegungen im Europa zwischen 1919 und 1945, für die kollektive Gewalt, Massenmobilisierung, paramilitärischer Aktionsstil und charismatische Führer charakteristisch waren. Inhaltlich waren sie antidemokratisch, antiliberal und antikommunistisch ausgerichtet und durch einen holistischen Nationalismus gekennzeichnet. Vgl. Stefan Breuer: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich. Darmstadt 2005; Wolfgang Schieder: Faschismus. In: Richard von Dülmen (Hg.): Fischer-Lexikon Geschichte. Frankfurt a.M. 2003, S. 199-221.

Versteht man diesen Sprachgebrauch symptomatisch, so bewegen sich manche der heutigen radikalen Gegner der Rechtsextremen in einer abgeschlossenen historischen Phase der deutschen Geschichte. Sie verstehen sich als Kämpfer gegen den Faschismus und sie kämpfen gegen Nazis. Vielleicht ist dieser Anachronismus durch die Empörung motiviert, dass in der Weimarer Republik der Protest und der Widerstand gegen die Nazibewegung keinen Erfolg hatte, vielleicht möchte man eine ehrenvolle Tradition fortsetzen oder mit dieser heroischen Sprache die eigenen Gesetzesverstöße legitimieren. Der Eindruck jedenfalls ist schwer zu zerstreuen, dass auch hier weniger die Last der Vergangenheit als die Filter einer dominanten Erinnerungskultur den Blick für die realistische und grundrechtskonforme Wahrnehmung gegenwärtiger Verhältnisse beeinträchtigt.

Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung

In Brandenburg lassen sich seit Jahren Anmietungs- und Immobilienkaufversuche seitens Rechtsextremer beobachten. Sie suchen Grundstücke und Gebäude, die als Veranstaltungsorte, Wohnhäuser oder Schulungszentren genutzt werden können. Fast in allen Fällen kommt es im Gemeinwesen zu Reaktionen, da man mögliche Bedrohungen fürchtet. Häufig sind es die direkt betroffenen Nachbarn, die sich um Ruhe, Sicherheit und Privatsphäre sorgen. Zumeist ist die Verunsicherung dann groß – was kann ich als Nachbar tun, wenn mich die Inhalte der Musik stören, wenn ich nicht möchte, dass die Kinder miteinander Kontakt pflegen, wie verhalte ich mich bei Gesprächen am Gartenzaun? Und dann gibt es natürlich auch immer Bürgerinnen und Bürger im Ort, die sich unkritisch mit der NPD auseinandersetzen, die NPD sei doch „eine Partei wie jede andere auch“.

Der Artikel gibt einen Überblick über die Folgen solcher Miet- und Kaufprojekte für die Gemeinden und vermittelt Einblicke in die entsprechenden Prozesse der Gemeinwesenberatung. Dabei wird zunächst auf die Situation im Land Brandenburg generell eingegangen. Am konkreten Beispiel von Märkisch Buchholz wird anschließend gezeigt, wie man dort auf den Zuzug des Kaders Sven Haverlandt reagierte und welche Hürden es zu nehmen galt.¹ Weiterhin wird aufgezeigt, welche Rolle im Beratungsprozess das MBT einnahm. Im Anschluss an diesen Fall werden die grundsätzlich möglichen Auswirkungen des Zuzugs eines Kaders auf das Gemeinwesen dargestellt und gezeigt, in welcher Form darauf reagiert werden kann.

Allgemeine Situation bei Immobilienkäufen von Rechtsextremen in Brandenburg

Mit der Forderung „Nazis raus“ wird die eigentliche Frage des „Wohin“ ausgeklammert. Ganz ähnlich bleibt bei der Betrachtung des Zuzuges von Rechts-

¹ Mit Kader sind hier Führungskräfte von Kameradschaften, Funktionäre der NPD oder Schlüsselpersonen rechtsextremer Netzwerke und Organisationen gemeint.

extremen das „Woher“ oft unthematisiert. Neonazis werden nicht im Nichts verschwinden und zuziehende Rechtsextreme kommen aus einem anderen Gemeinwesen, zum Teil auch aus Brandenburg. Letztlich sind Menschen mit rechtsextremen Einstellungen auch Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland und haben im Rahmen der geltenden Freizügigkeit das Recht, ihren Wohnort frei zu wählen. Ein Zuzug von Rechtsextremen ist demnach für sich genommen zunächst kein Problem, sondern gehört zur Normalität.

Oft wird ein solcher Zuzug nicht wahrgenommen, da der neue Nachbar seine politische Gesinnung nicht vor sich her trägt. Zum Teil erfolgen solche Anmietungen oder Ankäufe verdeckt, in anderen Fällen mehr oder weniger offen, indem sich NPD-Kader als Privatpersonen mit Privatinteressen ausgeben. Solange sich hinter dem neuen Mitglied des Gemeinwesens kein Kader verbirgt und dieser keine besonderen Ziele zur Agitation seines Umfeldes verfolgt, kann man nicht von einer Gefahr für das demokratische Zusammenwirken ausgehen. Anders verhält es sich, wenn der neue Bewohner das Ziel politischer Änderungen verfolgt und er etwa auf die Etablierung einer rechtsextremen Partei in der Kommunalvertretung hinarbeitet.

Die NPD verfolgt diese Strategie des gezielten Zuzuges schon länger, so beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.² Begründet ist dieses Verhalten im schlechten Image der NPD. Zwar erzielt die NPD durchaus auch Wahlerfolge, für einen durchschlagenden Erfolg bedürfte es allerdings einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese versucht die NPD durch eine intensive, dem jeweiligen Gemeinwesen zugewandte Beziehungsarbeit zu erreichen. Dabei ziehen bewusst vertrauenserweckende und unpolitisch wirkende Kader in die Nachbarschaft und machen sich bekannt. Die gedankliche Kategorisierung eines NPD-Mitgliedes als „schlecht“, „böse“ oder „gefährlich“ fällt umso schwerer, je stärker dieses als sympathischer Nachbar oder zuverlässiger und seriöser Vertragspartner wahrgenommen wird. Solche NPD-Funktionäre agieren häufig schon länger in Gemeinwesen, so z.B. als engagierter Mitbürger oder als Gewerbetreibender.³ Auf diesem Wege versucht die NPD einer grundsätzlichen Ablehnung Rechtsextremer vorzubauen. Es dauert oft Wochen, wenn nicht Monate bis der neue Nachbar auch in anderen Bereichen wahrgenommen wird, z.B. durch deutschnationale Lieder oder Musik, Veranstaltungen bzw. überregionalen Besucherverkehr.

² Toralf Staud: *Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 10; Christian Bergmann: *NPD – Neue Wege, neue Erfolge?* München: Grin Verlag 2007, S. 9.

³ So zum Beispiel der Inhaber einer KFZ-Werkstatt in Eichwalde (Landkreis Dahme-Spreevald), Frank Knuffke, der die NPD im Kreistag vertritt.

Schon zu Beginn der 2000er-Jahre veröffentlichte die NPD in ihrer Zeitung „Deutsche Stimme“ eine Reihe von Aufsätzen, in denen die Ortsgruppen dazu aufgerufen werden, sich lokal im Gemeinwesen zu etablieren. Dabei wird insbesondere Wert darauf gelegt, vorhandene Strukturen für die eigenen Zwecke zu nutzen, anstatt neue zu gründen.⁴ Ein Beispiel dafür war Uwe Leichsenring, ein Fahrlehrer aus Königstein (Sachsen), der im Hinblick auf diese Taktik in der NPD als Vorzeigeobjekt gilt. Leichsenring schaffte den Sprung in alle kommunalen Gremien und in den sächsischen Landtag.⁵ In Brandenburg sind solche Beispiele bislang nicht bekannt.

Neben dem Versuch, mit ihren Kadern auf lokaler Ebene Präsenz zu zeigen und Bürgernähe herzustellen, hat insbesondere die NPD ein großes Interesse an Immobilien. Als Partei benötigt sie Räume, um ihre Arbeit zu koordinieren, Parteileben zu organisieren und auf potentielle Wählerinnen und Wähler einen professionellen Eindruck zu machen. Da ein Mietverhältnis immer zu Problemen mit dem Vermieter führen kann und somit keine Beständigkeit in der Arbeit gewährleistet ist, bleibt der NPD nur der Weg, eine Immobilie zu erwerben.⁶ Einige bekanntere Fälle werden in der folgenden Tabelle zusammengestellt.⁷

Situation in Märkisch Buchholz

Beschreibung des Ortes

Die Stadt Märkisch Buchholz mit ihren nur 780 Einwohnern liegt im Landkreis Dahme-Spreewald und gilt als kleinste Stadt in Brandenburg. Auf den ersten Blick wirkt der im Jahr 1341 erstmals urkundlich erwähnte Ort im Spreewald mit seinem kleinen Flusslauf der Dahme idyllisch und besonders anziehend für Kanuwanderer und Radfahrer. Im Bereich des heutigen Stadtteils Köthen lebten im Mittelalter überwiegend Wenden (Sorben). Daher stammt der ursprüngliche Name Wendisch Buchholz, der 1937 zu Märkisch Buchholz „eingedeutscht“ wurde.

⁴ Deutsche Stimme, 25. Jg. (2000), Nr. 4, S. 22.

⁵ Toralf Staud: Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 136. Leichsenring kam im August 2006 bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

⁶ Vgl. dazu die Verfassungsschutzberichte für das Land Brandenburg der letzten Jahre.

⁷ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2010. Potsdam 2011, S. 37-42; Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2011. Potsdam 2012, S. 88-92.

Ort	Nutzung	Jahr der Nutzung	Eigentümer
Jagow (UM)	Hier nutzte die NPD ein Privatgrundstück zur Austragung des regionalen Sommerfestes.	2010	NPD-Mitglied
Buberow (OHV)	Auf diesem Grundstück samt Wohnhaus fanden im Sommer 2010 mehrere einschlägige Szenetreffen statt.	2010	Reimer Leibner
Rauen (LOS)	Auf diesem Grundstück samt Bauernhof fanden Diskotheken der rechtsextremen Szene statt.	2007-2010	Andreas Molau/ Jürgen Rieger †
Finowfurt (BAR)	Ein größeres Gelände, auf dem mehrere Konzerte und DVU- sowie NPD-Veranstaltungen (Sommerfest DVU, Preußentag etc.) stattfanden.	seit 2006	Klaus und Sybille Mann
Biesenthal (BAR)	Das ehemalige Asylbewerberheim umfasst ein großes Gelände samt Gebäudekomplex, welches in der Vergangenheit durch baurechtliche Vorgaben für verschiedene Nutzungsformen stark eingeschränkt wurde. Heute wird es manchmal von der NPD für Versammlungen genutzt.	seit 2007	DEVASTA GmbH Bauberatungs- firma
Brandenburg a.d.H. OT Kirchmöser	Das Objekt wird vom „Bund für Gotterkenntnis“ genutzt, welcher durch rechtsextremes und sektenhaftes Verhalten auffällt.	2010	Bund für Gotterkenntnis
Oranienburg (OHV)	Ein bis zum Ende des Jahres 2011 vermietetes Gebäude, wurde insbesondere von der JN* für Konzerte genutzt. Acht Konzerte wurden im Jahr 2011 durchgeführt.	bis 2011	JN-Mitglied
Mühlenfließ (PM)	Das im Besitz des ehemaligen JN-Funktionärs Maik Eminger befindliche Grundstück samt mehreren kleinen Gebäuden wird regelmäßig für Treffen von Rechtsextremen genutzt.	seit 2008	Maik Eminger
Märkisch Buchholz (LDS)	Sven Haverlandt als Vorsitzender der NPD Dahmeland erwarb im Jahr 2010 eine Immobilie mitsamt einem großen Gastraum.	seit 2010	Familie Haverlandt

* JN ist die Abkürzung für Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD.

Die Verwaltung der Stadt wird seit 1991/1992 vom Amt Schenkenländchen ausgeführt, der Amtssitz wurde nach Teupitz verlegt, weshalb Märkisch Buchholz im Hinblick auf Politik und Verwaltung an Bedeutung verlor.



Ortseingang Märkisch Buchholz – von Halbe kommend.



*Im Krieg zerstört – erst 30 Jahre später wieder errichtet:
die Kirche von Märkisch Buchholz*

Märkisch Buchholz und Halbe verbindet und trennt einiges im geschichtlichen Rückblick. Während der vier Kilometer entfernte Ort Halbe durch seine Tongruben und Ziegeleien im 20. Jahrhundert zahlreiche Arbeiter und ihre Familien aus Berlin und Schlesien anzog und der sich rasant entwickelnden Großstadt Berlin reichlich Baumaterial lieferte, war Märkisch Buchholz von jeher stärker ländlich geprägt, z.B. durch Ackerbürger, Holzwirtschaft und Sägewerke. Aber es gab auch Handwerker, Händler, Gewerbetreibende, Ärzte und Hebammen, die zu der Entwicklung eines städtischen Lebens beitrugen. Anfang des 19. Jahrhunderts war Märkisch Buchholz bereits eine bedeutende Postkutschenstation auf der Linie Berlin – Mittenwalde – Buchholz – Lübben – Prag. Im 20. Jahrhundert besorgte das Reichspostamt mit Autobussen den

Personen-, Brief- und Paketverkehr über Märkisch Buchholz. Nicht nur die Reisenden, sondern auch die umliegenden Dörfer nutzten hier bis zum Zweiten Weltkrieg die guten Einkaufsmöglichkeiten und das handwerkliche Angebot.

Durch die gute Anbindung an Berlin entwickelten sich seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auch zunehmend Tourismus und Wassersportverkehr in der reizvollen Landschaft. Zahlreiche Hotels und Restaurants luden zum Verweilen ein – von den sieben Gaststätten, die es vor dem Zweiten Weltkrieg gab, sind heute noch zwei erhalten.

Auch die Bevölkerungszahl nahm ab – hatte Märkisch Buchholz um 1905 noch 1.205 Einwohner, sind es heute ein Drittel weniger. Der Tourismus hat im Vergleich zur Jahrhundertwende ebenfalls Einbußen hinnehmen müssen, wenngleich Tagesausflügler auf Wasser- und Fahrradwegen in den Sommermonaten zahlreich sind. Märkisch Buchholz ist trotz seiner kleinstädtischen Geschichte eher ländlich bzw. dörflich geprägt – in das größere, strategisch dichter an der Autobahn liegende Halbe gehen die Kinder zur Schule, dort finden sich die einzige Bahnanbindung an die Strecke Berlin – Cottbus, eine Tankstelle sowie Einkaufsmöglichkeiten.

Wie unter Nachbarn durchaus üblich, gibt es auch zwischen diesen beiden Orten alten Streit und Meinungsverschiedenheiten. Das Verbindende kann auch manches Mal trennen – besonders wenn es mit schmerzhaften Erfahrungen verbunden ist. Beide Orte haben in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges die Auswirkungen der Kampfhandlungen unmittelbar zu spüren bekommen. Mit der Bezeichnung „der Kessel von Halbe“ wissen auch die nachfolgenden Generationen einiges anzufangen. Jahrzehntlang wurde in der DDR auf dem Waldfriedhof in Halbe, auf dem mehr als 30.000 Kriegsoffer begraben liegen, pädagogische Friedenserziehung geübt. Tatsächlich aber hatte Märkisch Buchholz viel stärkere Zerstörungen und mehr Todesopfer zu beklagen als Halbe, das mit seiner Kriegsgräberstätte nach 1945 international bekannt geworden ist und an Bedeutung gewonnen hat. Märkisch Buchholz war nach dem Krieg zu 70 Prozent zerstört. Die Einwohner hatten 90 Kriegstote zu beklagen, das entsprach 13 Prozent der damaligen Bevölkerung. Manche Buchholzer stört es, wenn geschichtlich ungenau noch immer vom „Kessel von Halbe“ gesprochen wird. Korrekt müsste es heißen: der Kessel von Halbe und Märkisch Buchholz.

In Märkisch Buchholz existiert ein jüdischer Friedhof. Dort sind noch 26 Grabsteine erhalten, das älteste Grab stammt aus dem Jahr 1846, der jüngste Stein datiert von 1917. In der NS-Zeit lebten keine Juden mehr in Märkisch Buchholz, nachdem die letzte Familie bereits in den 1920er Jahren verzogen war. Zur NS-Zeit in Märkisch Buchholz hat der Ortschronist Franz Müller u.a. Folgendes vermerkt:

„... da in Buchholz zu dieser Zeit keine Juden wohnten, konnten auch keine Ausschreitungen gegen jüdisches Eigentum wie z.B. in der „Reichskristallnacht“ in Halbe, Beeskow und Bad Saarow stattfinden. Dennoch hat ein hier gebürtiger Buchholzer mit einer Horde Berliner SA-Leute den jüdischen Friedhof der Stadt verwüstet...“.⁸

Die Machtverhältnisse

Bei den letzten Kommunalwahlen dominierten Zusammenschlüsse von Wählerbündnissen nicht etablierter Parteien, wie z.B. „Partner für die Feuerwehr“ und der „Heimatverein Märkisch Buchholz“.



Die Feuerwehr im Ort

Die Stadtverordnetenversammlung besteht insgesamt aus zehn Stadtverordneten und setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern der Wählergruppe „Partner der Feuerwehr“, zwei Mitgliedern der Wählergruppe „Heimatverein Märkisch Buchholz e.V.“, zwei Einzelkandidaten und einem Sitz für die SPD. Die Bürgermeisterin Bianca Urban vom Heimatverein Märkisch Buchholz e.V. wurde 2008 neu ins Amt gewählt und löste nach zwei Amtszeiten ihren Vorgänger Karl-Heinz Haucke ab. Er galt als anmaßend und es gibt einige Stimmen im Ort, die ihn der Korruption im Amt verdächtigen. Es war vielen Bewohnern eine Herzensangelegenheit, den bisherigen Bürgermeister abzuwählen. Für die neue Kandidatin des Heimatvereins, eine in Märkisch Buchholz aufgewachsene Rechtsanwältin, standen die Chancen gut.

Die Stadt Märkisch Buchholz ist bürgerlich geprägt und verfügt über eine große Vielfalt an Vereinen mit einem regen Vereinsleben. Der mitglieder-

⁸ Frank Müller: Chronik von Märkisch Buchholz. 2006 (unveröffentlichtes Manuskript). – Herzlichen Dank an den heutigen Ortschronisten Reinhard Düring für die Unterstützung.

stärkste Verein ist der Sportverein, gefolgt vom Angler-, vom Heimat- und vom Kleingartenverein, von der Volkssolidarität und dem Fremdenverkehrsverein.

Die NPD Dahmeland konnte bei den Kommunalwahlen am 28.9.2008 hier eines ihrer drei Kreistagsmandate gewinnen. Ihr Kreisverbandsvorsitzender, der in Berlin geborene 34-jährige Sven Gunnar Haverlandt, ist von Beruf Informatiker. Bereits bei der Kommunalwahl 2008 kandidierte er für die NPD und holte in Märkisch Buchholz 92 Wählerstimmen von insgesamt 706 Wahlberechtigten – das entspricht knapp 7,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei der Landtagswahl 2009 erhielt die NPD in Märkisch Buchholz 6,5 Prozent der Erst-Stimmen (27 Stimmen) und 6,8 Prozent der Zweit-Stimmen (30 Stimmen). Dies zeigt, dass Herr Haverlandt in Teilen der Bevölkerung durchaus mit Unterstützung rechnen kann. Es bleibt abzuwarten, ob er dieses Potential zur nächsten Kommunalwahl 2014 ausbauen wird.

Agieren der NPD

Der Brandenburgische Verfassungsschutz beobachtet schon seit längerem in Märkisch Buchholz Funktionärsitzungen, Liederabende und Szeneveranstaltungen. Doch der Kreisverband Dahmeland zählt mit seinen insgesamt 24 Mitgliedern zu den mitgliederschwächsten Kreisverbänden in Brandenburg. Lange Zeit wurde er vom benachbarten Kreisverband Oderland aktiv unterstützt und am Leben gehalten. Auch die Freien Kräfte Königs Wusterhausen und Teltow Fläming unterstützen die Aktivitäten des Kreisverbandsvorsitzenden Haverlandt, zumindest personell bei Kundgebungen und Demonstrationen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist der Kreisverband eher eine kleine, unbedeutende Gruppe als eine politische Partei. Bemerkenswerte Auftritte im Kreistag gab es kaum, auch politische Aktionen waren eher Schein als Sein.

Dass NPD-Kader im Falle einer Wohnortverlagerung oder eines Hauskaufes auch an ihrem neuen Wohnort tatsächlich aktiv werden, ist in der Vergangenheit in Brandenburg kaum vorgekommen. Demnach vermuteten wir nach dem Immobilienkauf zunächst, dass Familie Willnow-Haverlandt, ähnlich wie Familie Hähnel in Teltow-Fläming, den neuen Wohnort als privaten Rückzugsraum nutzen wollte. Bekräftigt wurde diese Vermutung durch die Information, dass Frau Willnow-Haverlandt unter ihrem ersten Namen als Käuferin aufgetreten war und angegeben hatte, das Haus rein privat nutzen zu wollen. Seit dem 31.8.2010 war sie dort behördlich gemeldet. Die aktive Parteimitgliedschaft ihres Mannes war dem ortsansässigen Makler zunächst entgangen.

Doch mit der rein privaten Nutzung des zweigeschossigen Wohnhauses mit Seitenflügel und Hof war es bald vorbei. Im Erdgeschoss, in dem sich früher auch eine Gaststätte befand, wurden schon bald Parteitreffen und Schu-



*Wohnhaus und Geschäftsstelle des
NPD Kreisverbandes Dahmeland in der Friedrichstr 27*



*Warten auf Verstärkung – noch zögerlicher Aufzug
des NPD-Kreisverbandes am 19.8.2011*

lungen durchgeführt. Es folgten Arbeitseinsätze, Gartenfeste, Liederabende und andere Parteiveranstaltungen. Als Haverlandt zusätzlich die oberen Fenster seiner Außenfassade mit Gittern versah, wurde es vielen Märkisch Buchholzern ein wenig mulmig zumute: Warum schützt er sich, was plant der Familienvater in seinem Haus und welche Reaktionen erwartet er? Dazu gab er Antworten auf seiner Website „Friedrichstr. 27“, die jedoch vielen zunächst verborgen blieb.

Ein „nationales Jugendzentrum“ wolle er vor Ort schaffen, hieß es zunächst, dann die nach seiner Ansicht brachliegende Jugendarbeit wieder aufbauen, schließlich Nachwuchsarbeit für die NPD betreiben.

Da Märkisch Buchholz in dieser Zeit über keinen öffentlichen Jugendraum verfügte, überrascht es nicht, dass Haverlandt thematisch gerade hier punkten wollte. Zudem hat er dieses Thema bereits Jahre zuvor massiv in Königs Wusterhausen eingebracht. Mit der Kampagne „Jugend braucht Perspektive“ verknüpften NPD und Freie Kräfte bereits Mitte der 2000er Jahre die Forderung nach einem „nationalen Jugendzentrum“. Als er Anfang 2011 in seinem neuen Wohnort zudem einen Aufnahmeantrag im örtlichen Anglerverein stellte, zu dessen Mitgliedern viele Kinder- und Jugendliche gehören, wurde seine Strategie deutlich und von den Buchholzern unmissverständlich erkannt. Der Vorstand des Anglervereins entschied in einer Mitgliederbefragung den Aufnahmeantrag von Herrn Haverlandt abzulehnen.

Reaktion der Zivilgesellschaft – Chronik der Ereignisse

Im Herbst 2010 kam der erste Kontakt des MBT zur Bürgermeisterin zustande. Es ging zunächst um eine andere Thematik, nämlich um eine Beratung zur Errichtung eines Literaturcafés und Tagungshauses zu Ehren von Franz Führmann, der für einige Zeit in Märkisch Buchholz gelebt hatte. Ein ungewöhnliches Projekt in der eher ländlichen Region, das nicht unmittelbar auf Verständnis oder Unterstützung der Märkisch Buchholzer hoffen konnte. Um einen konstruktiven Austausch zwischen Stadtverordneten, einer Landtagsabgeordneten, Architekten und einem Berliner Jugendhilfeträger als Initiator in Gang zu bringen, wurde das MBT durch die Jugendkoordinatorin im Amt als Moderator ins Gespräch gebracht. An diesem Abend im November 2010 spielte in Seitengesprächen mit der Bürgermeisterin ein anderes Thema eine große Rolle. Sie berichtete, dass der NPD-Kreisvorsitzende Haverlandt vor einigen Wochen in den Ort gezogen sei und seit dem 31.8. in der Friedrichstraße 27 wohne. Sie vermutete schon damals, dass die Wohnortverlagerung des Herrn Haverlandt durchaus mit einem kommunalpolitischen Kalkül verbunden war. Die Reaktionen aus der Zivilgesellschaft fielen zunächst unterschiedlich aus.

Entgegen dem alarmierten Verhalten der Bürgermeisterin reagierten viele Einwohner zunächst verhalten. Kommentare wie z.B. „ Ach, der ist doch eigentlich ganz freundlich und grüßt immer, warum soll er denn nicht hier wohnen dürfen...?“ und „... was ist denn schon dabei, die NPD ist doch nicht verboten...“ bis hin zu „... na so ganz unrecht hat die Partei ja nicht...“. Die direkten Nachbarn standen vor dem Problem, sich im alltäglichen Kontakt unmittelbar zu ihm und seiner Frau verhalten zu müssen, d.h. grüßen – ja oder

nein, ein paar freundliche Worte auf der Straße oder nur das allernotwendigste, offenes Interesse signalisieren oder eher Ablehnung? Und wie verhält man sich, wenn man als direkter Nachbar zu Haverlandts ausgefragt wird? Auf so manche Beobachtungen hin wurden Einschätzungen getätigt und Meinungen gebildet. Weitergegebene Informationen machen im Ort schnell die Runde; das kann auch dazu führen, dass man plötzlich selbst bei dem einen oder anderen in Misskredit gerät oder selbst in Erklärungsnot kommt.

Neben der engagierten Bürgermeisterin, die mehrfach beunruhigte, aber auch verängstigte Bürger der Stadt in ihrer Bürgermeistersprechstunde zur Nutzung der Immobilie informiert hatte, waren nun immer mehr Menschen im Ort bereit sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen.

Anlass der späteren Gründung einer Bürgerinitiative war, dass der NPD-Kreisvorsitzende Haverlandt zu einer politischen Kundgebung seiner Partei für den 19.8.2011 nach Märkisch Buchholz aufgerufen hatte. Diese NPD-Kundgebung mit zahlreichen Rednern sollte an einem Freitagabend für mehrere Stunden mitten im Ort an der Kirche stattfinden. Dies wurde von einem Teil der Buchholzer als unerträgliche Provokation wahrgenommen – allen voran war es der Pfarrer, der zu sich in die Kirche einlud, um eine angemessene Reaktion auf die politische Demonstration der NPD im Ort zu suchen. Dabei war man sich schnell einig, dass im Rahmen einer Andacht und eines Gedankenaustausches eine friedliche Versammlung in der Kirche für die Dauer der rechtsextremen Kundgebung stattfinden sollte. Das Ergebnis war beeindruckend und wurde in der Lokalpresse (Märkischen Allgemeine) am kommenden Tag mit einem umfänglichen Artikel „Kerzen der Hoffnung“ und zahlreichen Fotos dokumentiert. Rund 200 Besucher, jung und alt und zum größten Teil Einwohner aus Märkisch Buchholz, waren in die Kirche gekommen und hatten sich an der Veranstaltung für Freiheit und Menschenrechte beteiligt, zum Teil mit Gedichten, zum Teil mit Berichten über eigene Erlebnissen aus den letzten Kriegstagen oder danach. Von der NPD-Kundgebung hinter der Kirche nahmen die meisten demonstrativ keine Notiz. Zum Abschluss zündeten die Teilnehmer Kerzen an und legten diese vor der Kirche um einen großen Schriftzug mit dem Text des ersten Artikels des Grundgesetzes ab.

Erstmals in der Auseinandersetzung mit der NPD war es den Bürgern von Märkisch Buchholz mit dieser Veranstaltung gelungen an das Wir-Gefühl der Stadt anzuknüpfen, es zu stärken und lebendig werden zu lassen. Auch die positiven Berichterstattungen der Zeitungen hatten dazu beigetragen und sollten das städtische Selbstwertgefühl in Zukunft stärken. Die politischen Kampfreden der NPD-Redner aus Berlin, Sachsen und Märkisch-Oderland auf der anderen Seite wirkten in der Abenddämmerung des Augusttages gespenstig



Nach der Andacht in der Kirche von Märkisch Buchholz zündeten die Besucher Kerzen an, stellten sie auf den Altar.

FOTOS: MAZ

Kerzen der Hoffnung

ANDACHT Bewegende Veranstaltung in der Kirche Märkisch Buchholz gegen Nazi-Kundgebung

180 Besucher waren gestern Abend in die Kirche am Marktplatz gekommen, um an der Andacht für Freiheit und Menschenrechte teilzunehmen.

Von Frank Pawlowski

MÄRKISCH BUCHHOLZ | Einwohner von Märkisch Buchholz und umliegenden Orten haben sich gestern Abend in der evangelischen Kirche der Kleinstadt versammelt, um gemeinsam einer Veranstaltung der rechtsextremen NPD entgegenzutreten. Pfarrer Jürgen Behnken und Bürgermeisterin Bianca Urban hatten zur Andacht aufgerufen. 180 Besucher waren der Einladung gefolgt. Das Gotteshaus war voll besetzt. „Friedfertigkeit ist keine Schwäche, sondern kann enorme Kräfte verleihen“, sagte Pfarrer Behnken in seiner Begrüßung. Er ging in seiner Ansprache auf NPD-Parolen ein. „Dahinter steckt eine Lebensphilosophie. Wer wissen will, wohin sie führt, kann im Geschichtsbuch ab 1933

nachschlagen“, sagte er. „Ein gutes Miteinander ist nur dort möglich, wo ich den Menschen achte.“ In der anderthalbstündigen Veranstaltung traten auch Besucher auf. Ein Mann trug ein Gedicht über Märkisch Buchholz vor, ein anderer sprach über die Ereignisse in den letzten Kriegstagen, die Zerstörung der Stadt, ihre Kriegstoten und zivilen Opfer, auch während der Zeit

Anzeige



der sowjetischen Besatzung. Die 18-jährige Yvonne Callister hielt eine bewegende Rede. Die Engländerin lebt seit vielen Jahren in der Stadt. „Ich glaube, dass Märkisch Buchholz immer eine freundliche Stadt bleiben wird“, sagte sie. Es gab tausenden Applaus. Zum Ende der Andacht zündeten die Besucher Kerzen der Hoffnung an, stellten sie auf den Altar. Bürgermeis-

terin Bianca Urban war überwältigt. Ihre standen die Tränen in den Augen. „Ich freue mich, dass so viele Menschen dem Aufruf gefolgt sind“, sagte sie. Unter den Gästen war neben Lokalpolitikern auch der linke Landtagsabgeordnete Andreas Bernig. Er war beeindruckt: „Ich finde es hervorragend, wie hier Zivilcourage gezeigt wird.“

Vor den Gotteshaus hatten sich rund 50 NPD-Anhänger zur Kundgebung versammelt. Bis 21 Uhr gab es keine Zwischenfälle. 50 Polizisten waren im Einsatz.



Das Gotteshaus war voll besetzt, 180 Menschen kamen.



Bürgermeisterin Bianca Urban war überwältigt vom Zulauf.



Pfarrer Jürgen Behnken sprach eindringlich zu den Gästen.



Hinter der Kirche fand eine NPD-Kundgebung statt.

Auszug aus der Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen vom 20./21.8.2011 zu Märkisch Buchholz, Autor: Frank Pawlowski

und irreal. Der August 2011 machte deutlich, dass Zivilcourage in Märkisch Buchholz kein bloßer Wunsch ist und weiterentwickelt werden kann. Seitdem treffen sich in den Räumen der Kirche immer wieder engagierte Buchholzer, Vertreter aus Vereinen, Gemeindemitglieder, Senioren, die den Zweiten Weltkrieg hier als Kinder erlebt haben, junge Erwachsene und auch einige interessierte Gäste aus den Nachbargemeinden, die beratschlagen, was weiter getan werden kann.

Es machten Ideen die Runde, wie z.B. einen Briefkastenaufkleber zu entwickeln, der NPD-Werbung untersagt, und diesen an alle Haushalte zu verteilen. Auch das Aufstellen einer öffentlichen Mülltonne im Ort, zur Entsorgung solcher Werbung, wurde beraten. Da Haverlandt sich gerne mit Hauswurfsendungen zu kommunalpolitischen Themen äußerte, wurde erwogen selbst einen Flyer, eine Zeitung bzw. eine Hauswurfsendung zu verfassen, die die Einwohner über die Gefahren und Absichten der NPD aufklärt. Manche Idee wurde erfolgreich umgesetzt, manche wieder fallen gelassen. Aus diesen Zusammenkünften gründete sich im Herbst 2011 das Bündnis B:ob – „Buchholz: offen und bunt“.



Briefkastenaufkleber, der Anfang 2012 an alle Haushalte verteilt wurde.

Das wichtigste Ereignis in der Auseinandersetzung mit der NPD stand aber noch bevor. Anfang November organisierte die Bürgermeisterin mit Unterstützung des Bündnisses eine Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus in Brandenburg und zivilgesellschaftliches Engagement unter Beteiligung des Verfassungsschutzes und des Mobilen Beratungsteams. Fünfzig interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen und hatten beim anschließenden Bürgerstammtisch die Gelegenheit, kommunalpolitische Themen zu besprechen. Dieser Ablauf war bewusst so gewählt worden, um eine kombinierte Wirkung der Veranstaltung zu erzielen. Immerhin war Haverlandt an diesem Abend selbst erschienen und hatte sich zunächst unauffällig ins Publikum gesetzt. Als die Rede auf die NPD kam, versuchte er auch inhaltlich die Diskussion zu lenken, doch das gelang ihm nicht. Seine

Argumente waren schwach und auf gezielte Fragen reagierte er ausweichend. Tatsächlich trauten sich an diesem Abend erstmalig Bürgerinnen und Bürger, Herrn Haverlandt im direkten Kontakt ihre Meinung zu sagen. Der Tenor war, man habe nichts gegen ihn als Privatperson, lehne aber die Ziele der NPD ab, fürchte sich vor dem gewaltbereiten Umfeld der Partei und wünsche sich kein politisches Engagement von ihm in Märkisch Buchholz.

Es folgten Themen, wie sie normalerweise an Bürgerstammtischen üblich sind, Schlaglöcher in den Straßen, Kitagebühren, Veräußerungen von Baugrundstücken, Ausbau des Tourismus usw. Haverlandt stand daraufhin auf und ging grußlos. Die Buchholzer waren nun wieder unter sich und so manchem mag hier nun auch Haverlandts mangelndes Interesse an Märkisch Buchholz und seinen alltäglichen kommunalpolitischen Themen deutlich geworden sein.

Auch die Briefkastenaufkleber, welche das Einwerfen von NPD-Werbung untersagen, führten zu einer weiteren Auseinandersetzung mit der NPD. Da es trotz dieser mehrfach zum Einwurf von JN-Werbematerialien kam, strengten vier Bürgerinnen und Bürger eine Unterlassungsklage gegen die NPD an. Am 22.6.2012 kam es zur Verhandlung, in der die NPD von ihrem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Frank Schwerdt vertreten wurde. Er argumentierte, dass es der NPD nicht möglich sei, über die üblichen Verfahren hinaus die Verteilung von Werbematerialien zu kontrollieren. Er verwies darauf, dass auch nicht auszuschließen sei, dass die Kläger selbst oder andere Gegner die Werbematerialien in jene Briefkästen warfen. Die Richterin gab der Unterlassungsklage statt, da ihr die NPD-Argumentation „weltfremd“ erschien⁹. Somit konnten die Bürger von Märkisch Buchholz einen weiteren Erfolg für sich verbuchen – es bleibt abzuwarten, ob dieses Urteil Bestand hat und für Brandenburg richtungsweisend wird.

MBT Beratungsprozess

Beratungsansatz

In der MBT-Beratungsarbeit gibt es unterschiedliche Beratungszugänge. Zwar arbeitet das MBT in der Regel nur auf Anfrage, aber wir unterscheiden im Allgemeinen zwischen Kontaktformen:

⁹ Das Urteil war bei Fertigstellung dieses Beitrags am 25.6.2012 noch nicht rechtskräftig.

- in denen sich der Bürger direkt an uns wendet,
- in denen wir von uns bekannten Personen empfohlen werden
- und in denen wir uns Beratungsnehmern empfehlen.

Da wir im Fall von Märkisch Buchholz schon zu einer Moderation vor Ort waren, lag die Kontaktaufnahme bereits hinter uns.

Als Berater galt es nun zunächst den Ort zu erkunden. Diese Herangehensweise entspricht dem Beratungsansatz und Selbstverständnis des MBT. Um einen Einblick in und erstes Verständnis für Märkisch Buchholz, dessen Bewohner und ihre Themenlagen zu bekommen, war es wichtig, sich mit der Situation vor Ort vertraut zu machen. Begehungen, Beobachtungen, Beziehungsgespräche – wie funktioniert hier Kommunikation, wie wirkt der Ort, nach außen und nach innen, welche Interessen und Anliegen formulieren die Menschen, wie haben sie ihre Geschichte erlebt?

Die Beraterhaltung

Neugier und Vertrauen sind hilfreiche Begleiter, wenn es darum geht, neue Systeme zu erschließen. Beratung verstehen wir als Kommunikation mit Bürgern und einem wirklichen Interesse an der Situation vor Ort. Die Kompetenzen für die Lösung von Problemen liegen allerdings stets bei den Betroffenen selbst – Beratung in diesem Sinne ist ein Prozess, der die jeweiligen Lebenswirklichkeiten und die Themen der Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt.

In einem Beratungsprozess kann auch schnell deutlich werden, wie unterschiedlich die Sichtweisen zwischen Beratungsnehmer und Beratenden sein können. Dies als Berater „auszuhalten“ und eine prinzipielle Offenheit zu bewahren, ist Teil einer professionellen Beratungsarbeit.

Die Haltung der Berater orientiert sich an den demokratischen Grundprinzipien. Respekt und die Achtung von Menschen in ihren eigenen Bezügen ist einer der obersten Grundsätze. Dieser Ansatz beruht auf dem „Brandenburger Modell“ und seiner Idee, für die Menschen vor Ort in Fällen kommunaler Konflikte eine Gruppe von Beraterinnen und Beratern zu haben, die unabhängig sind und beraten können, ohne direkt in die Strukturen der jeweiligen Orte einzugreifen.¹⁰

¹⁰ Frauke Postel: Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilen Beratungsteams. In: Dirk Wilkig, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III – Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos 2010, S. 11.

Beratungsverlauf

Von Anfang an richtete sich unsere Beratung auf die erst kurze Zeit amtierende ehrenamtliche Bürgermeisterin. Als Rechtsanwältin lotete sie vor allem die verwaltungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten aus, die bei einem Immobilienerwerb und einer Nutzung in Frage kamen. Ihre Arbeit galt dem Ziel, eine politisch-extreme Arbeit von Herrn Haverlandt in Märkisch Buchholz zu unterbinden. Gemeinsam mit den Stadtverordneten versuchte sie zunächst, den Immobilienverkauf rückgängig zu machen. Dabei verwies die Stadt Märkisch Buchholz darauf, von Haverlandt bzw. seiner Frau arglistig getäuscht worden zu sein, da das Ehepaar angegeben hatte, das erworbene Gebäude als Wohnhaus und nicht als Geschäftsstelle des NPD-Kreisverbandes Dahme-land nutzen zu wollen. Die Pläne der Stadt, die Immobilie selbst zu erwerben, scheiterten an der Eigentümerin, die eine Auseinandersetzung mit der NPD fürchtete. Daraufhin wurde den Eignern der Immobilie im August 2011 vom Landkreis eine Ordnungsverfügung zugestellt, wonach es ihnen untersagt ist, die ehemalige Gaststätte als Jugendzentrum oder Versammlungsstätte zu nutzen. Auf seiner Website „Friedrichstr. 27“ inszenierte sich Haverlandt fortan als Opfer einer behördlichen Willkür und beleidigte die Bürgermeisterin mehrfach in seinen Texten. Dies führte zu einer gewissen polarisierenden Stimmung im Ort.

Um einer Art Lagerbildung im Ort zuvorzukommen, war es uns wichtig, die Akteure davon zu überzeugen, dass es nicht um die Stigmatisierung oder Verurteilung eines einzelnen NPD-Mitgliedes ging, sondern um eine Auseinandersetzung mit der NPD als Partei, mit ihrem völkisch-rassistischen Weltbild und ihren extremistischen Strategien. Es galt, sich damit auseinanderzusetzen, anstatt sich an einer öffentlichen Verurteilung und Ausgrenzung der Familie Haverlandt zu beteiligen.

Nicht allen fiel diese Art der Auseinandersetzung leicht, die Unsicherheit am Anfang war groß. In diesen Situationen wird häufig nach dem starken Staat verlangt, nach einem NPD-Verbot und einer deutlichen polizeilichen Präsenz. Die Erwartungen in Märkisch Buchholz gingen in alle Richtungen – das Ausbalancieren der unterschiedlichen Meinungen und Forderungen im Ort, wie mit diesem Thema umzugehen sei, nahm einige Zeit des Beratungsprozesses in Anspruch.

Im Wesentlichen bestand unsere Beratungstätigkeit in der Beratung der Bürgermeisterin, des Vorstands des Anglervereins, der Jugendkoordinatorin im Amt sowie der Kita-Leiterin auf der einen Seite und auf der anderen Seite in zahlreichen Gesprächen mit interessierten Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Diese Vier-Augen-Gespräche hatten einen hohen vertrauli-

chen und persönlichen Anteil und hinterließen eine aktivierende und nachhaltige Wirkung im Gemeinwesen sowie die Bereitschaft, sich auch inhaltlich mit dem eigenen Demokratieverständnis auseinanderzusetzen.

Seit der Gründung des Bürgerbündnisses im Herbst 2011 sehen wir uns vor allem in der beratenden Begleitung des Bündnisses in seinen Plänen und Themenstellungen.

Auch im Hinblick auf die Jugendarbeit vor Ort konnten neue Akzente mit der schon länger geplanten Wiedereröffnung eines Jugendraumes und der Einstellung eines Sozialpädagogen gesetzt werden.

Im Ausblick auf die Kommunalwahlen 2014 wird sich unsere Beratung in der nächsten Zeit vor allem auf die Gemeindevertreter und die Unterstützung der Bürgermeisterin konzentrieren.

Es bleibt festzuhalten, dass die Buchholzer für die Gefahren eines NPD-Kreisverbandes und JN-Stützpunkts in der Region sensibilisiert sind und die Auseinandersetzung für ein demokratisches Miteinander im Gemeinwesen befördert wird. Mit aktiver Unterstützung des Landkreises wurden von verwaltungsrechtlicher Seite alle Anstrengungen unternommen, die juristischen Möglichkeiten im Umgang mit der NPD auszuloten. Nach nunmehr zwei Jahren gilt es für Märkisch Buchholz, diesen Weg fortzuführen und dabei darauf zu achten, auch die bisher „Unentschiedenen“ in die weiteren Vorhaben einzubeziehen. Von Seiten der Amtsverwaltung sollte das ehrenamtliche Engagement, insbesondere der Bürgermeisterin, sich für eine demokratische Kultur in Märkisch Buchholz einzusetzen, entsprechend unterstützt werden. Man darf aus unserer Sicht nicht unterschätzen, welcher zeitliche Aufwand und persönliche Mut damit verbunden ist, sich neben den kommunalpolitischen Aufgaben im ehrenamtlichen Bürgermeisteramt zusätzlich noch den Herausforderungen eines Zuzuges von NPD-Kadern im Gemeinwesen zu stellen.

Reaktionen bei einem Zuzug rechtsextremer Kader

Im Umgang mit schwierigen Situationen für das demokratische Miteinander wird oft nach so genannten best-practice Lösungen gesucht, die man für die eigene Situation nutzen möchte. Bei Irritationen durch das Agieren eines rechtsextremen Neubürgers ist ein Rückgriff auf solche Erfahrungen nur bedingt möglich. Zwar kann man sich am Verwaltungshandeln anderer betroffener Kommunen ein Beispiel nehmen, doch die strukturellen Gegebenheiten in einem Gemeinwesen sind nur bedingt auf das bürokratische Agieren zu reduzieren. Ferner sind in Gemeinden und Kommunen über die Jahre hinweg eigene ortstypische Handlungsmuster entstanden. Diese sind

damit zu erklären, dass ein Gemeinwesen insbesondere von seinen Akteuren sowie von den historischen und kulturellen, nicht zuletzt auch von geographischen Bedingungen geprägt wird.¹¹ So sind beispielsweise in einigen Brandenburger Gemeinden die freiwilligen Feuerwehren eher der Ort für die politische Willensbildung als beispielsweise die etablierten Parteien, welche diese Aufgabe vom Grundgesetz zugesprochen bekommen.¹² Als allgemeine Grundregel für ländliche Gemeinden in Brandenburg ist dies allerdings nicht anzusehen. Dieser Umstand verdeutlicht, dass die Funktionsweisen eines Gemeinwesens stets im konkreten lokalen Kontext und damit individuell für jede Gemeinde zu analysieren sind. Dennoch wird im Folgenden versucht, strukturell Handlungsalternativen von Gemeinden und Gemeinwesen darzustellen, indem verschiedene Handlungsmöglichkeiten samt den potentiellen Folgen aufgezeigt werden.

Es wird ernst – ein neuer Nachbar ist da!

Wenn eine Gemeinde die Information erhält, dass ein rechtsextremer Bürger Kaufinteresse an einem Objekt hat oder bereits eine Immobilie angemietet bzw. erworben hat, wirkt dies zunächst meist verunsichernd. Die ersten Reaktionen darauf reichen von einem Schulterzucken über Empörung bis hin zur Angst vor einer potentiellen Störungen und den dafür Verantwortlichen. So unterschiedlich wie diese Reaktionen sind auch die daraus resultierenden Bedürfnisse. Oft ist ein Ruf nach einer schnellen Intervention zu vernehmen, begründet in der Hoffnung, die entstandene Situation schnellstmöglich zu beheben und somit die internen und externen Schäden für die Gemeinde abzuwenden. Kritiker dieser Variante sehen die Gefahr eher darin, der Thematik allzu viel Bedeutung beizumessen und somit den strategischen Erwägungen des rechtsextremen Kaders Vorschub zu leisten. Hinzu kommen jene Mitglieder des Gemeinwesens, die eine Gefährdung für unwahrscheinlich halten und demnach Interventionen generell eher kritisch gegenüberstehen. Wenngleich die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Meinungen in den unterschiedlichen Gemeinden differiert, ist eine Diskussion zum weiteren Umgang mit der eingetretenen Situation, einen aktiven Rechtsextremen zum Nachbarn zu haben, zumeist unausweichlich. Vom Verlauf dieses Diskurses ist abhängig, wie dem Zuzug begegnet wird – es wird eine Handlungsstrategie entwickelt.

¹¹ Oliver Fehren: Wer organisiert das Gemeinwesen – Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma 2008, S. 136 f.

¹² Art. 21 Abs. 1 GG.

An diesem Punkt reagierte die Märkisch Buchholzer Bürgermeisterin alarmiert und begann, ihre Mitbürger engagiert aufzuklären. Zudem wurde von der Verwaltung eine Ordnungsverfügung zur Nutzungsunterlassung für Versammlungen erwirkt. Später wurde ein zivilgesellschaftliches Bündnis gegründet, welches sich fortan für ein buntes und offenes Märkisch Buchholz einsetzte. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Verwaltung setzten sich intensiv mit dem Zuzug auseinander.

Der Bürgermeister von Schorfheide (BAR) hingegen hielt sich in einem anderen Fall zunächst zurück, weil er nicht der Meinung war, dass sich die Gemeinde Schorfheide wegen eines einzelnen zugezogenen Bürgers in Aktionismus stürzen solle. In der weiteren Beschäftigung mit dem Thema entstand ein Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dieses mündet im sogenannten Schorfheider Frühstück.¹³ Es wurde demnach insbesondere das Wir-Gefühl gestärkt, ohne dabei das Thema Rechtsextremismus ausdrücklich zu bearbeiten.

In Plattenburg (PR) ist als Hauptakteur die Verwaltung zu nennen. Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger war zunächst Verwirrung über die eigentliche Intention der neuen Nachbarn zu vernehmen, später teilweise Unmut über das als zurückhaltend beschriebene Verhalten der Verwaltungen sowie der Polizei. Letztlich wurde das Objekt nach eingehenden Prüfungen der zuständigen Verwaltung aus baurechtlichen Gründen geräumt. Die konkrete Auseinandersetzung fand demnach überwiegend von Seiten der Verwaltung statt.¹⁴

An der Unterschiedlichkeit der ersten Reaktionen und den daraus resultierenden Handlungssträngen ist zu erkennen, dass es mehrere probate Handlungsstrategien geben kann, welche jeweils an die vorherrschenden Bedingungen angepasst werden müssen. Dabei können die Beispiele im Vergleich nur schwer bewertet werden, da die Bedingungen stets differieren. Eine wichtige Gemeinsamkeit der drei Fälle besteht darin, dass es zu einem Austausch aller Akteure im Gemeinwesen kam und die Problematik thematisiert wurde. Dies ist im Hinblick auf die unterschiedlichen Herangehensweisen verschiedener Akteure von besonderer Bedeutung. Nur so kann eine Sensibilität füreinander entstehen.

¹³ Vgl. dazu den Beitrag von Karin Lorenz und Jürgen Lorenz in diesem Band.

¹⁴ Näheres dazu: Gabriele Schlamann: Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009. In: Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III – Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos 2010, S. 125 ff.

Wer soll es richten und warum?

Unterschiede bestehen hinsichtlich der Art der Akteure, die die Auseinandersetzungen organisieren und vorantreiben. Ist dies in Märkisch Buchholz und in Schorfheide eine Kombination aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, so agierten in Plattenburg eher die staatlichen Organe (Polizei, Kreis- und Gemeindeverwaltung). Ein Bürgerbündnis als Hauptakteur hat dabei den Vorteil, dass es eher aus der Mitte des Gemeinwesens heraus handelt und ihm weniger Vorurteile entgegengebracht werden. Allerdings sind mitunter rationale Argumentationen wenig ausgeprägt. Bürgerbündnisse laufen Gefahr, durch Betroffenheit zu emotional zu agieren. An diesem Punkt stoßen wiederum Verwaltungen an ihre Grenzen. Sie unterliegen dem Neutralitätsgebot und sind an allgemeine Vorschriften gebunden – auch in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Insbesondere wenn die Verwaltung der Hauptakteur ist, gilt es für sie zwischen Datenschutz und öffentlichem Interesse nachvollziehbar und nachprüfbar zu handeln. Das Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft scheint schließlich eine ideale Kombination darzustellen. Doch hierfür bedarf es der großen Disziplin aller Beteiligten, in der jeweiligen Rolle zu verbleiben. In dieser Konstellation sind den Partnern rollenbedingte Grenzen der Zusammenarbeit gesetzt.

Was machen wir jetzt?

Unabhängig davon, wer jeweils der Hauptakteur ist, bestehen vielfältige Möglichkeiten, mit der neuen Situation im Gemeinwesen umzugehen. Üblicherweise werden zunächst die Bürgerinnen und Bürger über die Thematik aufgeklärt, indem die Argumentationsmuster von Rechtsextremen offengelegt und mögliche Reaktionen dargestellt werden. Dies kann beispielsweise in Form von Flugblättern oder mit Informationsveranstaltungen des Verfassungsschutzes realisiert werden. Beim Erstellen von Flugblättern oder ähnlichem ist insbesondere darauf zu achten, von persönlichen Diffamierungen Abstand zu nehmen und den Fokus auf die Beschreibung und Erklärung des Rechtsextremismus zu legen. Diffamierungen können zu gerichtlichen Konsequenzen führen. Moralisch gesehen verbietet sich die Diskreditierung individueller Personen. Die Auseinandersetzung sollte sich vielmehr um typische Handlungen und Argumentationen von Rechtsextremen drehen. Damit kann gleichzeitig vermieden werden, dem Zugezogenen die Einnahme einer Opferrolle zu ermöglichen. Für das Handeln der Verwaltung empfiehlt sich, etwaige Anträge genau zu prüfen. Dahinter steht keinesfalls die Aufforderung, eine Bürgerin oder einen Bürger zu benachteiligen, indem besonders genau hingeschaut

wird. Dies ist im engen Spielraum des Verwaltungshandelns auch kaum möglich. Vielmehr geht es um eine Vermeidung von Fehlern bei der Arbeit der Verwaltung. Diese können zu einem Zerwürfnis zwischen Zivilgesellschaft und ihrer Gemeinde führen.

Vielen Akteuren im Gemeinwesen ist es ein Bedürfnis, sich auch öffentlich sichtbar für oder gegen eine Sache artikulieren zu können. Dies ist zum Beispiel in Form von Kundgebungen oder Festen möglich. Diese Art der Positionierung hilft den Aktivist*innen des Gemeinwesens, das gemeinsame Auftreten für Vielfalt oder gegen menschenverachtende Weltanschauungen auch öffentlich sichtbar werden zu lassen. Wird bei der Planung solcher Veranstaltung darauf geachtet, möglichst viele Akteure des Gemeinwesens einzubinden, und besteht darüber hinaus eine Kompromissbereitschaft bei den Beteiligten, ist von einer Stärkung des Wir-Gefühls auszugehen – im Sinne von „unsere Gemeinde“ oder „wir hier in ...“ bis hin zu „wir werden jetzt...“. Wird diesem Schritt der gemeinsamen Planung zu wenig Bedeutung beigemessen, besteht die Gefahr der Polarisierung im Gemeinwesen. Auf der einen Seite stehen dann jene, die eine weithin hör- und sichtbare Meinungsäußerung, z.B. durch eine Kundgebung, für unverzichtbar halten, auf der anderen Seite die Bürger*innen und Bürger, die sich mit dieser Art eines „lauten Agierens“ nicht identifizieren können. Dieser Effekt sollte in jedem Fall vermieden werden.

Fazit

Die Anmietung und der Kauf von Immobilien verbunden mit einer gezielten Nutzung zum Aufbau von rechtsextremen Strukturen gehört auch in Brandenburg zur Realität. Allein dieser Fakt lässt jedoch keine Rückschlüsse auf den Stand der demokratischen Entwicklung im Land Brandenburg zu. Mit Märkisch Buchholz wählte Sven Haverlandt eine Stadt, welche sich durch ein reges Vereinsleben und somit durch ein starkes Gemeinwesen auszeichnet. Märkisch Buchholz als Standort für ein „nationales Jugendzentrum“ wurde wohl aufgrund der Nähe zum symbolträchtigen Waldfriedhof in Halbe gewählt, der als Ort des Gedenkens an die Opfer der Kesselschlacht dient. Auch andere von Rechtsextremen genutzten Immobilien in Brandenburg lassen strategische Kalküle vermuten, etwa um der NPD eine möglichst flächendeckende Präsenz zu ermöglichen oder Raum für Treffen zu bieten. Hierbei wird seitens der NPD versucht, eine ähnliche Verwurzelung in den kommunalen Strukturen herbeizuführen, wie dies der Partei in Teilen der sächsischen Schweiz gelungen ist. Diesen Erfolg konnte die NPD in Brandenburg mit der Methode des Zuzugs von Kadern bisher nicht erzielen. Begründet liegt dies im enga-

gierten Agieren verschiedener Akteure vor Ort. So ist in Märkisch Buchholz insbesondere die Bürgermeisterin, das Bündnis „Buchholz: offen und bunt“ und der Landkreis zu nennen. Das Bündnis kann durch seine Zusammensetzung weit in das Gemeinwesen hineinwirken. Es agieren neben Vereins- und Kirchenvertretern auch Bürgerinnen und Bürger im Bündnis. Der Unterstützung des Landrates bei der ordnungsgemäßen Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften können sich die Akteure vor Ort gewiss sein.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Anmietung oder der Kauf einer Immobilie eines rechtsextremen Kaders für ein Gemeinwesen Gefahren wie auch Chancen bergen kann. Die Gefahren liegen zweifelsohne im Angriff auf das demokratische Miteinander. Darüber hinaus ergibt sich für das Gemeinwesen die Herausforderung, in einem gemeinsamen Austausch eine Form der Auseinandersetzung mit dem Thema zu finden, mit der sich der überwiegende Teil der Einwohner identifizieren kann. Gelingt dies nicht, kann es zu einer Polarisierung der verschiedenen Akteure kommen und somit der eigentliche Fokus der Problematik verloren gehen. In diesem Fall würden die rechtsextremen Bestrebungen einen guten Ansatz finden. Gelingt es jedoch den Mitgliedern des Gemeinwesens zusammenzuwirken, kann der Zuzug eines rechtsextremen Kaders dazu führen, dass die Gemeinschaft und die Identifikation mit der eigenen Gemeinde gestärkt werden.

Karin Lorenz, Jürgen Lorenz

Ein Osterspaziergang im August

Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten

Wie stellt sich eine Kommune strategisch auf, die immer wieder mit Aktivitäten oder Aktionen von rechtsextremer Seite konfrontiert ist? Ist „Dagegen-Sein“ genug? Die Gemeinde Schorfheide im Landkreis Barnim lebt seit 2008 mit diesen Fragen. Dorthin zog Familie M. Klaus M., letzter Landesvorsitzender der brandenburgischen DVU, nimmt mittlerweile eine Scharnierfunktion zwischen NPD und Freien Kräften ein. Sein Kapital ist sein Grundstück, das strategisch günstig in Autobahnnähe und gleichzeitig am äußersten Rande des Ortsteils Finowfurt liegt, von außen schwer einsehbar. Hier fanden die Sommerfeste der DVU statt. Hier finden regelmäßig rechtsextreme Konzerte mit bis zu 300 Besuchern statt. Beim Sommerfest des NPD-Kreisverbandes Barnim-Uckermark gaben sich im Juni 2011 rechtsextremistische Bands wie „Preussenstolz“ und „Exzess“ sowie einschlägig bekannte Liedermacher die Ehre. Seit 2010 findet jeweils im Oktober auf dem Grundstück der jährliche Preußentag der NPD statt.

Das kleine Dorf, in dem die Familie zuvor gelebt und dort für Schlagzeilen gesorgt hatte, atmete auf und hatte von nun an offenbar auch wenig oder keinen Bedarf mehr, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Gilt hier die Formel: Problemfamilie weg – Problem weg?

Auch die Gemeinde Schorfheide war zunächst eher überrumpelt von den Aktivitäten ihres Neubürgers, von dem die meisten Schorfheider wegen der Randlage seines Grundstücks zunächst gar nichts mitbekamen. Von den damit verbundenen Folgen schon eher: Eine hohe Polizeipräsenz war da noch das Geringste, die Kollegen hatten einen Job zu machen. Und sie machten ihn gut. Aber das Medieninteresse, negative Schlagzeilen über die Gemeinde, die wirtschaftlich vor allem auf Tourismus setzt, knallten in die Beschaulichkeit der Schorfheide. Für viele waren die Aktionen der regionalen und der Berliner Antifa gegen Familie M. und deren Aktivitäten unerträglich. Ebenso störten sie die Vorwürfe an die Adresse der Gemeinde, sie scheue die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, weil von ihr keine Gegendemonstrationen oder ähnliches ausgingen. Von manchem mögen sie sogar störender oder belastender empfunden worden sein als jene Veranstaltungen auf einem



Die Gemeinde Schorfheide bietet zahlreiche Möglichkeiten für Wasserwandern und Floßfahrten

abgelegenen Privatgrundstück, von denen ohnehin in der Gemeinde nichts zu sehen und zu hören war. Hilfreich für die gemeindeinterne Diskussion war all dies nicht. Die Menschen in der Gemeinde fühlten sich unverstanden und verleumdet.

Da fanden es viele, besonders auch junge Leute eine coole Idee, mit einem Konzert der Band „Sportfreunde Stiller“ für ein Miteinander in der Gemeinde zu werben und außerdem mit thematischen Diskussionen und Workshops zu zeigen, wofür die Gemeinde Schorfheide steht. So verstanden jedenfalls viele die Idee des „Koordinators für Toleranz“ des Landkreises. Aber dann ging die Sache für die Schorfheider gründlich nach hinten los – die Diskussionen und die Workshops wurden abgesagt (auch wir als MBT wurden damals wieder ausgeladen). Was blieb, war ein tolles Konzert, aber für die Schorfheider mit dem faden Beigeschmack einer bloßen Gegenveranstaltung. Eine Solidaritätsdemonstration von Rechtsextremen für M. durch Finowfurt sorgte für Unruhe und Angst in der Bevölkerung und trug letztlich auch zur Vertiefung eines generellen Misstrauens gegen Ideen und Aktivitäten von außen bei. Das ist eine Erfahrung, die die Gemeinde Schorfheide mit anderen Kommunen teilt. Wir erleben es in unserer Beratungstätigkeit häufig, dass Aktivitäten oder Vorschläge, die von außen kommen, immer dann wenig hilfreich und unterstützend sind, wenn dies nach dem Motto geschieht „Wir haben da eine Idee und die müsst Ihr gut finden, sonst seid Ihr gegen uns und gegen das Gute und Richtige“.

Vom „Wir und uns“

Fünf Fragen an den Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide,
Uwe Schoknecht

Wie sind Sie Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide geworden?

Ich war zwei Jahre Amtsdirektor, habe aber damals schon die Strukturen einer Gemeinde für uns favorisiert und das auch mit Kollegen diskutiert. Wir haben dann Ende der 1990er mit den vier Orten Finowfurt, Lichterfelde, Eichhorst und Werbellin die Gemeinde Finowfurt gebildet, für die ich als Bürgermeister gewählt wurde. Schon damals war abzusehen, dass es eine nächste Gebietsreform geben wird. Und wenn man nicht irgendwann allein auf einem Bahnsteig stehen will, muss man sich bewegen und die Dinge selbst in die Hand nehmen. Gemeinsam. Deshalb haben wir 2003 die Gemeinde Schorfheide gegründet, zu der jetzt neun Ortsteile gehören: Altenhof, Böhmerheide, Eichhorst, Finowfurt, Groß Schönebeck, Klandorf, Lichterfelde, Schluft und Werbellin.

Mittlerweile sind Sie seit 14 Jahren Bürgermeister. Was macht Sie als Bürgermeister glücklich, oder anders gefragt: Worauf sind Sie stolz?

Uns und Wir, das ist mir wichtig. Ich freue ich mich immer, wenn Leute sagen: unsere Gemeinde, unser Bürgermeister, nicht: der Bürgermeister. Zu erleben, dass und wie sich die Menschen mit ihren Ortsteilen und auch mit der gesamten Gemeinde Schorfheide identifizieren – ist, wenn Sie so wollen, mein kleines persönliches, ideelles Glück.

Wenn wir über materielle Dinge sprechen, die wir hier in der Gemeinde geschafft haben, dann bin ich stolz darauf, wie wir unsere Gemeinde immer schöner und lebenswerter gestalten. Wir haben nirgends hässliche Ruinen oder Ähnliches. Aus einer ehemaligen Gaststätte, die seit der Wende leer stand, entsteht ein medizinisches Versorgungszentrum. Wir haben einen Investor gesucht und gleichzeitig auch den Mieter, die „Gesellschaft für Leben und Gesundheit“. Auf der anderen Seite des Kanals wurde die Teuteburg restauriert und dort das Café zur Teuteburg eröffnet.

In Eichhorst wurde das Café Wildau neu gestaltet. Investoren bekommen bei uns auch immer klare Auflagen, die im Sinne der Gemeindeentwicklung stehen. Unser Prinzip ist, keinerlei Abwärtstrend zuzulassen und möglichst auch Arbeitsplätze zu schaffen, freundliche und lebenswerte Orte zu haben. Wenn das noch mit einem Wir-Gefühl, mit der Verwurzelung in der Gemeinde verbunden ist, dann ist das auch das sicherste Bollwerk gegen Extremismus. Da schließt sich der Kreis wieder – unser Ort, unsere Gemeinde. Ich bin gern Bürgermeister hier.



*Das Jagdschloß im Ortsteil Groß Schönebeck.
Im Museum ist die Dauerausstellung „Jagd und Macht“ zu sehen.*

Wie schafft man es, einerseits die Identität der Dörfer zu bewahren und zugleich das Gemeinschaftsgefühl der Gemeinde zu entwickeln und zu stärken?

Wir wollen gar nicht, dass die Menschen in den Ortsteilen ihre Identität aufgeben, das sind zum Teil über 700 Jahre alte Bauerndörfer. Wie etwa Licherfelde oder Groß Schönebeck. Wir sagen immer, die Gemeinde Schorfheide ist wie ein schützendes Dach, unter dem sich alle entwickeln können. Und Identität bewahren, heißt Alleinstellungsmerkmale zu unterstützen und zu stärken, da geht in den Orten ganz viel über die Vereine. Die sind zugleich der Klebstoff, der das gemeindliche Leben zusammenhält. Und so wurde das Finowfurter Flößerfest letztlich auch ein Fest der gesamten Gemeinde. Die Jahresfeiern in den Orten werden auch finanziell besonders unterstützt – da gibt es tolle Festumzüge mit Bildern aus der Ortsgeschichte, das macht doch stolz. Wir bemühen uns immer, ortsprägende Gebäude zu erhalten. Aber letztlich wird alles durch Menschen gemacht, deshalb ringen wir darum, Schulen oder Kitas in den Orten zu erhalten, dass möglichst wenig wegbriecht von den für den Alltag wichtigen Dingen.

Ich bin als Bürgermeister ja auch Behörde, und nicht alles, was ich machen muss, ist auch für alle Leute schön. Aber wir können alles besprechen und in so einer kleinen Gemeinde wie Schorfheide funktionieren auch die persönlichen Kontakte.

Wir treffen uns regelmäßig in der Runde der Ortsvorsteher reihum in den Ortsteilen, wo alle auf den Tisch legen, wo es im Alltag drückt, wo wir gemeinsam beraten. Die Ortsvorsteher sind ja vor Ort die wichtigsten Ansprechpartner, die oft auch den sogenannten kleinen Ärger abpassen, der manchmal gar nicht bis zu mir kommt. Wenn die in die Orte zurückkommunizieren, wir werden ernst genommen, dann schafft das auch Solidarität und Gemeinschaftsgefühl. Als wir z.B. die Schule in Finowfurt ausgebaut haben, verzichteten die anderen Ortsteile auf Investitionen.

Auch mit den Gemeindevertretersitzungen und Ausschusssitzungen gehen wir reihum in Ortsteile, damit auch alle sehen können, worüber reden wir, was wird beschlossen. Dann ist auch Identifikation möglich. Das Wichtigste und gleichzeitig auch das Schwerste ist immer die Kommunikation. Und für das Gemeinschaftsgefühl der Gemeinde unverzichtbar sind natürlich auch gemeinsame Erlebnisse, solche wie unser Schorfheidefrühstück, unsere Marke „Schorfheide“, die wir auf jeden Briefumschlag kleben oder auf Produkte aus der Region, der gemeinsame Internetauftritt; viele haben die Marke auf ihrem Auto. Ein kleines Zeichen, das aber viel aussagt, wie ich finde.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Finowfurt oft Austragungsort rechtsextremer Konzerte ist oder seit 2010 eben auch des NPD-Preußentags? Und wie reagieren Sie als Bürgermeister bzw. als Gemeinde?

Ich bin gut in den Ortsteilen vernetzt und weiß, was läuft. Würde sich so etwas in der Gemeinde entwickeln, wäre das ja ein Prozess, den man von Anfang an beeinflussen kann. Aber hier war jemand in die Gemeinde gezogen, und plötzlich hast Du ein Problem auf dem Tisch, das Dich wie der Blitz aus heiterem Himmel trifft. Ich war auch unsicher, was mache ich jetzt? Ich bin kein Freund von Aktionismus. Mir ist Nachhaltigkeit wichtig, wir arbeiten hier in der Gemeinde seit vielen Jahren an einer dauerhaften Stärkung der Demokratie – da sollen wir uns von einem Rechtsextremen treiben lassen, der sich mit seinen Aktionen selbst außerhalb der Gemeinschaft stellt? Auch das Drängen von Links auf Gegenaktionen hat mich verunsichert.

Heute ist das anders. Ich fühle mich in meiner Herangehensweise bestärkt. Mit dem Bündnis „Bunte Schorfheide“ habe ich Partner und Vertraute an der Seite, mit denen ich mich auch hierzu austauschen, Ideen und eine gemeinsame Strategie entwickeln kann.

Hier entstand die Idee des Schorfheidefrühstücks und hier entwickelten wir auch relativ schnell ein Plakat für eine Aktion zum Preußentag 2011, mit der wir als Gemeinde nach außen gezeigt haben, wofür wir stehen. Wie bei jedem anderen Problem ist es auch hier so, du musst die politisch Tragenden in der Gemeinde im Boot haben, den Gemeinderat, die Ortsvorsteher, die Pfarrer, die

Vereine, die Bürgerinnen und Bürger. Die Finowfurter verdienen es nicht, von irgendjemand in die rechte Ecke gestellt zu werden. Und würde ich als Bürgermeister eine Aktion auf Druck von außen verordnen, würde ich Kopfschütteln ernten, viele würden sagen: Jetzt hat er nur etwas für die Medien gemacht. Da wäre ich doch nicht glaubwürdig.

Aus sogenannten linken Kreisen wurden Sie indirekt als Unterstützer von Rechtsextremisten verunglimpft. Wie gehen Sie damit um?

Es hat mich sehr verletzt, in eine Ecke geschoben zu werden, in die ich nicht gehöre. Anonyme Kritik oder besser Verleumdung ist eine Form der politischen Auseinandersetzung, die ein Gespräch unmöglich macht. Die Urheber zeigen sich ja nicht. Ich bin zu einem Gespräch jederzeit bereit. Auch im Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplanes (LAP) Barnim habe ich deutlich gemacht, wofür ich stehe und wofür nicht. Es ist ja so, wenn man nicht aufpasst, wird man zum Spielball zwischen politisch gegensätzlichen Kräften. Herr M. hat z.B. versucht, mir telefonisch seine Solidarität zu erklären, nachdem zum Flößerfest ein Flugblatt gegen mich auftauchte, ich habe sofort mit einer klaren Erklärung in der Gemeindevertretersitzung reagiert, und wir sind uns in der Gemeinde einig: Wir gehen unseren Weg weiter.

Rechtsextremisten leben unter uns. Was würden Sie anderen Kommunen empfehlen, wie damit umzugehen ist?

Mit Ratschlägen bin ich vorsichtig. Auch ein Ratschlag kann ein Schlag sein. Aber meine Erfahrung gebe ich gern weiter: Naiv wäre aus meiner Sicht ein Bekehrungsversuch bei harten, gefestigten Strukturen. Wichtig ist mir meine klare politische Abgrenzung, öffentlich, in der Gemeindevertretung, auch als Nachbar. Und ich habe die Erfahrung gemacht, dass es hilfreich und ermutigend ist, sich Beratung zu organisieren, aus der Gemeinde, aber auch fachlichen externen Rat, wie z.B. durch Sie als MBT. Sich von Stress oder Druck von außen zu irgendwelchen Gegen-Aktionen treiben zu lassen, ist am Ende kontraproduktiv.

Sich auf ein von vielen gefordertes NPD-Verbot zurückzuziehen, fände ich zu wenig. Wir müssen agieren und unser demokratisches Haus so bauen, dass Rechtsextremismus immer unattraktiver wird. Das schließt Diskussionen und Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus ein – dauerhaft im Alltag und nicht erst dann, wenn ein Skandal passiert ist, ebenso wie anspruchsvolle Jugendsozialarbeit, kluge Museumspädagogik, erkennbare pädagogische Arbeit in unseren Schulen bis hin zu einer vielfältigen attraktiven Vereinsarbeit. Alles zusammen hilft, Heimatverbundenheit und Demokratie zu stärken.

Plakat der Gemeinde Schorfheide 2011, das auch anlässlich des sog. „Preußentages“ verwendet wurde



Unser Beratungsansatz ist immer auf die jeweilige Kommune gerichtet; es geht uns darum, mit den Menschen vor Ort gemeinsam herauszufinden, welche Themen für sie wichtig sind, wofür sie stehen und woran sie arbeiten wollen. Zu unseren Überzeugungen gehört es, dass die Lösung von Problemen von den Betroffenen ausgeht. Als MBT können wir bei der Analyse und der Bearbeitung von Problemen behilflich sein, wenn das gewollt ist. Aber weder skandalisieren wir noch fordern wir ein bestimmtes Verhalten ein, das wir für das richtige halten. In keinem Fall unterstützen oder fördern wir Aktionen, die sich gegen individuelle Personen richten.

Die Gemeinde Schorfheide fühlte sich mit ihrer ersten Positionierung für Demokratie gründlich missverstanden. In Gesprächen hörten wir später immer wieder, dass gerade die Arbeit an der Stärkung des „Wir-Gefühls“ in der Gemeinde besonders wertgeschätzt wird.

Die alleinige Fokussierung auf das Thema Rechtsextremismus – überdies auf eine einzelne Familie gerichtet – kann in einer solchen Situation eine Gemeinde durchaus spalten.

All dies ging uns durch den Kopf, als wir uns nach dem „Stiller“-Konzert für Zurückhaltung entschieden. Wir konnten sicher sein, was die Aktivitäten auf dem Grundstück von M. angeht, macht die Polizei ihre Arbeit, aber wir waren uns genauso sicher, dass uns die Gemeinde nach ihren Erfahrungen mit dem „importierten“ Konzert vor allem mit Misstrauen begegnen würde. Auch wir kommen von außen.

Einerseits wollten wir also auf die Kommune unterstützend zugehen, andererseits spürten wir, dass der rechte Zeitpunkt noch nicht gekommen war. Gleichzeitig nahmen wir wahr, dass in einzelnen Verwaltungsbereichen des Landkreises wie auch unter linken Aktivisten die Gemeinde Schorfheide keinen guten Ruf hatte: Dort würde man die Augen vor den Problemen des Rechtsextremismus verschließen. Unser Werben um Verständnis, dass die Menschen in der Gemeinde sich in ihrer Selbstverantwortung, ohne Druck von außen, sortieren und finden können müssen, stieß auf Verständnislosigkeit, sogar auf Ablehnung.

Dann stand im Herbst 2010 der erste Preußentag an. Für uns eine Gelegenheit, zum Bürgermeister von Schorfheide Kontakt aufzunehmen und ihm ein Angebot zum Kennenlernen zu machen. Dabei wollten wir uns nicht auf den Preußentag fixieren; uns ging es eher um eine langfristige Strategie. Denn M. ist bestrebt, im NPD- und Kameradschaftsbereich eine größere Rolle zu spielen, vielleicht sucht er sogar eine wirtschaftliche Orientierung in diesem Feld. Auch NPDler müssen irgendwie an Geld für ihre Brötchen kommen. Durch die Schließung seiner Firma war M. arbeitslos geworden.

Jedenfalls nahm der Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide unser Gesprächsangebot sofort auf. Als wir uns nach dem ersten Preußentag in Finowfurt im Bürgermeisterbüro zum ersten Mal trafen, konnten wir die Spannung in der Luft förmlich spüren. Der Bürgermeister konnte nicht wissen, wer wir sind und wie wir arbeiten; und auch wir kannten ihn nicht.

Deshalb war es – wie in allen anderen Erstgesprächen – wichtig, uns als MBT und als Menschen mit unserem eigenen Ich zu zeigen und unserem Gegenüber ausreichend Raum zu lassen, über seinen Ansatz und sich selbst zu erzählen.

Nach zwei Stunden angeregtem Austausch war klar, hier sitzen Partner am Tisch. Ein Bürgermeister, dem das demokratische Miteinander, die Gestaltung des Klimas in seiner Gemeinde eine Herzensangelegenheit ist, der sich von niemandem in Aktionismus treiben lassen will, und das regionale MBT, das seine Unterstützung unter dem Gedanken anbietet: Wir Demokraten müssen unser Haus so bunt und vielfältig bauen, dass in das Haus der Rechtsextremen niemand mehr einziehen möchte. Es geht also um Nachhaltigkeit, um Kommunikation, um ein aufgeschlossenes soziales Klima und

um den Zusammenhalt in einer Kommune. Das traf sich mit den Ideen des Schorheider Bürgermeisters; er fühlte sich verstanden und ernst genommen mit seinem Ansatz für Demokratieentwicklung und der darin eingeschlossenen Prävention gegen Rechtsextremismus. Deshalb waren wir als Unterstützer sehr willkommen. Im Vordergrund sollten in Zukunft die Themen stehen, die von der Gemeinde als ihre eigenen Themen definiert werden. Diese Art der Themenwahl und -bearbeitung sollte unabhängig davon sein, ob eine Familie mit rechtsextremem Hintergrund unter den EinwohnerInnen lebt oder nicht.



Dieses Trafohäuschen gestalteten Schülerinnen und Schüler der Klasse 6a der Finowfurter Schule (2010)

Wie hier in Finowfurt wird auch in anderen Kommunen das Thema „Rechtsextremismus“ in der Regel nicht als erstes genannt. Es ist ein unangenehmes Thema und steht deshalb in der Prioritätenliste nicht ganz vorn. Rechtsextremismus mit all seinen Facetten ist nun aber ein fester Bestandteil der sozialen und politischen Umwelt. Rechtsextreme Aktivitäten bedrohen damit die konkreten Vorhaben eines integrativen Gemeindelebens, sie sind nicht lediglich – wie man das oft plakativ und abstrakt hört – das Gegenteil von Demokratie. Wenn das Bewusstsein für die konkrete Gefährdung der eigenen Vorhaben in Kommunen wächst, kämen wir endlich davon weg, das Thema Rechtsextre-

mismus nur am Katzentisch zu behandeln. Der Sinn für die dauerhafte Herausforderung des Rechtsextremismus würde auch den häufig anzutreffenden Aktionismus in Frage stellen, der reflexhaft reagiert, wenn sich Bedrohungen in rechten Gewalttaten und Morden äußern, an einer Gestaltung des Gemeinwesens aber desinteressiert ist.

Der Schorfheider Bürgermeister rief nach unserem ersten Gespräch als erstes eine Arbeitsgruppe aus vertrauten Partnern zusammen: zwei Pfarrern, dem Jugendsozialarbeiter, der Hauptamtsleiterin, der Tourismusfrau, dem Vertreter des größten Ausbildungsbetriebes in der Gemeinde. Das ist sein übliches Verfahren, wenn eine neue Aufgabe zu besprechen ist.

Natürlich wurde auch hier am Anfang in der ersten Beratung immer wieder ein bisschen versucht, den Begriff Rechtsextremismus zu umgehen, rauszuhalten aus der Diskussion. Aber das ist verständlich, wenn man die Erfahrung gemacht hat, in der Medienöffentlichkeit weniger als attraktiver Tourismusstandort, sondern vor allem als Wohnort der rechtsextremen Familie M. beschrieben zu werden. Die Nachwirkungen des „Sportfreunde-Stiller“-Konzertes waren auch hier noch präsent.

Hier konnten wir moderierend helfen, klarer in der Beschreibung der eigenen Themen und der Entwicklung eigener Handlungsansätze zu werden.

Aber noch etwas anderes wurde in dieser ersten Runde sichtbar: Miteinander zu reden, gemeinsam einen Standpunkt und eine Idee zu entwickeln und gemeinsam umzusetzen, wird hier gelebt. Diese Art von Selbstorganisation hat uns vom ersten Treffen an für diese Gruppe eingenommen. Kurz und gut: Am Ende mehrerer guter Gespräche stand die Idee eines Schorfheide-Frühstücks „Willkommen an einem Tisch“. Die Runde war sich einig: „Dazu laden wir alle neu zugezogenen Schorfheider mit einem persönlichen Brief des Bürgermeisters ein; die Gemeinde verzeichnet jährlich ca. 500 Weg- und 500 Zuzüge. Wir bitten unsere Vereine, dies mit uns zu organisieren, jeder bringt wie bei einem Familienpicknick etwas zu essen und zu trinken mit. Und wir reden miteinander – über das, was wir können, wofür wir stehen und lernen uns gegenseitig kennen.“

Jeder Verein wurde persönlich angesprochen, denn so eine Idee kann nur verwirklicht werden, wenn viele sie mittragen und auch mitmachen. Für das erste Treffen der Vereine musste dann schon der Kneipensaal gemietet werden. Über 30 Vereine waren gekommen und erklärten ihre Bereitschaft, sich zu beteiligen. Selbst oft hemmende Fragen wie die nach den Hygienebestimmungen konnten in der Vorbereitung des Frühstücks schnell geklärt werden. Der Bürgermeister holte den Landkreis ins Boot und die Kolleginnen führten eine Hygieneschulung mit den Vereinen durch. Was die Vereine nicht selber stemmen konnten, übernahm die Gemeinde – das an der Frühstücksstrecke

gelegene Gemeindehaus war mit seinen sanitären Anlagen geöffnet, warmes Wasser und notwendige Kühlung standen bereit.

Klare Regeln bestimmten den Rahmen: kein Kommerz, keine Parteienwerbung, Ausschluss jeglicher rechtsextremer und anderer verfassungsfeindlicher Aktivitäten, um nur die wesentlichen zu nennen.

Jeder Verein hat bei der Gemeinde seine Anzahl an Tischen bestellt, die er für das Frühstück benötigt, für das Speisen- und Getränkeangebot gesorgt, Mülltüten mitgebracht, überlegt, wie er sich zeigen will. Am 28. August 2011 war es dann soweit. Die Sonne lachte und gute 100 Meter Frühstücksmeile luden ein zu gutem Essen und guten Gesprächen. Dazwischen ein paar Ballwürfe der Handballerinnen, die Tanzgruppe wartete mit einer Einlage auf, die Musikschüler gaben eine Probe ihres Könnens, eine afrikanische Band spielte – alles in stiller Selbstorganisation, ohne Moderation oder minutiöse Programmplanung. Eine wunderbare Gelegenheit tatsächlich für die NeubürgerInnen, ihren neuen Nachbarn zu begegnen. Aber auch für die Menschen aus den neun Ortsteilen war es nach der Gemeindegebietsreform ein neues anderes Kennenlernen. Joschi, der Jugendsozialarbeiter, hat es so formuliert: „Wir waren zu Gast bei uns.“



Beim Schortheider Frühstück 2011

Ein paar junge Männer, unzweifelhaft der rechtsextremen Szene zugehörig, gingen neugierig vorbei und trollten sich dann von dannen.

Wir fühlten uns ein wenig an Goethes Osterspaziergang erinnert.

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche
Durch des Frühlings holden, belebenden Blick,
Im Tale grünet Hoffnungsglück;
Der alte Winter, in seiner Schwäche,
Zog sich in raue Berge zurück.
Von dorthier sendet er, fliehend nur
Ohnmächtige Schauer körnigen Eises
In Streifen über die grünende Flur.
Aber die Sonne duldet kein Weißes,
überall regt sich Bildung und Streben,
[...].
Ich höre schon des Dorfs Getümmel,
Hier ist des Volkes wahrer Himmel,
Zufrieden jauchzet groß und klein:
Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein!“

Mit diesem ersten Schorfheidefrühstück im Ortsteil Finowfurt – das nächste wird 2012 in Groß Schönebeck stattfinden – hat die Gemeinde Finowfurt sichtbar gemacht, wofür sie steht: Die Gemeindemitglieder fühlen sich für das Klima in der Gemeinde verantwortlich, sie wollen ihr Miteinander gestalten und die Nachbarschaft pflegen.

Diese gemeinschaftliche Selbstvergewisserung sorgte dafür, dass beim 2. Preußentag der NPD am 1. Oktober 2011 die Anfahrsstrecke der NPDler in Nullkommanix mit aussagekräftigen Plakaten behängt war und dass die Arbeitsgruppe jetzt als „Aktion Bunte Schorfheide“ weitermacht, um den Diskussionsprozess in der Gemeinde weiter zu vertiefen.

Die Gemeinde hat für sich ihren Weg gefunden, selbstbewusst ihre Strategie der nachhaltigen Demokratieentwicklung fortzuführen und zugleich, ohne Aufregung und hektischen Aktionismus, den Rechtsextremen ein klare Absage zu erteilen. Die Schorfheider orientieren sich dabei bewusst nicht an Erwartungen von außen, sondern beraten und entscheiden selbst über ihre Angelegenheiten. Dies haben auch die Skeptiker in den Verwaltungsetagen des Landkreises anerkennend zur Kenntnis nehmen müssen. Ihre Sicht auf die Gemeinde veränderte sich.

Als z.B. beim Flößerfest ein anonymes Antifa-Flugblatt gegen den Bürgermeister verteilt wurde und Klaus M. dies zum Anlass nahm, dem Bürger-

Kein Platz für Nazis

Erklärung des Bürgermeisters der Gemeinde Schorfheide, Uwe Schoknecht

Die Finowfurter und ihre Gäste haben am vergangenen Wochenende das 16. Flößerfest gefeiert. Es war ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Fest, gefeiert von Menschen unterschiedlichster Herkunft. Das Fest vermittelt den ehrlichen Eindruck einer Gemeinde, die seit mehr als zehn Jahren ein Dorf in Afrika unterstützt, intensive Partnerschaften zu polnischen Gemeinden unterhält, eine Schule gegen Rassismus und für Courage hat und aktive Jugendarbeit gegen Nazis macht.

Ein ganz anderes, falsches Bild von Finowfurt droht sich jetzt in den Köpfen vieler, die unseren Ort nur aus den Medien kennen, festzusetzen: Das Bild einer Nazi-Hochburg.

Ja, es stimmt: Die NPD hat am gleichen Wochenende, an dem wir unser Flößerfest feierten, in Finowfurt ein Sommerfest gefeiert. Es fand auf dem Privatgrundstück eines bekannten Rechtsextremen statt, das sich am Rande der Gemeinde befindet. Die meisten Finowfurter und ihre Gäste haben von diesem Fest jedoch nichts mitbekommen. Und sie haben mit diesem Fest, den Organisatoren und den Gästen nichts zu tun.

Leider vermitteln auch die Urheber eines zum Flößerfest anonym verteilten Flugblattes ein falsches Bild von Finowfurt: „Schorfheide: Ein Ort für Nazis“ titeln sie und erheben den Vorwurf, ich als Bürgermeister, die Gemeindevertretung und der Rest der Finowfurter würden zusehen, wie unweit des Flößerfestes das größte Nazikonzert Brandenburgs stattfindet. Das ist unfair. Genauso wie die Behauptung, antifaschistischer Protest würde durch mich, den Bürgermeister, verdrängt. Wer mich kennt weiß, dass das Unsinn ist.

Ich werde als Bürgermeister alles dafür tun, dass Finowfurt auch weiterhin kein Ort für Nazis bleibt. Und ich lade alle demokratischen Kräfte ein, mich dabei zu unterstützen.

Wenn Herr Klaus M. allerdings auf Grund dieser Geschehnisse versuchen sollte, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, es gäbe in irgendeinem Punkt zwischen ihm, der Gemeindevertretung, dem Bündnis Schorfheide oder mir Gemeinsamkeiten, so wird ihm dies nicht gelingen. Es gibt keine Gemeinsamkeiten! Ich verurteile die Aktivitäten auf seinem Grundstück auf das Schärfste und bedaure es seit langem, dass der Rechtsstaat nicht die Möglichkeiten schafft, diese zu unterbinden.

Schorfheide, 30. Juni 2011

Uwe Schoknecht
Bürgermeister

meister seine Solidarität anzubieten, hat Uwe Schoknecht nicht nur sofort mit einer Erklärung reagiert, sondern sich auch im Begleitausschuss des LAP vorgestellt. Er hätte gern mit den Verfassern des Flugblattes gesprochen. Aber leider fand sich kein Gesprächspartner aus den Kreisen der anonymen Verfasser.

Im weiteren Verlauf des Prozesses in der Gemeinde Schorfheide wird es immer wieder darum gehen, neue Kreativität zu entfalten – wird es ein Frühstück, wie wird es, oder wird es eine ganz neue Idee geben? Wir denken, der Charme des Wanderns der Frühstücksidee durch die Ortsteile wird darin liegen, immer wieder neu gespannt sein zu dürfen. Und es wird ja auch darüber nachgedacht, was in der Zeit zwischen den jährlichen Gemeinschaftsfrühstücken geschieht – in der Verwaltung, im Schulbereich, im Ehrenamt – das ist ein weites Feld, das zu bearbeiten einer guten Kommunikation in der Suche nach gemeinsamen Themen bedarf. In der Kita wird z.B. darüber diskutiert, wie sie sich weiter in die Gemeinde hin öffnen kann, ihre Kompetenzen auch für jene zur Verfügung stellen kann, die keine Kinder oder keine Kinder mehr in der Einrichtung haben. Im Museum wurde genau überlegt, wie ein Gästebuch der NS-Größe Hermann Göring präsentiert werden kann, der von seinem Grundstück in der Schorfheide aus die Machtfäden zog. Die Frage war: Wie präsentiert man ein solches Exponat, wenn man Beifall von der falschen Seite vermeiden möchte?

Heimat, Zusammengehörigkeitsgefühl, Geschichte, Identität – das sind wichtige Themen, die in den Gesprächen in der Gemeinde behandelt werden, wo nach Möglichkeiten gesucht wird, dies miteinander zu besprechen. Mit Ruhe, Selbstbehauptung und Selbstbewusstsein.

Heimat – Geschichte – Identität – Teilhabe.

Interviews mit Initiatoren und Beteiligten am Schorfheider Frühstück

Interview mit Pfarrer Stephan Flade, zuständig für die Ortsteile Groß Schönebeck, Klandorf, Eichhorst, Böhmerheide und Schluff

Warum haben Sie beim Schorfheider Frühstück mitgemacht?

Gemeinschaft im ländlichen Raum zu gestalten, das kann keiner allein. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller – ob von Amts wegen oder ehrenhalber, ob Freiwillige Feuerwehr oder Kirche, Bürgervereine, von uns Menschen miteinander. Unsere intakten Dörfer zu einem Konzept zusammenzuholen und

zusammenzuhalten, müssen wir immer wieder neu wollen und dafür auch Ideen entwickeln. Unser Frühstück war so eine Idee.

Wie würden Sie beschreiben, was an Ihrer Kommune besonders ist?

Wir sind ja eine neu konstruierte Kommune, die Gemeinde Schorfheide, die nach der Gemeindegebietsreform ihre eigene Form finden musste. Finowfurt war immer Speckgürtel, wir Dörfer sind ländlich, auch hinsichtlich der Verkehrsanbindung. Aber das Besondere ist, dass wir gemeinsam etwas bewegen wollen. Ganz unterschiedliche Gruppen gehören dazu, ganz unterschiedliche soziale Situationen – vom prosperierenden Mittelstand über Armut bis hin zu sozialer Verwahrlosung und Analphabetentum. Dieses Spannungsfeld zusammenzuhalten, das die Starken auch für die Schwachen da sind, das ist das Besondere. Die Vergewisserung des Zusammengehörigkeitsgefühls, das floss in unser erstes Schorfheidefrühstück ein. Politische Willensbildung, das Abbauen schlichter Gedankenmuster, das geht nicht mit einem Befehl: „Schalter umlegen und fertig ist die bessere Welt“. Ob arm oder reich, gleich welcher demokratischen Partei wir angehören, wir setzen uns zusammen, für uns und für unsere Kommune.

Was macht für Sie Demokratie aus?

Demokratie heißt, Menschen ernst zu nehmen und ihre Fähigkeiten fürs Gemeinwohl einzubinden. Jeder ist eingeladen, gemäß seinen Möglichkeiten an der Gestaltung des Gemeinwesens teilzunehmen. Jeder Mensch hat etwas einzubringen, jeder möchte und kann etwas dazu lernen. Demokratie ist ein bunter, kreativer Lernprozess ohne ein Ende.

Rechtsextremisten als Nachbarn zu haben – wie gehen Sie damit um?

Persönlich habe ich eine solche Situation noch nicht erlebt. Ich möchte Menschen gern vorurteilsfrei begegnen, ohne Angst. Ich möchte mich klar zeigen. Will sagen: Rechtsextremisten respektiere ich als Menschen, aber politisch gibt es klare Grenzen. Ich will nicht, dass sie in die Lage kommen, für unsere Kommune oder unser Land etwas zu beschließen, z.B. Gesetze. Da bin ich für eine offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit ihnen, alles was man verbietet, findet andere Wege. In einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu merken, wo ich Schwierigkeiten bekomme, ist mir lieber, als ihnen auszuweichen. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Dass wir in unserer Gemeinde ein Hauptaugenmerk auf unsere Kinder und Jugendlichen legen, ist ein wichtiger Weg der Prävention – ihnen Vorbild sein, unsere demokratische Weltsicht leben, unsere Gemeinde weiter bunt und demokratisch gestalten, das ist wichtig.

Interview mit Wilhelm Westerkamp, Ortsvorsteher von Finowfurt und Unternehmer

Warum haben Sie beim Frühstück mitgemacht?

Ich fand die Idee gut: Wir machen etwas für uns, für die Vereine, für die Gesellschaft, für das Klima bei uns. Ich will mich nicht an einer Familie abarbeiten oder daran, was sie mit ihren rechtsextremen Kameraden auf ihrem Grundstück treibt. Die haben sich mit ihren Ideen und ihrem Tun selbst an den Rand der Gemeinde gestellt. Rechtsextremisten sind nicht nur oft isolierte Leute, sie isolieren sich mit ihren Ideen in einer gut aufgestellten demokratischen Gemeinschaft selbst.

Wie würden Sie beschreiben, was an ihrer Gemeinde besonders ist?

Wir finden immer, auch für schwierigste Probleme, eine Lösung. Dieses „Wir-Gefühl“ zu stärken, danach leben wir. Dabei ist Kommunikation das A und O, in allen und mit allen Ortsteilen.

Was macht für Sie Demokratie aus?

Auch Menschen mit rechtsextremer Gesinnung sind Menschen in dieser Gesellschaft. Und als solche behandle ich sie. Aber politisch gehen wir getrennte Wege, und da zeige ich mich ganz deutlich. Als Unternehmer habe ich eine klare Vorbildrolle – dafür steht unsere Unternehmensphilosophie (Fielmann, d. A.) und der alte Otto (Otto-Versand-Gründer Werner Otto, d. A.) ist mir dabei Vorbild. Ein guter Unternehmer ist der, der sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. In diesem Sinne will ich auch meinen drei Kindern Vorbild sein. Wir alle haben eine gesellschaftliche Verpflichtung. Wenn das funktionieren soll, müssen wir uns alle beteiligen. Das will ich ihnen vorleben, als Ortsvorsteher, als Unternehmer, im Fußballverein, als ihr Vater.

Interview mit Joschi – Jörg Bauer, Jugendsozialarbeiter

Warum hast du beim Schorfheider Frühstück mitgemacht?

Das war eine ziemlich geile Sache, eine klasse Idee, die funktioniert hat. Unabhängig von einer rechten Party, unabhängig davon „Wir sind auch dagegen“ gemeinsam zu zeigen: Wir sind eine Gemeinschaft, auf diese Weise Farbe zu bekennen. Das Frühstück selbst war ein tolles Erlebnis, das treibt mich immer noch

ein Lachen ins Gesicht. Und so waren auch die Rückmeldungen, die ich gehört habe. Und das schönste war: „Lasst uns das festhalten.“ Ich bin an dem Tag auch bewusst zu Leuten an den Tisch gegangen, die ich nicht kannte. Nie hat einer komisch geguckt, wer ist das denn. Es war eine Selbstverständlichkeit, dass man sich an jedem Tisch bedienen konnte. Wir sind gut miteinander ins Gespräch gekommen. Wir waren zu Gast bei uns, das war total genial. Das war schön.

Wie würdest Du beschreiben, was an Eurer Gemeinde besonders ist?

Das „Wir“. Ich kann in jede Ecke von Schorfheide kommen, bei den jungen Leuten kennt man mich. Andersherum besuchen mich hier im Klub in Finowfurt Ältere, mit denen wir, der Jugendkoordinator der Gemeinde und ich, in der Vergangenheit zu tun hatten, ob in Lichterfelde, in Eichhorst, bei irgendwelchen Turnieren, egal. Das ist ein gutes Zeichen für meine Arbeit. Wenn wir heute zu Fußballturnieren einladen, da gibt's höchstens beim ersten Mal ein bisschen hakeln. Beim nächsten Mal wissen alle, wie es läuft. Wegbolzen, schubsen und pöbeln, das war früher. Und so wie wir arbeiten hier alle am „Wir“. Ob die Pfarrer, die zwar unterschiedliche Sprengel haben, aber in einer Gemeinde wirken, oder unser Bürgermeister. Den habe ich noch nicht von Finowfurt reden hören, höchstens als Verwaltungssitz. Wir haben zusammen Stammtische gemacht zur Entwicklung des Leitbildes Jugend, das 2011 fertig wurde. Da war der Bürgermeister einer derjenigen, die vorn waren und gesagt haben: Schorfheide mag das Dach sein, darunter aber leben neun Ortsteile. Und das sagt er nicht nur, sondern meint und lebt es auch so. Wenn der sagt, wenn du Hilfe brauchst, sag Bescheid, dann steht er dazu. Ich kenne nicht mal die Öffnungszeiten der Verwaltung, mal als Beispiel. Ich kann immer kommen, wenn ich Rat oder Unterstützung brauche. Man wird immer nett behandelt und bekommt Antwort. Dieser gegenseitige Respekt, das Vertrauen, das trägt. Ich höre nie: Ich erwarte dieses oder jenes. Wir reden hier miteinander, darüber was gut läuft und auch, wenn mal etwas nicht so gut läuft. Und wenn es um Jugendarbeit geht, da gehört der Bürgermeister genauso dazu wie mein Chef, der Pfarrer Haberkorn oder unser Juko. Wir schauen immer gemeinsam nach vorn. Hier wird nicht davon geredet, dass Jugend das Wichtigste überhaupt ist, hier wird damit ernst gemacht. Als wir unsern Klub in Finowfurt umgebaut haben, hat keiner gesagt, du hast doch den Bus, sondern zur Überbrückung der Bauzeiten wurden uns Container zur Verfügung gestellt. Ich bin glücklich hier, ich liebe meinen Job.

Was ist für dich Demokratie?

Gemeinsam für etwas einzustehen. Gegen etwas zu sein, ist nicht so mein Ding. Manchmal, auch das gehört zur Demokratie, muss man auch Dinge aushalten,

die man megascheiße findet. Am Ball sein, mich zeigen, Angebote machen, Menschen nicht dem luftleeren Raum überlassen, helfen, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht, das ist meins. Wenn mir das gelingt, dann habe ich auch eine Chance, in den Köpfen etwas zu verändern, Menschen zu gewinnen.

Rechtsextremisten als Nachbarn zu haben, wie würdest du damit umgehen?

Also erst einmal haben auch Rechtsextreme Rechte wie jeder andere Bürger auch. Deshalb arbeite ich mich auch nicht daran ab, wenn die irgendwo eine Party machen. Wenn da Straftaten begangen werden oder verfassungsfeindliche Mucke läuft, vertraue ich auf unsere Polizei, die da einen guten Job macht. Wenn Rechtsextreme öffentlich marschieren, ihre Parolen auf Kundgebungen verkünden, dann verstecke ich mich nicht, sondern zeige: Das will ich nicht.

Bei uns im Klub hängt die Rote Karte gegen Rechts. Ich gebe dir ein Beispiel, wie es bei uns läuft: Als ein Jugendlicher mit einem Landser-Shirt kam, wir saßen beim Lagerfeuer, hab ich ihm gesagt: Entweder du verbrennst das T-Shirt gleich oder du gehst nach Hause. Er meinte „Ich drehe es um“. Und ich: „Die Chance, es umzudrehen oder gar nicht erst anzuziehen, hattest du zu Hause, hier hast du nur noch die Chance, es zu verbrennen oder heimzugehen.“ Ich zeige mich den Jugendlichen, bin klar erkennbar und ich gehe in die inhaltliche Auseinandersetzung. Verbote allein machen keinen Sinn.

Interview mit Marco Gensing, Projektmanager in der Bildungseinrichtung Buckow e.V.

Warum haben Sie beim Schortheider Frühstück mitgemacht?

Der Bürgermeister lud mich zum Mitdenken ein. Wie beschreiben wir die Situation in Finowfurt, was sind unsere Themen, wie beschreiben bzw. zeigen wir, wofür wir als Gemeinde stehen. So entstand in der ersten Runde schnell die Idee des Frühstücks – wo finden denn die besten Gespräche statt, der Austausch, die Begegnung? In der Küche wird sich durchgekostet, da wird geredet und gestritten, da holt man sich Rat. Und Kommunikation ist letztlich ein Hauptteil meiner pädagogischen Arbeit. Ja, und nun sind wir eine AG, und das Frühstück wird durch die Ortsteile wandern. Toll!

Wie würden Sie beschreiben, was an Ihrer Gemeinde besonders ist?

Das Schöne ist für mich ein gewisser provinzieller Charme. Es macht Spaß, hier zu leben. Unsere Gemeinde lebt von Zuzug und Begegnung, das bringt zuwei-

len auch Konfrontation mit sich. Aber bei aller Unterschiedlichkeit finden wir immer eine Sachebene.

Und wir sind eine von fünf Kommunen im Land Brandenburg mit einer kommunalen Nord-Süd-Patenschaft. Seit 15 Jahren haben wir eine Partnerschaft mit einem Dorf in Burkina Faso. Und die Menschen hier sind daran wirklich beteiligt, da wirst du beim Bäcker nach Neuigkeiten gefragt. Und als ich vor kurzem aus Afrika zurückkam, war die Konzerthalle voll mit Menschen, die hören wollten, was ich erzähle. Unser Vereinsziel, über Veränderung in den Köpfen des Nordens Voraussetzungen zu schaffen für Veränderungen im Süden, wird in der Gemeinde gelebt. Besonders an unserer Gemeinde ist, für vieles zu sein und uns dafür einzusetzen. Zu wissen, wofür wir stehen, stärkt unsere Gemeinde.

Was macht für Sie Demokratie aus?

Luft holen zu können, selbst wenn andere mich zu erdrücken scheinen, sagen zu dürfen, was ich meine. Und miteinander immer wieder aushandeln zu können, wofür stehen wir, wofür wirken wir gemeinsam. Es gibt oft Aktionen, Flugblätter oder Anzeigen „Gegen ...“, Vielleicht sollten wir so was mal machen unter dem Motto: Ich stehe in unserer Gesellschaft für ... Das regt aus meiner Sicht viel eher Diskussionen und Mitdenken und Mitmachen an, als sich nur „gegen“ etwas zu positionieren.

Rechtsextremisten als Nachbarn – wie würden Sie damit umgehen?

Ein unmittelbarer Nachbar? Schwierig. Ich wäre auf jeden Fall wütend auf mich, wenn ich nicht genügend Argumente hätte. Schlau machen und sensibilisieren, scheint mir das eine. Das andere würde ich gern mit einem chinesischen Sprichwort umschreiben: „An der Hand, die eine Blume verschenkt, bleibt immer ein wenig Duft.“ Ich möchte mithelfen, unsere Gesellschaft im Lernen und Denken zu entwickeln, dass wir uns bekennen.

Interview mit Simone Belling, Leiterin der Kita „Zwergengstube“

Warum haben Sie beim Schorfheider Frühstück mitgemacht?

Erstens war da die nette Einladung des Bürgermeisters, die ich gar nicht abschlagen konnte. Und zweitens sind wir mit dem Neubau unserer Einrichtung beschäftigt und beginnen in diesem Zusammenhang auch mit der inhaltlichen Profilierung. Veränderungen stehen ins Haus, für Kinder und Eltern, für die Erzieher, wir wollen uns der gesamten Gemeinde stärker öffnen. Das Frühstück



Afrikanische Klänge beim Schorfheider Frühstück

war eine wunderbare Gelegenheit, darüber mit vielen Leuten ins Gespräch zu kommen, sie einzubeziehen.

Wie würden Sie beschreiben, was an Ihrer Gemeinde besonders ist?

Ich bin aus Berlin ins Oderbruch gezogen, komme jeden Tag von dort nach Finowfurt. Ich bin noch neu hier und leite die Kita seit einem Jahr. Aber ich habe sehr schnell Partner gefunden, ob es Pfarrer Haberkorn ist, meine Kolleginnen, die Eltern oder der Gemeinderat.

Unser Haus soll künftig stärker in die Gemeinde wirken. Wir wollen da sein nicht nur für Eltern und Großeltern, die ihre Kinder in unserer Einrichtung haben; auch jene, deren Kinder nicht mehr oder noch nie in der Einrichtung waren, sollen künftig mit uns und anderen Fachleuten ihre Themen und Fragen besprechen können. Miteinander leben und immer miteinander im Gespräch sein, das scheint mir schon eine Besonderheit in der Gemeinde zu sein. Den Menschen liegt was aneinander. Da ist so ein Zusammenhalt, fast familiär unter den Einheimischen. Dazu kommt die Neugier von Zugezogenen.

Was macht für Sie Demokratie aus?

Ein gemeinsames Ziel zu haben. Ich möchte mit meiner Arbeit dazu beitragen, unseren Kindern einen guten Start in unsere Erwachsenenwelt zu bereiten. Als

Leiterin ist mir wichtig, immer das Gespräch mit den Beschäftigten zu suchen, nichts vorzuschreiben. Veränderungen und Entscheidungen müssen kommuniziert werden. Der Tagesablauf der Kinder soll so gestaltet sein, dass sie Anteil nehmen können, dass ihre Individualitäten und Bedarfe berücksichtigt werden. Demokratie ist immer ein Prozess der Balance, sie bedarf der Beteiligung der Menschen.

Rechtsextremismus als Nachbarn zu haben, wie würden Sie damit umgehen?

Wir sind ein freies demokratisches Land. Auch wenn es schwierig wird – das beinhaltet auch Gedanken und Meinungen von Menschen, die nicht meine sind. Aber deshalb würde ich nicht hinter der Gardine stehen und schauen, was macht mein Nachbar. Ich ließe auch nicht die Jalousie herunter. Aber wenn jemand meine Grenzen oder die anderer Menschen einschränkt oder beschädigt, schreite ich ein.

Interview mit Pfarrer Ulf Haberkorn, zuständig für Finowfurt, Lichterfelde, Altenhof und Werbellin

Warum haben Sie beim Frühstück mitgemacht?

Ein Stück weit ist das sicher im Amt begründet. Als Pfarrer repräsentiere ich eine größere Gruppe von Menschen. Aber ich habe auch eine Verantwortung über die Kirchengemeinde hinaus. Sehen Sie, früher gab es in dörflichen Zusammenhängen den Dorfschulzen, also den Bürgermeister, den Pfarrer und den Lehrer, die die Meinungsbildung wesentlich prägten. In dieser Tradition fühle ich mich, für mich ist wichtig, dass wir uns als Kirchengemeinde zeigen, mittendrin sind in der Gemeinde und Verantwortung fürs Ganze übernehmen. Als Partner zum Gespräch da zu sein, Reden ist immer wichtig, aber ebenso als Macher. Unser Frühstück war eine gelungene Sache, die gezeigt hat, dass es auch im ländlichen Raum möglich ist, so eine bunte Meile zusammenzubekommen – vom Anglerverein über die afrikanischen Trommler über den gemischten Chor bis zu unserem Jugendmobil. Wir haben gezeigt, dass wir schon viel weiter sind, als es von außen manchmal wahrgenommen wird, oder wie man es uns von außen einreden will.

Wie würden Sie beschreiben, was an Ihrer Kommune besonders ist?

Ich bin erst drei Jahre hier. Bemerkenswert finde ich das Verhältnis untereinander und zwar auf und zwischen mehreren Ebenen – Verwaltung, Politik und

Zivilgesellschaft kooperieren gut miteinander, informieren sich gegenseitig auf Augenhöhe, sind immer bemüht, einen kurzen Draht zueinander zu halten. So war's ja auch beim Frühstück: Der Bürgermeister rief an, wir setzten uns zusammen, redeten und stellten am Ende gemeinsam mit allen in der Gemeinde etwas auf die Beine. Solche Runden sind selbstverständlich.

Besonders finde ich auch das Geschichtsbewusstsein, das ich in der Kirchgemeinde erlebe. Wir haben eben z.B. die Heldentafeln der Preußenkriege nicht abgehängt in der Kirche in Lichterfelde, sondern wir haben uns damit auseinandergesetzt. Jetzt hängt da auch unsere Tafel zum Gedenken an alle Opfer von Krieg und Vertreibung, Gewalt und Rassismus.

Ich erlebe eine relative Nähe der Menschen zueinander, ein Umeinanderwissen und -kümmern. Eine Dorfgemeinschaft ist ein Wert an sich. Ich erlebe auch eine starke Verbindung der Menschen mit ihrer Heimat, auch wenn oftmals die heutige Schnelllebigkeit mit Umzug, Wegzug und Zuzug dem entgegentzuehen scheint. Wir versuchen hier, die Identität der Dörfer zu wahren, das ist gerade für die Älteren wichtig, aber auch für Jüngere, zu wissen, hier komme ich her, hier bin ich zu Hause, das ist ein Stück Heimat. Weder dieses Gefühl noch den Begriff Heimat wollen wir rechten Heimatfreunden überlassen. Die Kirche im Dorf ist ein besonderes Bild. In der Verbindung zu Gott für Gläubige zum einen, zum anderen auch das Zentrum, das Symbol für die Mitte, das Verbindende: Wir sind Werbelliner, wir sind Altenhofer usw.

Was ist für Sie Demokratie?

Herrschaft des Volkes. Demokratie lebt für mich von der eigenen Verantwortung, die man wahrnimmt, von der Beteiligung, dem Mitmachen der Bürger.

Rechtsextremisten als Nachbarn zu haben, wie würden Sie damit umgehen?

Das ist das Schwierige in der Demokratie, auch Entwicklungen aushalten zu müssen, die man nicht teilt, die man ablehnt. Man kann eben nicht hingehen und dem M. sein Grundstück einfach zumachen. Ich habe regelmäßig Diskussionen so nach dem Motto „Was kann man dagegen tun?“ Dagegen-Sein ist ein schwieriges Unterfangen. Ich kann und will in einer Demokratie nicht einerseits die Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen oder die Freiheit einer öffentlichen Versammlung und dies anderen gleichzeitig absprechen, außer wenn es sich um Straftatbestände handelt. Aber ich kann mich zeigen, deutlich machen, wofür ich stehe und wofür nicht. Wichtig finde ich, die „Randständigen“ nicht aus den Augen zu verlieren, das gehört zu meiner Verantwortung fürs Ganze. Ich will versuchen, mit solchen Menschen im Gespräch zu sein, mich auseinandersetzen mit ihren Inhalten, versuchen, sie in die Mitte zurück-

zuholen. Wir als Kirchgemeinde sind ja Träger des Jugendmobils. Das nutzen wir, um auch Jugendliche im hintersten Winkel der Gemeinde zu erreichen, als Ansprechpartner da zu sein. Das gehört für mich zu einer ernsthaften Präventionsarbeit. Von Verboten halte ich dagegen nichts. Wenn z.B. die NPD verboten würde, entzöge man ihnen zwar die Finanzgrundlage, aber das Problem wäre ja damit nicht weg. Ich sähe eher die Gefahr, dass dann nicht wenige die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten zu den Akten legen würden, so nach dem Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf.“

Meines Erachtens kann man nur durch Bildung befördern, dass sich Menschen selbstverantwortlich eine eigene Position erarbeiten und eben nicht irgendwelchen Parolen hinterherlaufen. Deshalb sind uns die Kinder und Jugendlichen so wichtig. Und da stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung, Angebote zu machen, unser Zusammenleben so zu gestalten, dass Menschen in der Mitte der Gesellschaft bleiben oder dahin zurückfinden.



Die Frühstücksmeile 2011 wird aufgebaut

Menschen darin begleiten zu dürfen, ihre Themen zu finden und zu bearbeiten, das ist auch für uns als MBT ein Gewinn. Das Thema „Familie M.“ oder „Rechtsextremismus“ allein hätte vielleicht einige Menschen beschäftigt, das wäre auch ein Erfolg gewesen. Aber hier ist es gelungen, dieses Thema ohne

Überbewertung zum Anlass zu nehmen, die eigenen Themen der Menschen vor Ort zu finden und zu bearbeiten. Damit ist es gelungen, um unser Bild noch einmal aufzugreifen, unser Haus der Demokratie nachhaltig bunt, vielfältig und anziehend zu gestalten.

Auf die Eingangsfrage „Ist Dagegen-Sein genug?“ können wir mit und nach den Erfahrungen in Finowfurt eine Antwort geben: Dagegen-Sein ist gut, aber nicht gut genug. Das „Wofür“ ist bei der Weiterentwicklung der Demokratie das Entscheidende und Nachhaltige. Wir freuen uns, dass wir in diesem Sinne in der Gemeinde Schorfheide weiter mit im Boot sind.



In der Schloßstraße in Groß Schönebeck findet im August 2012 das nächste Schorfheider Frühstück „Willkommen an einem Tisch“ statt.

Gabriele Schlamann

Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie

Gespräch mit Michael Kohlstruck über die Durchführung von „Zukunftstagen“

MK: Der Beratungsprozess des MBT in Wusterhausen war in verschiedener Hinsicht etwas Neues und Besonderes im Verhältnis zu früheren Prozessen. Was war neu?

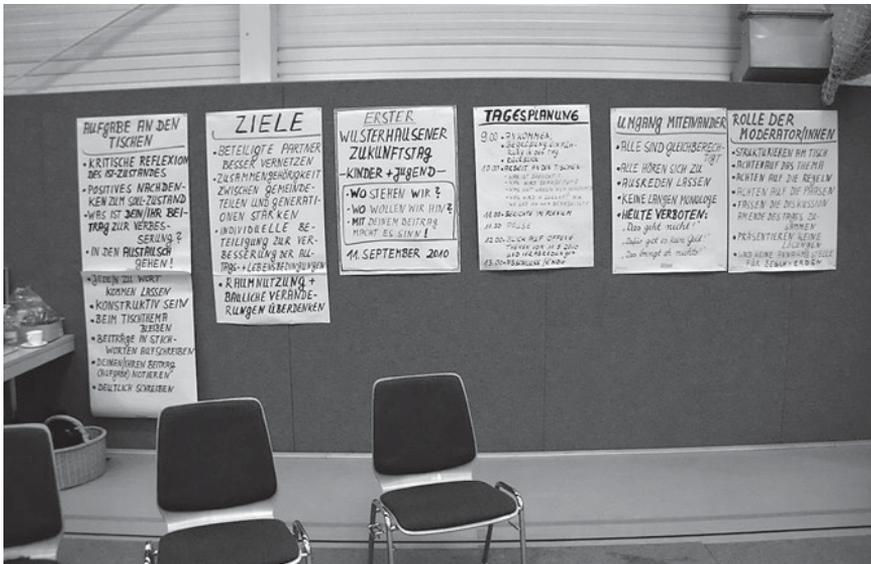
GS: Neu war, dass wir in eine Gemeinde hinein gerufen wurden, ohne dass Rechtsextremismus das Thema war. Es ging vielmehr darum: Eine kleine Gruppe hatte sich überlegt, dass die Gemeinde jedes Jahr Geld für den Bereich „Kinder und Jugend“ ausgibt, ohne genau zu wissen, was Kinder und Jugendliche eigentlich selber wollen. Diese Gruppe hatte die Idee, Kinder, Jugendliche, Eltern und im Kinder- und Jugendbereich Tätige zu fragen, was ihrer Meinung nach in Wusterhausen gebraucht wird, damit das Geld sinnvoll angelegt ist. Sie entwickelten Fragebögen, verteilten sie und machten sich Gedanken darüber, wie weiter verfahren werden könnte, wenn die Fragebögen zurückkommen. Zu diesem Zeitpunkt war unsere Kollegin von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) beruflich an der Grundschule tätig, deren Schulleiterin Mitglied der Gruppe war. Die RAA-Kollegin wurde gefragt, ob sie den Folgeprozess moderieren könne. Sie hat dann an das MBT verwiesen.

MK: Bestanden bei der Gruppe alternative Ideen, wie der Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit ermittelt werden könnte? Oder wurde die Idee der Fragebögen erst einmal auf eigene Initiative und als einzige Idee verwirklicht?

GS: Es gab die Idee der Fragebögen, die ja auch eine gute Idee für den Zweck einer Bedarfsermittlung ist. Die Gruppe hatte unterschiedliche Fragebögen für Kinder und Jugendliche, Eltern und die Erzieher/innen und Sozialpädagog/innen entwickelt. Die Beantwortung der Fragebögen erfolgte allerdings sehr zögerlich. Hinzu kamen ungeklärte Fragen: Sollen Fragebögen nachgeschickt werden? Sollen alle an die Rückgabe erinnert werden und wenn ja, wie? Wie sollen die ausgefüllten Bögen ausgewertet werden? Das MBT stieg also in den bereits laufenden Prozess ein, als die Gruppe auf den Rücklauf der Fragebögen wartete.

MK: Das Problem war: Wie gewinnt man aus einzelnen Informationen ein Gesamtbild der Sachlage?

GS: Genau, also ein Bild, das dann wieder an die Gemeindevertretung gehen konnte, mit der Empfehlung, wofür das Geld am besten ausgegeben werden sollte. Da das Zeitfenster sehr eng war und berechtigter Zweifel an der Tauglichkeit der Fragebögen zur Bedarfsermittlung bestand, wurde nach einem Verfahren gesucht, möglichst viele Menschen an der Befragung zu beteiligen. Aus verschiedenen Modellen wurde dann passgenau für die Kommune das Konzept für einen „Zukunftstag“ entwickelt.



Erstes Nachtreffen zum Zukunftstag „Kinder und Jugendliche“, Planungen

MK: „Passgenau“ in der Hinsicht, dass nicht nur die Kinder und Jugendlichen befragt werden, was sie wollen, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen?

GS: Zum einen genau dies, und zum anderen war es ein Ziel, mit dieser Methode einen Kommunikationsprozess zu initiieren und dieses Format auch für andere Fragen in der Gemeinde Wusterhausen zu nutzen.

Die Grundidee war, das Thema „Kinder und Jugendliche“ an verschiedenen Thementischen zu den Bereichen Kita, Hort, Schule, Jugendarbeit, Freizeitangebote, Gemeindevertretung und Verwaltung zu diskutieren. Die inhaltlichen Schritte des „Zukunftstages“ wurden gemeinsam in der Gruppe erarbeitet und hießen „Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? – Mit Deinem Beitrag macht es Sinn!“. Der erste Schritt „Wo stehen wir?“ war als Bestandsaufnahme ge-

dacht; „Wo wollen wir hin?“ markierte die Vision; „Mit Deinem Beitrag macht es Sinn!“ war die konkrete Planung, bei der jede/r festlegen konnte, was er/sie zur konkreten Umsetzung der Visionen beitragen wollte. Es sollte sieben Thementische geben, mit dem Effekt, dass die Leute, die an den jeweiligen Thementischen miteinander arbeiteten, ins Gespräch kommen, sich darüber näher kennenlernen, Potenziale in der Gemeinde entdecken würden und so eine Form kommunaler Kommunikation entstünde. Menschen kämen miteinander ins Gespräch, die sonst in der Gemeinde vielleicht nicht miteinander reden, Mitarbeiter/innen der Verwaltung und Gemeindevertreter/innen könnten mithören und -diskutieren, die Leiter/innen der Kinder- und Jugendrichtungen könnten Fragen beantworten, Ideen aufgreifen und Probleme mit benennen.

MK: Diese Kommunikation hat ja bereits einen Wert in sich, da die Gemeindeglieder miteinander in Kontakt kommen; daneben ist sie für die Auslotung des Themenfeldes gewinnbringend.

GS: Und mit dem Gemeinschaftserlebnis entsteht ein Gewinn für das Miteinander in der Gemeinde. Dies konnte man zwar im Vorfeld nicht mit Sicherheit sagen, aber so passierte es dann in Wusterhausen. Eingeladen wurden ca. 80 Personen aus der gesamten Gemeinde Wusterhausen, von denen die Vorbereitungsgruppe – ein Gemeindevertreter, die Schulleiterin, die Kitaleiterin, die Hortleiterin, der Jugendsozialarbeiter, der Pfarrer, der stellvertretende Bürgermeister – überzeugt war, dass sie etliches zum Thema „Kinder und Jugendliche“ beitragen könnten.

Wir haben in einigen Treffen mit der Vorbereitungsgruppe gemeinsam die genaue Zielsetzung des Tages und die Schritte der inhaltlichen Umsetzung erarbeitet. Wir haben die Rolle der Moderator/innen an den Thementischen und mögliche Schwierigkeiten besprochen, die Stadthalle als Veranstaltungsraum festgelegt und die Halle gemeinsam vorbereitet.

Jede/r aus der Vorbereitungsgruppe war für seinen/ihren Thementisch für die Moderation und die Verschriftlichung der Beiträge verantwortlich. Die Teilnehmenden des „Zukunftstages“ sollten nach einer Kennenlernphase in gemischten Gruppen von Tisch zu Tisch ziehen und so zu jedem Thema einen Beitrag leisten können. Zum Abschluss sollten die Moderator/innen der Thementische die Ergebnisse der gesamten Teilnehmer/innenrunde vorstellen. Und wir als MBT wollten den gesamten „Zukunftstag“ mit allen Beiträgen dokumentieren, so dass diejenigen, die an dem Tag nicht dabei waren, die Diskussionen nachvollziehen konnten. Das war die Konzeption, die am 4. September 2010 mit dem ersten „Zukunftstag“ in der Gemeinde Wusterhausen mit unserer Moderation umgesetzt werden konnte, und zwar mit großem Erfolg.

MK: Das Erlebnis, dass man an diesem Tag miteinander in unmittelbarem Kontakt steht und über dieses und andere Themen spricht, führt zu einer Verge-meinschaftung. Meine Frage ist nun, wie sich im Rückblick das Verhältnis zu den Entscheidungsträger/innen und zu den tatsächlichen Entscheidungen gestaltet hat. Es waren ja viele Menschen zu einem großen Themenkomplex im Gespräch. Wurde das auch in die Gemeindevertretung kommuniziert? Und was hat diese dann daraus gemacht? Sie ist ja letztlich für die Entscheidungen über die Verwendung der kommunalen Mittel zuständig.

GS: Von Vorteil war, dass Mitglieder sowohl der Gemeindevertretung als auch der Gemeindeverwaltung an diesem Tag dabei waren. Mitarbeiter/innen aus der Verwaltung konnten bei einigen Sachverhalten oder Fragen schon vor Ort schnelle und einfache Lösungen für bestehende Probleme vorschlagen, die keinen Entscheid der Gemeindevertretung erforderten. So konnten einige Dinge schon allein über diesen direkten Kontakt geregelt werden – die meisten Leute wären gar nicht auf die Idee gekommen, ihr Anliegen im Rathaus vorzutragen!

Der Transfer der Ergebnisse in die Gemeindevertretung war gesichert, weil mehrere Gemeindevertreter/innen an diesem Zukunftstag aktiv beteiligt waren. Für uns stand aber nicht die Gemeindevertretung im Vordergrund, sondern die sieben für die Thementische Verantwortlichen, also die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe. Mit dieser Gruppe haben wir den ersten „Zukunftstag“ ausgewertet und das erste Nachtreffen im Februar 2011 vorbereitet. Die Gruppe hat sich weiterhin getroffen, um dafür zu sorgen, dass die Anliegen weiter verfolgt und umgesetzt werden. Das bezieht sich nicht nur auf die Gemeindevertretung, sondern auch auf die Menschen, die sich um etwas kümmern wollten. Eine Erfahrung ist, dass für die wenigsten Angelegenheiten ein Beschluss der Gemeindevertretung nötig ist, es sei denn, es geht wirklich um Geld. Die meisten Probleme oder Ideen können zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den verschiedenen Einrichtungen und der Verwaltung gelöst werden.

Statement des Bürgermeisters von Wusterhausen, Roman Blank, zu den „Zukunftstagen“ anlässlich des Zukunftstages zum Thema „Marktplatz“ am 14. Januar 2012:

Zukunftstage sind ein Modell zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des „miteinander ins Gespräch Kommens“, das wohl überall sehr gut funktioniert. Es gibt überall Bürgerinitiativen, die Bürger wollen mitmachen. Wobei das aus meiner Sicht eher in großen Städten funktioniert, weil dort mehr engagierte Bürger sind, mehr kritische Masse, um dort eine Meinung zu bilden. In kleinen Städten sehe ich die Problematik die Bürger zu motivieren, weil hier

wenige Akteure sind, die sich engagieren. Den Großteil bildet die schweigende Masse. In einer kleinen Stadt wie Wusterhausen gibt es vielleicht 100 Leute, die – allerdings in vielen Bereichen – bürgerschaftlich aktiv sind, sich engagieren. Alle anderen sind schwierig zu erreichen.

Bei dem Zukunftskreis ist auch wichtig, dass es nicht darum geht, dass wir als Verwaltung oder als politische Entscheider wissen wollen, was die Leute wollen, sondern anders rangehen: Wir fragen die Bürger, was sie selber tun können. Es geht darum, dass jeder aus der Diskussion heraus lernt, dass er selber die Geschicke der Stadt in die Hand nehmen kann und muss. Wir als Kommune haben immer weniger Geld, und ein Fest zu organisieren zum Beispiel kostet einiges.



Erstes Nachtreffen zum Zukunftstag „Kinder und Jugendliche“, Thementische

MK: War der der Zukunftstag so etwas wie eine große Sprechstunde?

GS: So könnte man es auch sagen. Die Gemeindevertretung ist gefragt, wenn es konkret um Geld geht. Die Kita brauchte z.B. einen neuen Weg, die Grundschule einen Lärmschutz etc. Diese Dinge wurden von der Gemeindevertretung auch bewilligt.

MK: Ist bei manchen Gemeindevertreter/innen vielleicht das Gefühl erkennbar, dass sie sich übergangen fühlen? Die sieben Ansprechpartner/innen sind ja eine Art von aktivem runden Tisch. Vielleicht führt das ja bei manchen Gemeindevertreter/innen zu dem Gefühl, dass sie doch eigentlich diejenigen

sind, die die Entscheidungen treffen und nicht die Teilnehmer/innen des „Zukunftstages“.

GS: Es bestand in der Vorbereitungsgruppe immer Einverständnis, dass auch alle Gemeindevertreter/innen und Ortsvorsteher/innen eingeladen und damit einbezogen sind. Außerdem wurde in der Gemeindevertretung mehrfach auf den „Zukunftstag“ hingewiesen und um Teilnahme gebeten. Insgesamt haben leider nur zwei Gemeindevertreter teilgenommen, was von den Teilnehmer/innen des „Zukunftstages“ sehr bedauert wurde. Dieses Bedauern wurde in die Gemeindevertretung zurück kommuniziert. Es war für die Bürger/innen ein wichtiger Prozess, es wurden viele wichtige Dinge benannt, Sorgen und Anliegen der Bürger/innen geäußert und es war schlichtweg eine ungenutzte Chance, dass die Gemeindevertreter/innen nicht stärker vertreten waren. Dies wurde sehr deutlich gesagt.

MK: Warum fehlten so viele Gemeindevertreter/innen?

GS: Da gibt es wohl viele Gründe, über die sich nur spekulieren lässt. Werbung ist jedenfalls für diesen Personenkreis sehr viel gemacht worden. Nach dem „Zukunftstag“ äußerten viele Bürger/innen, dass sie nicht informiert gewesen seien und deshalb nicht teilgenommen hätten. Das war dann ein Gradmesser für die Einladungen für das Nachtreffen, zu dem diejenigen eingeladen wurden, die am „Zukunftstag“ teilgenommen hatten, und es wurde in der Presse und in der Gemeindevertretung nochmal öffentlich dazu eingeladen. Bei dem Nachtreffen sind aber auch nicht mehr Gemeindevertreter/innen erschienen. Aber es waren mehr Bürger/innen dabei.

MK: Das Interesse der Gemeindevertretung war im Allgemeinen also begrenzt. Gab es darüber hinaus eine bemerkbare Missstimmung oder aktive Gegnerschaft gegen das Projekt?

GS: Wir haben so etwas nicht wahrgenommen und es gab auch keine Aussagen aus der Vorbereitungsgruppe dazu. Es fühlte sich meines Wissens auch niemand übergangen, etwa weil sowohl der „Zukunftstag“ als auch das Nachtreffen auf einen Samstag gelegt waren.

MK: Das klingt nach einer gelungenen Ergänzung der bekannten kommunalpolitischen Beratungs- und Entscheidungswege.

GS: Ja. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, Missstände oder Wünsche für den Ort zu formulieren und dann zu sagen, die Gemeindevertretung oder die Verwaltung muss das alles umsetzen. Sondern es ging immer um den eigenen Beitrag der Bürger/innen und um deren Möglichkeiten, etwas zu verändern. Das bezog sich immer auf die Leute, die am „Zu-

kunftstag“ selbst teilgenommen hatten. Es wurden deshalb keine Aufgaben an Abwesende delegiert. Sonst hätte leicht eine Missstimmung entstehen können. So aber konnten alle sehen, welche Anwesenden sich namentlich für welche Aufgabe verantwortlich erklärt hatten.

MK: Man kann vielleicht sagen, dass das Thema „Kinder und Jugend“ ein Thema ist, das für ein derartiges Projekt gut geeignet ist, weil die Notwendigkeit der Aufgaben eigentlich klar ist und es mehr um die Frage der konkreten Ausgestaltung geht. Sind es vielleicht eher konfliktfreie Themen?

GS: Es gab schon auch Konfliktpunkte, die besprochen wurden, wie z.B. die Skaterbahn, die aufgeräumt werden musste, oder die damals aktuelle Frage der Ausrichtung des Jugendclubs. Ich glaube, dass die positive Bewertung des „Zukunftstages“ daher rührt, dass die Bürger/innen sich bereit erklärt haben, sich z.B. um die genannte Skaterbahn zu kümmern und einen „Aufräumtag“ zu organisieren. Hier konnten die Gemeindevertreter/innen und alle anderen sehen, dass Bürger/innen bereit sind, Eigeninitiative zu übernehmen.

MK: Mich würde sehr interessieren, inwieweit in der Gemeindevertretung auf Basis der erarbeiteten Vorschläge Entscheidungen oder Beschlüsse gefasst wurden, die die Gemeinde dann auch finanziell etwas gekostet haben. Ist das Ganze wirklich praktikabel als Vorschlagswesen für die Gemeindevertretung? Ist es ein Modell, also auch übertragbar und verwendbar in anderen Gemeinden?

GS: Wie schon gesagt, hat die Gemeindevertretung z.B. für den Lärmschutz in der Schule Geld zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde beraten, wie die Bibliothek besser genutzt werden kann oder ob der Hort in die Nähe der Schule verlegt wird. Auch über den Jugendbereich gab es Diskussionen oder die Überlegung, Schule und Hort unter einem Dach laufen zu lassen. Die Diskussionen sind mit Stand von März 2012 noch nicht abgeschlossen!

Ich glaube, dass das Modell des „Zukunftstages“ für Wusterhausen und auch für andere Gemeinden ein tragfähiges Modell ist. In Wusterhausen war der erste „Zukunftstag“ ein großer Erfolg, so dass das Modell auf einen anderen Themenbereich in der Gemeinde übertragen wurde.

MK: Welcher Themenbereich war das und wie wurde der zweite „Zukunftstag“ durchgeführt?

GS: Es ging dabei um den Marktplatz in Wusterhausen, quasi das Aushängeschild für den Ort. Der Marktplatz ist vor nicht allzu langer Zeit komplett neu gestaltet worden, wurde aber von den Bürger/innen als Mittelpunkt des Ortes nicht recht angenommen. Deshalb entstand in der Gemeinde Wuster-



Abschlussrunde beim Zukunftstag „Marktplatz“ am 14. Januar 2012

hausen nach dem ersten „Zukunftstag“ schnell der Wunsch, die Methode zum Thema „Marktplatz“ einzusetzen. Wieder hat sich eine Vorbereitungsgruppe gefunden: der Bürgermeister, der ehemalige stellvertretende Bürgermeister, ein Mitglied des Gewerbevereins, zwei Mitglieder der Gemeindevertretung, ein Mitglied der Senior/innengruppe, eine Kitaleiterin, ein Mitglied des Kulturvereins und ein Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft. Es sollte wieder an Thementischen – Wirtschaft, Kinder und Jugendliche, Senior/innen, Spurensuche, Wohnumfeld, Kultur, Ordnung und Sicherheit – nach dem Modell des ersten „Zukunftstags“ diskutiert werden. Dieser zweite „Zukunftstag“ fand an einem Samstag im Mai 2011 direkt auf dem Marktplatz statt. Die Örtlichkeit war eine besondere Herausforderung für alle Moderator/innen, weil z.B. mit hoher Fluktuation von Tourist/innen, die neugierig sind, zu rechnen war oder weil Teilnehmer/innen nur an einem Thementisch diskutieren oder weil Bürger/innen eher vom Rand des Marktplatzes zusehen wollten. Auch die Wetterfrage war eine große Unbekannte; zur Not hätte auf die Stadthalle ausgewichen werden können. Also ziemlich viele Unwägbarkeiten, auf die man sich bei der Vorbereitung einzustellen hatte.

Wieder sollte in dem Dreierschritt: „Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Mit Deinem Beitrag macht es Sinn!“ diskutiert werden. Aber es wurde eine andere Form der Verschriftlichung an den Thementischen gewählt, das „Mind-Mapping“, weil der Platz zur Visualisierung sehr viel geringer war und die Teilnehmenden, die nach Lust und Laune von einem Tisch zu anderen wandern

konnten, auf einen Blick sehen sollten, was wie mit welchem Ergebnis besprochen worden war. Die Tischmoderator/innen wurden für das „Mind-Mapping“ von Expert/innen unterstützt. Geworben wurde für den zweiten „Zukunftstag“ über die Presse, Flyer, Plakate, direkte Ansprache und die Presse.

Jeder Thementisch stand in einem eigenen Zelt pavillon, die sieben Pavillons zusammen bildeten ein buntes Oval auf dem großen Marktplatz. An den Tischen wurde viel diskutiert und vielen Menschen war am Ende des zweiten „Zukunftstages“ klar, dass sich Aktionen auf dem Marktplatz arrangieren lassen, die ihn beleben!

MK: Waren an diesem „Zukunftstag“ andere Leute da als am ersten „Zukunftstag“?

GS: Einige Teilnehmer/innen des ersten „Zukunftstages“ waren dabei, aber auch viele neue Gesichter und mehr Gemeindevertreter/innen, die in den verschiedenen Runden mitdiskutiert haben. Wenn es um bauliche Maßnahmen, wie etwa eine Umgestaltung des Marktplatzes oder Nutzungsänderungen geht, ist die Gemeindevertretung gefragt, weil sie Beschlüsse fassen muss. (Wir wissen, dass in der Gemeindevertretung inzwischen Fragen zum Markttag diskutiert worden sind.) Am zweiten „Zukunftstag“ hatte der Bürgermeister teilgenommen und sich verantwortlich erklärt, die Ergebnisse in die Gemeindevertretung zu tragen.

Am zweiten „Zukunftstag“ war bemerkenswert, dass es kontroverse Diskussionen gab. Die Interessen gehen ja oft gerade im Bereich Wirtschaft auseinander. Manche wollten mehr Investitionen, andere forderten mehr Infrastruktur, es gab Gewerbetreibende mit unterschiedlichen Interessen, die Konkurrenz befürchteten etc. Hier musste und muss weiterhin mit langem Atem diskutiert und ausgehandelt werden, was von allen mitgetragen werden kann. Aber da ist die Gemeinde auf einem sehr guten Weg!

Man legt mit diesen Zukunftstagen gewissermaßen einen Kommunikationsring um die Gemeindevertretung, was für manche Gemeindemitglieder eine aktivierende Bedeutung hat. Andere profilieren sich auch darüber, gerade wenn, wie beim ersten Zukunftstag, Wahlkampf herrscht und es unklug für einen Kandidaten wäre, eine solche Chance ungenutzt zu lassen.

Die siebenköpfige Arbeitsgruppe des ersten „Zukunftstag“ besteht weiter und die Vorbereitungsgruppe des zweiten Tages ebenfalls. Es existieren nun zwei Arbeitsgruppen im Ort, die weiter miteinander diskutieren wollen und Wächter/innen sind für das, was auf den „Zukunftstagen“ diskutiert und angeregt worden ist. Die Bindeglieder zur Gemeindevertretung sind der Bürgermeister, ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und mindestens ein Gemeindevertreter.

Statement des Bürgermeisters von Wusterhausen, Roman Blank, zu den „Zukunftstagen“ anlässlich des Zukunftstages zum Thema „Marktplatz“ am 14. Januar 2012:

Insgesamt ist in ganz Deutschland die Tendenz zu erkennen, dass die Bürger immer stärker in die politischen Entscheidungen mit einbezogen werden wollen. In der Ausrichtung von „Zukunftstagen“ zeigt sich das: Die Bürger sehen die Stadt als ihre Stadt und sie sind stolz auf ihre Stadt und darauf, was in ihrer Stadt passiert. Zukunftstage sind eine Möglichkeit, basisdemokratische Elemente auf relativ einfache, kostengünstige Art und Weise in politische Entscheidungsprozesse einzubauen. Vor dem ersten Zukunftstag „Markt“ waren wir mit einem vielfach bekannten Problem konfrontiert: Der Marktplatz sollte umgestaltet werden. Dazu gab es im Vorfeld die üblichen Beteiligungsverfahren. Alle konnten mitreden. Vor der Umgestaltung war der Marktplatz dominiert von Straßen und Parkplätzen. In der Mitte gab es eine kleine Grünfläche, im Volksmund gerne auch das „Wusterhausener Hundeklo“ genannt, bepflanzt mit Rosen und einer großen Schale als Springbrunnen. Unter der Leitung meines Vorgängers wurde nach den Beteiligungsverfahren entschieden, dass der Markt so umgebaut werden sollte, dass eine große Fläche für Feste und Aktivitäten aller Art entsteht, ein multifunktionaler Raum ohne Barrieren, mit einem Brunnen vor dem Rathaus. Als der Marktplatz dann fertig war, wurde sehr schnell Kritik laut über das Aussehen des neuen Marktplatzes. Nach dem Umbau vermissten plötzlich viele die Grünfläche. Der Marktplatz war ihnen zu kahl und zu wenig grün. Der Brunnen erschien ihnen nicht passend für einen historischen Platz, weil es ein flacher Brunnen ist, wo im Sommer aber gerne die Kinder spielen.

Für mich stellte sich die Frage, wie ich als Bürgermeister darauf reagiere. Man muss ja den Willen der Bürger akzeptieren und respektieren. Man sieht an „Stuttgart 21“ was passiert, wenn man es nicht tut. In Wusterhausen gab es bereits einen Zukunftskreis zum Thema „Jugend“, der sich mit der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde befasste. Damit haben wir sehr positive Erfahrungen gemacht, weil alle zufrieden waren, dass sie angehört und einbezogen wurden. Dieses Mitmachen, diese Möglichkeit einen eigenen Beitrag liefern zu können, wurde sehr gut angenommen. Daraus entstand die Idee, auch für den Marktplatz einen Zukunftstag durchzuführen und die Bürger zu fragen: „Jetzt ist er da. Was machen wir nun?“ In diesem Rahmen können alle sagen, was sie eigentlich wollen und was sie dazu beitragen können, den Platz schöner zu machen, wobei es nicht darum ging, bauliche Änderungen vorzunehmen, sondern die Grundannahme des Konzepts für die Marktplatzgestaltung, eine Fläche für Feste und andere gesellschaftliche Aktivitäten zu haben, mit Leben zu füllen. Zudem war es eine Chance, die Gastronomen und Händler zu motivieren über eine Nutzung des Marktplatzes für ihr Geschäft nachzudenken, denn der Bedarf ist da und das geschäftliche Risiko ist meines Erachtens nicht allzu groß.

MK: Beim ersten und zweiten „Zukunftstag“ gab es ja diese Dokumentation und damit eine schriftliche Fixierung der verschiedenen Vorschläge, Anregungen und Ideen. Der Informationsfluss scheint damit gewährleistet zu sein, ohne von der späteren Interpretation der Beteiligten abhängig zu sein.

GS: Diese Dokumentationen geben die Gesprächsverläufe wieder, aber auch welche Regeln galten, was an kritischen und an Zukunftsdingen diskutiert worden ist und wer welche Aufgaben übernommen hat. Die Dokumentation steht auch auf der Homepage der Gemeinde Wusterhausen. Das macht es für mich zu einem schönen Modell: neben dem Erlebnis existiert ein Protokoll und damit Anbindungsmöglichkeiten an das Verfahren.

Und es ging ja weiter. Das Nachtreffen für den „Zukunftstag Markt“ hat im Januar 2012 stattgefunden. Eine Idee aus der Arbeitsgruppe war, die einzelnen Thementische in die Örtlichkeiten rings um den Marktplatz zu legen und dort zu diskutieren. So konnten die Teilnehmer/innen von einem Händler/ Ort zum nächsten wandern. Das war noch einmal eine andere Ebene, da nicht mehr alle Teilnehmer/innen unter einem Dach zusammen waren und direkten Kontakt zueinander hatten. Einige sind von Thementisch zu Thementisch gezogen, andere haben sich nur an einem Thementisch beteiligt. Diese Form hat uns gezeigt, dass die Bürger/innen die Idee des „Zukunftstages“ als ihre Form der Kommunikation angenommen haben.

MK: Jedoch vielleicht eine mit Vor- und Nachteilen. Das ist mir auch bei dem Marktplatz-Beispiel aufgefallen. Es ist sinnvoll, so etwas bei schönem Wetter auf dem Marktplatz zu veranstalten, allerdings gibt es dann keine Teilnahmelisten und man kann sich leichter verflüchtigen. Das scheint mir generell ein Punkt zu sein, der in Hinsicht auf die Übertragbarkeit des Modells interessant ist und über den man nochmal nachdenken müsste. Man müsste da die Vor- und Nachteile gegeneinander halten.

Statement des Bürgermeisters von Wusterhausen, Roman Blank, zu den „Zukunftstagen“ anlässlich des Zukunftstages zum Thema „Marktplatz“ am 14. Januar 2012:

Der Zukunftstag heute konnte aufgrund der Unterstützung der Gewerbetreibenden in den Geschäften und Lokalen am Marktplatz stattfinden. Damit hatte die Gemeinde nur den Arbeitsaufwand der Organisation zu erbringen. Beim ersten Zukunftstag „Marktplatz“ war es anders. Damals haben wir zu jedem der sieben behandelten Themen auf dem Marktplatz ein Zelt aufgestellt. Die Zelte mussten gemietet werden. Aber aufgrund der Fördermöglichkeiten über die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ konnte der Zukunftstag ko-

finanziert werden. Wir reden über ca. 2.000 Euro, die für die Miete der Zelte notwendig waren. Die Zukunftskreise „Jugend“ haben wir in unserer Mehrzweckhalle organisiert, bei denen letztlich nur das Catering bezahlt werden musste. Eigentlich sind die Kosten dieser Zukunftstage sehr gering. Der Aufwand besteht darin zu organisieren, die Leute anzusprechen, so dass sich alle motiviert fühlen mitzumachen.



Plakat zum Zukunftstag
„Marktplatz“ am 14. Mai 2011

GS: Der erste „Zukunftstag“ hat in der Mehrzweckhalle stattgefunden und wir hatten die Gesamtmoderation. Nach je ca. 30 Minuten Diskussion wanderten die einzelnen Gruppen zum nächsten Thementisch. Wir haben am Anfang Kennenlern- und Kontaktspiele gemacht und zum Abschluss ein Verabschiedungsspiel. Das war auf dem Marktplatz so nicht möglich, sondern es waren „ungeordnete Wanderungen“. Einige haben sich nur an einem Tisch aufgehalten, andere sind alle Tische durchgegangen. Die Verantwortlichen an den Thementischen haben sich auch nicht immer an die vereinbarten Regeln gehalten. Ähnlich war es bei den „Mindmapper/innen“, so dass es unterschiedliche Formen von Aufzeichnungen gab, was die Dokumentation nicht einfach machte. Es war ein buntes Miteinander-ins-Gespräch-kommen zum jeweiligen Thema

und darüber hinaus. Es scheint so, dass Menschen in einer Gemeinde so einen fast offiziellen, aber nicht formalen Rahmen brauchen, um Fragen zu stellen, Meinungen zu sagen, Ideen zu entwickeln und Verabredungen zu treffen.

MK: Und wie seid ihr mit der Dokumentation dann umgegangen? Die Reihenfolge der Äußerungen ist ja eigentlich egal. Aber wenn die Kritik nicht ergänzt wird durch einen konstruktiven Vorschlag und eine verantwortliche Person, ...

GS: ... dann blieb nur die kritische Sicht stehen.

Ich will noch erwähnen, dass die Arbeit mit der Vorbereitungsgruppe für den zweiten „Zukunftstag“ anders war als mit der Vorbereitungsgruppe für den ersten „Zukunftstag“. Die Gruppe zum ersten „Zukunftstag“ hatte sich ja eigenständig gefunden, hatte ein eigenes Anliegen, dann kamen nochmal ein paar Leute dazu, weil weitere Bereiche abgedeckt werden sollten. Beim zweiten „Zukunftstag“ war es dagegen so, dass wir durch den sehr engen Zeitplan von knapp zwei Monaten erst am „Zukunftstag“ selbst die gesamte Moderator/innengruppe kennenlernten. Wir haben z.B. nicht mit allen Moderator/innen für die Thementische die Zielsetzung gemeinsam erarbeiten können. Es gab kurzfristige Absagen, für die vor Ort schnell Ersatz gefunden werden musste. Es fanden auch weniger gemeinsame Treffen statt. Dieser Vorbereitungsgruppe fehlte das Erlebnis einer gemeinsamen Erarbeitung. Wir hatten deshalb ein wenig Sorge, wie stark sich die Moderator/innen an den Thementischen mit der Thematik identifizieren und als ihr Anliegen verstehen und ob sie der Moderation mit all den Unwägbarkeiten wie z.B. Dauerredner/innen oder Nur-Mecker/innen gewachsen waren. Wir hatten bei dem zweiten „Zukunftstag“ auch aus diesem Grund mehr Herzklopfen als beim ersten. Sicherheit gab uns, dass die Tische mit den „Mindmapper/innen“ eine Absicherung für die Diskussionen hatten.

MK: Die Doppelbesetzung bzw. Aufteilung von Moderator/in und Protokollant/in scheint eine gute Idee zu sein. Damit hat man jemanden, der/die sich bewusst ist, dass er/sie nicht als Privatperson oder als Teil der Gemeinde, sondern als Dokumentator/in anwesend ist. So kann man gewährleisten, dass alles auch wirklich aufs Papier kommt.

GS: Ja. Die Dokumentator/innen konnten sich den Thementisch aussuchen, zu dem sie eine besondere Nähe hatten. Wir haben sie für die Vorbereitung mit vielen Informationen zum Tag versorgt. Trotzdem würden wir für ein nächstes Mal stärker darauf drängen, dass sich die Moderator/innen für die Thementische mindestens einmal vorher treffen, um gemeinsam über die Zielsetzung dieses „Zukunftstages“ reden zu können und über mögliche Szenarien „Was passiert

wenn...“. Dafür war in diesem Fall leider keine Zeit. Die Sicherheitsleine, Expert/innen als Dokumentator/innen zu haben, also zum Teil Kolleginnen und Kollegen, bei denen wir wussten, dass sie auch mit schwierigen Situationen umgehen können, war wirklich wichtig. Aber auch um die Dokumentation an den Tischen so zu machen, dass Leute an der Dokumentation sehen konnten, was schon alles erarbeitet und besprochen worden war. Bei einem nächsten Mal würde ich also mehr Zeit in die Vorbereitung legen.

MK: Die Notwendigkeit einer intensiven Vorbereitung lässt vermuten, dass so ein Zukunftstag nicht allzu oft durchgeführt werden kann. Das Ganze kann sicher kein Ersatz für eine Institution wie die Gemeindevertretung sein, sondern kann vielleicht einmal im Jahr in kleineren Gemeinden stattfinden, aber öfter wahrscheinlich nicht.

GS: Die Gemeinde, besser gesagt die Menschen, die mit beteiligt waren, hatten schon zahlreiche Ideen, zu welchen anderen Themen sie noch „Zukunftstage“ veranstalten wollen, eigentlich am liebsten mindestens einmal im Jahr zu einem neuen Thema. Dann sollte mindestens einmal im Jahr zu den schon behandelten Themen ein Nachtreffen stattfinden, um zu sehen, was aus den Vorhaben geworden ist. Das ist auf Dauer vermutlich nicht zu leisten. Im Jahr 2011 war im Februar das Nachtreffen des ersten „Zukunftstages“, im Mai der zweite „Zukunftstag“, im Januar 2012 das Nachtreffen des zweiten „Zukunftstages“ und im März 2012 soll das zweite Nachtreffen zum ersten „Zukunftstag“ (Kinder und Jugend) stattfinden. Es ist für die Vorbereitungsgruppe und für uns als Beratende und Moderator/innen viel Arbeit, auch wenn es ein hoch spannender Prozess ist und allen sehr viel Spaß macht. Wir haben bisher auch die Nachtreffen moderiert. Deshalb planen wir, für das nächste Nachtreffen zum Thema „Kinder und Jugend“ die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe entsprechend zu coachen, damit sie in Zukunft die gesamte Moderation übernehmen können und wir nur Gäste an dem Tag sind. Wir haben auch die Dokumentation für das Nachtreffen zum Thema Markt nicht mehr übernommen, sondern sie wurde von der Vorbereitungsgruppe erstellt – getreu unserem Beratungsgrundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“.

MK: So vielseitig die Vorzüge sind, so groß ist also auch der Aufwand, das ordentlich und fruchtbar zu machen. Könnte eine andere Gemeinde einen Zukunftstag durchführen, ohne dass unbedingt ein regionales MBT angefragt wird?

GS: Es gibt ja die beiden Leitfragen: „Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?“ Und die Anleitung zur Konkretisierung: „Mit Deinem Beitrag macht es Sinn“. Das ist die Struktur für die Diskussion, die jede Kommune oder Gruppe über-

nehmen könnte. Wichtig ist dabei allerdings, dass sich Menschen in einer Gruppe finden, die eine solche Veranstaltung sehr gut vorbereiten mit den Fragen, was ist das Ziel, wer soll diskutieren, wer moderiert die Diskussionen, ist diese Methode für das angedachte Vorhaben wirklich richtig, welche Möglichkeiten der Dokumentation gibt es, wie kann die Veranstaltung beworben werden, wie kann die begonnene Diskussion als Prozess weitergeführt werden und nicht zuletzt ob dafür Beratung und eine Gesamtmoderation von außen gebraucht wird. Ich plädiere aber dafür zu schauen, was mit Ressourcen aus der eigenen Gemeinde geleistet werden kann, und das ist oft mehr, als viele zunächst annehmen.

Die Frage der Dokumentation ist sehr wichtig. Es gab beim ersten „Zukunftstag“ große Blätter mit den Überschriften der einzelnen Diskussionschritte, z.B. „Wo stehen wir“. Dort hat die Moderation an den Tischen alles Gesagte dazu dokumentiert bzw. die Leute haben ihren Beitrag selbst aufgeschrieben. An jedem Tisch konnten die einzelnen Schritte gut verfolgt werden, auch weil die Teilnehmenden in Gruppen von Tisch zu Tisch wanderten.

Ähnliche Dokumentationsformen wie z.B. das „Mind-Mapping“ sind alternativ auch möglich, je nachdem welche Form der „Zukunftstag“ hat.

Statement des Bürgermeisters von Wusterhausen, Roman Blank, zu den „Zukunftstagen“ anlässlich des Zukunftstages zum Thema „Marktplatz“ am 14. Januar 2012:

Aus meiner Sicht laufen diese Zukunftskreise sehr erfolgreich. Wir hatten auch heute wieder Sorge, dass die Leute diese Art des Zukunftskreises nicht annehmen, aufgrund der Hemmschwelle, in die Läden zu gehen und zu diskutieren. Doch es wurde gut angenommen und ich kann eigentlich nur jedem empfehlen den Mut aufzubringen, dem „Volk aufs Maul zu schauen“, wie man so schön sagt und mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik ist es, der Bevölkerung das Leben zu erleichtern, auf ihre Bedürfnisse und Wünsche einzugehen, aber sie eben auch zu motivieren, die Gemeinde als ihre Gemeinde zu begreifen, diese bürgerschaftliche Verantwortung „Das ist meine Stadt“ in den Vordergrund zu stellen. Man erlebt bei den Zukunftstagen, dass Demokratie viel mehr sein kann als die verbreitete Vorstellung, dass man alle sechs oder acht Jahre mal wählen geht und dann sitzt da irgendjemand, der sich nicht für einen interessiert. Stattdessen machen nun viele die Erfahrung: man ist einbezogen in die Entscheidungsprozesse, man kann mitgestalten. Aber auch, dass es nicht nur eine Idee gibt, sondern viele verschiedene, sich teilweise gegenseitig ausschließende, die nicht alle umgesetzt werden können. Ich glaube, das ist das Wichtige, das die Leute motiviert, hierher zu kommen und mitzudiskutieren. Sie wissen: es passiert dann auch etwas.

MK: Das MBT hat mit dem Zukunftstag ein Vorhaben unterstützt, das unmittelbar nichts mit Rechtsextremismus zu tun hat. Es hat damit übergreifend gearbeitet und vielleicht direkt an einem Themenfeld gearbeitet, das indirekt wieder auf das Themenfeld Rechtsextremismus zurückwirkt. Inwieweit ist das Modell der „Zukunftstage“ in Wusterhausen ein Beitrag zum Hauptauftrag des MBT, der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?

GS: Uns als MBT sind in der Tat bisher keine rechtsextremen Vorfälle in der Gemeinde bekannt. Allerdings ist uns klar, dass es keine Kommune in Brandenburg gibt, in der weder rechtsextreme Einstellungen noch Äußerungen z.B. fremdenfeindlicher Art existieren.

Unser Gedanke war, dass eine starke Partizipation, mit der Bürgerinnen und Bürger sich für ihren Ort verantwortlich fühlen und etwas einbringen können, die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist. Rechtsextremismus arbeitet mit einem hierarchischen System. Dem widerspricht, wenn sich Menschen miteinander verabreden, sich selbst einbringen und gleichberechtigt mitbestimmen, wie sie ihr Zusammenleben gestalten wollen. Von daher denke ich, dass die Unterstützung des Modells „Zukunftstag“ mit zu unserem Aufgabengebiet gehört. Zur Prävention von Rechtsextremismus gehört nach unserem Verständnis ein lebendiges, demokratisches, partizipatives Gemeinwesen.

MK: Sind denn die Wusterhausener überdurchschnittlich aktiv im Vergleich mit anderen Kommunen? Die Schilderung der Zukunftstage vermittelt einen sehr engagierten Eindruck.

GS: Es sind schon Unterschiede zu anderen Kommunen zu sehen, die z.B. manchmal eher eine Art Wagenburgmentalität haben und wo Beratungen schwieriger sind. Wir haben versucht herauszufinden, was der Grund sein könnte, warum die Wusterhausener/innen die Beratung so gut annehmen konnten. Eine Vermutung ist, dass es in der Geschichte Wusterhausens liegen könnte. Wusterhausen war einmal ein kleiner Ort und plötzlich passierte etwas, was von außen herangetragen wurde, etwa die Aufnahme des Ortes in die Hanse: der Ort bekam Ansehen und Bedeutung. Nach dem Niedergang der Hanse war die Gemeinde eine Zeit lang relativ bedeutungs- und mittellos. Dann wurde sie wieder von einer anderen Entwicklung erfasst, es kam zu einer neuen Blüte und wieder zu einem „Tal“ – vielleicht kann man die Geschichte Wusterhausens als Wellenbewegung von Hochzeiten und Rückschlägen beschreiben. Im neu eröffneten Museum ist dazu viel zu sehen.

Im ländlichen Raum finden sich Traditionen, die in Familien von einer Generation an die nächste weitergegeben werden. Eine dieser Traditionen könnte eine Art Aufgeschlossenheit für neue Ideen von außen sein. Die Bürger/innen haben in ihrer Gemeinde immer sehr viel Bewegung gehabt, durch die Hanse,



Marktplatz in Wusterhausen beim Zukunftstag „Marktplatz“ am 14. Mai 2011

durch die Pilger etc. Sie waren immer mit neuen Geschichten und Menschen konfrontiert, und ich glaube, dass sich daraus ein hohes Maß auch an Neugier entwickelt hat. Sie waren zudem wirtschaftlich abhängig davon, das heißt, Aufgeschlossenheit hatte einen direkten Nutzen für die Gemeinde. Als sich zu DDR-Zeiten im Sommer die Zahl der Menschen im Ort durch den Tourismus verdoppelt hat, musste die Bevölkerung Kontakt aufnehmen, damit die Tourist/innen wiederkommen. Die Bürger/innen begreifen, dass sie etwas tun müssen, damit sich Menschen bei ihnen im Ort wohl fühlen und sie wieder mehr Zulauf haben. Wenn der Ort attraktiver wird, wird sich auch für sie etwas entwickeln, ihre eigene Infrastruktur wird sich z.B. verbessern. Wenn diese Form von Aufgeschlossenheit nicht da gewesen wäre, wären wir mit der Idee des „Zukunftstages“ mit Sicherheit gescheitert. Es hätte ja auch sein können, dass wir auf Ablehnung stoßen, dass es den Wusterhausener/innen zu viel wird und sie lieber nur bei ihren Fragebögen bleiben. Es hätte sein können, dass sie uns mit Unverständnis und Skepsis begegnen. Das war alles nicht so, sondern sie haben sich anstecken lassen. Sie waren auf der Suche und konnten unsere Anregungen sehr schnell aufnehmen. Und dadurch, dass der erste „Zukunftstag“ so gut geklappt hat, hatten wir mit der zweiten, neuen Idee draußen auf dem Marktplatz beste Voraussetzungen. Die Begeisterung des Bürgermeisters, seines früheren und auch seines jetzigen Stellvertreters waren ebenfalls sehr unterstützend. Der Erfolg gehört all den Menschen, die diese „Zukunftstage“ vorbereitet, moderiert, dort mitdiskutiert und sie dokumentiert haben. Das sind Bürger/innen aus der Gemeinde Wusterhausen!

Beim „Zukunftstag“ zum Marktplatz war es auch so, dass die Mitarbeiter/innen vom gemeindeeigenen Bauhof morgens die Pavillons aufstellten und abends wieder abbauten. Das heißt, eine Gruppe, die eigentlich mit der ganzen Thematik wenig zu tun hatte, hatte nun auch etwas davon mitbekommen.

Vielleicht noch einen Blick auf unsere MBT-internen Beratungen zu diesem Modell: Ein Vorteil für uns war, dass Kolleg/innen aus dem MBT das Mindmap beim Thema „Markt“ gemacht haben. Es war ja eine für uns neue Form der Bürgerbeteiligung und sie konnten kritisch mit uns draufschauen und mit uns überlegen, ob die „Zukunftstage“ ein gutes Modell sind, was noch optimiert werden könnte etc.

Wir sind ja als MBT immer mit den Fragen beschäftigt, was ist im ländlichen Raum machbar und wie kommen wir in unserer Entwicklung und unseren Beratungsansätzen weiter. Neben dem Thema Rechtsextremismus zählt hier auch das Thema Entwicklung und Unterstützung des Demokratischen. Ich denke, das Modell „Zukunftstag“ ist auf jeden Fall eine Möglichkeit, wie eine Kommune sich weiterentwickeln kann. Das wirkt sich auf das Leitbild der Kommune aus und darauf, wie sie sich nach außen darstellt.

MK: Sie können dann sagen, „bei uns werden wichtige Themen mit diesem Verfahren/Prozess bearbeitet“.

GS: Und wenn das offensiv nach außen vertreten wird, kann sich das positiv auswirken. Ich denke da an junge Familien, die Orte suchen, wo sie hinziehen wollen. Wusterhausen hat genug Kitas, eine richtig tolle Grundschule und ist nicht weit von Neuruppin als Verwaltungszentrum entfernt. Die Stadt könnte also Zuzügler/innen mit dem partizipativen Aspekt für sich gewinnen und das ist natürlich ein positives Merkmal für diese Kommune.

Robin Kendon, Ray Kokoschko

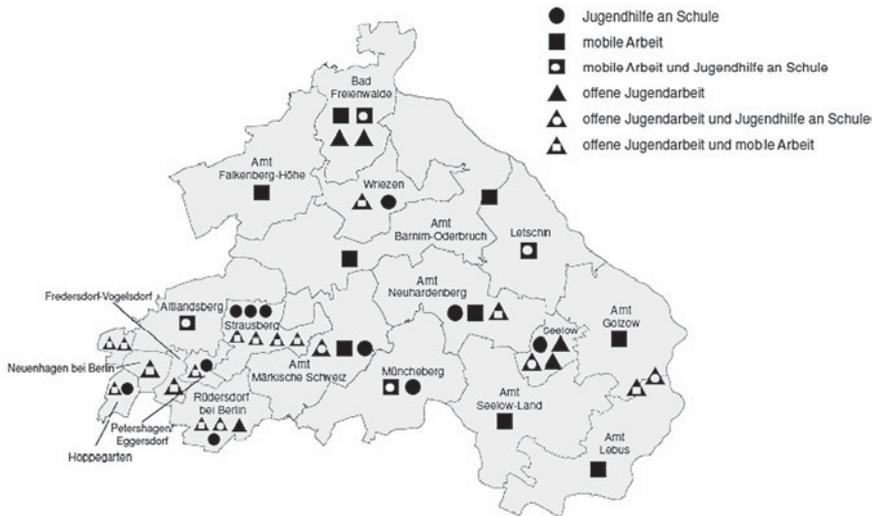
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit

Die Tätigkeit des Mobilen Beratungsteams führt zu vielfältigen Kontakten mit den unterschiedlichsten Personen, Einrichtungen, Institutionen und Zusammenschlüssen. Meistens kommen sie zustande, da für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Unterstützung gesucht wird. Wenngleich diese ersten Kontakte oft eine Reaktion auf das Problem Rechtsextremismus darstellen, entwickeln viele unserer BeratungspartnerInnen darüber hinaus auch den Wunsch, das Engagement für eine demokratische Gesellschaft in ihre eigene Arbeit stärker zu integrieren, gemäß der These, dass eine stabile demokratische Gesellschaft weniger anfällig ist für rechtsextreme „Unterwanderung“.

Im Folgenden beschreiben wir einen Fortbildungs- und Coachingprozess mit einem freien Träger der Jugendarbeit im ländlichen Raum, in dem die Themen Partizipation und Beteiligung im Gemeinwesen, aber nicht das Thema Rechtsextremismus im Mittelpunkt standen.

Zur personellen Ausstattung von Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Märkisch Oderland

Wie in allen Landkreisen, so setzt sich auch in Märkisch-Oderland (MOL) die Mitarbeiterschaft in der Kinder und Jugendarbeit aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen zusammen. Im Bereich der Jugendhilfe werden in der Kinder- und Jugendarbeit Angebote auch über ehrenamtliches Engagement oder über Projekte, die durch Fördermaßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes finanziert werden, abgedeckt. Davon unberührt bleiben Kernbereiche, die nicht ohne sozialpädagogische Fachkräfte realisiert werden können. Zu den Kernbereichen gehören mobile Arbeit, Jugendhilfe an der Schule und offene Jugendarbeit.



Stellenverteilung im Personalkostenförderprogramm im Landkreis Märkisch Oderland

Mit Unterstützung des „Programms zur Förderung von Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ des Landes Brandenburg werden in Märkisch-Oderland laut Jugendförderplan 2012 insgesamt 40 Personalstellen in der Jugendsozialarbeit finanziert. „Der eingeschätzte benötigte Bedarf ist höher als es die gegenwärtigen Rahmenbedingungen hergeben. Um ein möglichst ausgewogenes Angebot vorhalten zu können, wurden einzelne Stellen gesplittet und in Teilzeitstellen umgewandelt. Die 40 Vollzeitstellen teilen sich auf 48 StelleninhaberInnen auf.“¹

Zusätzlich zu dem sozialpädagogischen Fachpersonal gibt es eine Vielzahl an Personal, das über den zweiten Arbeitsmarkt (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/ AGH-MAE oder mit sozialversicherungspflichtiger Mehraufwandsentschädigung/ MAE-SV, Kommunal-Kombi oder Bürgerarbeit finanziert über die Jobcenter) gefördert wird.

Aufgrund der demografischen Entwicklungen und des sukzessiven Rückbaus der ökonomischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur, insbesondere in den östlichen ländlichen Regionen des Landkreises, verändern sich die

¹ Jugendhilfeplanung Landkreis Märkisch-Oderland, Teilplan: Jugendförderplan 2012; S.16 (Stand 09/2011); http://www.maerkisch-oderland.de/cms/upload/pdf/Fachbereich_II/jugendamt/jugendfoerderung/Jugendfoederplan_2012.pdf, zuletzt eingesehen am 31.5.2012; die abgebildete Karte mit der Darstellung der Stellenverteilungen stammt aus diesem Dokument (S. 17).

Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Dabei verlaufen die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in den Städten und den eher ländlichen Gemeinden in unterschiedlicher Weise. Trotz der Abnahme der Kinderzahlen im Landkreis erhöhen sich die Förderbedarfe für Kinder und Jugendliche im Kontext besonderer Lebenslagen wie Armut, Migration oder Krankheit/ Behinderung.

Auf Kürzungen bzw. den Wegfall verschiedener Förderungen durch das Land Brandenburg bzw. durch den Europäischen Sozialfonds reagierte der Landkreis mit Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Kinder und Jugendarbeit durch Änderungen der finanziellen Jugendförderung, durch Umstrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit über neue Schwerpunktsetzungen oder auch durch die Splittung von Vollzeitstellen. Dies führte zum Teil zu einer Entspezialisierung von pädagogischen Fachkräften, da SozialarbeiterInnen multifunktional in unterschiedlichen Sozialräumen agieren. So begegnet man SozialarbeiterInnen, die am Vormittag in der Schule arbeiten, abends mehrere Jugendclubs betreuen und zwischendurch Einzelfallhilfe leisten. Jugendkoordinatoren haben oftmals mehrere Gemeinden mit unterschiedlichen Einrichtungen zu begleiten. Beziehungsarbeit und pädagogische Interventionen sind schwer durchzuführen, zumal organisatorische und verwaltungstechnische Arbeiten ebenfalls zu erledigen sind. Hinzu kommen noch die oft weiten Wege zwischen den verschiedenen Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Gemeinden und Dörfern.

Träger beschrieben uns, dass es für sie schwierig sei, Personalstellen mit sozialpädagogischen Fachkräften neu zu besetzen, da auf ausgeschriebene Stellen keine oder unzureichende Bewerbungen erfolgen. Stellen für Jugendsozialarbeiterinnen blieben in Letschin und Seelow lange Zeit unbesetzt.

Viele engagierte freie, als auch kommunale Träger versuchen, über den Umweg der staatlichen Förderung des zweiten Arbeitsmarktes diese Problemlagen zu kompensieren. Dazu wird auf die personellen Ressourcen der Region zurückgegriffen, in der eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. So unterstützen Vereine und Kommunen die sozialpädagogische Arbeit der eingesetzten Fachkräfte mit niederschweligen Angeboten durch Personal, das über die Fördermöglichkeiten des zweiten Arbeitsmarktes finanziert wird oder sich ehrenamtlich engagiert. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit haben einen hohen Personalbedarf. Im Landkreis Märkisch-Oderland gibt es laut Jugendhilfeplan 19 Jugendräume, 34 Jugendclubs und 13 Jugendhäuser.

Im Jahre 2011 waren laut Statistik des Jugendamtes alleine 123 Personen über MAE-Maßnahmen angestellt. Laut Antragsformulierungen gehörten zu den konkreten Aufgabenbereichen der Projekte unter anderem die Begleitung einer Kleiderkammer, Ansprechpartner für Personen mit sozialen Problemen

zu sein, eine Spielzeughörse einzurichten, überregionale Kinder- und Jugendarbeit im Spielmobil zu organisieren, ein Beschäftigungspool für zusätzlich unterstützende Angebote in der Jugend- und Sozialarbeit in der Stadt zu implementieren, öffentliche Kinder und Jugendarbeit zu gestalten, zusätzliche Angebote im Breitensport zu unterstützen. Die Unterstützung der Kinder-, Familien-, Jugend-, Bürger-, Bildungs- und Kulturarbeit im und über das Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum, die multimediale Unterstützung der Jugend-, Kultur- und Bürgerarbeit, die Unterstützung der AGs der Schule und Koordinierung von Maßnahmen zur Durchführung von Breitensportangeboten und die Gestaltung von Modellbau jeglicher Art waren andere Angebote, die durch Mehraufwandsentschädigung finanziert wurden. Außerdem: Differenziertes soziales Lernen – offene Angebote für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum, Bewahrung heimatgeschichtlicher Traditionen im Oderbruch, Luftfahrtgeschichte zum Anfassen – Bewahrung militärischer Traditionen, unterstützende zusätzliche Arbeiten bei der Freizeitbetreuung von Kindern im Verein, Unterstützung von sozialen Aktivitäten, MAE-Betreuung im sozialen, kulturellen und pflegerischen Bereich, Präsentation von Regional- und Kirchengeschichte.

Beschäftigung, Wiedereingliederung und Qualifizierung für Tätigkeiten im sozialen Bereich, zusätzliche Arbeiten in der Kita, zusätzliche Arbeiten im Hort, mobile Bildungs- und Medienarbeit, Unterstützung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, mobile Umweltbildung und Erziehung, Erziehungshelfer in der Schule und Brandschutzerziehung gehören zu den Aufgabenbereichen der Projekte insbesondere in ländlichen Gebieten.

Einige der beschriebenen Handlungsfelder korrespondieren stark mit den Pflichtleistungen des örtlichen Trägers der Jugendhilfe oder mit den Handlungsfeldern der freiwilligen Leistungen von Kommunen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, die durch sozialpädagogisches Fachpersonal bearbeitet werden sollten. Aufgrund der finanziellen Mangelsituation und den realen Bedarfen ist es für die Organisatoren von Kinder- und Jugendarbeit nicht immer einfach, klare Grenzen zwischen den Aufgabenfeldern des pädagogischen Fachpersonals und der begleitenden Angebote, realisiert durch Fördermaßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes, zu ziehen.

Entsprechend der jeweiligen Förderrichtlinien haben die Projekte eine Laufzeit zwischen einem halben und einem ganzen Jahr. In ganz wenigen Fällen entsteht aus dem Projektansatz eine feste Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt. Eine Voraussetzung für die Zuweisung einer solchen Stelle ist die Arbeitslosigkeit. Die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen gesellschaftlichen Entwertungserfahrungen bieten vielfältige Möglichkeiten, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Handlungschancen für die politische Bildungsarbeit im ländlichen Raum – Qualifizierung und Zugang zu schwer erreichbaren sozialen Milieus

Viele Träger solcher Projekte sind bemüht, verantwortungsbewusst mit ihren MitarbeiterInnen umzugehen. Die nahtlose Integration in vorhandene Arbeitsstrukturen, die Teambildung und die Qualifikation der neuen MitarbeiterInnen, die Beteiligung an der Lösung von Aufgabenstellungen in der Kinder- und Jugendarbeit sind dabei Herausforderungen für die Träger solcher Maßnahmen.

Das Mobiles Beratungsteam wurde in solchen Situationen oft angefragt, Fortbildungen und Seminare mit MitarbeiterInnen zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Demokratieförderung und Beteiligung durchzuführen. Schwerpunkte dieser Veranstaltungen waren sowohl Sensibilisierungen zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus selbst als auch Handlungsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen. Perspektivisch ergibt sich die Chance, diese Menschen als MultiplikatorInnen für die demokratische Entwicklung im Gemeinwesen zu motivieren, sie beratend und coachend zu begleiten und sie methodisch zu qualifizieren.

Bezüglich der pädagogisch fachlichen Voraussetzungen der TeilnehmerInnen für das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit nehmen wir im Rahmen dieser Veranstaltungen eine nicht wertende Haltung ein. Wir thematisieren vielmehr die vorhandenen Ressourcen, Neigungen, Leidenschaften, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen der AkteurInnen, auch wenn sie nicht unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, und versuchen, sie im weiteren Verlauf mit den praktischen Erfordernissen der neuen Arbeit zu verknüpfen.

Mit diesen Fortbildungen erreichen wir Zielgruppen, die sonst für die politische Erwachsenenbildung schwer zugänglich sind. Ziel ist es, die individuellen Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen der TeilnehmerInnen als demokratische AkteurInnen zu erweitern und zu stärken.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den TeilnehmerInnen bezieht sich dabei nicht nur auf das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit, sondern auf das gesamte Gemeinwesen und die Sozialräume, die für sie wichtig und von Belang sind. In den meisten Fällen sind diese MitarbeiterInnen lokal verwurzelt, agieren in ihren sozialen Netzwerken und identifizieren sich stark mit ihren Wohnorten, Dörfern und der ländlichen Region. Die Nachhaltigkeit von derartigen Fortbildungsveranstaltungen besteht darin, dass sich die Teilnehmenden nicht nur in den Belangen von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der geförderten Maßnahme engagieren, sondern dass sie sich auch motiviert, kompetent und auf demokratische Weise für die eigenen Interessen einsetzen.

Der Träger

Die Kindervereinigung e.V. Seelow wurde im März 1992 als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Seelow gegründet. Der Verein bietet vielfältige Freizeitangebote und offene Kinder- und Jugendarbeit in Seelow sowie im Umland an und ist als Träger der freien Jugendhilfe seit Dezember 1993 anerkannt, seit März 1996 mit anerkanntem Ferienservice. Die Kindervereinigung Seelow ist seit Mai 1995 Träger des Kinder- und Jugendfreizeitentrums „FRIZZ-Seelow“ in Seelow und führt seit 1992 internationale Begegnungen mit den Partnerstädten Seelows Międzychód, Kostrzyn und Nangis durch. Der Verein zählt ca. 20 ehrenamtliche Mitglieder und gegenwärtig (2012) zwischen 10 und 20 Beschäftigte (mit Projekten außer Haus) und ist Mitglied im

- Gesamtverein und Landesverband der KINDERVEREINIGUNG e.V.,
- Kreis-Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V. und im Netzwerk für Toleranz und Integration Märkisch-Oderland sowie im
- Landesverband für Kinder- und Jugendreisen Berlin-Brandenburg e.V.²

Die Trägerlandschaft für die Kinder- und Jugendsozialarbeit in ländlichen Regionen, wie dem östlichen Bereich des Landkreises Märkisch-Oderland, gestaltet sich entsprechend der oben beschriebenen Situation als Flickenteppich. Es gibt in der Regel nur einen Träger pro Gebiet und Aufgabenfeld – weder gibt es mehr Nachfrage noch ließen sich weitere Angebote finanzieren. So ist die Kindervereinigung *der* Träger der Jugendsozialarbeit in Seelow und es besteht die (nicht immer ausgesprochene) Erwartung seitens der Kommunalpolitik und -verwaltung, dass die Kindervereinigung sich um alle Jugendlichen „kümmern“ sollte, die in ihrer Freizeit nicht irgendwo anders „untergebracht“ sind. Auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung und berufsvorbereitenden Maßnahmen für Jugendliche arbeitet das Christliche Jugenddorf in Seelow. Der CVJM im Kirchenkreis Oderbruch e.V. hat seinen Sitz in Seelow und betreibt hier zwar ein eigenes Haus; er ist aber sonst eher im Raum Wriezen tätig. Im Amt Neuhardenberg ist die Kindervereinigung Seelow Träger für den Jugendkoordinator in den Gemeinden Märkische Höhe und Gusow-Platkow sowie für hauptamtlich betreute Jugendarbeit in den Dörfern Platkow und Gusow. In Neuhardenberg selbst wird der Jugendclub und die Jugendkoordination von dem Kinderring Neuhardenberg betrieben, der wiederum auch in weiteren Orten im östlichen Bereich des Landkreises tätig ist. In Letschin betreibt die Kindervereinigung e.V. Seelow auch hauptamtlich betreute Jugendsozialarbeit, ohne die Funktion der Jugendkoordination innezuhaben.

² Vgl. Website <http://www.frizz-seelow.de>, zuletzt eingesehen am 15.5.2012.



Das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum „FRIZZ“ liegt zentral am Marktplatz in Seelow. Im Hintergrund das Landratsamt mit Jugendamt.

Träger wie die Kindervereinigung Seelow finanzieren sich fast ausschließlich durch öffentliche Mittel, indem sie Aufgaben übernehmen und dafür bezuschusst werden. Darüber entscheiden die Gemeinden, Ämter und der Landkreis. Auch die Schaffung von geförderten Arbeitsplätzen (Kommunal-Kombi, Bürgerarbeit usw.) hängt von Entscheidungen dieser Körperschaften ab. Die Träger müssen also einen nicht unerheblichen Aufwand betreiben, um überhaupt in der Jugendarbeit tätig werden zu können. Sie müssen Kontakte pflegen und Konzepte schreiben, ohne eine Garantie zu haben, dass sie einen Zuschlag erhalten. Manche Entscheidungen für oder gegen einen Träger scheinen nicht transparent zu sein. Freier Träger der Jugendhilfe zu sein, ist oft ein schwieriger „Überlebenskampf“.

Die Kindervereinigung e.V. Seelow war an den demokratischen Aktionen gegen den rechtsextremen Aufmarsch zum Volkstrauertag 2006 aktiv beteiligt, als Seelow zum Ersatzort für den Soldatenfriedhof in Halbe wurde. In Manschnow im Oderbruch im Juli 2010 war die Kindervereinigung auch am Bürgerfest beteiligt, das als Antwort auf die geplante (und schließlich abgesagte) Demonstration der „Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim“ stattfand.

Der Auftrag

Die im Weiteren beschriebene Seminarreihe entstand aus dem Bedürfnis des Geschäftsführers und des Vorstandes des Vereins, zielgruppenspezifisch die Arbeitsansätze im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit weiterzuentwickeln. Als Herausforderung für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote des Trägers wurden die Veränderung in der Altersstruktur der Klientel als auch der Umzug der Kinder- und Jugendeinrichtung des Trägers in das unmittelbare Zentrum der Kreisstadt Seelow beschrieben. Mit der Auftragsklärung wurde vereinbart, dass sowohl eine Bedarfsanalyse als auch eine daraus resultierende Fortbildungsreihe für die MitarbeiterInnen entstehen sollte.

Unseren Verhandlungspartnern war es wichtig, dass insbesondere die Themen Beteiligung und Demokratieförderung zentrale Bedeutung für diese Fortbildungsreihe haben sollten. Ausgangspunkt dabei war die These, dass für die Entwicklung der ländlichen Regionen die demokratische Handlungsfähigkeit der heranwachsenden Generation ein entscheidender Faktor ist. Die Entwicklung der passenden Soft Skills bei den MitarbeiterInnen wurde dabei als Voraussetzung für das Empowerment von Kindern und Jugendlichen beschrieben.

Im Kontext der eigenen Aufgabenbeschreibung sieht sich der Träger in der Mitverantwortung, Angebote zu strukturieren, die den Kindern und Heranwachsenden Hilfe zu Selbsthilfe geben, ihre Selbständigkeit fördern und sie für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen handlungsfähig machen. Projekte im Kontext demokratischer Beteiligung sollen dabei die entsprechenden Erfahrungsräume für die heranwachsende Generation bilden.

Im Widerspruch dazu stehen möglicherweise die ArbeitnehmerInnen, die zum großen Teil Langzeitarbeitslose sind und die für sich persönlich als auch für die Region keine Perspektiven beschreiben können.

Das Thema Rechtsextremismus wurde nicht explizit angesprochen. Im Rahmen unseres Auftrages innerhalb des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ gilt es aber, auch demokratiefördernde Prozesse zu beraten und zu begleiten, um damit präventiv gegen rechtsextreme Erscheinungen zu wirken. Zentrale Beratungsansätze des MBT sind dabei u.a. die Beförderung politischer Diskurse zur Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens und diesbezügliche Angebote über das Instrument der politischen Erwachsenenbildung.

Bei der Analyse der Ausgangsbedingungen wurde deutlich, dass für den Erfolg und die damit verbundene Nachhaltigkeit der Veranstaltungsreihe begünstigende Faktoren zu beschreiben sind. Dazu zählte, dass die Mitarbeite-

rInnen sich als ein Team verstanden, sich mit ihrem Arbeitsfeld identifizierten und damit einen konkreten Gegenstand zur Bearbeitung hatten.

Ausgehend von der Analyse und Beschreibung der lokalen Bedarfe der verschiedenen Zielgruppen wurde ein grober Umriss für ein Seminarkonzept entworfen und ein Curriculum entwickelt, das während der Veranstaltungsreihe sowohl mit den Geschäftsführern als auch mit den TeilnehmerInnen evaluiert wurde.

Für die Durchführung der Seminarreihe wurden Grundsätze formuliert und mit den TeilnehmerInnen vereinbart. Die Seminarreihe sollte

- offen und transparent,
 - selbst evaluierend,
 - niederschwellig und bedarfsgerecht,
 - Themen aufgreifend und generierend,
 - partizipativ und nachhaltig
- gestaltet werden.

Die TeilnehmerInnen

Ein großer Teil der MitarbeiterInnen des Vereins rekrutiert sich aus den staatlichen Fördermaßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt.

Ein mögliches Problem bei der Zuweisung von ArbeitnehmerInnen für den zweiten Arbeitsmarkt betrifft die Motivation für die jeweilige Arbeit. Bei den MitarbeiterInnen des Trägers war das kein Problem. Wir trafen auf Menschen, die für ihre Arbeit mit jungen Menschen motiviert waren. Einige der TeilnehmerInnen waren lange Zeit arbeitslos und hangelten sich von Maßnahme zu Maßnahme. Die Zuweisung der Stelle bei der Kindervereinigung e.V. Seelow wurde von einigen als ein weiterer Schritt zur Überbrückung der Zeit bis zur Rente beschrieben. Die prinzipiellen beruflichen Chancen in der Region wurden von allen TeilnehmerInnen als eher schlecht bewertet. Keine/r der TeilnehmerInnen hatte trotz der beschriebenen schwierigen Ausgangssituation resigniert. Frustrationen und Ohnmachtserfahrungen wurden im Rahmen des Seminars thematisiert. Die intensiven Diskussionen machten deutlich, dass diese Menschen ein intensives Bedürfnis haben, sich politisch zu äußern. Dies war eine wesentliche Grundlage für das Funktionieren unserer Seminarreihe.

Auf die Frage, was den MitarbeiterInnen im Allgemeinen wichtig ist, wurden vielfältige Antworten aus dem privaten wie dem gesellschaftspolitischen Bereich gegeben. Im Folgenden ein Überblick über die genannten Themen:

- Europa: Weltoffenheit, Ausländer und Migration
- Tanzen, Kontakte
- Alle Menschen sind gleich
- Auf Arbeit zeigen, was ich kann
- Der Garten
- Perspektive für die eigenen Kinder
- Kinder unterstützen
- Ich bin zufrieden
- Weiter in der Jugendarbeit tätig zu sein
- Die Familie
- Freundschaften

Was bedeutet es, einen festen Job im FRIZZ zu haben?

- Job bedeutet Glück, einen Beitrag zu leisten zum Wohl und Zufriedenheit der Kinder
- Sich ein neues Auto leisten können
- Die Freizeit sinnvoll zu gestalten
- Ängste überwinden
- Ein Haus, ein Baum, ein Kind
- Arbeit, Geld, Gesundheit, Familie
- Feste Arbeit und ein festes Dach über dem Kopf
- Sport und Ernährung
- Alternative Lebensmodelle
- An der Zukunft werkeln, diese fabrizieren

Die MitarbeiterInnen hatten allesamt keinen pädagogischen oder erzieherischen beruflichen Abschluss. Es handelte sich vielmehr um berufliche Quereinsteiger und nicht um pädagogisches Fachpersonal. Ihre Aufgabe war es, in dem Arbeitsfeld von Kinder- und Jugendarbeit unterstützende Tätigkeiten und niederschwellige Angebote zu organisieren, zu planen und durchzuführen.

Trotz der fehlenden pädagogischen Qualifikation verfügten die meisten über Talente, die sie versuchten, in die tägliche Arbeit mit einzubringen. Für uns war es wichtig, in der Auseinandersetzung mit den TeilnehmerInnen der Seminarreihe nicht auf das zu schauen, was sie nicht können, sondern die vorhandenen Ressourcen in Form von Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Die Fragen, was bringen die TeilnehmerInnen mit und welche Visionen haben sie für die Zukunft, für sich selbst, für die Regionen und letzten Endes für ihre Arbeit waren inhaltliche Schwerpunkte der Seminarreihe. Wer als erwachsener Mensch keine Visionen für die Zukunft hat und demzufolge keine Perspektiven beschreiben kann, wird in dieser Situation seiner Rolle als Vorbild nicht gerecht. Er kann der jüngeren Generation nichts vermitteln. Wer Kuchen backen kann, kann dies seinen oder anderen Kindern beibringen. Wer sich als Erwachsene/r mit dem Computer auskennt, kann jungen Menschen den Umgang mit Hard- und Software erklären. Wer über Beteiligungserfahrungen im Gemeinwesen durch aktive demokratische Partizipation verfügt, kann diese an junge Menschen weitergeben.

In der Beziehungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen haben die MitarbeiterInnen die Möglichkeit, in der Werteerziehung mitzuwirken. In der Interaktion mit den Kindern und Jugendlichen wirken sie bewusst oder unbewusst auf die Orientierung der jungen Menschen ein. Das Seminar unterstützte die TeilnehmerInnen, sich dieser Verantwortung und Rolle bewusster zu stellen.

Überblick der Seminarreihe

Wir haben im Zeitraum von Juni 2011 bis Januar 2012 insgesamt fünf Workshops mit den ca. 20 MitarbeiterInnen der Kindervereinigung Seelow durchgeführt. Im gleichen Zeitraum haben wir durch regelmäßigen Kontakt zum Geschäftsführer (der auch selber an allen Workshops teilnahm) einen parallelen Beratungs- bzw. Coachingprozess durchgeführt, bei dem auch die Workshops geplant und ausgewertet wurden. Das sahen wir als notwendig an, weil er im Zuge der Entwicklung seines Teams auch seine eigene Rolle reflektieren sollte. Die durchgeführten Termine haben folgende Themen und Schwerpunkte behandelt:

- Reflexion und Entwicklung der eigenen Ressourcen der MitarbeiterInnen,
- Perspektiven und Wünsche für sich, für die Region sowie für Kinder und Jugendliche,
- Entwicklung von Zielen für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen auf Grundlage der Wünsche; Reflexion bisheriger und Planung neuer Aktivitäten/Projekte,
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung von Freizeitaktivitäten,
- Reflexion der Umsetzung und Abschluss der Begleitung durch das MBT.

In der folgenden Beschreibung der Seminarreihe betrachten wir den Gesamtprozess, um die Zielstellung und den daraus entwickelten Ansatz zu verdeutlichen.

Zielstellungen

Auf der Grundlage der Auftragsklärung und der Zielgruppenbeschreibung haben wir folgende Zielstellung für den Fortbildungs- und Begleitprozess mit den MitarbeiterInnen der Kindervereinigung Seelow entwickelt:

- Die Teilnehmenden sollen ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen reflektieren und wertschätzen.
- Die Teilnehmenden sollen die Fähigkeiten und Kompetenzen ihrer KollegInnen wahrnehmen und wertschätzen.
- Die Teilnehmenden sollen den Kontext ihrer Arbeitssituation reflektieren und Visionen und Perspektiven für sich, für ihre Region und für Kinder und Jugendliche formulieren.
- Die Vielfalt der bisherigen Arbeit des Trägers soll beschrieben und wertgeschätzt werden.

- Methoden zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sollen vermittelt und gemeinsam entwickelt werden.
- Die Teilnehmenden sollen angeregt werden, nicht nur in ihrer jetzigen Arbeitssituation eine größere Handlungsfähigkeit zu erlangen, sondern darüber hinaus in ihrem weiteren familiären und gesellschaftlichen Umfeld.



Blick aus dem Fenster des „FRIZZ“ auf den Markt und die Kirche in Seelow.

Fragestellungen

In der Planung der Termine haben wir Wert darauf gelegt, anhand der Zielstellung die richtigen Fragen für den jeweiligen Workshop bzw. Abschnitt zu formulieren. Dieser Ansatz sollte auch die Teilnehmenden dazu anregen, selbst zielorientierter zu arbeiten und so eine veränderte Praxis zu ermöglichen. Nicht „Was machen wir?“, sondern „Was wollen wir?“ und „Worum geht es?“ sollen das Handeln leiten. Erst danach wurde die Methodenauswahl getroffen.

Im ersten Seminar ging es um die persönlichen Ressourcen der Teilnehmenden:

- Reflexion der eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen: Wer bin ich, was bringe ich für die Jugendsozialarbeit mit (Berufsabschluss, und -erfahrung, aber auch z.B. eigene Erfahrung in der Familie oder im Verein usw.)? Was bringe ich für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit? Auch: Was nutzt mir am wenigsten? Was sind meine eigenen Stärken?
- Wertschätzung der KollegInnen: Welche Stärken haben Eure KollegInnen? Was schätzt Ihr am meisten? Was ist das Besondere von Kollegin A oder Kollegen B?
- Nach der Präsentation: Was habt Ihr gelernt? Gab es dabei Überraschungen?

Das zweite und das dritte Seminar gingen von der These aus, nur wer selbst eine Perspektive sieht, kann Kindern und Jugendlichen eine Perspektive vermitteln.

Zweites Seminar:

- Für mich: Wo sehe ich für mich Perspektiven – beruflich, aber auch insgesamt in meinem Leben? Wie stelle ich mir meine Zukunft vor?
- Für die Region im Allgemeinen: Warum geht das alles nicht (Missstände beschreiben)? Wie könnte es doch gelingen?
- Für die Kinder und Jugendlichen: Was wünschen wir uns für die Kinder und Jugendlichen der Region?
- Was könnte unser Beitrag zur Erfüllung der Wünsche für die Kinder und Jugendlichen sein? Was wollen wir tun?
- Um die Wünsche mit der eigenen Arbeit zu verbinden: Was machen wir bisher? Reflexion der aktuellen und vergangenen Arbeit der Kindervereinigung.

Drittes Seminar:

- Was ergibt sich aus den Wünschen für die Jugendlichen? (Reflexion bisheriger und Planung neuer Aktivitäten/ Projekte)
- Welche Ziele verfolgen wir mit unseren Aktivitäten und Projekten mit Kindern und Jugendlichen?
- Was ist unser Leitziel?
- Was sind die Mittlerziele?
- Was sind unsere Handlungsziele?
- Was bedeuten diese Zielformulierungen für unsere Arbeit?

Das vierte Seminar fand einige Monate nach dem dritten Termin statt. In der Zwischenzeit wurde in den regelmäßigen Dienstberatungen die Weiterentwicklung der Arbeit fortgesetzt. Erste Ansätze der Umsetzung wurden ausprobiert.

- Was verstehen wir unter dem Begriff „Beteiligung“ von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer Freizeitaktivitäten?
- Wie kann die gewählte Aktivität so geplant und durchgeführt werden, dass die Kinder und Jugendlichen möglichst stark beteiligt werden?
- Wie kann man die Kinder und Jugendlichen an den Aktivitäten so beteiligen, dass sie lernen, eigene Ideen zu entwickeln und umzusetzen?

Das fünfte Seminar stellte den Abschluss des Prozesses dar. Die Begleitung und Reflexion der Arbeitsansätze wurde fortgesetzt, anschließend wurden die offenen Fragen gesammelt:

- Was ist im Rückblick gut gelungen? Was ist nicht gut gelungen? Was ist für das nächste Mal wichtig?
- Welche Fragen sind noch offen?
- Welche Themen sind jetzt dran?

Zum methodischen Ansatz

Für diese Seminarreihe konnten wir auf jahrelange Erfahrung mit Informations- und Fortbildungsveranstaltungen mit ähnlichen TeilnehmerInnengruppen, die in der Regel über wenig Erfahrung mit interaktiven Seminarmethoden verfügen, zurückgreifen. Eine häufig anzutreffende Skepsis unbekanntem Seminarerfahren gegenüber kann schnell zum Widerstand gegen die neuen Inhalte führen. Methodisch haben wir also Arbeitsformen ausgewählt, die

- der jeweiligen Ziel- und Fragestellung entsprechen,
- so weit wie möglich partizipativ waren,
- die Wertschätzung der Teilnehmenden und ihrer bisherigen Leistungen beinhalteten,
- im Rahmen der vorhandenen Situation anwendbar waren, z.B. ohne den Zeitrahmen usw. zu überfordern, und
- die Kommunikation und den Austausch zwischen den Teilnehmenden förderten.

Seminarmaterialien (wie z.B. Kärtchen, Klebepunkte usw.) und -technik wurden zurückhaltend eingesetzt. So sollte kein Widerstand gegen die Methode aufkommen, der von der inhaltlichen Arbeit ablenken würde.

Benefiz-Hallenfußballturnier

FRIZZ-Cup

**zu Gunsten der
Kinder von
Tschernobyl**



SODI!
Solidaritätsdienst-international e.V.

frizz
FRANZ- UND JUGENDRECHTZENTRUM

Sonntag, 18.12.2011
14.00 Uhr - 18.00 Uhr
OSZ Turnhalle Seelow
Infos/Anmeldung bis zum **12.12.2011** unter:
e-Mail: info@frizz-seelow.de
Tel.: 03346/843333

Freitag, 25.11.2011
Benefiz-Konzert um 20.00 Uhr
im Kostrzyner Kulturzentrum
ul. Sikorskiego 34, Kostrzyn (PL)
Veranstaltet vom KCK und dem
FRIZZ-Seelow für den 21 Jährigen
an Leukämie erkrankten Eryk Wojtowicz.
Fußballer bei "Zellulose Kostrzyn".
Polnische und deutsche Bands

Samstag, 17.12.2011
Benefiz-Hip Hop-Event um 19.00 Uhr
Auf dem Event-Boden des FRIZZ
Marktgasse 1, Seelow
Alle Einnahmen gehen an SODI!
Rapper aus Polen, Strausberg und Seelow
Eintritt bei allen Veranstaltungen FREI
Spenden sind erwünscht

 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

 VIELFALT TUT GUT

*Veranstaltungspakat der
Kindervereinigung Seelow –
Freizeitaktivitäten werden
mit gesellschaftspolitischen
Themen verbunden*

In folgender Beschreibung der einzelnen Schritte werden spezifischen Methoden genannt.

Themen und Inhalte

Im ersten Seminar lag der Schwerpunkt auf einer Reflexion der Ressourcen, die alle MitarbeiterInnen in ihre aktuelle Arbeit mitgebracht haben, auch wenn sie keine pädagogische Ausbildung oder Qualifizierung besitzen. In unserem Input haben wir in dieser Phase den Wert eigener Erfahrung betont – jeder bringt etwas Nützliches mit. Das sollte – indem jeder zunächst für sich nachdachte und Punkte aufschrieb – reflektiert werden und den anderen vorgestellt werden. In der zweiten Phase wurden die MitarbeiterInnen gebeten, sich gegenseitig mitzuteilen, was sie aneinander schätzen und wo sie ihre Stärken sehen. Dies erfolgte zunächst in kleinen Gruppen, dann wurde im Plenum berichtet.

Bei der Arbeit sowohl in der gesamten Runde als auch in Kleingruppen konnten wir eine Herzlichkeit untereinander beobachten, an die wir gut anknüpfen konnten. Es wurde uns schnell klar, dass für viele die Arbeit bei der Kindervereinigung eine große Bedeutung hat: Über die Maßnahme der Arbeitsagentur haben sie einen wichtigen Anschluss an das soziale Leben gefunden. Bei der Präsentation herrschte durchgehend eine positive, unterstützende Stimmung. Insbesondere diejenigen, denen das Präsentieren vor einer Gruppe nicht leicht fiel, wurden von allen anderen dazu ermutigt und es wurde applaudiert.

Die Inhalte dieses Tages haben wir nicht dokumentiert – die Aussagen zu ihren eigenen Ressourcen sowie die gegenseitigen Mitteilungen ihrer Stärken gehörten den Teilnehmenden und wir haben alle ihre eigenen Kärtchen und Zettel als „eigenen Schatz“ mitnehmen lassen.

Ausgehend von den Ergebnissen dieses ersten Seminars haben wir im zweiten und dritten Seminar das Thema Perspektive bearbeitet – entsprechend dem in der Beschreibung der Zielgruppe formulierten Ansatz, nur wer eine eigene Perspektive sieht, kann jungen Menschen auch eine Perspektive vermitteln. So haben wir die Frage gestellt nach den Visionen und Wünschen der Teilnehmenden für sich, für die Region sowie für Kinder und Jugendliche und diese dann mit der konkreten Arbeit verbunden. Die Wünsche der Teilnehmenden für sich wurden bereits in der Beschreibung der Zielgruppe dokumentiert.

Der zweite Schritt wurde methodisch in Anlehnung an die erste Phase einer Zukunftswerkstatt nach dem Modell von Robert Jungk durchgeführt. Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten, Probleme zu nennen, die sie in der Region sehen. Dann wurden durch die Teilnehmenden einige ausgewählt und „umgekehrt“, so dass „Forderungen“ entwickelt wurden. In der Praxis wurden neben Forderungen oft erste Lösungsvorschläge formuliert. Im Folgenden stehen die ausgewählten Themen und zugehörigen Forderungen:

- **Lange Schulwege:** Höhere Flexibilität bei der Koordinierung der Strecken; Förderung von privaten Unternehmen, dadurch Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- **Fehlende Ausbildungsplätze:** Firmengründungen fördern; neue Meister, die in den Regionen ausbilden.
- **Ungerechtigkeiten des Gesundheitssystems:** Keine Privatkassen, einheitliche Kassen für alle.
- **Ghettoisierung sozialer (Rand-)Gruppen:** Keine Unterteilung in soziale und normale Wohnungen; Kriterien für freie Wohnungsvergabe; keine Mietkostenerhöhungen; höhere Pauschalen erhalten (Mietkostenzuschuss).
- **Kleinkinder bekommen keinen Kita-Platz:** Kita-Pflicht für alle Kinder analog zur Schulpflicht; mehr Kitas bauen; Erhöhung der finanziellen Grundlagen.

- **Fehlende Bolzplätze:** Kommunale Flächen freigeben; positiveres Bewusstsein gegenüber Kindern im gesamten Lebensalltag; viele kleine Initiativen gründen (fördern).
- **Fehlende Arbeitsplätze:** Genügend Arbeitsplätze vorhanden; mehr Wirtschaft, mehr Qualifikation; Arbeit muss einen viel höheren Stellenwert bekommen; aber ich muss bezahlbar sein auch für kleine Vereine und Arbeitgeber und Initiativen; mehr Chancen für Berufserfahrung; Arbeitsamt und Job-Center müssen mehr Arbeitsvermittlung betreiben.
- **Das Bildungsniveau hält nicht Schritt mit den Erwartungen der Wirtschaft:** Berufsjahr Bildung und Ausbildung; bedarfsgerechte Schule Angebote; mehr Lehrkräfte und Sozialarbeiter; Bildung von sozialen Kompetenzen; Wirtschaft muss sich für Schule interessieren und diese unterstützen; regional denken lernen.

Schon bei den hier ausgewählten Themen ist ein starker Bezug zum Arbeitsfeld der Teilnehmenden erkennbar. Im nächsten Schritt wurden im Plenum auf Zuruf Wünsche für Kinder und Jugendliche gesammelt. Dabei wurde die Zuordnung der Themen durch die Teilnehmenden bestimmt. Die zusammengefassten Ergebnisse zeigen sowohl konkrete, materielle als auch wertbezogene und pädagogische Wünsche für die Kinder und Jugendlichen der Region:

- Bolzplätze, Treffpunkte, Mobilität, Führerschein, Grundversorgung, gesundes Essen, Kleidung, Obdach; jedes Kind soll ein Fahrrad haben, Geld für Teilnahme an Aktivitäten
- Soziale Sicherheit, emotionale Anerkennung, Zuneigung, Vorbildwirkung der Eltern, der Lehrer, der Trainer
- Weltfrieden, saubere Umwelt, menschenwürdige Verhältnisse
- Bildungschancen, polnische Sprache, Qualität der Schule, Qualität des Unterrichts, Ausbildungsplätze, Jobbörse im Haus
- Partizipation im Gemeinwesen, Mitspracherecht, Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen werden, mehr Verständnis von Mitbürgern erfahren
- Soziale Kompetenzen, Respekt, Sprachkompetenzen (Umgangsformen, sich mitteilen können, ganze Sätze sprechen), Solidarität und Gemeinsinn, mentale Mobilität, Fähigkeit und Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen; gewaltfreie Konfliktlösung, Weltoffenheit, Ermutigung, Selbständigkeit, Entschlossenheit, Selbstbestimmtheit, Wertschätzung von Lebendem und Materiellem, Wertschätzung von Leistungen

Anschließend wurde nach gemeinsamer Betrachtung und Diskussion gefragt, was könnte der Beitrag der Teilnehmenden im Rahmen ihrer Arbeit zur Erfüllung dieser Wünsche sein. Das zusammengefasste Ergebnis:

- Soziale Kompetenzen, Ermutigung, Respekt, Umgangsformen, Kommunikationsfähigkeit, gewaltfreie Konfliktlösung, Wertschätzung
- Soziale Sicherheit, Partizipation/ Gemeinwesen, Weltfrieden, saubere Umwelt
- Gesundes Essen, Treffpunkte und Bolzplätze, Fahrräder für Kinder
- Berufliche Orientierung („Schülerfirmen“), Jobbörse im Haus

Ausgehend von den persönlichen Ressourcen beschrieben die TeilnehmerInnen auch Handlungserfordernisse für ihre Klientel. Im pädagogischen Handlungsfeld stand dabei ihre Rolle als Erwachsene und Vorbild im Fokus. Bei der Beschreibung und Selbsteinschätzung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten im Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit wurde den TeilnehmerInnen bewusst, dass sich die Kinder und Jugendlichen an der Erwachsenenwelt orientieren und darin die Chancen ihrer Interventionen liegen. So wurde z.B. formuliert, nicht etwas *für* die Jugendlichen zu tun, sondern *mit* ihnen. Damit waren die TeilnehmerInnen bereits schon sehr dicht an dem Thema Beteiligung. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Wenn ich mit Kindern einen Kuchen backen will, kann ich vorher alles entscheiden und einkaufen. Dann dürfen die Kinder bestimmte Aufgaben übernehmen und schließlich die Schüsseln auslecken. Am Ende ist es aber eher „mein“ Kuchen geblieben. Alternativ kann ich mich mit den Kindern hinsetzen, den Vorschlag machen und die Kinder entscheiden lassen, welcher Kuchen gebacken werden soll. Der Einkauf wird gemeinsam erledigt und auch die Vorbereitung, die Durchführung und das Aufräumen werden gemeinsam gemacht. In dieser Version habe ich zwar mehr Arbeit, es erfolgt aber viel mehr Kommunikation und die Kinder sind stärker herausgefordert, ihre eigene Aktivität zu denken und zu planen.

Um diese Ergebnisse mit der konkreten Arbeit der Kindervereinigung Seelow zu verbinden, wurde als nächstes eine Aufstellung der bisherigen und aktuellen Aktivitäten der Kindervereinigung vorgenommen. Methodisch wurde eine Zeitlinie benutzt: Vier Pinnwandseiten wurden mit den Überschriften „2008 und davor“, „2009“, „2010“ und „2011“ versehen und alle konnten alles eintragen, was ihnen zu den Aktivitäten der Kindervereinigung Seelow im jeweiligen Zeitraum einfiel.

Ziel war es, die Verbindung zwischen den bisherigen Aktivitäten und dem gerade genannten Beitrag zur Erfüllung der Wünsche für Kinder und Jugendliche herzustellen. Bestehende Aktivitäten und Projekte sollten modifiziert werden, um – vielleicht zielorientierter als bisher – die erwünschte Werte- und Kompetenzvermittlung zu realisieren. Zu Beginn des vierten Seminars haben wir es gewagt, einen tiefer gehenden inhaltlichen Impuls zu geben, um die Grundlage für die nächsten Arbeitsschritte zu liefern. Thema des Inputs war die

Entwicklung von Leit-, Mittler- und Handlungszielen, um vor der Entwicklung von Aktivitäten die Sicht auf die Frage zu lenken, was soll erreicht werden? Im vorhandenen Kontext sollte dadurch ein Instrument zur Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen Arbeit geschaffen werden. Zu dem Vortrag haben wir einen Leitfaden als Handreichung verteilt, um diese etwas trockene und abstrakte Materie greifbar zu machen.

Anschließend wurde anhand der ausgewählten Überschriften aus der Wunschsammlung in Kleingruppen die Entwicklung von Leit-, Mittler- und Handlungszielen versucht. Dies war eine schwierige Aufgabe für alle. Trotzdem wurden reichhaltige Ergebnisse präsentiert. In der Abschlussrunde wurde von den Teilnehmenden u.a. festgestellt, dass diese Ergebnisse, die zum Teil schon Projektskizzen darstellten, durchaus als Grundlage für die weitere Projektentwicklung dienen könnten. Die Zielformulierungen tragen zwar den allgemeinen Charakter von Leitzielen. Eine weitere Operationalisierung von Mittlerzielen und das konkrete Erarbeiten von Handlungsschritten zur Umsetzung könnte Aufgabe einer kleinen Steuerungsgruppe innerhalb des Trägers sein.

Im Kontrast zum Fortbildungscharakter der ersten drei Termine hatten die beiden letzten Termine eher die Funktion des Coachings. Die Bearbeitung konkreter Beispiele aus der Arbeit stand im Mittelpunkt, um die Umsetzung der Ergebnisse der ersten drei Termine in die Tat zu unterstützen. Für den vierten Termin sollte außerdem ausdrücklich das Thema Beteiligung/ Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer Freizeit behandelt werden.

Im ersten Abschnitt wurden die Ergebnisse und Inhalte der ersten drei Seminare zusammengefasst. Um daran anzuknüpfen, wurden drei Beispiele aus der Arbeit von den Teilnehmenden ausgewählt:

- Fußballturnier FRIZZ-Cup mit Feier,
- LAN-Party und Computer-Bereich sowie
- Konflikte bearbeiten – gewaltfrei, kommunikativ,

die sie selbst auf neue Weise bearbeiten wollten.³ Dazu wurde die Aufgabe gestellt, die Ziele der Veranstaltung bzw. des Arbeitsbereiches zu formulieren, Schritte zur Umsetzung in Form eines Projektplans aufzuschreiben und zu jedem Schritt zu überlegen, wie die Kinder und Jugendlichen einbezogen werden kön-

³ Eine LAN-Party (oder schlicht LAN) ist ein Zusammenschluss von privaten Computern, die durch ein lokales Netzwerk (Local Area Network, LAN) verbunden werden. Dabei messen sich die TeilnehmerInnen in Computerspielen, bei denen Taktik, Strategie, Geschick und Teamwork gefordert werden (<http://de.wikipedia.org/wiki/LAN-Party>, zuletzt eingesehen am 5.6.2012). In Jugendeinrichtungen wird meistens mit einem hohem Grad an Selbstorganisation ein ganzes Wochenende lang gespielt; die Aufstellung eines klaren Regelwerkes ist dafür unabdingbar.

nen. Dadurch sollten die Evaluation bisheriger Arbeitsweisen und die Entwicklung neuer Ansätze erfolgen. Im nachfolgenden Plenum wurden die Ergebnisse diskutiert und gegenseitig ergänzt.

Aus dieser Diskussion entstand auch eine Beschreibung des Begriffes „Beteiligung“ aus Sicht der Teilnehmenden:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Beteiligung findet zwischen „alles vorgeben“ und „alles offenlassen“ statt. Berücksichtigen muss man, dass jeder ein eigener Mensch ist. Beteiligung ist Beziehungsarbeit.

Beteiligung – damit ist vor allem „Einbeziehung“ gemeint – bedeutet:

- fragen, was Kinder und Jugendliche wollen
- Entscheidungsprozesse
- Kinder und Jugendliche gestalten ihre Freizeit selbst
- Kinder und Jugendliche tragen selbst Verantwortung

Beteiligung ist ein Gesamtprozess, ist dabei auch eine Gratwanderung und unterliegt verschiedenen Zwängen.

Der vierte Termin wurde durch einen kurzen Input zum Modell „Service Learning“, also: „Lernen durch ehrenamtliche Mitarbeit“ ergänzt, das wir für den Kontext Jugendeinrichtung adaptiert haben.

Zwischen dem vierten und dem fünften (letzten) Termin haben die MitarbeiterInnen die Fallbeispiele entsprechend ihrer erarbeiteten Ergebnisse weiterentwickelt. Vor allem haben sie ausprobiert, wie sie ihre Veranstaltungen stärker mit den Kindern und Jugendlichen planen und durchführen können. Beim fünften Termin wurden nun ihre zum Teil recht ernüchternden Erfahrungen vorgestellt und ausgewertet. Vieles ist nämlich nicht so gelaufen, wie sie es sich gewünscht hatten. Anhand der während der Seminarreihe gelieferten Instrumente haben sie aber gemeinsam analysieren können, warum das so war. „So wie wir es gemacht haben, haben wir die Kinder gar nicht richtig einbezogen – wir haben doch alles selbst festgelegt.“

Fazit

Vorgestellt wurde hier die konkrete Seminarreihe mit den MitarbeiterInnen der Kindervereinigung e.V. Seelow. Eine direkte Übertragung dieses Modells auf einen anderen Träger in einer anderen Region wird sicher nicht 1:1 möglich sein. Dennoch zeigt uns unsere bisherige Erfahrung, dass der diesem Prozess

zugrunde liegende Ansatz übertragbar ist, wenn man die jeweilige Spezifik berücksichtigt. Schließlich ist auch dieser Prozess eine Übertragung anderer Erfahrungen auf die Situation der Kindervereinigung e.V. Seelow gewesen.

Wir haben den beschriebenen Prozess mit dem fünften Termin abgeschlossen. Parallel zum Prozess haben wir jedoch den Kontakt zu dem Projekt „hier sind wir!“ des Kreis-Kinder- und Jugendrings MOL gepflegt, in dem weitere Fortbildungsmodule für die Mitgliedervereine entwickelt wurden, die im Frühjahr 2012 begannen. So wurden von diesem Projekt weitere Workshops für MitarbeiterInnen der Kindervereinigung e.V. Seelow mit der Möglichkeit zum Austausch mit MitarbeiterInnen eines anderen Trägers durchgeführt. Unsere Begleitung der Kindervereinigung e.V. Seelow fand also nicht isoliert vom regionalen Kontext statt, sondern eingebettet in die regionalen Gegebenheiten.

„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure

„Retten, Löschen, Bergen, Schützen“. Mit diesen Schlagworten werden die Aufgaben der Feuerwehren zusammengefasst. Unter diesem Motto gewährleisteten tausende Ehrenamtliche die flächendeckende Gefahrenabwehr und bringen schnelle Hilfe an jeden Ort. Für diese Arbeit genießen die Männer und Frauen der Feuerwehren zu Recht hohes Ansehen. 95 Prozent der Deutschen haben großes Vertrauen in die Feuerwehr – keine Institution genießt mehr Wertschätzung als die Feuerwehr.

Innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg wurde im März 2011 ein neues Vorhaben ins Leben gerufen. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ geht von der Annahme aus, Feuerwehr sei „mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“.¹ Das Projekt behauptet, dass Feuerwehren auch zivilgesellschaftliche Akteure sind, gesellschaftliche Funktionen über ihren Auftrag hinaus erfüllen und damit eine gesellschaftspolitische Bedeutung haben.



¹ Das Projekt wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert. Vgl. die Website des Bundesprogramms: <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de>, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

Vermutlich hatte auch der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck diesen Aspekt der Feuerwehridee im Blick, als er 2010 beim Parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg die Feuerwehren „ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg“ nannte. Vielleicht dachte der damalige Bundesinnenminister de Maizière auch an die Feuerwehren, als er das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ auf den Weg brachte, mit dem die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen gerade dort gestärkt werden soll, wo sich Menschen bereits bürgerschaftlich engagieren. Der Landesfeuerwehrverband Brandenburg und das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung nutzten die Förderung aus dem Programm „Zusammenhalt und Teilhabe“, um ihre jahrelange bewährte Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Feuerwehren nun in Gestalt des Projekts „Ohne Blaulicht“ fortzusetzen.

Drei Wirkungsfelder der Feuerwehren

Blickt man durch die „Ohne-Blaulicht-Brille“ auf die Feuerwehren, werden drei Wirkungsfelder der Feuerwehrarbeit erkennbar.

Wirkungsfeld „Brandschutz“

Jeder weiß, wozu es die Feuerwehren gibt. Ihr Sinn ist der Brandschutz. Gefahrenvorbeugung, Gefahrenabwehr und Brandschutzerziehung sind zentrale Tätigkeitsbereiche. Aktuell erfolgt die Weiterentwicklung der Feuerwehren in verschiedenen Handlungsfeldern: die Fähigkeiten zum Katastrophenschutz werden ausgebaut, Stützpunkfeuerwehren werden etabliert, Digitalfunk wird eingeführt und in der Nachwuchsgewinnung sollen Frauen, Quereinsteiger und Migranten verstärkt angesprochen werden.

Wirkungsfeld „Feuerwehrcultur“

Viele wissen, dass Feuerwehren auch gesellige Veranstaltungen sind. Das Stichwort „Feierwehr“ benennt eine Feuerwehrcultur, die wichtige soziale Bedürfnisse erfüllt. Feuerwehr lebt auch von den Bierabenden und Grillfesten, von den Ortsfesten aller Art, Jubiläen, Tagen der offenen Tür, Treffen, Wettbewerben und Sternfahrten. In vielen Kommunen tragen Feuerwehren in hohem Maße zum geselligen Leben teil. Die Jugendfeuerwehren sind Sozialisationsagenturen für ihre Jugendlichen und Verantwortungsschulen für die Jugendwarte. Feuerwehrsport, Feuerwehrorchester, Museen und Sammlungen,

Historik und Traditionspflege, Messen und Kongresse sind wichtige kulturelle Institutionen.

Wirkungsfeld „gesellschaftliche Funktion“

Viele werden sich wundern, wenn Feuerwehren als politische Kraft angesprochen werden. Selbstverständlich verstehen sich die Feuerwehren als „unpolitisch“. Wo es Versuche gibt, Feuerwehren politisch zu instrumentalisieren, treffen sie auf Distanzierung oder hinterlassen Beschädigungen. Dem liegt das berechnete Selbstverständnis der Feuerwehren als „Unpolitische“ zugrunde und ein bestimmtes Verständnis von Politik.

Weit über die Feuerwehren hinaus gilt das Politische als Sphäre, in der „die Politiker“ in Parteien klüngeln, Klientele bedienen, Machtkämpfe unfair austragen, nicht sagen, was sie denken, und die Probleme der Gesellschaft in Kommunen, Ländern und Bund ungenügend bearbeiten. Manchmal korrespondiert diese Auffassung mit Haltungen, nach denen Streit als nörgelndes Gezänk gilt, der eigene Horizont am lokalen Tellerrand endet und geistige Homogenisierung und Konformitätsdruck als Ausdruck von Kameradschaft missverstanden werden. Hier können unter bestimmten Umständen Rechts-extreme anschließen und ihre Interpretationsmuster plausibel erscheinen lassen.

In strukturschwachen Räumen können diese Zusammenhänge besonderes Gewicht bekommen. Der demographische und ökonomische Wandel hat hier weitreichende Konsequenzen. Vereinfachend und zugespitzt formuliert dominieren Tendenzen einer Zentralisierung und Entmischung mit den Folgen einer Verringerung von wichtigen Elementen der sozialen Infrastruktur: Die Zahl der Unternehmen wird geringer und das Spektrum ihrer Tätigkeit reduziert sich. Die Förderpolitik ist auf die sogenannten „Leuchttürme“ ausgerichtet, d.h. wenige erhalten viel. Viele kleine Orte haben ihre Eigenständigkeit verloren und voller Sorge erwartet man die nächste Kommunalreform. Schulen werden zunehmend zentralisiert und die Wege dorthin werden weiter. Der lokale Bezug von Kirchengemeinden verringert sich, da sie zu Großgemeinden fusioniert wurden. Die örtliche Präsenz der Polizei nimmt deutlich wahrnehmbar ab. Und bei den großen Volksparteien fragt man sich, inwiefern sie außerhalb der Städte überhaupt existieren.

Die Feuerwehren aber bleiben. Sie tun, was sie immer taten. Sie gewährleisten den Brandschutz. Sie leben die Feuerwehrcultur. Sie erfüllen gesellschaftliche Funktionen und das in einem anderen Sinne von Politik als dem oben beschriebenen. Das Politische im hier gemeinten Sinne findet statt, wenn gemeinsame Angelegenheiten offen verhandelt werden, wenn die Orientie-

rung dabei auf das Gemeinwohl gerichtet ist, wenn eigene und gemeinsame Interessen erkannt und formuliert werden, wenn sie in einen Debattensammenhang eingebracht und dort vertreten und vielleicht durchgesetzt oder vielleicht verändert werden. Politisch in diesem Sinne ist es, wenn Konflikte offen benannt und konstruktiv in kameradschaftlicher Weise bearbeitet werden, wenn also Männer und Frauen der Feuerwehren oder ihre Kameradschaften beschließen, Akteure zu sein, eine Stimme zu haben und Meinungen zu vertreten, wenn sie die Mühsal des Sachkundigwerdens nicht scheuen und auch nicht die Zumutung des Beratens, Diskutierens und Verständigens – kurz: wenn sie sich also „einmischen in die eigenen Angelegenheiten“.



Das Gesellschaftspolitische in diesem Sinne ist gelebte Praxis in den Feuerwehren. Das gilt für die Wahrnehmung der Ehrenämter, für die Arbeit im Verband oder in der Ausübung von Mandaten in kommunalen Vertretungsgremien. Das gilt etwa für die langjährige Partnerschaft im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Das gilt für Foren demokratisch engagierter Feuerwehrleute. Das gilt gerade in strukturschwachen Regionen für manche junge Feuerwehrleute, die heute in der Feuerwehrarbeit lernen, Verantwortung zu tragen und damit möglicherweise bereitstehen als potentielle „Bürgermeister von morgen“. Nicht zuletzt gilt das für das Geschehen an den Stammtischen der Feuerwehren. Auch dort, also am Rande von Dienstabenden und Ausbildungsdiensten, findet Meinungs- und Willensbildung statt und zwar in „Klartext“.

Das Politische in diesem Sinne stößt auf Hindernisse in den Feuerwehren. Neben dem erwähnten Selbstbild als „Unpolitische“ sind hier weitere Fakto-

ren zu nennen. Abkömmlichkeit und Zeit sind knappe Ressourcen. Hierarchie und Befehlskultur der Einsatzlogik werden hier und da verallgemeinert und als bestimmendes Muster auch in einsatzferne Kommunikationssituationen eingebracht. Die unterschiedlichen Prägungen der Generationen spielen eine Rolle. Feuerwehrleute selbst sprechen davon, es fehle ihnen kommunikatives „Handwerkszeug“.

Das Politische in dem hier gemeinten Sinne gewinnt an Bedeutung sowohl für die Feuerwehren als auch für die Gesellschaft, vor allem auf der kommunalen Ebene. Mit Blick auf die Personal- und Nachwuchslage in den Feuerwehren wird deutlich, dass es sich die Feuerwehren nicht mehr leisten können, auch nur eine Person deshalb zu verlieren oder nicht zu gewinnen oder nicht von den Jugendfeuerwehren zu den Einsatzabteilungen zu übernehmen, weil vielleicht das Klima in der Kameradschaft verschreckte oder Konflikte solange gedeckelt wurden, bis der Pieper wütend auf den Tisch geknallt wurde. Manche Kommune dagegen wird einsehen, dass in Zeiten, in denen der Rückbau von Infrastrukturen erwogen wird, die Feuerwehren das letzte „analoge Netzwerk“ bilden, das über seine Strukturgrenzen hinaus wirkungsmächtig sein kann. Sie wird froh sein, eine Feuerwehr zu unterhalten, die den Brandschutz gewährleistet und darüber hinaus gesellschaftliche Funktionen übernimmt: Verantwortungsbereitschaft, Meinungsbildung, Partizipation, Integration, Inklusion, Jugendarbeit, Qualifikation wie Führungskompetenz oder Teamfähigkeit, Kulturleben, kommunales Selbstverständnis, Heimatpflege und Ortsverbundenheit, Kooperation und Konfliktbearbeitung, Rechtsextremismusprävention, Diskursorientierung. Hierfür sollen die Männer und Frauen in den Feuerwehren nicht noch mehr leisten, als sie es hoch engagiert bereits heute tun. Dies wäre eine wirkliche Überforderung. Aber sie können es bewusster und geklärt tun, selbstverständlicher und selbstbewusster, kompetenter und vernetzter. Nicht mit mehr Zeitaufwand, sondern mit ihrer Motivation als Feuerwehrleute, die um ihre Wirkungen in verschiedenen sozialen Feldern wissen und darüber zu diskutieren gelernt haben.²

² Mit dieser Haltung befänden sich die Freiwilligen Feuerwehren in guter Gesellschaft. Unter dem Titel „Bildung ist mehr als Schule“ diskutierten die großen christlichen Kirchen und der Deutsche Olympische Sportbund auf einer Konferenz in Berlin im April 2012 die Bedeutung „nonformaler Bildungsleistungen“, die in Vereinen, in Kirchen und im Sport sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für das gesellschaftliche Miteinander in der Demokratie erbracht werden: „Ohne außerschulische Lernorte funktioniert Gemeinwesen nicht. Bildungskonferenz und Spitzengespräch von Kirche und Sport in Berlin.“ www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/n110_tagungsbericht.pdf, zuletzt eingesehen am 25.5.2012.

„Ohne Blaulicht“

In ihren mitlaufenden sozialen Funktionen sollten die Feuerwehren unterstützt werden. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ tut dies. Ein Feuerwehrmann und ein Berater bringen zusammen ihre unterschiedlichen Kompetenzen in das Projekt ein, lernen voneinander und gehen den damit verbundenen Irritationen nicht aus dem Weg – sie werden als produktiv erfahren und erweitern die Zahl der Handlungsoptionen. Die beiden Mitarbeiter verhalten sich innerhalb des Projekts zueinander damit in der gleichen Weise, wie sie es bei den Begegnungen mit ihren Partnern in den Feuerwehren anstreben.

Das Projekt sucht die Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg auf und stärkt sie in ihrer Rolle als demokratische Akteure im Gemeinwesen. Dafür knüpft es an die „**brennenden Anliegen**“ der Feuerwehren an. Das Schlagwort „brennende Anliegen“ ist mehr als ein Spiel mit Bildern aus der Feuerwehrwelt. Es nimmt die Tatsache ernst, dass Akteure nur dann Veränderungsprozesse entwickeln, wenn sie darin einen Sinn („Motivation“) sehen. Es will der Versuchung widerstehen, Akteure zur oberflächlichen Anpassung an Erwartungen von außen und „oben“ zu drängen. Es zeigt an, dass die Feuerwehren und die Menschen darin für das Projekt nicht „Gegenstände“ einer „zielorientierten“ (erwachsenenpädagogischen, demokratiepädagogischen, methodischen) Bearbeitung sind, sondern mündige Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich Tätige, Menschen mit begrenztem Zeitfonds und unterschiedlichen Verantwortungsbereichen, Bildungsniveaus und Grundeinstellungen. Ihre „brennenden Anliegen“ beziehen sich auf das Klima in der Kameradschaft, auf das Verhältnis von Feuerwehr und Gemeinde, auf Kooperationsmöglichkeiten mit den „Lokalen Aktionsplänen“ (LAP), auf das Miteinander der Generationen, auf die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten des Rechtsextremismus, auf die Mediation von Konflikten und auf das Erlernen von „Handwerkszeug“.³

Die Bearbeitung der „brennenden Anliegen“ folgt dem **dialogischen Prinzip**. Gefordert ist damit eine Haltung, nach der sich die Partner einer Gesprächssituation bei aller Unterschiedlichkeit als Gleichwürdige auf Augenhöhe begegnen und die Verständigung über ihre Themen in beidseitiger Verantwortlichkeit erfolgt. Es geht um Verständigung und Rückmeldung, um den Austausch von Positionen und ihren Begründungen, um kritisches Den-

³ LAP sind ein Format innerhalb des Bundesprogrammes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Vgl. die Website http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

ken auch gegenüber den eigenen Ansichten und Annahmen. Damit werden gegenseitiges Lernen und Veränderungen gefördert. Für Beratungssituationen bedeutet das, sowohl systemeigenes Wissen der Feuerwehren einzubeziehen als auch den externen Blick der Projektmitarbeiter produktiv zu machen. Der externe Blick der (verbandseigenen) Projektmitarbeiter kann hilfreich werden, wenn es gelingt, Sachbezug und Fachlichkeit zu stimulieren, ungewohnte Fragen zu stellen, auftragsbezogene inhaltliche Impulse zu setzen und auch inhaltliche Positionen zu beziehen, Themen und Strukturierungen anzuregen, Abläufe zu moderieren etc.

In den Fortgang der Bearbeitung kann das Projekt dann mit den jeweiligen Partnern gut **abgestimmte Leistungen** einbringen. Sie lassen sich in die Kategorien Beratung, Schulung und Moderation einteilen. Dazu gehören auch Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstätten, Argumentationstrainings oder Gedenkstättenführungen. Sie sind in jedem Fall auf die Situation und Ressourcen der Partner zugeschnitten und sollten im Rahmen des Auftrags thematisch, methodisch und organisatorisch flexibel sein. Gegebenenfalls können sie prozessbegleitend eingesetzt werden.



Diese säuberliche Einteilung der Arbeit in einzelne Kategorien ist natürlich etwas abstrakt. Die „Einsätze“ des Projekts können je nach Situation und Möglichkeiten Elemente verschiedener Kategorien enthalten. Eine besondere Rolle spielt dabei der Begriff **„integrierte Bildung“**. Er meint die Bereitschaft, Bildungselemente aus den Feldern der politischen Bildung eingebettet in die Arbeitsbeziehung oder die sonstigen Abläufe bei geeigneten Gelegenheiten einzupassen. Integrierte Bildung setzt die Interventionsberechtigung voraus. Sie reagiert anlassbezogen, verzichtet auf curriculare Vollständigkeit ebenso wie auf die üblichen seminaristischen Arbeitsformen. Integrierte Bildung bringt Anliegen der politischen Bildung dann ins Spiel, wenn dies von den Partnern der Situation nachgefragt wird. Die Erfahrung zeigt, dass sich bei positiver Resonanz weitergehende thematische Veranstaltungen daran anschließen können.

Auf diese Weise werden die „brennenden Anliegen“ der Freiwilligen Feuerwehren und ihre Bearbeitung als **Lerngelegenheiten** für politische Bildung, soziale Kompetenzen und demokratische Haltungen verstanden. Lerneffekte erfolgen dabei auf zwei Ebenen. Zum einen werden konkrete Ergebnisse erzielt, also Klärungen, Verabredungen, Veränderungsschritte etc. Zum anderen werden auf einer zweiten Ebene allgemeinere Erfahrungen gemacht: Wie kann Kommunikation gelingen? Wie können Konflikte konstruktiv bearbeitet werden? Wie können Feuerwehrrolle und Bürgerrolle miteinander verbunden und aufeinander bezogen werden? Wie können rechtsextreme Äußerungen in angemessener Weise thematisiert werden können, ohne die kameradschaftliche Beziehung zu zerstören? Wie können auch in einer hierarchischen Struktur demokratische Verständigungen erfolgen, in denen verschiedene Bedürfnisse und Ansichten geachtet und unterschiedliche Fähigkeiten und Ressourcen eingebracht werden? Demokratie wird also nicht besungen, sondern praktiziert. Die dabei gesammelten Erfahrungen können auch auf andere Situationen übertragen werden.

Was anfangs möglicherweise wie ein „Problem“ aussah, erweist sich so als Anlass für **Veränderungsprozesse aus eigener Kraft**, die möglich wurden, weil das jeweilige „Problem“ nicht mehr ausgesessen, sondern angepackt wurde und dafür der „Blick von außen“ zugelassen und Teilhabeprozesse gewagt wurden. Die Veränderungen mögen sich auswirken auf die Kameradschaft der Feuerwehr, auf ihre Rolle in der Kommune, auf die Wirksamkeit des Verbandes, auf das demokratische Klima in der Gesellschaft. Vielleicht rechtfertigen es diese Möglichkeiten, die Feuerwehren mit ergänzenden Schlagworten zu kennzeichnen: Feuerwehr ist auch: *„Bilden, Verständigen und Teilhaben“*.

„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung

Wenn eine Tätigkeit oder ein Konzept das Label „demokratisch“ trägt, darf man heutzutage zumindest wohlwollende Anerkennung erwarten. Ähnlich verhält es sich mit Begriffen wie „teilhabeorientiert“ oder „partizipativ“. Auch wir benutzen diese Begriffe, um unser Arbeitskonzept darzustellen, das sich auf die Stärkung eines demokratischen Klimas im Gemeinwesen bezieht. Andererseits gibt das bloße Etikett „demokratisch“ ganz gewiss noch keine Auskunft über die wirkliche Qualität von Entscheidungsverfahren – vieles wird in dieser Weise etikettiert. Selbst Rechtsextreme, die bekanntermaßen die Demokratie für tödlich halten, nennen sich gegebenenfalls (National-) Demokraten. Grund genug also für uns zu fragen, welches Verständnis von „demokratisch“ die beratende Tätigkeit des MBT leitet, und zu fragen, welche Merkmale aus unserer Sicht praktizierte Demokratie kennzeichnen.

Erfahrungen

In einer brandenburgischen Kleinstadt wenden sich jugendliche SchülerInnen an das MBT. Mehrere von ihnen wurden von Rechtsextremen überfallen, verletzt und bedroht. Wenig davon kam zur Anzeige, denn sie glauben nicht, dass ihnen bei der Polizei geholfen würde. Jetzt hoffen die SchülerInnen, dass das MBT sie dabei unterstützen kann, mit LehrerInnen ihrer Schulen über ihre Erfahrungen zu reden und mit ihnen gemeinsam Wege zu finden, das Thema Rechtsextremismus an ihren Schulen und in ihrer Stadt zu bearbeiten. Sie haben aber Angst, abgewiesen zu werden, wenn sie den richtigen Ton nicht finden, und bitten das MBT um Beratung. Gemeinsam wird erarbeitet, was angemessene Erwartungen sein können und wie das Gespräch mit den LehrerInnen vorbereitet werden kann. In mehreren Sitzungen erarbeiten die SchülerInnen einen Vortrag, üben in einer Generalprobe vor dem MBT, organisieren einen schönen Raum, den sie freundlich herrichten, begrüßen die ankommenden LehrerInnen persönlich an der Tür. Das MBT moderiert das nun folgende Gespräch, das mit der sorgfältig vorbereiteten Präsentation der SchülerInnen beginnt – und damit endet, dass das bestürzte MBT völlig

verschüchterte SchülerInnen trösten muss, denn von den meisten LehrerInnen wurden sie kalt abgewiesen. Die wortführenden Lehrkräfte sahen im unerlaubten Rauchen auf dem Schulhof ein gewichtigeres Problem als in den rechtsextremen Attacken.

Das MBT hatte angenommen, über die Unterstützung der SchülerInneninitiative die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen in der Kleinstadt erkennbarer werden zu lassen und damit die Voraussetzungen für eine Verständigung und Positionierung zu sichern. Die SchülerInnen sollten außerdem lernen können, demokratisch-dialogisch zu kommunizieren, sich eben nicht über Abgrenzungen aus einem kommunalen Zusammenhang herauszuhalten, sondern aktiv teilzuhaben. Als die LehrerInnen die Einladung zu einem Gespräch annahmen, schien aus der Perspektive des MBT gesichert, dass in der kleinen Stadt ein Diskurs ermöglicht wird, an dem auch die SchülerInnen teilhaben könnten. Entsprechend wurden sie von uns ermuntert, das Gespräch mit den LehrerInnen vorzubereiten. Das MBT erwartete einen offenen Austausch, hatte jedoch nicht das spezifische Bedingungsgefüge im Blick, das die Initiative der SchülerInnen begrenzte, nämlich wirkstarke autoritäre schulische Strukturen. Im Ergebnis, so kann man vermuten, haben die beteiligten SchülerInnen ganz andere Erfahrungen gemacht als erwartet: Anstelle einer demokratischen Beteiligung erlebten sie einen autoritären Ausschluss. Die SchülerInnen suchten Wege eines kommunikativen Handelns in ihrer Stadt; dazu müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, zu denen die Anerkennung der Gleichheit der DiskursteilnehmerInnen gehört. Mit ihrem Versuch einer aktiven Teilhabe an öffentlichen Diskursen sind sie gescheitert. Wie wurden die kränkenden Erfahrungen von den beteiligten SchülerInnen wohl verarbeitet?

Demokratie als Norm und Wirklichkeit

Auf dem Markt werden zahlreiche beraterische und pädagogisch-didaktische Verfahren, Methoden und Programme angeboten und praktiziert, die für sich in Anspruch nehmen, demokratiebildend zu wirken. Ungleich dünner sind hingegen die Studien gesät, die die Wirkung dieser Angebote untersuchen. EvaluatorInnen von Bundesprogrammen fordern, die jeweils besonderen sozialen Bedingungen einzelner Projekte zu beachten. Welche Bilanz persönlich Beteiligte ziehen, wird allerdings wenig untersucht. Für den schulischen Bereich hat Christoph Leser die individuellen Verhaltensstrategien von SchülerInnen gegenüber Beteiligungsprojekten an Schulen untersucht. Seine Studie kommt zu dem Schluss, dass bei beteiligungsorientierten Projekten und Verfahren sehr genau zu prüfen ist, in welchem Rahmen das normative Ver-

sprechen einer demokratischen Beteiligung angesiedelt wird. Werden die Versprechen demokratischer Beteiligung in bestimmten Situationen gebrochen, lernen die Beteiligten vor allem dies: Demokratische Beteiligung ist zwar normativ erwünscht, wird aber nur bedingt gewährt und gilt auch nicht für alle gleichermaßen. In dieser Erkenntnis richten sich die befragten SchülerInnen entweder pragmatisch ein oder sie führen sie auf persönliches Versagen zurück. Nur Wenige verarbeiten solche Erfahrungen von sich aus in der Weise, dass der Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit oder zwischen Sollen und Sein zu einem produktiven Umgang mit dem Widerspruch selbst führt.

Auch außerhalb von Schulen trifft man auf ähnliche Erfahrungen und ähnliche Verarbeitungsweisen. Viele Menschen machen Erfahrungen mit Entscheidungsverfahren, die nur nominell demokratisch strukturiert sind. Obwohl sie ihre Rechte kennen, zweifeln viele aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen daran, dass der Anspruch der Demokratie eingelöst wird. Eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Studie förderte zum Beispiel zutage, dass ein sehr großer Anteil der Befragten Aussagen zustimmt, die von den Autoren als Indiz für „politische Deprivation“, also für das Gefühl eigener Ohnmacht und Wirkungslosigkeit bei der politischen Gestaltung, beschrieben werden. Der Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ stimmten 93% der Befragten zu.

Auch auf kommunaler Ebene entwickelt sich demokratisches Bewusstsein als Lernen im und am Widerspruch zwischen Sollen und Sein. Die Erfahrung einer unterschiedlichen Verteilung von Zugangschancen zu demokratischen Teilnahmeverfahren wird in sehr unterschiedlicher Weise verarbeitet. Für eine demokratische Bestimmung der kommunalen Gemeinschaft, also des „Wir“, ist es aber bedeutsam, auch darüber eine Verständigung herbeizuführen.

Wie erfahren wir uns als demokratisch verfasste Gemeinschaft? Achten wir genug auf weite Zugangsmöglichkeiten zu kommunalen Gremien und Entwicklungen, die sich als demokratisch verstehen? Wie verhält es sich mit der Beachtung und Beteiligung zum Beispiel von AsylbewerberInnen in einer Kommune? Gehören sie dazu? Sind die Langzeitarbeitslosen dabei?

Als Gebot demokratieförderlicher Beratung kann sicher die Beachtung spezifischer Bedingungen, aber auch die Beachtung spezifischer Erfahrungen genannt werden. Wollen wir wirkliche demokratische Aushandlungsprozesse in Kommunen stärken, sollten wir aber nicht nur die gemeinsame Verständigung darüber in den Blick nehmen, sondern auch beachten, dass diese Verständigung nicht voraussetzungslos erfolgen kann. Teilhabende, wie die SchülerInnen, brauchen Gewissheit, dass sie tatsächlich an Entscheidungen mitwirken, dass sie keinem Konformitätsdruck ausgesetzt sind und dass sie nicht lediglich vorgegebene Entscheidungen umzusetzen haben.

Abgrenzung von Ausgrenzung

Auch Rechtsextreme beziehen sich auf – auch kommunale – Gemeinschaften. Aus ihrer Sicht ergeben sich aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer „Artgemeinschaft“ Verbindungen, die stärker seien als politische Differenzen – was nicht ausschließt, innerhalb der Gemeinschaft Feindgruppen zu identifizieren. Viele Aktivitäten Rechtsextremer, die um Zustimmung in der Bevölkerung werben, beziehen sich auf dieses Verständnis von Zusammengehörigkeit, nicht unbedingt nur auf das taktische Einwerben von Sympathie – und natürlich verbunden mit Vorherrschaftsansprüchen. Damit wollen sie Einfluss nehmen auf eine Bestimmung von Gemeinschaft, die sich anti-demokratisch verortet. Die Leitunterscheidung „zugehörig – nicht zugehörig“ schließt nach ihrer Logik alle aus, die aus ihrer Sicht nicht gleichartig oder es nicht wert seien.

Kommunale Gemeinschaften befassen sich – wie alle sozialen Systeme – ständig mehr oder weniger bewusst mit der Bestimmung der Zugehörigkeit beziehungsweise der Nicht-Zugehörigkeit. Die demokratische Identität einer Gemeinde vollzieht sich nicht zuletzt über die Beantwortung der Frage: Wer gehört zu uns? Als „Leitplanken“ für diese ständige Bestimmung bedarf es nicht nur der Kenntnis demokratischer Regelwerke, sondern darüber hinaus auch einer Verständigung über die Orientierung gebenden Grundannahmen in der gemeinsamen Praxis. Wer ist das „Wir“? Die menschenrechtlich begründete Gleichheit von Menschen, also ein inklusives Verständnis von Gemeinschaften, ist eine solche Leitprämisse. Ob und in welcher Weise sie nicht lediglich normativ formuliert wird, sondern Wirklichkeit bestimmend ist, muss im alltäglichen Miteinander sozialer Gemeinschaften immer wieder überprüft werden. Die Beauftragung von Zuständigkeiten und allgemeine Erklärungen zu den demokratischen Rechten und Verfahren demokratischer Willens- und Entscheidungsbildung sind sicherlich wichtig, entscheidend für die Qualität der Umsetzung von normativen Leitprämissen ist allerdings die gemeinsame Praxis der „kleinen“ Entscheidungen, die nachhaltig das kommunale Leben ausmachen.

In einer brandenburgischen Stadt werden Vorwürfe gegen einen städtisch protegierten Kultur- und Musikveranstalter laut. Auf einer Veranstaltung seien rechtsextreme Musikgruppen aufgetreten. Auch im Publikum seien immer wieder rechtsextreme BesucherInnen aufgefallen. Die Stadtverwaltung ist beunruhigt und bittet das MBT um eine Einschätzung der Situation und um eine konstruktive Begleitung im Prozess der Konfliktlösung. Daraufhin werden verschiedene Akteure der Stadt zu einem offenen Austausch eingeladen: „Szenekenner“, der unter Druck stehende Veranstalter, VertreterInnen von Kultur,

Politik und Verwaltung. Thema sind die Erwartungen an den Veranstalter, aber auch die zunehmenden Schwierigkeiten, rechtsextreme Gruppen und Musiktexte zu erkennen. Vor allem der sogenannte „Grauzonenbereich“ hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Diese Musikgruppen vermeiden in ihren Texten zwar offen rechtsextreme Inhalte, sind aber stark an ein rechtsextrêmes Publikum und an die rechtsextreme Szene gebunden, etwa durch die Biografie einzelner Bandmitglieder oder die Ausrichtung ihrer Musik, die insbesondere ein nationalistisches Gemeinschaftsgefühl oder auch eine durch Stärke definierte Männlichkeit vermittelt.

Ein anderes Problem stellt in der Beratung das Thema „Kontrolle von Besuchern“ dar. Wie weit sollen die Kontrollen der Konzertveranstalter gehen, wenn keine einschlägige Kleidung getragen oder typisches Verhalten praktiziert wird? Nicht nur der kritisierte Veranstaltungsträger will nicht als Gesinnungspolizei auftreten. In diesem Gespräch kam es zu einer interessanten Entscheidung zum Umgang mit der Situation. Man stellte sich die Aufgabe, die Veranstaltungen für Rechtsextreme unattraktiv werden zu lassen. Doch wie kann dieses Vorhaben verwirklicht werden? Man beschließt, neben der üblichen Personenkontrolle und einer ständigen Aufmerksamkeit vor allem gegenüber der Musik aus dem „Grauzonenbereich“ flankierend auch eine gemeinsame Erklärung der relevanten Kultureinrichtungen der Stadt zu veröffentlichen. Damit bezieht man Stellung gegen rechtsextreme Ideologie und Kultur.

Diese Entscheidung wirkt zwar auf den ersten Blick nicht ungewöhnlich, offenbart aber bei genauerem Hinsehen eine bestimmte Haltung. Die gemeinsam zu erarbeitende Erklärung schafft zunächst Klarheit für die Positionierung nach innen und nach außen; gleichzeitig stärkt sich damit eine demokratische Praxis kommunikativen Handelns. Die Idee einer gemeinsamen Positionierung Kulturschaffender in der Stadt ermöglicht es, Angehörigen rechtsextrémer Szenen indirekt zu begegnen, ohne sie explizit auszugrenzen. Die Kulturveranstaltungen sind weiterhin offen, sollen aber für Rechtsextreme keine Anziehungskraft haben.

Damit kann ein demokratisch verfasstes „Wir“ gestärkt werden. Das „Wir“ der Kulturorte, die sich als offene Orte verstehen, ein „Wir“ der Stadtverwaltung, die diese Entscheidung aus Überzeugung mitträgt, und das „Wir“ der Zivilgesellschaft in dieser Stadt, die sich eben nicht durch Ausgrenzung bestimmt, sondern durch die Entscheidung für ein demokratisches Prinzip im gemeinsamen und kommunikativen Handeln.

Abgesehen davon, dass es fraglos wichtig ist, rechtsextreme Akteure und Aktivitäten in einer kommunalen Gemeinschaft sichtbar werden zu lassen, geben wir uns doch häufig viel zu schnell damit zufrieden, eine gemein-

schaftliche Gegnerschaft gegen rechtsextreme Personen oder Gruppen zu organisieren. Damit übersehen wir, dass einzelne Rechtsextreme und die ihnen entgegengebrachte Zustimmung auch als Symptom betrachtet werden können. Sie zeigen das Vorhandensein bestimmter völkischer, autoritärer oder konformistischer Mentalitäten in weiteren Bevölkerungskreisen an, die sich der politische Rechtsextremismus zunutze machen und auf denen er aufbauen kann. Diesem Tiefenproblem wird eine auf einzelne rechtsextreme Personen gerichtete Ausgrenzung nicht gerecht – ganz abgesehen davon, dass die Vorstellungen einer Ausgrenzung und der Isolierung einzelner „Ansteckungs-herde“ eher dem medizinischen Denken entstammt als einer demokratischen Kommunikationskultur.

Soziale Gemeinschaften

Ein Wir- oder Kollektivbewusstsein entsteht unter anderem durch die Unterscheidung und Abgrenzung vom Anderen. Das Andere können Personen sein, Gemeinschaften, aber auch Positionen oder Identitäten. Das gemeinsame Eigene dabei entsteht durch selbstbezogene Deutungen, etwa die Interpretation der eigenen Geschichte, oder durch die Entwicklung demokratischer Formen der Verständigung innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Jedes soziale System grenzt sich vom Anderen durch die Bestimmung des Eigenen ab. Auch eine gemeinsame Abgrenzung von rechtsextremen Überzeugungen ist in diesem Sinne eine Selbstthematizierung. Sie kann demokratische Kultur begründen, aber auch antidemokratische Muster bedienen, etwa wenn sie nur einem Erwartungsdruck nachkommt.

Rechtsextreme Akteure sind selber Mitglieder in sozialen Gemeinschaften, auch in solchen, die sich als demokratische verstehen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass der Umgang mit rechtsextremen Personen ganz unterschiedlich ausfällt. Insbesondere im ländlichen Raum kommt es durchaus vor, dass auch kommunale Gemeinschaften, die sich als demokratisch bezeichnen, Begründungen schaffen, warum eine rechtsextreme Person nicht ausgegrenzt werden kann, etwa weil Verwandtschaftsverhältnisse das nicht zulassen oder ein kleines Dorf auf alle BewohnerInnen angewiesen ist. Wir werten dies als Versuch, einem unlösbaren Dilemma zwischen Erwartungsdruck und gelernten Handlungsmöglichkeiten auszuweichen.

Nicht selten haben wir es mit sozialen Gemeinschaften zu tun, die nur schwer zugänglich sind. Auch soziale Gemeinschaften, sogar kommunale Gemeinschaften, erzeugen Verhaltensmuster, die ihnen mehr oder weniger bewusst sinnvoll erscheinen – auch das MBT ist nicht frei davon. In Druck-

oder Entscheidungssituationen neigen wir dazu, uns auf gelernte Entscheidungsmuster zu besinnen. Das geschieht zum Beispiel, wenn eine Störung der gewohnten Abläufe, auch eine Beraterische Irritation, keine produktive Selbstthematization und gangbaren Lösungswege ermöglicht, sondern lediglich den Erwartungsdruck erhöht. Wir vertreten deshalb die Position, dass Beraterische Unterstützung immer den je eigenen Entwicklungsweg der Beratenen suchen, aber auch Ansprüche an bewusstes demokratisches Handeln einbringen sollte.

Der je eigene Entwicklungsweg braucht ein prinzipiell offenes Verfahren, die Freiheit, sich von Konventionen zu lösen, und die prinzipielle Gleichheit der Teilnehmenden, also begründeten demokratischen Optimismus im kommunikativen Handeln. Demokratische Partizipation heißt eben nicht nur, dass existierende demokratische Regeln freiwillig befolgt werden, sondern bedeutet darüber hinaus die erweiterte Erprobung demokratisch geleiteter Praxis.

Das MBT kann viele Beispiele solcher Prozesse in Brandenburg beschreiben. Stellvertretend kann die Erfahrung der BürgerInnen einer kleinen märkischen Stadt zitiert werden, die sich damit auseinandersetzen mussten, dass ein zugezogener NPD-Funktionär in einer erworbenen Immobilie im Zentrum ihrer Stadt ein „Nationales Jugendzentrum“ errichten wollte. Empörung machte sich breit, aber es gab auch Meinungsverschiedenheiten und Diskussionsbedarf, wie mit der zugezogenen Familie und dem angekündigten Projekt umzugehen sei. Auf jeden Fall brachte die intensive öffentliche Diskussion dieser Themen eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung in den Ort; neu entwickelte Ansätze von Zivilcourage wurden bei einer Bürgerversammlung sichtbar, an der auch der NPD-Funktionär teilnahm: Nacheinander standen Teilnehmende auf und erklärten dem überraschten NPDler, dass sie seine rechtsextreme Orientierung ablehnen und warum sie das NPD-Projekt in ihrer Gemeinde nicht haben wollen. Das wirkte. Der irritierte NPDler verließ die Versammlung. Vermutlich hatte die kleine märkische Stadt damit viel an Attraktivität für NPD-Projekte verloren. Gleichzeitig hat die Souveränität der Bürger zugenommen.

Die Abgrenzung von demokratiefeindlichen Positionen, nicht primär von Personen, ist wohl eine notwendige Bedingung, demokratische Identitäten in kommunalen Zusammenhängen zu begründen und eine gemeinsame Haltung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu entwickeln, die einen demokratischen Optimismus ermöglicht. Hinzuzufügen wäre allerdings, dass nicht zuletzt ein grundsätzlich wohlwollendes Umfeld dazu gehört.

Unser Anspruch an demokratieförderliche Beratung soll also im Sinne einer Stärkung und Begleitung selbstreferentieller Verständigungsprozesse

von sozialen und kommunalen Gemeinschaften verstanden werden. „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“, hat Rosa Luxemburg geschrieben. Dieser Ausspruch kennzeichnet ein Dilemma des demokratischen Prinzips. Gleichzeitig soll er uns eine philosophische Direktive und praktische Handlungsanweisung sein. Insofern ist dieser Text auch der Versuch einer Selbstverständigung im Mobilen Beratungsteam Potsdam.

Literatur

- Heinz Lynen von Berg, Kerstin Palloks, Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen: Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim und München: Juventa 2007
- Christoph Leser: Politische Bildung in und durch Schule. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011
- Oliver Decker, Elmar Brähler u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber

Vordere Umschlagseite: Gabriele Schlamann

Beitrag Wilking:

Abb. 1-5, 8-16 MBT bzw. privat

Abb. 6 RAA Brandenburg

Abb. 7 Bundespräsidialamt

Beitrag Krüger

Abb. 1 Alexandra Klei

Beitrag Scuteri

Abb. 1-5 Nicola Scuteri/ Gabriele Schlamann

Abb. 6 Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt/ Netzwerk Neuruppin

Beitrag Kohlstruck

Abb. 1 Michael Kohlstruck

Beitrag Driese/ Nienhuisen

Abb. 1-5 Andrea Nienhuisen

Abb. 6 Märkische Allgemeine Zeitung

Abb. 7 Bündnis – Buchholz: offen und bunt

Beitrag Lorenz/ Lorenz

Abb. 1, 2, 4, 8 Karin Lorenz, Jürgen Lorenz

Abb. 3, 5, 6, 7 Gemeinde Schorfheide

Beitrag Schlamann

Abb. 1, 2, 4-6 Gabriele Schlamann

Abb. 3 Michael Kohlstruck

Beitrag Kendon/ Kokoschko

Abb. 1 Landkreis Märkisch Oderland, Jugendförderplan 2012, http://www.maerkisch-oderland.de/cms/upload/pdf/Fachbereich_II/jugendamt/jugendfoerderung/jugendfoederplan_2012.pdf, S. 17

Abb. 2, 3 Robin Kendon

Abb. 4 Kindervereinigung Seelow

Beitrag Steinbeiß/ Weidlich

Abb. 1-3 Landesfeuerwehrverband (LFV) Brandenburg

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Geschäftsstelle Potsdam

Benzstr. 11-12
14482 Potsdam
Tel.: 03 31 / 7 40 62 46
Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Geschäftsführer: Dirk Wilking
Tel.: 01 73 / 6 46 88 63
Email: wilking@big-demos.de
Büroleiterin: Angela Kühne
Tel.: 01 73 / 6 48 95 81
Email: geschaeftsstelle@big-demos.de
www. www.gemeinwesenberatung-demos.de

Wissenschaftliche Beratung

Dr. Michael Kohlstruck
TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung
Tel.: 0 30 / 3 14-2 58 38
Fax: 0 30 / 3 14-2 11 36
Email: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Regionalbüros der Mobilen Beratungsteams (MBT)

Regionalbüro *Angermünde*
Berliner Str. 77
16278 Angermünde
Landkreise Barnim und Uckermark
Tel.: 0 33 31 / 29 99 80
Fax: 0 33 31 / 29 99 81
Email: mbt-angermuende@big-demos.de
Karin Lorenz, Tel.: 01 73 / 8 72 33 64
Jürgen Lorenz, Tel.: 01 72 / 3 96 10 36

Regionalbüro *Cottbus*
Friedensplatz 6
03058 Cottbus OT Gallinchen
Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse sowie die kreisfreie Stadt Cottbus
Tel.: 03 55 / 4 30 24 41
Fax: 03 55 / 4 99 37 50
Email: mbt-cottbus@big-demos.de
Susanne Kschenka, Tel.: 01 70 / 5 25 59 91
Anett Müller, Tel.: 01 71 / 5 35 66 46

Regionalbüro *Frankfurt (Oder)*
Wiekestr. 1a, Post: PF 1344
15230 Frankfurt (Oder) 15203 Frankfurt (Oder)
Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)
Tel.: 03 35 / 5 00 96 64
Fax: 03 35 / 5 00 96 65
Email: mbt-ff@big-demos.de
Robin Kendon, Tel.: 0177 / 4 11 61 30
Ray Kokoschko, Tel.: 0172 / 3 26 22 33

Regionalbüro *Neuruppin*
August-Bebel-Str. 49
16816 Neuruppin
Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel
Tel.: 0 33 91 / 35 91 89
Fax: 0 33 91 / 6 5 93 32
Email: mbt-neuruppin@big-demos.de
Gabriele Schlamann, Tel.: 01 73 / 6 32 69 19
Nicola Scuteri, Tel.: 01 70 / 5 43 50 63

Regionalbüro *Potsdam*
Am Kanal 49
14467 Potsdam
Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland, kreisfreie Städte Brandenburg und Potsdam
Tel.: 03 31 / 5 05 88 83
Fax: 03 31 / 5 05 88 84
Email: mbt-potsdam@big-demos.de
Frederik Ahlmann-Eltze, Tel.: 0176 / 6251 5366
Frauke Postel, Tel.: 01 73 / 9 77 29 15

Regionalbüro *Trebbin*
Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald
Tel.: 03 37 31 / 3 29 09
Fax: 03 37 31 / 3 29 08
email: mbt-trebbin@big-demos.de
David Driese, Tel.: 0176 / 2099 5006
Andrea Nienhuisen, Tel.: 0172 / 6 07 69 14